

# STUDIENARCHIV UMWELTGESCHICHTE

Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. an der Hochschule Neubrandenburg

ISSN 0949-7366 • [www.iugr.net](http://www.iugr.net)

Nr. 22 (2017)



Atomkraftwerk Neubrandenburg – Hintergründe einer Standortentscheidung • Zur Geschichte der Natur- und Umweltschutzplakate • Die Geschichte des Naturschutzes in der Lieberoser Heide • Zum Naturschutz in den 1950er Jahren in der DDR • Zur Geschichte des ZFA Ornithologie und Vogelschutz im Kulturbund • Naturschutzgeschichte der Niederlausitz (Teil 2) • Aus der Stiftung Naturschutzgeschichte • Aus dem IUGR e. V. • Zugänge in das Studienarchiv

## Ein herzliches Dankeschön!

den zahlreichen **Spendern und Spenderinnen**, die Herstellung und Versand des Heftes und die Arbeit des Studienarchivs unterstützten! (Zeitraum: 1.11.2016–16.8.2017):

Albrecht, Bachmann, Baier, Bauer, Behrens, Bimboes, Böhnert, Braumann, Brehme, Brenning, Brinkmann, Czerny, Deglmann, Draeger-Roeder, Görner, Graf, Graefe, Grünwald, Haenschke, Hahn, Hofmann, Hübler, Huth, Kaether, Kegler, Kintzel, Klostermann, Lehrkamp, Leidner, Lösel, Mücke, Mösch, Nedon, Neumann, Nicolai, Oehlerich, Osterland, Peterson, Pohley, Pries, Refior, Reimann, Reichhoff, Reuter, Rogge, Rudnick, Scheufler, Sauerland, Schopplich, Sohler, Sohns, Schikora, Schönbrodt, Schwarz, Tammer, Tjaden, von Knorre, Wallaschek, Wegener, Wenck, Wohlgemuth, Wroblewski, WWF Deutschland, Zuppke und unseren Mitgliedern und Fördermitgliedern. – Wir hoffen, niemanden vergessen zu haben!

## Ihre Spende ist herzlich willkommen !

Durch Ihre Unterstützung sichern Sie Herstellung und Versand der Zeitschrift.

Spenden bitte einzahlen unter dem Stichwort „**Studienarchiv**“ auf

**Sparkasse Neubrandenburg-Demmin,**

**IBAN: DE21150502000301013837**

**BIC: NOLADE21NBS**

Das IUGR e. V. ist berechtigt, Spendenquittungen auszustellen.

## Editorial

Seit mehreren Jahren wird den Studierenden im Studiengang Naturschutz und Landnutzungsplanung an der Hochschule Neubrandenburg das Wahlpflichtmodul „Naturschutzgeschichte“ angeboten, das mit einer schriftlichen Arbeit als Prüfungsleistung abgeschlossen wird.

Um den Studierenden einen zusätzlichen Anreiz für die Auseinandersetzung mit der Naturschutzgeschichte zu bieten, lädt die Redaktion von „Studienarchiv Umweltgeschichte“ dazu ein, interessante Hausarbeiten in dieser Reihe zu veröffentlichen.

Zwei solcher Arbeiten finden sich im vorliegenden Heft Nr. 22: *Helen Andrews* widmet sich der Geschichte der Natur- und Umweltschutzplakate und *Sophie Büchner* der Geschichte des Naturschutzes in der Lieberoser Heide (Brandenburg).

Neben diesen Beiträgen enthält das vorliegende Heft einen Aufsatz von *Olaf Strauß* über eine Standortentscheidung für ein Atomkraftwerk in der DDR, von *Lutz Reichhoff* über einen Briefwechsel zwischen Prof. Dr. Hans Stubbe und Prof Dr. Hermann Meusel aus den Jahren 1951 bis 1960 und von *Hermann Behrens* über die Geschichte des Zentralen Fachausschusses Ornithologie und Vogelschutz im Kulturbund der DDR. *Axel Zutz* setzt sich schließlich in seinem zweiten und abschließenden Teil mit der Geschichte des Naturschutzes in der Niederlausitz auseinander.

Berichte und Mitteilungen aus der Stiftung Naturschutzgeschichte (*Hans-Werner Frohn*), aus dem IUGR e. V. mit seinem Arbeitskreis Wasserwirtschaft (*Peter Lösel und Rolf Moll*) und der obligatorische Bericht über Zugänge in das Studienarchiv Umweltgeschichte (*Jens Hoffmann*) kompletieren die Nr. 22 unserer Reihe, die hoffentlich wieder Ihr Interesse findet.

## **Atomkraftwerk Neubrandenburg. Hintergründe einer Standortentscheidung**

*Olaf Strauß\**<sup>\*)</sup>

Die „Mudder Schulten“ hat den Anleger verlassen und dreht nach Norden, wo in einigen Kilometern Entfernung der Zacken der Neubrandenburger Marienkirche das Ufer dominiert. Noch ein paar Fotos, schon verlieren sich die Stimmen der Ausflügler in Richtung Campingplatz und Badestelle. Minuten später unterbricht nur noch das Plätschern der Blesshühner und Haubentaucher die wiederhergestellte Stille am Ufersaum. Das Gatscheck, die kleine Landzunge am Westufer des Tollensesees, ist zweifellos ein idealer Ort für Campingidyll und Erholung gestresster Städter. Und offenbar auch ein idealer Platz für die Anlage eines Atomkraftwerkes.

So sahen es jedenfalls die Planer im Amt für Kernforschung und Kerntechnik (AKK), der vormaligen Atombehörde der DDR; und so wollte es auch die politische Führung des SED-Staates. „Wir werden im Verlaufe des zweiten Fünfjahrplanes mit dem Bau des ersten Atomkraftwerkes in der Deutschen Demokratischen Republik beginnen“.<sup>1</sup> Mit dieser spektakulären Ankündigung überraschte Walter Ulbricht im März 1956 auf der 3. Parteikonferenz der SED die nationale und internationale Öffentlichkeit. Monate später erfolgten bereits die ersten Erkundungsbohrungen im Ufersand des Neubrandenburger Haussees.

Überaus ehrgeizig waren 1956 die Planungen der SED-Führung für die Entwicklung der Kernenergienutzung in der DDR. Mit dem nun angekündigten Atomkraftwerk<sup>2</sup> würde sich die DDR als eines der ersten Länder überhaupt in den zu dieser Zeit noch sehr exklusiven Kreis der Kernenergie anwendenden Staaten katapultieren. Dabei hätte aber dieses Kraftwerk, als zugleich erstes deutsches Atomkraftwerk überhaupt, lediglich einen Meilenstein dieser Planungen dargestellt. In unmittelbarer Nähe Neubrandenburgs sollten auf Basis eines soeben entwickelten sowjetischen Druckwasserreaktors mindestens 70 Megawatt elektrischer Leistung aus Kernenergie installiert werden. Eine spätere Erweiterung um zusätzliche 70 Megawatt war angedacht. Der zeitliche Rahmen war ebenso ambitioniert: Nach den Vorstellungen der Parteiführung sollte das „Atomkraftwerk I“ schon 1962 erstmals Strom in das Verbundnetz der DDR einspeisen.

\*<sup>\*)</sup> Arbeitskreis Technikgeschichte beim VDI Bezirksverein Mecklenburg-Vorpommern

<sup>1</sup> Stenografische Niederschrift der 3. Parteikonferenz der SED vom 24.-30.3.1956. Referat Walter Ulbricht: „Über die Hauptaufgaben ...“, Abschnitt „Zu den Fragen der friedlichen Nutzung der Atomenergie“. SAPMO, DY 30/IV 1/3/1, Bl. 51–56, hier Bl. 63.

<sup>2</sup> Atomkraft und Kernkraft werden in diesem Beitrag synonym gebraucht, allerdings bei der zeitgeschichtlichen Bezeichnung von Einrichtungen und Institutionen auch als Eigennamen verwendet. In der DDR wurde, möglicherweise in bewusster Abgrenzung zur Bundesrepublik, zumindest später überwiegend von Kernkraft, Kernforschung, Kernenergie gesprochen. In der Bundesrepublik Deutschland wurden gleiche Sachverhalte und Begrifflichkeiten überwiegend mit „Atom“ als Bestimmungswort benutzt.

## Atomeuphorie

Im Jahr 1956, zum Zeitpunkt der medienwirksamen Verkündung der Atompläne der DDR durch Walter Ulbricht, hatte sich die Sicht auf das vormalige Schreckgespenst „Atom“ in vielen Ländern der Erde dramatisch gewandelt. Nur ein Jahr zuvor, im August 1955, hatte in Genf unter der Ägide der UNO die erste „Internationale Konferenz für die friedliche Verwendung der Atomenergie“ stattgefunden; schon im Juli hatte die UdSSR in Moskau ebenfalls eine Kernenergiekonferenz organisiert. Die hier vorgestellten Ergebnisse der Kernforschung und die erstmals breit kommunizierten Möglichkeiten einer friedlichen Kernenergieanwendung resultierten weltweit in einer überaus euphorischen Sichtweise auf die Atomkraft und auch für die Kernforschung und Kerntechnologieentwicklung der DDR gingen von dieser Konferenz wesentliche Impulse aus. Im Zentralkomitee der SED hatten die Atomkonferenzen eine intensive Auswertung erfahren. Man kam zu dem Fazit, dass in der DDR außerordentlich günstige Voraussetzungen für den Einstieg in diese Hochtechnologie bestanden, zudem wurde die Nutzung der Kernenergie für einen Industriestaat als unverzichtbar betrachtet. In kürzester Zeit wurden nun Konzepte für einen massiven Einstieg in die friedliche Nutzung der Kernenergie entwickelt. Begleitet wurde dies durch eine breite Kampagne zur Propagierung der Kernenergienutzung, wobei die Staatsmedien ihrem Publikum die scheinbar fantastischen Möglichkeiten der Kernenergie in den schönsten Farben ausmalten.

Kaum zwei Monate nach der Genfer Konferenz fasste das Politbüro der SED am 11. Oktober 1955 einen Beschluss zur Implementierung von Strukturen und Institutionen für die Kernforschung und Kerntechnologieentwicklung in der DDR.<sup>3</sup> Dieser Beschluss wurde am 10. November 1955 in weitgehend identischer Textfassung vom Ministerrat übernommen und bestätigt. Kernelemente waren die Bildung eines quasiministeriellen „Amtes für Kernforschung und Kerntechnik“, die Gründung eines „Wissenschaftlichen Rates für die friedliche Anwendung der Atomenergie“ beim Ministerrat der DDR, die Gründung von wissenschaftlichen Instituten, insbesondere des Instituts für Kernforschung in Rossendorf bei Dresden, und die Gründung einer Fakultät für Kerntechnik an der TH Dresden.

Mit Hochdruck wurden diese Strukturen und Institutionen einer groß angelegten, auf Eigenständigkeit ausgerichteten Kernforschung und Kerntechnologieentwicklung implementiert. Ihren vorläufigen Höhepunkt fanden diese Aktivitäten in einem noch im Mai 1956 verabschiedeten Ministerratsbeschluss zur Errichtung eines bereits energieliefernden Atomkraftwerkes von 50 bis 100 MW elektrischer Leistung, dessen volkswirtschaftliche Legitimation auf den Gutachten einer vorwiegend mit Atomwissenschaftlern besetzten Expertenkommission basierte. Diese lieferte die bis dahin noch fehlende energiepolitische Begründung, indem eine schon mittelfristig den Industriestaatsstatus bedrohende „Energienücke“ postuliert wurde. Seitens der Staatlichen Plankommission wurde nun die Forderung erhoben, bereits ab 1970 alle Zuwächse in der Energieversorgung durch den Bau von AKW zu realisieren.

---

<sup>3</sup> Anlage Nr. 1 vom 2.11.1955 zum Protokoll Nr. 48/55 der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees am 11. Oktober 1955, „Massnahmen auf dem Gebiet der Kernphysik und ihrer Anwendungsgebiete.“ SAPMO, DY 30/J IV 2/2/445.

Bezeichnend ist die enorme Geschwindigkeit, in der die Parteiführung der SED zwischen August 1955 und April 1956 weittragende Entscheidungen zur Kernenergieentwicklung traf. Letztlich war es eine Melange von wirtschaftlichen, innenpolitischen und insbesondere auch außenpolitischen Interessenlagen, die die SED-Spitze zu unbedingten Befürwortern eines schnellstmöglichen Einstiegs in diese Hochtechnologie werden ließ.

### **Kalter Krieg und deutsch-deutscher Gegensatz**

Die fehlende politische Anerkennung ihres derzeit noch von allen maßgeblichen UN-Gremien missachteten und auch von der Mehrheit der eigenen Bevölkerung wenig akzeptierten Staates war in den 1950er und 1960er Jahren *die* politische Herausforderung des SED-Regimes. Verschärft wurde die Situation durch eine permanente Konkurrenzsituation zur wirtschaftlich und damit auch politisch stärkeren Bundesrepublik, die im beiderseitigen Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland kulminierte und durch eine „Abstimmung mit den Füßen“ zur Existenzbedrohung für den SED-Staat wurde. Um ihre Herrschaft zu legitimieren, wurde somit die Anerkennung ihres Regimes nach innen und nach außen zu einer der wichtigsten politischen Zielsetzungen der SED-Führung. Politisch nicht durch allgemeine und freie Wahlen legitimiert, war diese Anerkennung jedoch nur über ökonomische Erfolge zu erringen, die zudem geeignet sein mussten, den westdeutschen Konkurrenten in den Schatten zu stellen. Es galt also, den Westen in allen Bereichen der Wirtschaft zu „überholen“ und damit die Überlegenheit des eigenen planwirtschaftlichen Systems zu beweisen. Als politische „Hauptaufgabe“ wurde dies schließlich das explizit formulierte Ziel der SED-Führung.<sup>4</sup>

Spätestens seit den Atomkonferenzen in Moskau und Genf stand die technische Ausnutzung der Kernenergie synonym für Modernität und wirtschaftliche Entwicklung eines Staates und wurde damit auch im zivilen Sektor Teil des Systemwettstreits. Für den Industriestaat DDR wäre demnach Weniges besser geeignet gewesen, den westdeutschen Konkurrenten zu deplatzen, als herausragende Erfolge auf dem so prestigeträchtigen Gebiet der Kernenergieanwendung. Für die SED wurde es damit ein hochrangiges politisches Ziel, den Einstieg in die Kernenergie noch vor der BRD zu vollziehen. Argwöhnisch waren schon seit der Staatsgründung die zaghaften Kernforschungsaktivitäten in der jungen Bundesrepublik beobachtet worden, sah man sich doch selbst, nicht zu Unrecht, durch die straffe Kontrollpraxis der sowjetischen Besatzungsmacht benachteiligt. Eine langjährige Dynamik erhielt dieser von der DDR eher einseitig geführte Wettstreit mit der Gewährung der politischen „Souveränität“ des SED-Staates im September 1955 und der ihm versagten politischen Anerkennung durch die internationale Staatengemein-

---

<sup>4</sup> Die „Hauptaufgabe“ wurde von Ulbricht auf der 3. Parteikonferenz der SED wie folgt definiert: „Die ökonomische Hauptaufgabe besteht darin, die Volkswirtschaft innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, dass die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der kapitalistischen Herrschaft umfassend bewiesen wird. Deshalb muß erreicht werden, dass der Pro-Kopf-Verbrauch der werktätigen Bevölkerung an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern höher liegt als der Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland.“ – Pressebüro des V. Parteitages der SED (Hrsg.): V. Parteitag. Berichte der Kommissionen. Beschluss des V. Parteitages der SED über den Kampf um die Sicherung des Friedens und für den Sieg des Sozialismus, S. 19 (SAPMO, DY 30/IV 1/V/9).

schaft. Vor dem Hintergrund der von beiden deutschen Staaten beanspruchten Alleinvertretung für ganz Deutschland, gipfelnd in der „Hallstein-Doktrin“ der Bundesrepublik, war die SED-Führung bestrebt, ausbleibende wirtschaftliche und politische Erfolge durch prestigeträchtige Achtungszeichen auf dem Gebiet der Kernenergienutzung zu kompensieren.

Nun war aber Ende der 1950er Jahre die Zahl der Kernenergie anwendenden Staaten noch sehr überschaubar, die Zugehörigkeit zu diesem exklusiven Kreis also ausgesprochen prestigeträchtig. Damit war es schon der Fakt der Kernenergieausnutzung selbst, also die Beherrschung der neben der Weltraumfahrt derzeit kompliziertesten, spektakulärsten und auch gefährlichsten Technik, die sowohl national als auch international das so ersehnte Renommee verhiel. Zugleich hatte die politische Führung registriert, dass bereits der Zugang zu Ausgangsstoffen der Kernenergieanwendung, deren industrielle Verarbeitung und die Produktion eigener Kerntechnik in industriellen Maßstäben das Gewicht der betreffenden Staaten auf dem internationalen Parkett schlagartig erhöhen konnte.

An dieser Stelle war es naheliegend, die Kernforschung und Kernenergieanwendung des Landes auch außenpolitisch zu instrumentalisieren, wobei insbesondere auch das durchaus breit akzeptierte Selbstverständnis des Landes als moderner Industriestaat hervorgehoben werden muss. Die DDR sah sich wissenschaftlich und technologisch in der Tradition des hochindustrialisierten Deutschen Reiches und ließ von Beginn an keinen Zweifel daran aufkommen, diesen Status unter allen Umständen aufrechterhalten und ausbauen zu wollen. Für die SED-Führung, die im Rahmen ihrer Bemühungen um politische Anerkennung ihr Land nach innen und außen stets als modernen Forschungsstandort und fortschrittlichen Industriestaat präsentierte, war es somit naheliegend, die Kernenergie auch in ihre Konzepte zur wirtschaftlichen Entwicklung einzubeziehen, zumal diese wie kaum eine andere Hochtechnologie als geeignet galt, Innovationen anzustoßen und ökonomische oder wissenschaftliche Entwicklungen zu fördern. Zugleich hatte die SED-Führung sowohl im Zusammenhang mit den aktuellen wirtschaftlichen Problemen als auch in Hinsicht auf Umsetzung der von ihr propagierten „Einführung der neuen Technik“<sup>5</sup> die Energiefrage als grundlegend für die weitere Entwicklung ihres Staates ausgemacht.

### **„Energienücke“ und ökonomische Zielsetzungen**

Im Vordergrund der ökonomischen Zielsetzungen stand zunächst die drängende Sorge vor einer schon in den 1970er Jahren auftretenden „Energienücke“, also einer für den Industriestaat DDR existenzbedrohenden Minderbereitstellung von Elektroenergie, Prozess- und Heizwärme. Von der Nutzung der Kernenergie erwartete die Staatsführung

---

<sup>5</sup> Ab 1955 hielt zunehmend das Schlagwort der „Einführung der neuen Technik“ Eingang in das politische Vokabular der SED. Dies meinte zunächst die auf der Kybernetik beruhenden Steuerungsprozesse, durch die die Automatisierung der Produktion vor allem gekennzeichnet sein würde. Doch auch die Kerntechnik sowie die Verfahren zur Nutzung radioaktiver Isotope, und ab den frühen sechziger Jahren zunehmend auch die Halbleiter- und Rechentechnik wurden unter dem Terminus „Neue Technik“ zusammengefasst.

eine langfristige und kostengünstige Lösung aller aktuellen und prognostizierten Energieprobleme, dies umso mehr, als man für den eigenen Staat außergewöhnlich gute Einstiegsvoraussetzungen sah. Hinsichtlich des Energieaspektes muss zudem ein wesentlicher Unterschied zu anderen Staaten herausgestrichen werden: Aus Sicht der Partei- und Wirtschaftsführung ging es bei der großtechnischen Nutzung der Kernenergie nicht nur um eine preisgünstigere Form der Energiebereitstellung, sondern, angesichts einer realen Existenzbedrohung suggestierender Energieprognosen, um das pure Überleben als entwickelter Industriestaat.

Die von einer eigens zur Untersuchung diese Fragen gebildeten „Kommission Kernenergie“ vorgelegten Untersuchungen zur langfristigen Energiebereitstellung ließen der Parteiführung mangels anderer Optionen faktisch keine Alternative zu einem schnellstmöglichen und groß dimensionierten Einstieg in die Kernenergienutzung. Anders als in Ländern mit „klassischen“ Brennstoffvorräten ging die Wirtschaftsführung der DDR davon aus, den großtechnischen Einstieg unmittelbar und mit größtem Tempo vollziehen zu müssen. Hier sah die politische Führung der DDR gar einen „Grundkonflikt“ gegenüber der Entwicklung in der Sowjetunion, die, aufgrund reicher Vorkommen fossiler Energieträger und Wasserkraft, in der Tat keine akute energiepolitische Notwendigkeit hatte, Kernkraftwerke zu errichten.

**Tabelle 1:** Prognose des Energieverbrauchs bis 2000<sup>6</sup>

Prognostiziertes Jahr	1960	1965	1970	1975	1980	1985	2000
Bedarf in Mrd. kWh	44	68	100	142	200	283	710
jährlich mögliche Braunkohleförderung in Mio. t	260	330	400	470	500	500	500
Anteil der Kernkraftwerke an der gesamten Kraftwerksleistung		12%	20%	27%	36%	45%	83%

Neben dem Energieaspekt, der ganz klar im Vordergrund der ökonomischen Zielsetzungen stand, versprach bereits die Implementierung einer Kernenergiewirtschaft gesamtwirtschaftliche Synergieeffekte. Gerade die Kernenergie schien wie kaum eine andere Technologie geeignet, technische Innovationen zu fördern. Für die SED-Führung war es vor dem Hintergrund ihrer programmatischen Zielsetzungen naheliegend, die Kernenergie in ihre Konzepte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Modernisierung einzubeziehen. Bereits die Entwicklung und Produktion eigener Kerntechnik, so das Kalkül, würde innovative Verfahren und Technologien in der Industrieproduktion etablieren und die Einführung neuer Werkstoffe beschleunigen. Zugleich schien sich dem SED-Staat in

<sup>6</sup> Angaben nach Hildebrand, Hans-Joachim: Die Kernenergie im System der Elektrizitätsversorgung der Deutschen Demokratischen Republik, in: *Energietechnik* 4/1957, S. 146. Vgl. auch Knop, H.: Die Energiewirtschaft der DDR und Planung ihrer künftigen Entwicklung, in: *Volkswirtschaftsplanung* 2/1960, S. 209 f; auch Kahlert, Joachim: Die Kernenergiepolitik in der DDR, Köln 1988, S. 28.

diesem Bereich ein lukrativer Exportmarkt zu eröffnen. Nach den Atomkonferenzen von Genf und Moskau schien ein gigantischer Weltmarkt für Atomtechnologie und deren Ausgangsstoffe im Entstehen begriffen und die Industrie der DDR verfügte in der Tat über wichtige Faktoren für eine Teilhabe an diesem Markt. Vor allem aber schienen die auf dem Staatsterritorium vorhandenen Uranvorkommen zu größten Hoffnungen zu berechtigen. Der aus zeitgenössischer Sicht künftig wichtigste Rohstoff der Weltwirtschaft versprach nicht nur die kostengünstige Sicherung der eigenen Energieversorgung, sondern zudem in jeder Verarbeitungsstufe ein lukratives Exportgeschäft.

### **Das „eigene“ Uran als Grundlage und Triebkraft aller Planungen**

Ein Umstand, der die Erwartungen der Parteiführung in einer Weise beflügelte, dass er zur Basis aller Planungen zur Kernenergieentwicklung wurde, war das Vorhandensein umfangreicher Uranvorkommen auf dem Staatsgebiet. Gerade wegen dieser scheinbar hervorragenden Ausgangslage sahen Wissenschaftler und Funktionäre für ihren Staat ideale Voraussetzungen für einen groß dimensionierten Einstieg in die Kernenergienutzung.

Zwar erfolgte die Förderung dieses Rohstoffes über eine „Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft“ (SDAG Wismut) und lag fest in der Hand der sowjetischen Besatzungsmacht, doch ging man in der Führung der SED bis weit in die 1960er Jahre fest davon aus, den Rohstoff künftig in eigener Regie ausbeuten zu können.

Das Vorhandensein von Uran auf dem Staatsterritorium implizierte zunächst die Möglichkeit, die Energieerzeugung aus Kernkraft auch langfristig auf besonders kostengünstige Weise absichern zu können, was insbesondere vor dem Hintergrund alarmierender Prognosen zur Bereitstellung des Primärenergieträgers Braunkohle von größter Bedeutung war. Katalytisch wirkte zudem das Vorhandensein einer entwickelten Chemieindustrie und Metallurgie. Für die SED war in Hinsicht auf das erklärte Ziel der „Störfreimachung“<sup>7</sup> ebenfalls wichtig, die Energiefrage auf Basis im Land vorhandener Rohstoffe lösen zu können. Angestrebt wurde daher eine Kernenergiewirtschaft, die alle Schritte im Brennstoffkreislauf, von der Förderung des Rohstoffes bis zur Aufbereitung abgebrannter Kernbrennstoffe, selbständig lösen könne. In diesem Zusammenhang wurde auch mit dem Export von aufbereiteten Kernbrennstoffen bis hin zu fertigen Brennelementen argumentiert. In letzterer Hinsicht verband sich für die politische Führung erneut der Aspekt der internationalen Anerkennung mit dem „eigenen“ Uran, das man für die Bemühungen um die staatliche Anerkennung zu instrumentalisieren suchte. Dem lag ein ebenso simples wie nahe liegendes Kalkül zugrunde: Würde die Weltgemeinschaft, vor dem Hintergrund einer euphorischen Erwartungshaltung gegenüber der Kernenergie, einen Staat, der in Größenordnungen über den wichtigsten Ausgangsstoff der künftigen Weltwirtschaft verfügte und zugleich auch die komplizierte Atomtechnologie in ihrer gesamten Bandbreite beherrschte, länger ignorieren können? Wie in der Wirtschaft taten sich auch für die Außenpolitik des missachteten „Gänsefüßchenstaates“ scheinbar ungeahnte Möglichkeiten auf.

---

<sup>7</sup> Dieses Schlagwort bezeichnete das Bestreben der SED-Führung, im Wirtschaftsbereich vorhandene Abhängigkeiten zum westlichen Ausland zu eliminieren.

Die Erwartung einer künftig eigenständigen Verwertung des Urans ging immerhin so weit, dass Konzepte zur Kernenergieentwicklung explizit auf die Verwertung der „eigenen“ Uranvorkommen gründeten – selbst eine eigenständige Uranaufbereitung in industriellen Maßstäben und eine Brennelementfertigung wurden in diese Planungen mit aufgenommen. Das „Uranargument“ stand dann ebenfalls auch im Mittelpunkt der nun lange und kontrovers geführten Reaktordiskussion, in der Bautypen, die auf einer Verwendung von Natururan basierten, zeitweilig grundsätzlich favorisiert wurden.<sup>8</sup>

### **Technisch-personelle Voraussetzungen**

Ein Faktor, der die Erwartungen der Parteispitze an die Kernenergie zusätzlich beflügelte, waren die scheinbar außerordentlich guten Voraussetzungen des Landes für deren Nutzung. Paradoxerweise war ausgerechnet die hochtechnisierte Kernenergie einer der wenigen Bereiche, in denen die durch Krieg, Demontagen und Besatzung ausgeblutete und durch planwirtschaftliche Experimente in ihrer ökonomischen Entwicklung gehemmte DDR auch im internationalen Maßstab relativ weit vorne hätte „mitmischen“ und etwa auch dem westdeutschen Wirtschaftswunderland ernsthaft Paroli bieten können. Die DDR verfügte, zumindest im Vergleich zu den anderen Volksdemokratien, über gute technologische, ab 1955 sogar auch gute personelle Voraussetzungen für den Aufbau einer eigenständigen Kernenergiewirtschaft, was sogar dann noch gilt, wenn man die industriell hochentwickelten Staaten Westeuropas einschließlich der Bundesrepublik zum Vergleich nimmt, die für die Wissenschaftler und Funktionäre des Industriestaates DDR letztlich den Maßstab bilden mussten. Hervorgegangen aus dem hoch industrialisierten Deutschen Reich verfügte die DDR, trotz der kriegsbedingten Zerstörungen und der nachfolgenden Demontagen, über fortgeschrittenes Know-how und zeitgemäße Technologien, die zumindest den Einstieg in die Kernforschung, bedingt auch in die Kernenergienutzung, aus eigener Kraft hätten möglich werden lassen. Dies gilt insbesondere für die in der Kerntechnik so wichtige elektrotechnische und elektronische Industrie, aber auch für den Maschinenbau und die Chemieindustrie, die in technologischer Hinsicht noch im ersten Nachkriegsjahrzehnt in vielerlei Hinsicht dem Weltstand entsprachen.

In personeller Hinsicht sind die Startbedingungen der DDR zunächst erheblich schlechter als in der Bundesrepublik bzw. anderen vergleichbaren Industriestaaten einzuschätzen. Kennzeichnend für die unmittelbare Nachkriegs- bzw. die Implementierungsphase ist ein dramatischer Mangel an hochqualifizierten Wissenschaftlern und Fachkräften. Waren schon in den letzten beiden Kriegsjahren viele der in der Kernforschung beschäftigten Wissenschaftler, Techniker und Facharbeiter ihren nach Westen verlagerten Instituten gefolgt, taten die Flucht vor der Roten Armee bzw. die „Intellektuelle Reparatur“ ein Übriges.<sup>9</sup> Doch auch in personeller Hinsicht kam der DDR ihr Erbe als Industriestaat

---

<sup>8</sup> In die gleiche Richtung ging letztlich auch die in der Reaktordiskussion früh favorisierte Orientierung auf die Brütertechnologie, für die gerade wegen der Uranvorkommen in der DDR ideale Voraussetzungen angenommen wurden.

<sup>9</sup> Hier muss insbesondere die Operation „Osoaviachim“ angeführt werden, bei der am 22. Oktober 1946 ein massiver Zugriff auf ostdeutsche Wissenschaftler und Technikexperten erfolgte. Schon unmittelbar

zugute. Basierend auf den wenigen im Land verbliebenen Atomwissenschaftlern und Technikern und den schnell restituierten akademischen Strukturen konnte bis 1955 in vergleichsweise kurzer Zeit ein zunächst noch kleiner Stamm von Kernphysikern und Technikern herangebildet werden. Dieser wiederum bildete die Grundlage für eine massive Ausbildungskampagne in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, deren Kernelement eine im sozialistischen Machtblock einmalige Fakultät für Kerntechnik an der TU Dresden war. Im Frühjahr 1955 war dann die Mehrzahl der 1945 in die UdSSR „eingeladenen“ Atomwissenschaftler und Techniker mit fortgeschrittenem Knowhow aus der UdSSR zurückgekehrt. Die nun als „SU-Spezialisten“ bezeichneten Fachleute bildeten bald eine privilegierte Elite, zu deren Gunsten die zwischenzeitlich herangebildeten Fachkräfte oft in das zweite Glied treten mussten. Die SED-Führung wollte diese Experten unbedingt im Land behalten, was allerdings auch bedeutete, dass ihnen mit enormen finanziellen Mitteln auch die ihren Fähigkeiten adäquaten Arbeitsmöglichkeiten im jeweiligen Fachgebiet geschaffen werden mussten.

Wenn also die DDR zumindest ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre für einen Einstieg in die Kernforschung und Kernenergienutzung ohnehin schon gute Voraussetzungen hatte, ist die ab 1956 von der UdSSR durchaus großzügig gewährte materielle und ideelle Unterstützung kaum hoch genug einzuschätzen. Der in der Prohibitionsphase vor allem in der Kerntechnologie kulminierte Rückstand gegenüber anderen Industriestaaten wurde dank sowjetischer Hilfestellung innerhalb kürzester Frist nivelliert, und dies, ohne in dieser Zeit eigene kostspielige Entwicklungsprogramme aufgelegt haben zu müssen. Vielmehr konnte man unmittelbar nach der „Souveränität“ mit sowjetischer Kerntechnik auf hohem Niveau in die Forschung einsteigen bzw. in der Entwicklung an diese Technik anknüpfen. Die auch für die Zukunft vorausgesetzte Teilhabe an den Errungenschaften der sowjetischen Wissenschaft versprach einen entscheidenden Vorteil gegenüber Staaten, die alle diese Entwicklungsleistungen aus eigener Kraft schultern mussten.

### **Beschlüsse zum Kraftwerksbau**

Schon vor seiner Ankündigung auf der 3. Parteikonferenz der SED hatte Ulbricht die sowjetische Staatsführung darüber informiert, dass die Direktiven des zweiten Fünfjahresplanes auch den Bau eines Atomkraftwerkes in der DDR vorsahen. Hierfür bat er in einem Schreiben vom 11. Februar 1956 „die sowjetischen Freunde“ um „Zurverfügungstellung der Dokumentationen, Beratung und teilweise Lieferung von Ausrüstungen für den Bau eines Kraftwerk-Reaktors für eine Leistung von 200000 kW-Wärmeenergie bzw. 50000 kW elektrischer Energie“.<sup>10</sup> In diesem Zusammenhang erbat Ulbricht ebenfalls eine Aussage hinsichtlich der Lieferung von „jährlich etwa 20 t Uran-Brennstoffe, angereichert auf 2½ % [...] für die Dauer von 5 Jahren“.

Durchaus brisant in Hinsicht auf außenpolitische Konstellationen, aber ebenso auch in Hinblick auf den späteren Standort, war die im weiteren Wortlaut von Ulbricht vorgetra-

---

zum Kriegsende waren zuvor schon wichtige Atomforscher in die Sowjetunion verbracht worden, wo sie in Teilvorhaben der sowjetischen Atombombenentwicklung eingesetzt wurden.

<sup>10</sup> Schreiben Ulbricht an Chruschtschow vom 11.2.1956. SAPMO, DY 30/3701, Bl. 23. Es waren dies die Angaben eines Reaktors, den die Sowjetunion auf der Genfer Kernenergiekonferenz vorgestellt hatte.

gene Bitte um Aussagen über mögliche Hilfeleistungen für den „Aufbau von Fabrikationsanlagen für die Gewinnung von Kernbrennstoffen in der weiteren Perspektive“<sup>11</sup>. Angedacht war auf deutscher Seite „die Einrichtung einer Produktion von natürlichem Uran-Reinstmetall in Höhe von etwa 25 t pro Jahr“, wofür Ulbricht um Bereitstellung des „erforderlichen Kontingentes an natürlichem Uran-Konzentrat“ bat. Zudem wollte man eine „Aufbereitungsanlage für eine Produktion von ca. 20 kg Plutonium“ (!) einrichten und erbat auch hierfür Unterstützung.

In seinem Antwortschreiben sagte Chruschtschow der DDR die erbetenen Hilfeleistungen in fast allen angefragten Punkten zu. Demnach würden sowjetische Stellen das „technische Projekt eines Kraftwerks mit Atomreaktor“ ausarbeiten sowie Konsultationen beim Bau, bei der Montage und bei der Einrichtung des AKW leisten. Für die Errichtung und den Betrieb des Reaktors verpflichtete sich die Sowjetunion, „spezielle Konstruktionsmaterialien und Ausrüstungsteile, die in der DDR schwerlich hergestellt werden können“ zu liefern. Ebenfalls zugesagt wurde die Lieferung natürlichen und angereicherten Urans „bis zum Bau und bis zur Inbetriebnahme einer Anlage zur Erzeugung von Uranmetall in der DDR“.<sup>12</sup> Gerade diese letzte Aussage des sowjetischen Staatschefs dürfte sehr dazu angetan gewesen sein, die bei den SED-Funktionären ohnehin bestehenden Vorstellungen über eine eigenständige Nutzung der Uranvorkommen nachhaltig zu zementieren.

Auf der Grundlage bereits getroffener Vorvereinbarungen konnte im Juli 1956 eine Regierungsdelegation nach Moskau reisen, um das offizielle Abkommen abzuschließen.<sup>13</sup> Am 17. Juli 1956 wurde schließlich im Rahmen eines zweiseitigen Wirtschaftsabkommens auch das „Abkommen zwischen der UdSSR und der DDR über die Gewährung technischer Hilfe seitens der UdSSR für die DDR beim Bau eines Atomkraftwerkes“<sup>14</sup> unterzeichnet. Für die Propaganda wurde eine „Gemeinsame Erklärung“ der beiden Regierungen an die Öffentlichkeit gegeben.<sup>15</sup>

Nur drei Tage später, und damit letztlich kaum vier Monate nach der Ankündigung Ulbrichts auf der 3. Parteikonferenz, verabschiedete der Ministerrat einen offiziellen Beschluss „über den Bau eines Atomkraftwerkes in der Deutschen Demokratischen Republik“<sup>16</sup>. Unter Berufung auf die Empfehlung des Wissenschaftlichen Rates für die friedliche Anwendung der Atomenergie wurde hierin festgelegt, „dass im Verlaufe des zweiten Fünfjahrplanes der Bau eines Atomkraftwerkes im Umfange von 50 bis 100 MW elektrischer Leistung in Angriff genommen wird“. Der Bau würde auf Grundlage der von der Regierung der UdSSR bereitgestellten Projektierungsunterlagen durchgeführt werden, wobei sich die Termine für die Projektierung, den Baubeginn und die Inbetrieb-

<sup>11</sup> Schreiben Ulbricht an Chruschtschow vom 11.2.1956. SAPMO, DY 30/3701, Bl. 23.

<sup>12</sup> Schreiben Chruschtschow an Ulbricht vom 13.3.1956. SAPMO, DY 30/3701, Bl. 28 f.

<sup>13</sup> Vgl. Schreiben Selbmann an Kowal vom 1.7.1957. BArch, DF 1/895.

<sup>14</sup> „Abkommen über die Gewährung technischer Hilfe beim Bau eines Atomkraftwerkes vom 17.7.1956“. SAPMO, DY 30/NY 4090/471. Auch „Entwurf der sowjetischen Experten“. BArch, DF 1/860.

<sup>15</sup> Vgl. Gemeinsame Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 17. Juli 1956, in: Deutsches Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.): Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1957, S. 140.

<sup>16</sup> „Beschluss 38/2 über den Bau eines Atomkraftwerkes in der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Juli 1956.“ SAPMO, DC-20 I/4-369 (auch in BArch, DF 1/856).

nahme des Kraftwerkes nach dem auf dieser Grundlage erarbeiteten Vorprojekt richten sollten. Die Staatliche Plankommission wurde beauftragt, „den Bau des Atomkraftwerkes in das Projekt des zweiten Fünfjahrplanes als eines der wichtigsten Investitionsvorhaben aufzunehmen“<sup>17</sup> und einen Standort festzulegen. Als Planträger wurde das Amt für Kernforschung und Kerntechnik (AKK) bestimmt, wo für die damit zusammenhängenden Arbeiten im Verlauf des Jahres 1957 die Hauptabteilung IV „Energieanlagen“ mit den eigenständigen Arbeitsbereichen „Atomkraftwerk“ und „Entwicklungsgruppe Leistungsreaktoren“ gebildet wurde.

### Standortsuche

Laut Ministerratsbeschluss 38/2 sollte die entsprechende Planung „einschließlich der Baugrunduntersuchungen und sonstige technische Einzelheiten“ bereits zum 15. September 1956 dem Vorsitzenden des Ministerrates vorgelegt werden.<sup>18</sup> Dieser Termindruck hatte seinen Grund in einer Festlegung des Abkommens mit der UdSSR, der zufolge spätestens im November die Unterlagen für die Projektierung des Atomkraftwerkes an die sowjetische Seite übergeben werden sollten.<sup>19</sup> Entsprechend intensivierte das AKK seine Suche nach einem geeigneten Standort, allerdings wurde diese jetzt schon gemeinsam mit dem VEB Energieprojektierung Berlin durchgeführt.

Bei der Suche beschränkt man sich von vornherein auf den Nordraum der DDR.<sup>20</sup> Die deutlich geringere Besiedlung der nordbrandenburgischen, mecklenburgischen und vorpommerschen Regionen sowie ihr vergleichsweise hoher Wasserreichtum waren wichtige Argumente, gerade hier ein Atomkraftwerk zu errichten. Ausschlaggebend waren letztlich aber die enormen Probleme der dortigen Energiewirtschaft, die vor allem aus der fast völligen Abwesenheit fossiler Brennstoffe und äußerst geringen Kraftwerkskapazitäten resultierten.<sup>21</sup> Vor den sowjetischen Experten begründete Fritz Selbmann, zu dieser Zeit noch mächtiger Schwerindustrieminister und im Politbüro „Verantwortlicher für Kernforschung und Kerntechnik“, diese Einschränkung bei der Standortsuche dann auch mit genau diesem Argument: „Ausgehend von der Kohleversorgungs-lage in der DDR wurde ein Standort für ein Atomkraftwerk ins Auge gefasst, der gestattet, in einer

<sup>17</sup> Ebd.

<sup>18</sup> „Beschluss 38/2 über den Bau eines Atomkraftwerkes in der Deutschen Demokratischen Republik“ (20. Juli 1956). BArch, DC-20 I/4-369.

<sup>19</sup> „Entwurf der sowjetischen Experten“. BArch, DF 1/860. Vgl. „Verzeichnis der zusätzlichen von deutscher Seite vorzulegenden Ausgangsunterlagen, Anlage zum Protokoll vom 1.10.1956“. BArch, DF 1/43.

<sup>20</sup> Vgl. „Begründung zum Standortvorschlag für das Atomkraftwerk I“ (Anhang zum Schreiben Rambusch an Leuschner vom 18.2.1956). BArch, DF 1/859.

<sup>21</sup> Die im Raum Brandenburg und Mecklenburg bis zum Kriegsende installierte Gesamtleistung von 1170 MWe war durch Kriegseinwirkungen und Demontagen auf nur noch 427 MWe reduziert. Vgl. Sens, *Geschichte der Energieversorgung*, Rostock 1997, S. 210. Allein bezogen auf das Gebiet des heutigen Flächenstaates Mecklenburg-Vorpommern, der in etwa die drei ehemaligen nördlichen Verwaltungsbezirke der DDR Rostock, Schwerin und Neubrandenburg umfasst, lag die Summe der installierten Kraftwerksleistung unter 100 MWe.

von der Kohlenbasis weit entfernten Gegend ein Objekt mit Elektroenergie und Wärme zu beliefern.<sup>22</sup>

In der Tat gab es in den drei Nordbezirken der DDR mit dem Kohlekraftwerk Peenemünde auf der Insel Usedom lediglich einen nennenswerten Energieerzeuger, der jedoch nach sowjetischen Reparationsentnahmen nur maximal 30 MW elektrische Leistung in das Verbundnetz einspeisen konnte. Die Energie für die im Rahmen des zweiten Fünfjahrplanes beschlossenen Industrialisierungsvorhaben an der Ostseeküste musste daher verlustreich über weite Entfernungen durch zum Teil veraltete Mittelspannungsleitungen herangeführt werden.<sup>23</sup> Die zwangsläufige Folge waren äußerst instabile Netzverhältnisse in der gesamten Region, die mit häufigen Abschaltungen einhergingen. Abhilfe konnte in dieser Beziehung nur die Installation eines größeren Stromerzeugers direkt vor Ort bringen, wobei es mangels anderer verfügbarer Energieträger naheliegender war, die Atomenergie zu favorisieren.<sup>24</sup>

Über diese ökonomischen Sachzwänge hinaus wurden jetzt aber auch von sowjetischer Seite konkrete Kriterien für den künftigen Standort vorgegeben.<sup>25</sup> Demnach sollte der Bauplatz „von der Mitte des Ventilationsschornsteins des Kraftwerks gerechnet, mindestens 3 km von Ortschaften, einschließlich der Wohnsiedlung des Kraftwerkes“ entfernt sein. Für das benötigte Kühlwasser wurde ein Bedarf von 25.000 m<sup>3</sup>/h zugrunde gelegt, gleichzeitig sollten die Höhenmarken des Bauplatzes mindestens drei bis vier Meter über dem maximalen Hochwasserspiegel des nächstgelegenen Gewässers liegen. Über einer Tiefe von 10 bis 12 Metern sollte keineswegs Grundwasser anzutreffen sein. Ein wichtiges Kriterium war darüber hinaus die infrastrukturelle Anbindung, insbesondere in Hinblick auf Straße und Schiene.<sup>26</sup>

Mit diesen Kriterien war die Zahl der möglichen Standorte im Nordraum der DDR bereits auf sechs eingegrenzt. Sämtlich im Bereich der Mecklenburg-Vorpommerschen bzw. Nordbrandenburgischen Seen gelegen waren dies: Neubrandenburg (Tollensesee), Rheinsberg/Zechlin (Stechlinsee), Goldberg (Goldberger See), Alt-Strelitz (Fürstensee), Rechlin (Leginsee) und Sternberg (Sternberger See).<sup>27</sup> Favorisiert wurde zunächst der

---

<sup>22</sup> „Bericht der Delegation für Verhandlungen über ein Atomkraftwerk für die DDR über ihre Reise nach Moskau“. BAArch, DF 1/859. Wie beschrieben, war ursprünglich auch an eine Wärmeauskopplung gedacht.

<sup>23</sup> Vgl. Sens, I.: Geschichte der Energieversorgung in Mecklenburg und Vorpommern von ihren Anfängen im 19. Jahrhundert bis zum Jahre 1990, Rostock 1997, S. 256 ff.

<sup>24</sup> Die für Peenemünde benötigte Steinkohle wurde zunächst aufwändig aus den nun polnischen Schlesischen Revieren herangeschifft, eine spätere Umstellung auf heimische Braunkohle verringerte wegen des nun höheren Brennstoffbedarfs die Transportkosten nur geringfügig, verursachte aber gleichzeitig erhebliche Probleme an den Kesseln. Gelöst wurden die Versorgungsprobleme im Nordraum der DDR erst im Herbst 1973 mit der Inbetriebnahme des Blockes I des KKW Lubmin.

<sup>25</sup> „Ausgangsbedingungen für die Wahl des Bauplatzes für das Atomkraftwerk in der Deutschen Demokratischen Republik“. BAArch, DF 1/43. Insgesamt wurden 11 Kriterien als Grundbedingungen vorgegeben.

<sup>26</sup> Gerade die fehlende Verkehrsanbindung galt als großes Manko des späteren Standortes Rheinsberg, da hier noch aufwändig eine längere Schienenverbindung projektiert und gebaut werden musste.

<sup>27</sup> Vgl. „Begründung zum Standortvorschlag für das Atomkraftwerk I“, (Anhang zum Schreiben Rambusch an Leuschner vom 18.2.1957). BAArch, DF 1/859. Die Vorauswahl dieser Standorte war in Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Projektanten „Teploelektrprojekt“ erfolgt. In einem anderen Pa-

Standort Neubrandenburg, vor allem wegen der im Verhältnis zu den anderen Standorten großen Wassermenge des Tollensesees und vergleichsweise guter Baubedingungen.<sup>28</sup> Zugleich ließ sich eine energietechnisch günstige Nähe zu den späteren Endverbrauchern im DDR-Nordraum (Werften) erwarten. Die nah gelegene Stadt Neubrandenburg würde günstige Ausgangsbedingungen für die Baudurchführung und die Unterkunft der Bau- bzw. Kraftwerksarbeiter gewährleisten.

Diese scheinbar so offensichtlichen Vorteile bewogen die Planer im AKK dazu, die anderen möglichen Standorte zunächst gar nicht weiter zu betrachten. Unverzüglich wurden Probebohrungen zur weiteren Untersuchung des Standortes Tollensesee sowie zur späteren Gründung des Kraftwerkes eingeleitet, womit die Standortfrage bereits entschieden schien. Allerdings vertraten die sowjetischen Experten – und nur deren Zustimmung war letztlich ausschlaggebend – einen anderen Standpunkt: Man zeigte sich höflich erstaunt darüber, dass von deutscher Seite an sie nur ein konkreter Standortvorschlag – nämlich Neubrandenburg – übermittelt worden war. Die Zustimmung zum Bau des Kraftwerkes am Tollensesee wurde offenbar verweigert. Erst jetzt wurden von deutscher Seite auch die anderen möglichen Standorte in die Diskussion eingebracht.

In der Tat hatte der Neubrandenburger Standort neben den beschriebenen Vorteilen auch gravierende Schwächen. Gerade der scheinbare Vorteil eines nahen Oberzentrums als künftigen Stromverbraucher bzw. als Wohnsiedlung für die Kraftwerksarbeiter war zugleich auch der größte Nachteil des Standortes. Der ins Auge gefasste Bauplatz befand sich am Westufer des von Süd nach Nord lang hingezogenen Tollensesee-Talbeckens, dessen natürlicher Abfluss im Norden das Flüsschen Tollense direkt bei Neubrandenburg bildet. Die sowjetischen Partner monierten fehlende wasserwirtschaftliche Gutachten und in der Tat hätte sich das Trinkwassereinzugsgebiet dieses mittelgroßen Bezirkszentrums in unmittelbarer Kraftwerksnähe befunden. Ungünstig bewertet wurde ebenfalls die häufige südwestliche Windrichtung, wodurch die Stadt im Havariefall im direkten Gefahrenbereich des Kraftwerks liegen würde. Ein weiterer Minuspunkt waren die Grundwasserverhältnisse in dem tief eingeschnittenen Seegebiet, die, wie sich nun im Verlauf der Bodenuntersuchungen herausstellte, nicht den von den sowjetischen Projektanten geforderten Bedingungen entsprachen.<sup>29</sup> Die Siedlungsdichte nahm außerhalb des 3 km-Kernbereiches rasch zu und nicht zuletzt mussten für den avisierten Standort auf der vergleichsweise unzugänglichen Landzunge „Gatscheck“ umfangreiche Maßnahmen für den Aufbau einer Verkehrs-Infrastruktur eingeplant werden.<sup>30</sup>

---

pier wird auch der Grabower Bodden (östliche Halbinsel Darß/Prerow) und der Tollensesee mit zwei Standorten aufgeführt. Vgl. „Vergleich der Standorte 1-9 nach Nutzflächen“ (23.3.1957). BArch, DF 1/36.

<sup>28</sup> Vgl. „Schlussfolgerungen und Vorschläge der sowjetischen Experten“ (o. D.). BArch, DF 1/859. Hier wurde angemerkt, dass sich die sowjetischen Experten sehr erstaunt darüber gezeigt hätten, dass die deutsche Seite zunächst nur einen Standort (Neubrandenburg) vorgeschlagen hatte. Vgl. auch „Bericht [Rambusch] über die Verhandlungen zwecks Durchführung des Abkommens vom 17. Juli 1956 über den Bau eines Atomkraftwerkes“. BArch, DF 1/43.

<sup>29</sup> Vgl. „Schlussfolgerungen und Vorschläge“ der sowjetischen Experten“ (o. D.). BArch, DF 1/859.

<sup>30</sup> Vgl. ebd. In dem Papier werden der Neubau einer 5,5 km langen Bahnstrecke und die Instandsetzung einer früher bereits vorhandenen 3,5 km langen Bahnstrecke angegeben. Zudem müsse eine Straße von 4,5 km Länge angelegt werden.

Zwar war die Option Neubrandenburg noch nicht vom Tisch, aber die weiteren Untersuchungen konzentrierten sich nun auf die beiden Standorte Rheinsberg und Goldberg als nächstbeste Optionen. Dagegen wurden die anderen drei Standorte vor allem wegen zu geringer Wassermengen komplett verworfen. Während nach weiteren Untersuchungen auch der Goldberger See wegen möglicher Beeinflussungen seines Wasserhaushalts wieder fallen gelassen wurde, schälte sich jetzt immer mehr der Stechlinsee als mindestens gleichwertige Option zum Tollensesee heraus. Der Standort Stechlin erfüllte zudem die geforderten Kriterien in Hinsicht auf eine geringe Siedlungsdichte besser als Neubrandenburg und auch die örtlichen Grundwasserverhältnisse waren weit besser als am Tollensesee, wo die Tiefbohrungen mittlerweile ungünstige Bedingungen für die Fundamentierung der Atomanlage ergeben hatten.<sup>31</sup> Hauptkritikpunkt des Standortes war die vergleichsweise geringe Wassermenge des Stechlins, die für den geforderten Kühlwasserbedarf nicht ausreichend erschien. Außerdem würden auch an diesem Standort recht umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur notwendig werden.<sup>32</sup> Das Problem der ausreichenden Bereitstellung von Kühlwasser schien allerdings durch eine künstliche Verbindung des Stechlin mit dem benachbarten Nehmitzsee mit vertretbarem Aufwand zu lösen sein.<sup>33</sup>

Nach gemeinsamen Begehungen der beiden Standorte schloss sich das AKK letztlich der Ansicht der Experten von „Teploelektroprojekt“ an und orientierte auf den Standort Stechlin um.<sup>34</sup> Dieser blieb allerdings für den ebenfalls an der Standortsuche beteiligten VEB Energieprojektierung weiterhin nur die zweite Wahl. Die Betriebsleitung kritisierte den geplanten Eingriff in ein Naturschutzgebiet und monierte zugleich eine mögliche Beeinflussung der Wasserversorgung der kaum 50 km nördlich von Rheinsberg gelegenen Großstadt Berlin durch unterirdische Grundwasserverbindungen. In der Folge kam es zwischen den beiden Institutionen zu ernststen Differenzen, die offenbar erst durch ein Machtwort Fritz Selbmanns beendet wurden. Der mittlerweile als „Verantwortlicher für Fragen der Kernforschung und Kerntechnik“ eingesetzte Schwerindustrieminister entschied im Sinne der Atombehörde und bestimmte persönlich den Standort des ersten Atomkraftwerkes der DDR.<sup>35</sup> Ohne die Einwände des VEB-Energieprojektierung weiter

---

<sup>31</sup> Während am Standort Neubrandenburg außerhalb der 3 km-Sicherheitszone die Bevölkerungsdichte schnell zunahm, wären am Stechlin lediglich 11 Personen umzusiedeln. Vgl. „Begründung zum Standortvorschlag für das Atomkraftwerk I“ (Anhang zum Schreiben Rambusch an Leuschner vom 18.2.1957). BArch, DF 1/859.

<sup>32</sup> Zwar führte bereits eine gepflasterte Straße bis zum Bauplatz, allerdings müssten 6 km Bahnstrecke neu gebaut und 5 km Bahnstrecke instandgesetzt werden.

<sup>33</sup> Das Kühlwasser für das Kraftwerk wurde später dem deutlich kleinerem Nehmitzsee entnommen und mit bis zu 10 °C höherer Temperatur in den Stechlin abgeleitet. Über einen künstlichen Überlauf floss das wieder abgekühlte Wasser dann zurück in den Nehmitzsee.

<sup>34</sup> Noch im Oktober 1956 hatte sich das AKK für den Standort Tollensesee ausgesprochen. Vgl. „Bericht über den Stand der Arbeiten am Atomkraftwerk I“ (13.10.1956). BArch, DF 1/859.

<sup>35</sup> Rambusch berief sich in einem Schreiben an den Generaldirektor des VEB Energieprojektierung, von Poeppinghausen, auf eine persönliche Festlegung Selbmanns vom 31. Januar 1957, der zufolge die Landenge zwischen Stechlin und Nehmitz-See der Standort des AKW I sein würde. Vgl. Schreiben Rambusch an Poeppinghausen vom 5.2.1957



Abb. 1: VEB Atomkraftwerk Rheinsberg, 6.5.1966. Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-E0506-0004-007/ CC-BY-SA 3.0. Aufnahme: Ulrich Kohls.

zu berücksichtigen und entgegen dessen weiterhin artikulierten Widerstands<sup>36</sup> empfahl der Leiter des AKK, Karl Rambusch, am 18. Februar 1957 dem Leiter der Staatlichen Plankommission die Einleitung geeigneter Maßnahmen für den Bau des Kraftwerks am Standort Rheinsberg.<sup>37</sup> Dieses wurde daraufhin auf der schmalen Landenge zwischen Stechlin und Nehmitzsee gegründet.

Angenommen, die sowjetischen Experten von „Teploelektroprojekt“ hätten die Standortwahl des AKK einfach „durchgewunken“; was hätten die Neubrandenburger nun vor ihrer „Haustür“ zu erwarten gehabt? Wer die inzwischen außer Betrieb genommene Rheinsberger Atomanlage kennt, weiß, dass diese im Vergleich zu den modernen Großkraftwerken zwar eher bescheidene Ausmaße hat, dennoch kann auch hier kaum von einer „kleinen“ Anlage die Rede sein. Maschinenhaus und Reaktorhalle – als Kernstücke der Gesamtanlage – haben immerhin eine Höhe von mehreren Dutzend Metern und

<sup>36</sup> Schreiben Kowallik (Technischer Leiter VEB Energieprojektierung) an Selbmann vom 8.2.1957, „Betreff: Standort für das Bauvorhaben 1748“. BArch, DF 1/859. Hierin beschwert sich der Verfasser des Briefes bei Selbmann persönlich über die Wahl des in einem Naturschutzgebiet gelegenen Standortes. Inzwischen hatte der VEB Energieprojektierung die Gründung des Standortes offenbar bewusst verzögert.

<sup>37</sup> Schreiben Rambusch an Leuschner vom 18.2.1957. BArch, DF 1/859.



Abb. 2: Imagination des geplanten KKW mit zwei Ausbaustufen. Foto: Archiv Olaf Strauß. Collage: Monique Klötzer.

fügen sich alles andere als harmonisch in die reizvolle Landschaft des Stechlin und des Nehmitzsees ein; auch der Kamin ragt weit in die Höhe. Mit notwendigen Nebenanlagen, Pumpwerken und Einlauf- und Überlaufkanal nimmt die gesamte Anlage mehrere Hektar ein. Zudem muss berücksichtigt werden, dass die Rheinsberger Atomanlage faktisch nur die erste Ausbaustufe der ursprünglich projektierten Gesamtanlage darstellt. Projektiert war ein „spiegelbildlich“ angeordneter zweiter Kraftwerksblock, mit der die Nebenanlagen des Kraftwerks effektiv ausgelastet und die Gesamtleistung der Atomanlage verdoppelt werden sollte.

In technischer Hinsicht war die Errichtung zweier Reaktoren vom Typ WWER 70 der Baureihe Woronesh<sup>38</sup> geplant. Hinter dieser Bezeichnung verbarg sich ein modifiziertes Konzept eines sowjetischen Druckwasserreaktors (Wasser-Wasser-Energie-Reaktor) mit 70 MW elektrischer Leistung, dessen Prototyp aktuell gerade in der südrussischen Stadt Woronesh errichtet wurde. Es hätte sich zumindest in der ersten Ausbaustufe ebenfalls um einen reinen Prototyp gehandelt, zumal die Leistungsparameter von dem in Woronesh gebauten Reaktor abweichen würden. Gemäß den Plänen der DDR-Regierung hinsichtlich einer eigenständigen Atomindustrie hätte allerdings schon der Reaktor der 2. Ausbaustufe eine verbesserte Eigenentwicklung dieses Reaktors sein sollen. Die für den

<sup>38</sup> Die Bezeichnung bezieht sich auf den Prototyp dieses Reaktors in Woronesh, der eine Bruttoleistung (el.) von 210 MW erzeugte. In verschiedenen Quellen und Publikationen und letztlich auch im Gebrauch der Betreiber ist für den Rheinsberger Reaktor auch die Bezeichnung „WWER 70“ zu finden, die sich ebenfalls auf die Bruttoleistung (el.) der Anlage bezieht.

Betrieb benötigten Spaltstoffe, auf 2,5 % angereichertes Uran, wären zunächst aus der Sowjetunion geliefert worden. Perspektivisch war die Errichtung einer eigenständigen Brennelementfertigung in unmittelbarer Nähe der Atomanlage vorgesehen. Gleiches hätte wohl auch für die bei Chruschtschow angefragte Uranmetallproduktion und die ebenfalls angedachte Extraktion des hoch gefährlichen Plutoniums gegolten.<sup>39</sup> Allerdings ist es mehr als fraglich, ob die UdSSR einer Extraktion des Bombenstoffes Pu durch die DDR zugestimmt hätte.

Dennoch könnte den Neubrandenburgern unter Sicherheitsaspekten einiges Unliebsame erspart geblieben sein. Der Rheinsberger Reaktor war ein Prototyp, für den auch in der Sowjetunion noch kaum Erfahrungen vorlagen, zudem wurde das KKW als „Versuchskraftwerk“ in häufig wechselnden Fahrweisen betrieben. Wie richtig die sowjetischen Experten mit ihrer Kritik am Standort Tollensesee lagen, zeigt ein Unfall im Rheinsberger Atomkraftwerk im Jahr 1987, bei dem mehrere Tonnen radioaktiver Abwässer schlicht versickerten. Es ist kaum auszudenken, was dies für die Trinkwasserversorgung der in unmittelbarer Nähe des geplanten Kraftwerksstandortes gelegenen Stadt Neubrandenburg hätte bedeuten können.

## Archivalien

BArch – Bundesarchiv, DF 1/859 und DC-20 I, verschiedene Akten.

SAPMO – Stiftung der Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, DY 30, verschiedene Akten.

## Sekundärquellen

Hildebrand, H.-J. 1957: Die Kernenergie im System der Elektrizitätsversorgung der Deutschen Demokratischen Republik. In: *Energietechnik* 1957 (4).

Knop, H. 1960: Die Energiewirtschaft der DDR und Planung ihrer künftigen Entwicklung. [Teilw. zugl.: Berlin (Ost), Hochschule für Ökonomie, Diss., 1956]. Berlin. 239 S.

Kahlert, J. 1988: Die Kernenergiepolitik in der DDR. zur Geschichte uneingelöster Fortschrittshoffnungen. Köln. 150 S.

Sens, I. 1997: Geschichte der Energieversorgung in Mecklenburg und Vorpommern von ihren Anfängen im 19. Jahrhundert bis zum Jahr 1990, Rostock. 355 S.

---

<sup>39</sup> Allerdings hatten sich letztere Pläne noch auf einen anderen Reaktortyp als den dann in Rheinsberg tatsächlich verwendeten Druckwasserreaktor bezogen. Mit Blick auf die „eigenen“ Uranvorkommen hatten die deutschen Experten ursprünglich den schwerwassermoderierte Natururanreaktor favorisiert. Dieser Typ zeichnet sich durch die Möglichkeit der Verwendung von Uranmetall U238 und einen hohen Plutonium-Brutfaktor aus.

# Zur Geschichte der Umwelt- und Naturschutzplakate

## Entstehung und Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute

*Helen Andrews*

Naturschutz- und Umweltthemen werden heutzutage über sämtliche Medien präsentiert und kommuniziert. Neben dem Internet, Smartphones, Werbeständen und Flyern gibt es auch ein Verbreitungsmittel, das eine lange Tradition aufweist: das Umwelt- und Naturschutzplakat. Dieses hat im Lauf der Zeit vielfältige Entwicklungen durchlaufen und wurde maßgeblich durch die sie entwerfenden Künstler geprägt.

In diesem Beitrag soll speziell die Entstehung und Entwicklung des Naturschutz- und Umweltplakates mit einem Schwerpunkt in der Zeit der zwei sehr unterschiedlichen deutschen Staatssysteme der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und der Bundesrepublik Deutschland (BRD) beleuchtet werden.

Die methodischen und didaktischen Entwicklungen der Umweltplakate sollen vor dem geschichtlichen Hintergrund der Umweltbewegung in beiden Ländern vorgestellt und am Beispiel zweier deutscher (Plakat-)Künstler, Klaus Staeck und Manfred Butzmann, näher betrachtet werden.

### 1. Entwicklung und Funktion von Plakaten

#### 1.1 Eine kurze Geschichte der Plakate

Plakate weisen eine lange geschichtliche Entwicklung auf und haben bei jeglichen wichtigen Ereignissen der Weltgeschichte indirekt oder direkt eine Rolle gespielt. Bereits im 15. Jahrhundert (Jhd.) traten sie in Form von einfachen Flugblättern auf und entwickelten sich von primär textlastigen Aushängen hin zu den knalligen und illustrativen (Werbe-)Plakaten von heute (Hübner 1993: 12).

Die Entwicklung zum zunehmend künstlerisch und bildhaft gestalteten Plakat setzte Ende des 19. Jahrhunderts mit der Produktwerbung ein. Hierdurch wurde die Fernwirkungsfunktion des Plakats deutlich und es erhielt einen starken Aufschwung zum Massenmedium. Das Bildplakat betrieb Massenwerbung und trug dazu bei, dass der Konsum in der aufkommenden Industriegesellschaft angekurbelt wurde. Auch das Entstehen politischer Parteien unterstützte den zunehmend erfolgreichen Plakateinsatz, denn auch sie bedienten sich deren Möglichkeiten, um ihre politischen Ansichten publik zu machen. Durch moderne Drucktechniken wurde die Herstellung von großen und farbigen Plakaten zu kleinen Preisen ermöglicht. Plakate wurden ein allgemein beliebtes Mittel für die weite Verbreitung von Inhalten in die Bevölkerung (Behrens & Hoffmann 2007: 354; Hübner 1993: 12).

Hübner (1993: 12) fasst diese Tatsache ganz treffend zusammen: „[...] fand das Plakat als hochwillkommenes Massen(ver)führungsmittel rasch Eingang in die Politik sowie fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens und zwar völlig unabhängig von der jeweiligen Staats- oder Gesellschaftsform“. Heute sind Plakate ein fester Bestandteil des All-

tags und umgeben uns überall und ständig. Ihre ständige Präsenz und Einflussnahme ist uns kaum noch bewusst (Hübner 1993: 12).

## 1.2 Funktion(en) und Merkmale von Plakaten

Im Abschnitt 1.1 wurden bereits einige Funktionen und Merkmale von Plakaten aufgegriffen. Sie begegnen uns fast ausschließlich im öffentlichen Raum. Sie hängen an Gebäuden, in Geschäften, an Haltestellen, an Litfaßsäulen, in Schaufenstern, in öffentlichen Verkehrsmitteln usw. Plakate müssen sich gegen alle Reize des öffentlichen Raums durchsetzen und das Interesse des Betrachters innerhalb von Sekunden auf sich ziehen. Auch liegt ihre Aufgabe in der effektiven Vermittlung einer Aussage oder Botschaft an ein manchmal mehr, manchmal weniger bestimmtes Zielpublikum (Behrens & Hoffmann 2007: 353 f.; Böhringer, Bühler & Schlaich 2007: 164; Müller 1993: 37; Rogivue 1993: 63).

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, was ein gutes Plakat überhaupt ausmacht. Für ein gutes Plakat, also eines, das die Aufmerksamkeit des Betrachters auf sich zieht und einen bleibenden Eindruck hinterlässt, sind gewisse Kriterien der Gestaltung zu beachten. Das Plakat sollte einfach und leicht zu erfassen und bei einer klaren Struktur ansprechend und effektiv sein (Böhringer, Bühler & Schlaich 2007: 164 f.; Hübner 1993: 15). Laut Böhringer, Bühler & Schlaich (2007: 164) gehören die Eigenschaften auffallend, ansprechend, einprägsam, klar strukturiert, leicht erfassbar und präzise unter anderen zu den wichtigsten, die ein Plakat aufweisen muss.

Plakate vermitteln in Sekundenschnelle ein ganzes Weltbild. Ihre einfache Sprache, interessen geleitete Botschaft und emotionale Wirkung auf den Betrachter machen sie

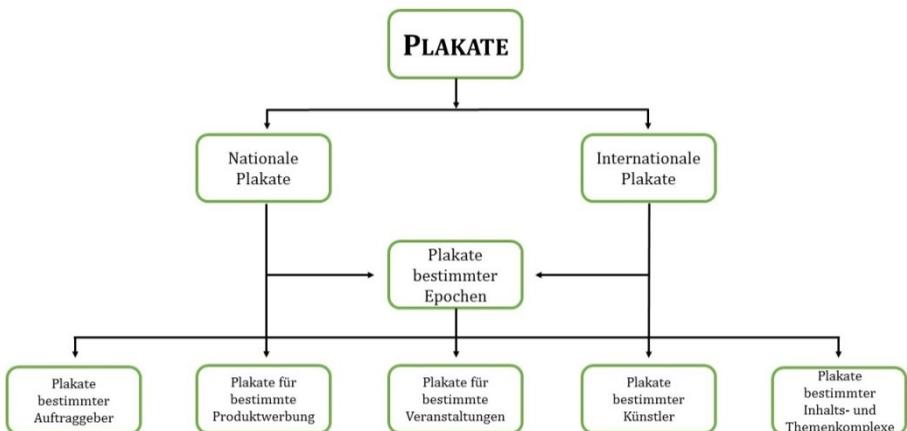


Abb. 1: Systematische Ordnung der Plakate nach bestimmten Kriterien (eigene Darstellung nach Hübner 1993).

zum besten Mittel zur Veranschaulichung eines Spektrums an Meinungen, Standpunkten und Inhalten und fordern den Betrachtenden zum Handeln auf (Diederich & Grübling 1986: 3; Rogivue 1993: 63). Die Bedeutung, aber auch die Gefahr der Plakate, liegt in ihrer Natur: Sie „[...] werden so – durchaus gewollt – zu unterschweligen Leitbildern für Weltanschauungen, Machtansprüche, Forderungen, Ideologien, Theorien, Wirtschaftsinteressen, Glaubensfragen, Einstellungs- und Verhaltensmuster, u.a.m.“ (Hübner 1993: 13). Das Plakat als multifunktionales Medium hat, je nach Auftraggeber oder Hersteller, vielfältigste Wirkungen (Hübner 1993: 15). „Plakate werben, informieren, warnen, frohen, mahnen, erklären, argumentieren, klagen an, fordern auf, agitieren, protestieren, provozieren, überzeugen, verharmlosen, übertreiben, [...]“ (Hübner 1993: 15). Bezogen auf das Thema Umwelt- und Naturschutz rufen sie zum Stromsparen und Atomausstieg auf, mahnen und warnen vor dem Verlust von Biodiversität, Waldsterben, Klimawandel und Umweltverschmutzung (Hübner & Müller 1993: 128).

Eine Systematisierung verschiedener Plakattypen ist durch die Vielschichtigkeit des Themas schwierig, dennoch lassen sich sämtliche Plakate konkret einordnen und jede Gruppe lässt sich weiter untergliedern, wobei Überschneidungen durchaus die Regel sind (vgl. Abb. 1, Abb Hübner 1993: 13 f.). Gemeinsam ist allen jedoch eine ausschließlich sach- und interessenbezogene Behandlung eines einzigen Sachverhalts (Rogivue 1993: 63).

## **2. Entwicklung und Charakterisierung von Umwelt- und Naturschutzplakaten mit Fokus auf die Zeit der DDR und der BRD**

### **2.1 Von den Anfängen bis zum Zweiten Weltkrieg**

Die Möglichkeiten, durch Plakate eine große Öffentlichkeit zu erreichen, wurden in der Vergangenheit und werden auch heute noch für Belange des Natur- und Umweltschutzes eingesetzt (Behrens & Hoffmann 2007: 353). Plakate, die Umwelt und Natur (und deren Schutz) thematisieren, traten – wie die Werbeplakate – zunehmend im 19. Jhd. in der Hochphase der industriellen Revolution in Europa auf. Durch die Industrialisierung zeichneten sich erste negative Auswirkungen auf Natur und Landschaft sowie auf die Lebensqualität der Menschen ab, die eine Sensibilisierung der Bevölkerung für Umwelt- und Naturschutzprobleme und somit eine starke Zunahme an Plakaten zu diesen Themen mit sich brachte. Darstellungen wie rauchende Schornsteine als positives Sinnbild für das Wirtschaftswachstum wurden zunehmend auch Symbol für zerstörte Natur und Umwelt (Diederich & Grübling 1986: 3 ff.). Diederich & Grübling (1986: 7) beschreiben diesen Sachverhalt wie folgt: „Entweder wird die Umweltzerstörung als Ergebnis sozialer Verhältnisse gesehen, die es zu verändern gilt; oder sie wird als zwangsläufige Folge des technischen und industriellen Fortschritts begriffen, der man nur individuell ausweichen oder die man durch ein geändertes Verhalten des Einzelnen in den Griff bekommen kann“. Im Zeitraum der Industrialisierung kann man auch den Ursprung der Umweltplakate verorten (Diederich & Grübling 1986: 4, 9).

In Form von großformatigen, wissenschaftlich gestalteten Darstellungen wurde insbesondere die heimische Flora und Fauna abgebildet und damit die Aufklärung über die Natur und ihre Gefährdung in den Vordergrund gestellt (s. Abb. 2). Abb Diese Art der

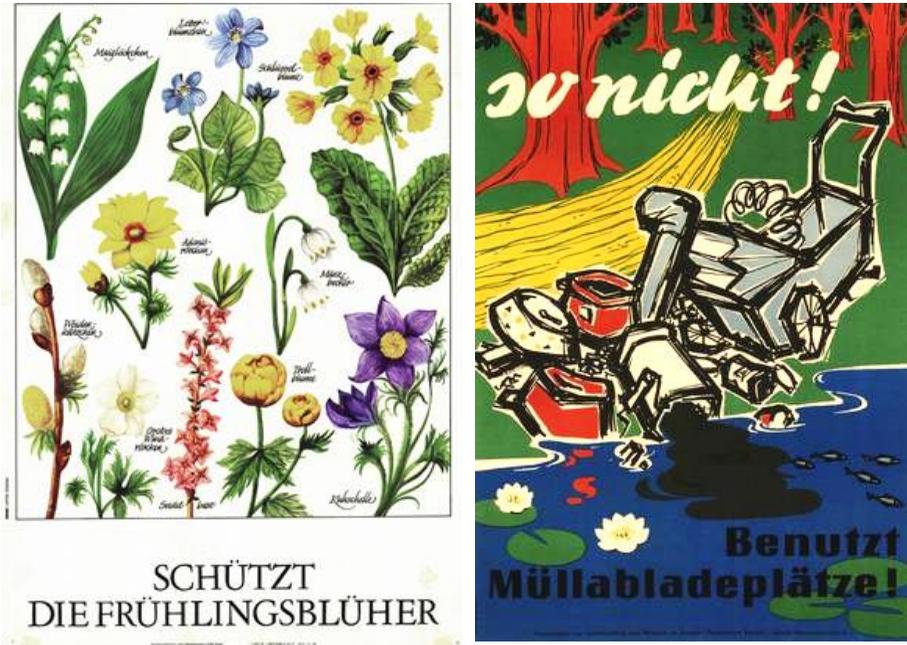


Abb. 2: Plakate „Schützt die Frühlingsblüher“ (1981) und „so nicht! Benutzt Müllabladepätze!“ (1964) .  
Quelle: StUG P 059 und P 011.

tadelnden Plakate, in denen das reine Betrachten von Pflanzen und Tieren angesprochen und vor einer Entnahme dieser aus der Natur gemahnt wurde, ist typisch für nachfolgenden Jahrzehnte, auch in der DDR. Lange Zeit war das Stilmittel der Umweltplakate im deutschsprachigen Raum die Warnung, Mahnung und Abschreckung mit erhobenem Zeigefinger mittels negativer Bildmetaphern (Behrens & Hoffmann 2007: 358).

Um 1912 entstand in der Mittelschicht der Gedanke der „Gartenstadt“. Man wollte nicht dort leben, wo man arbeitet, denn Arbeit und Kapital verursachen Umweltbelastung und sind schlecht für den Menschen. Hier wurde mit Illustrationen von schönen Parklandschaften im Gegensatz zu rauchenden Schornsteinen geworben (Diederich & Grübling 1986: 4, 9).

In der anschließenden Zeit des Ersten und Zweiten Weltkrieges hingegen kam es zu dem Verständnis, dass die wirtschaftliche Produktion sich natürlichen Kreisläufen annähert und nicht zwangsläufig eine Zerstörung der Natur verursacht. Das Thema des „Recyclings“ wurde auf Plakaten propagiert: Nahrungsmittel sollten restlos verwertet werden. Außerdem nutzte das nationalsozialistische Regime Plakatwerbung mit Naturszenen, um der arbeitenden Bevölkerung verbesserte Arbeitsbedingungen zu versprechen. Dies diente im Endeffekt tatsächlich nicht wirklich den Arbeitern und dem Wohl der Bevölkerung,

sondern den Kriegsvorbereitungen. Durch sparsamen Umgang mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen sollte sowohl die Ernährung der Soldaten als auch die militärische Produktion gesichert werden. Ab 1945 in der Nachkriegszeit traten Apelle zum Schonen der Natur als einzige Überlebende des Zweiten Weltkrieges vermehrt in den Vordergrund der Plakatgestaltung. Auch das Sammeln von Naturprodukten als Quelle für Nahrung und Baumaterial spielte nach den Zerstörungen durch den Krieg eine wichtige Rolle (Diederich & Grübling 1986: 12).

Unabhängig von industrieller Entwicklung und den beiden Weltkriegen entdeckte man im 20. Jhd. den Nutzen der Natur für den Tourismus, indem Plakate zunehmend auch Verhaltensregeln für den Umgang mit ihr kommunizierten. Auch Plakate, die die Zerstörung der Natur und Landschaft, gerade durch Touristen, beklagten sowie kommerzielle touristische Werbung nahmen zu. Zwar kann man hier noch nicht vom Bestehen einer Umweltbewegung sprechen, jedoch war das Lebensgefühl „Zurück zur Natur“ bereits weit verbreitet (Behrens & Hoffmann 2007: 355 f.; Diederich & Grübling 1986: 24).

Einen richtigen „Boom“ erfuhren die Umweltplakate Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre mit der Entstehung der Umweltbewegung in vielen westlichen Ländern und der Begründung der staatlichen Umweltpolitik in Deutschland (Behrens & Hoffmann 2007: 356). Obwohl sich die Materialien und Gestaltung der Plakate von Land zu Land unterschieden, war allen gemein, durch sie Umweltprobleme aufzuzeigen und in den Fokus zu rücken. Nicht nur sämtliche Akteure aus dem Umwelt- und Naturschutzbereich (Umweltverbände, Bürgerinitiativen, Behörden, u.a.) begriffen schnell die Chance, durch Plakate ein großes Publikum erreichen zu können, auch Firmen, die Politik und staatliche Stellen visualisierten solche Probleme zunehmend in Form von Umweltplakaten. Sie alle nutzten dieses wirksame Medium der Öffentlichkeitsarbeit gezielt, um den Menschen ein Umweltbewusstsein „anzuerziehen“ und Denkprozesse und Verhaltensänderungen auszulösen (Behrens & Hoffmann 2007: 356 f.; Diederich & Grübling 1986: 3). Plakatinhalte deckten das ganze Natur- und Umweltthemenspektrum ab: „[...] Lärm, Luft, Wasser, Abfall, Boden, Verkehr, Natur, Artenschutz, Energie, Rohstoffe, Atomkraftwerke [...]“ (Hübner 1993: 19). In den 1980er Jahren entdeckte die Industrie als klassischer Umweltverschmutzer die Umwelt als Marktchance, nutzte Natur und Umwelt als Werbe- und Kaufargument und setzte sie dadurch (unabsichtlich) in Wert (Behrens & Hoffmann 2007: 357).

Zusammenfassend lässt sich also festhalten: Umwelt- und Naturschutzplakate haben bereits eine über 100-jährige geschichtliche Entwicklung hinter sich und umfassen sämtliche Plakate, die sich mit Sachverhalten des Umwelt- und Naturschutzes beschäftigen. Ihre Aufgabe ist es, Umweltprobleme aufzuzeigen und den Adressaten zum Handeln, Umdenken und Protestieren anzuregen bzw. ihn zu warnen und zu informieren. Im Zusammenspiel mit anderen Medien, persönlichen Erlebnissen und Einstellungen der Menschen dienen sie der Umweltbildung für alle Bevölkerungsschichten und bewirken damit Möglichkeiten für Verhaltensänderungen. Isoliert betrachtet kommt es auf den Gehalt, also die Qualität des Plakates, an: Wie stark löst es Zustimmung oder Ablehnung, einen Denkanstoß und Erinnerungseffekt beim Betrachter aus (Hübner & Müller 1993: 142 f.)? Wie alle Plakate sind Umweltplakate sehr kurzlebig und sollen spezifische Informationen einem möglichst breiten Publikum vermitteln. Sie müssen beim Betrachter positive

wie negative Resonanz erzeugen, um ihr jeweiliges Ziel zu erreichen (Hübner & Müller 1993: 128).

## **2.2 Umweltplakate vor dem Hintergrund der Umweltbewegung**

Erste große Umweltkatastrophen wie der Reaktorunfall von Harrisburg, der Chemieunfall von Seveso sowie der Bau von großen Atomkraftwerken lösten ein Gefühl der Bedrohung der Lebensgrundlagen bei der Bevölkerung aus und waren der Grund für das starke Wachstum der Umweltbewegung in Europa der 1960er und 70er Jahre (Behrens & Hoffmann 2007: 356, f.; Diederich & Grübling 1986: 20). In Deutschland kam es nach Ende des Zweiten Weltkrieges zur Entstehung von Umweltbewegungen in zwei politisch sehr unterschiedlichen Systemen. Die in der DDR entstandenen Umweltplakate zeigen nicht nur die Entwicklung der staatlichen Umweltpolitik, sondern auch den Aufstieg und Fall eines ganzen Staates (Behrens & Hoffmann 2007: 353).

### **Umweltplakate und die Umweltbewegung in der DDR**

In der DDR war zunächst auch nach dem Ende des Krieges das Reichsnaturschutzgesetz für den Schutz von Umwelt und Natur maßgeblich. Ziele und Inhalte des neuen Naturschutzgesetzes von 1954 (Gesetz zur Erhaltung und Pflege der heimatischen Natur) wurden mittels Plakaten öffentlich bekannt gemacht. Die Stilmittel wiesen deutliche Ähnlichkeiten zu den Plakaten zu Beginn des 20. Jhd. auf: mahnend und mit erhobenem Zeigefinger (Behrens & Hoffmann 2007: 359 f.). Das Plakat war das auflagenstärkste Medium der Propaganda von Parteien und Massenorganisationen. Auch später behielt es neben den neuen Medien (Funk und Fernsehen) seinen hohen Stellenwert. Inhalte der Plakate unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg waren Kriegsfolgen, Not und Mangel. Doch wurden ebenfalls, wie oben erwähnt, auch Natur- und Umweltthemen, vor allem auf staatlichen Plakaten, thematisiert (Behrens & Hoffmann 2007: 358 f.).

In den 1960er Jahren bis zur Gründung des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR (MUW) 1972 entwickelte sich eine umfassende staatliche Umweltpolitik, zum Schutz wichtiger Umweltgüter. Diese Entwicklung schlug sich auch in der Gestaltung der Umweltplakate nieder. Insbesondere das Thema Wasserschutz, Reinhaltung und Verwendung war in der DDR durch eine naturbedingte Wasserknappheit omnipräsent (s. Abb. 3, Behrens & Hoffmann 2007: 360).

Der Umweltschutz wurde 1968 in die Verfassung aufgenommen, wodurch die DDR früher als andere hochentwickelte Industrieländer eine moderne Umweltgesetzgebung schuf. 1970 wurde das Landeskultugesetz erlassen und die neuen Natur- und Umweltschutzziele über Plakate öffentlich gemacht (Behrens & Hoffmann 2007: 360 f.). Mit der Begründung des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR im Jahr 1972 wurde die Institutionalisierung der Umweltpolitik abgeschlossen (Behrens & Hoffmann 2007: 361).

Trotz der Schaffung einer staatlichen Umweltpolitik war diese in vielen Punkten mangelhaft. Durch falsche Politik und die Ölkrise kam es in den 1980er Jahren zur Wiedereinführung der Förderung und Nutzung von Braunkohle, was zum Zerfall der DDR



Abb. 3: Plakat „So nicht! Haltet das Wasser rein“ (1965). Quelle: StUG P 019.

beitrug. In Kombination mit der seit 1967 laufenden „sozialistischen Intensivierung“, also der Bildung von Großbetrieben, der Chemisierung und Mechanisierung sowie der Flurbereinigung in der Landwirtschaft, wurden Natur und Umwelt immer stärker belastet und beeinträchtigt. „Besonders in den Braunkohleabbaugebieten und dort, wo die Braunkohlenchemie-Industrie lag, entwickelten sich regionale Umweltkatastrophengebiete“ (Behrens, Benkert & Hoffmann et al. 1993: 17; Behrens & Hoffmann 2007: 361 f.; Malycha 2011).

Künstler und Privatpersonen, aber auch staatliche Umweltschutzeinrichtungen, Universitäten und Massenorganisationen beschäftigten sich intensiv mit Umweltproblemen. Lösungen waren durch finanzielle Probleme aufgrund schlechter werdender ökonomischer Bedingungen in der DDR schwierig. Die Umweltprobleme wurden so groß, dass die Bevölkerung begann, ein gewisses Protestpotential an den Tag zulegen, was als akute

Staatsgefahr betrachtet wurde. So durften ab dem 1.2.1982 weder Funk, Fernsehen, Zeitung noch Bücher oder wissenschaftliche Veröffentlichungen Umweltdaten abdrucken oder Umweltthemen behandeln. Diese Tabuisierung durch den Staat begünstigte ungewollt die Bildung und Stärkung der kritischen Öffentlichkeit, die unabhängig vom Staat (durch Mundpropaganda und Durchsickern) die Probleme aufgriff und, u.a. durch Plakate, in den Fokus rückte. Eine verzwickte Tatsache lag auch in der Befangenheit der Bevölkerung im Umfeld der größten Katastrophengebiete: Hier waren die größten Umweltverschmutzer gleichzeitig die Hauptarbeitgeber (LPG<sup>1</sup>, Bergbau- und Chemieindustrie), also die Betroffenen oftmals auch die Verursacher. Dies resultierte in einem verschwindend geringen Widerstand in diesen Regionen und einer Inkaufnahme von Gefährdungen der Umwelt und der eigenen Gesundheit zu Gunsten eines sicheren Arbeitsplatzes. Hier und in den anderen Gebieten der DDR wurde die politisch oppositionelle Umweltbewegung unter dem Dach der evangelischen Landeskirchen und des Kulturbundes immer stärker. Je bedeutender die wirtschaftliche Krise und die Umweltbelastungen wurden, desto heftiger wurde die Repressionen gegen Anhänger der Bewegung (Behrens & Hoffmann 2007: 362; Beleites 2007: 179, 182 ff.). In den politischen Forderungen der Bevölkerung kurz vor der Wende (1989/90) stand der Umweltschutz, oft verknüpft mit allgemeinen gesellschaftspolitischen Vorstellungen („ökosoziale“ Erneuerung des Sozia-

<sup>1</sup> Eine Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft definiert den zunächst freiwilligen, später erzwungenen Zusammenschluss zu landwirtschaftlichen Großbetrieben zur gemeinschaftlichen Agrarproduktion der DDR (Martens 2010).

lismus), ganz oben. Auch hier spiegelten kritische Umweltplakate bspw. von Künstlern wie Manfred Butzmann die Entwicklung der politischen und gesellschaftlichen Geschehnisse in ihrer Gestaltung wider. Neben Gründen wie Repression, rezessiver Wirtschafts- und Finanzlage und zunehmenden Konflikten mit westlichen Staaten trug auch die Natur- und Umweltzerstörung zur Selbstzerstörung der DDR bei (Behrens et al. 1993: 17; Behrens & Hoffmann 2007: 361 f.; Malycha 2011).

Seit der Wiedervereinigung hat sich im alten Staatsgebiet der DDR in vielen Bereichen die Umweltqualität verbessert. Dennoch wird auf die weiterhin bestehenden Probleme durch Plakate aufmerksam gemacht (Behrens & Hoffmann 2007: 363).

### **Umweltplakate und Umweltbewegung in der BRD**

In Westdeutschland entwickelte sich in der Nachkriegszeit eine sehr stark die Umwelt beanspruchende Industrie, die entsprechende Folgen für Natur und Umwelt mit sich brachte. Konsequenterweise entstand in dieser Zeit auch die Umweltpolitik, die 1971 durch die SPD/FDP Regierung in Form eines Umweltofortprogramms sowie die Gründung erster staatlicher Umweltschutzbehörden institutionalisiert wurde. 1974 wurde das Umweltbundesamt gegründet. Deutlich später folgten andere Behörden wie 1986 das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit als Reaktion auf den Reaktorunfall von Tschernobyl und die Gründung des Bundesamtes für Naturschutz im Jahr 1993.

Obwohl der Umwelt- und Naturschutz schon frühzeitig im noch gültigen Reichsnaturschutzgesetz und durch Ländergesetze zur Luftreinhaltung der 1960er Jahre verankert war, gab es eine allumfassende gesetzliche Fortentwicklung des Umwelt- und Naturschutzes erst mit der neuen Umweltpolitik der 1970er. Es folgten gesetzliche Regelungen bspw. mit dem Abfallbeseitigungsgesetz (1972), dem Bundesnaturschutzgesetz (1976) oder dem Chemikaliengesetz (1980). Die Ölkrise (1975/74) führte wie in der DDR auch in Westdeutschland zu einer schlechten ökonomischen Entwicklung und damit einhergehend der Bildung einer oppositionellen Bürgerbewegung. Die große Abhängigkeit von fossilen Energieträgern stärkte die Besorgnis der Bürger um ihre Umwelt und ihre Lebensgrundlagen und initiierte so, neben der Friedens- und Freiheitsbewegung, eine Umweltbewegung. Auch das massive Waldsterben, verursacht durch industrie- und verkehrsbedingte Luftverschmutzung, wird gemeinsam mit der Katastrophe von Tschernobyl als Hauptgrund für die Verbreitung und Stärkung eines ökologischen Bewusstseins und der Gründung von Umweltverbänden wie dem BUND oder Greenpeace e.V. in Deutschland gesehen (Jänicke 2008; Jänicke 2009; Pötter 2013). Anhänger der Umweltbewegung schafften es teilweise erfolgreich, große Planungen und Projekte zu verhindern und auch der Staat und Unternehmen starteten bald Umweltkampagnen. Gruppen, Institutionen und Künstler entwarfen viele Umwelt- und Naturschutzplakate (Diederich & Grübling 1986: 20).

Zentralen Themen wie dem Atomausstieg verschrieb sich vor allem die 1980 gegründete politische Partei „Die Grünen“, die sich „grüne“, also ökologische Themen auf die Fahne schrieb und 1983 in die Parlamente einzog. Ein Hauptunterschied zu anderen Parteien lag in ihrer Plakatpropaganda (s. Abb. 4) mit „statt formal ausgetüfteltem und inhaltsar-



Abb. 4: Plakat für den Europawahlkampf der Partei „Die Grünen“ (1979).

mem Werbedesign eher sympathisch handgestrickt wirkenden Motiven“ (Diederich & Grübling 1986: 23). Durch den Wahlerfolg kam es schnell zu rechtlichen Verankerungen des Umweltschutzes und einer deutlich moderneren Umweltpolitik.

In den folgenden Jahrzehnten wurden immer mehr Natur- und Umweltschutzgesetze rechtskräftig und die Politik der BRD seit der Wende immer „grüner“. Das Recycling, also die Wiederverwertung von Abfällen, trat durch das 1994 verabschiedete „Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz“ in den Vordergrund, die Verankerung der Verbandsklage für Umweltverbände im novellierten Bundesnaturschutzgesetz und die Schaffung eines Biotopverbundes im Sinne des EU-Programms „Natura 2000“ waren wesentliche Meilensteine dieser Entwicklung. Mit der gesetzlichen Regelung zum Ausstieg aus der Atomenergie 2002 wurde ein deutlicher Richtungswechsel in der Umweltpolitik aufgezeigt (Jänicke 2008; Jänicke 2009).

### 3. Klaus Staeck und Manfred Butzmann – zwei (Plakat-)Künstler in Ost- und Westdeutschland

Im Zusammenhang mit der Herstellung und Gestaltung von Umwelt- und Naturschutzplakaten ist das Schaffen zweier deutscher Künstler von enormer Bedeutung: Klaus Staeck und Manfred Butzmann, die beide in der DDR aufwuchsen. Während Butzmann Zeit seines Lebens in der DDR blieb und dort wirkte, siedelte Staeck früh in die BRD über und arbeitete fortan dort. Beide waren und sind maßgeblich an der Entstehung von Umweltplakaten zur Zeit des Kalten Krieges, der Wiedervereinigung Deutschlands und darüber hinaus bis heute beteiligt und haben deren Erscheinungsbild entscheidend mitgeprägt. Im Vergleich der Künstler lässt sich einerseits sehr gut darstellen, wie unterschiedlich die Herangehensweise an die Thematik Umwelt- und Naturschutz in zwei politisch gegensätzlichen Systemen war. Zum anderen ist sehr gut erkennbar, wie viele Gemeinsamkeiten ihre Arbeiten (und Ansichten) trotz der unterschiedlichen Rahmenbedingungen bezüglich Biografie, Bildung und ihrer unterschiedlichen Charaktere aufweisen.

#### Klaus Staeck – eine Biografie

Klaus Staeck wurde am 28. Februar 1938 in Pulsnitz/Kreis Kamenz bei Dresden geboren und wuchs in Bitterfeld auf. Nach seinem Abitur im Jahr 1956 zog er nach Heidelberg in

die Bundesrepublik Deutschland. In den Jahren 1957 bis 1962 studierte er Jura in Heidelberg, Hamburg und Berlin und begann nach bestandenen Examen seinen Referendardienst in Weinheim, Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim. Nach seinem Assessorexamen in Stuttgart erhielt er 1969 die Zulassung als Rechtsanwalt in Heidelberg und Mannheim. Während der Studienzeit stellte er in Heidelberg zum ersten Mal seine Arbeiten, Postkarten, Plakate und Flugblätter aus. Erste Arbeiten zum Thema Umwelt fertigte Staeck in den 1960ern an, die bei den Betrachtern auf viel Unverständnis stießen. Inzwischen sind viele der Umweltprobleme zur Realität geworden und Staecks Plakate (und andere Arbeiten) finden viel Zuspruch und gewinnen immer mehr an Bedeutung (s. Abb. 5 bis Abb. 8). Sie dienen bis heute sämtlichen Akteuren des Natur- und Umweltschutzes als öffentlichkeitswirksames Arbeitsmaterial (Diederich & Grübling 1986: 115; Staeck 2017).



Abb. 1: Umweltplakat von Klaus Staeck (1983).

### ***Politisches & künstlerisches Wirken***

Klaus Staeck ist bis heute ein Künstler, der kontrovers diskutiert wird, der provozieren und vor allem polarisieren will. Schon früh war er politisch interessiert und setzte sich stets für mehr Demokratie, besseren Natur- und Umweltschutz und gegen Krieg und Ausländerfeindlichkeit ein. Ein Künstler, der so „nach außen“ arbeitet und sämtliche Themen, die Politik und Bevölkerung bewegen, kritisch hinterfragt, erlangt zwangsläufig einen großen Bekanntheitsgrad. Nicht zuletzt die vielen Konflikte mit Politikern, vor allem der CDU/CSU, haben im Wesentlichen, wenn auch unbeabsichtigt, zu Staecks Ruhm beigetragen. Insgesamt wurden über 50 Ausstellungen verhindert, 41 Mal wurde erfolglos versucht, Plakate und Postkarten von Klaus Staeck juristisch verbieten zu lassen.

Schon 1963 wurde er aufgrund der Organisation eines Studentenaustausches zwischen den Universitäten Heidelberg und Leipzig vom Verfassungsschutz der Bundesrepublik beobachtet. 1960 trat er der SPD bei und übernahm 1967 für sie das Amt eines Stadtrates von Heidelberg. Zur Bundestagswahl 1972 produzierte Staeck fast eine Million Postkarten und Aufkleber und wurde von der CDU in erste Prozesse verwickelt. Im November 1974 kam es anlässlich einer Ausstellung im Londoner Institute of Contemporary Art (ICA) zu einem Skandal, als Bundesaußenminister Genscher, aufgrund einer Beschwerde eines CSU-Abgeordneten, die Ausstellung der Staeck-Plakate nachträglich offiziell missbilligte. Heinrich Böll setzte sich für Staeck ein und unterstützte dadurch die Bildung einer breiten Solidarität für Staeck.

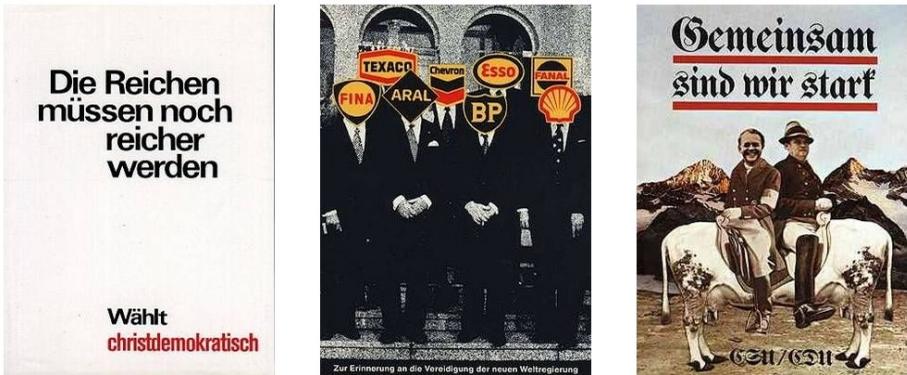


Abb. 6: Auswahl an politischen Plakaten von Klaus Staeck (1972 und 1980).

Am 30. März 1976 kam es zum „Bonner Bildersturm“, als aufgebrachte Abgeordnete der CDU/CSU unter Führung des späteren Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger anlässlich einer Ausstellung von Staeck-Plakaten in Bonn einige der Plakate von den Wänden rissen. Die Angelegenheit löste großes Medieninteresse aus und zog über 100 weitere Ausstellungen nach sich. Jenninger unterlag im Gerichtsprozess. Trotz starker Proteste der CSU zeigte Staeck 1980 Ausstellungen in den Goethe-Instituten in Marseille, Paris, Tel Aviv, Brüssel, New York, Chicago, San Francisco, Montreal, Toronto, Buenos Aires

und Amsterdam. Im Jahr 1981 startete er die Aktion „Wir schreiben nicht für Springer-Zeitungen“ mit bekannten Persönlichkeiten wie Günter Grass und Heinrich Böll. Hierbei ging es darum, dem angeblich antidemokratischen Verlag die „Stirn zu bieten“ und die Zusammenarbeit zu verweigern.

Um politisch und künstlerisch unabhängig sein zu können, gründete Staeck 1965 seinen eigenen Verlag (heute „Edition Staeck“) und arbeitet seit 1969 mit dem Druckgrafiker Gerhard Steidl zusammen, heute Verleger, Eigentümer und Geschäftsführer des Steidl-Verlags (Diederich & Grübling 1986: 115; Staeck 2017).

Staeck erfuhr nie eine künstlerische Ausbildung, wenn man von ein paar Zeichenkursen während der Studienzeit absieht. Dennoch hat er bereits in vielen Städten und an vielen Hochschulen in Deutschland als Kunsttutor oder Gastdozent gewirkt, war oder ist Mitglied in verschiedenen Kunst-, Kultur- und politi-

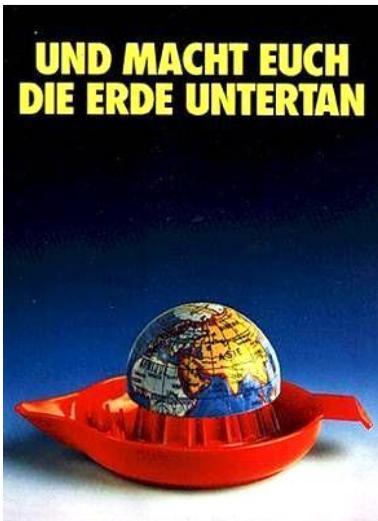


Abb. 7: Umweltplakat von Klaus Staeck (1972).

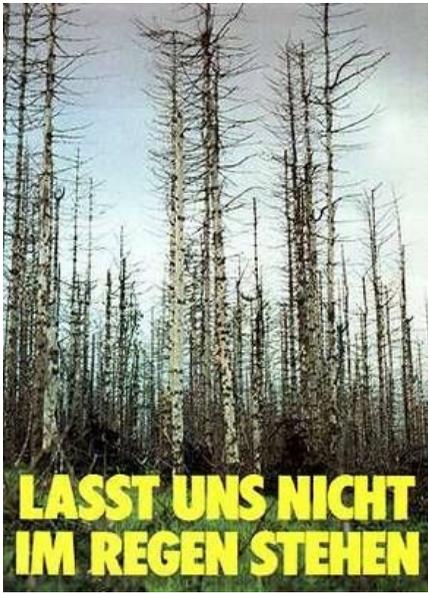


Abb. 8: Zwei Plakate zum Thema „Waldsterben“ von Klaus Staeck (1983 und 1984).

schen Vereinen, hat mit bekannten Künstlern wie Joseph Beuys zusammengearbeitet und verschiedene Veranstaltungen in der Kunstszene (mit)begründet und gestaltet. Zu nennen wären hier beispielsweise das Kulturfestival >>intermedia '69<< (1969 in Heidelberg) oder die Internationale Kunst- und Informationsmesse (IKA, heute: Art Cologne) 1969 in Düsseldorf/Köln sowie die regelmäßige Teilnahme an der Kunstausstellung „documenta“ in Kassel.

Dass Staeck nicht nur die Bevölkerung und Politik tangiert, sondern auch die Kunstwelt, zeigt sich in der Fülle an Preisen, die er über die Jahre für sein Werk erhalten hat (Staeck 1984: 156; Staeck 1996b 54 f.; Staeck 2017; Diederich & Grübling 1986: 115; Galerie Sophien-Edition Berlin-Mitte 1996: 58; Schmidt 1996: 2 ff.):

- 1969** 1. Zille-Preis für sozialkritische Grafik in Berlin,
- 1976** Förderpreis der „Intergrafik“ in Berlin,
- 1977** Bronzemedaille der Iba „Internationale Buchkunstausstellung Leipzig“,
- 1979** Kritikerpreis in Berlin; Goldmedaille der 4. Biennale für Fotomontage in Grudziadz (Polen); 1. Preis der Internationalen Poster-Biennale in Lahti (Finnland),
- 1986** Preis der „3. Triennale Européenne de l’Affiche politique“ in Mons (Belgien); Ehrenmedaille der 11. Internationalen Grafik-Biennale in Krakow (Polen),
- 1989** Ludwig-Thoma-Medaille der Stadt München,

- 1996** „Gustav-Heinemann-Bürgerpreis“,  
**1999** „Kultur Groschen“,  
**2007** Großes Bundesverdienstkreuz,  
**2008** Kunstpreis „Aus gegebenem Anlass“,  
**2010** „Walk of Fame der Satire“ in Mainz; Hambacher Preis,  
**2011** Max-Pechstein-Ehrenpreis der Stadt Zwickau,  
**2015** August-Bebel-Preis.

### **Manfred Butzmann – eine Biografie**

Manfred Butzmann wurde am 14. September 1942 in Potsdam geboren. Er wuchs in Eutzsch bei Wittenberg auf und machte 1961 sein Abitur in Potsdam. Von 1961 bis 1964 absolvierte er eine Lehre als Offsetdrucker in Berlin und arbeitet bis heute in diesem Beruf und als freischaffender Künstler in Potsdam und Berlin-Pankow. Ab 1962 war er Mitglied im Malzirkel Caputh bei Magnus Zeller, einem expressionistischen Künstler und Graphiker. Butzmann studierte von 1964 bis 1969 Grafik an der Kunsthochschule Berlin und setzte in Form einer Aspirantur<sup>2</sup> bis 1970 sein Studium fort. Von 1973 bis 1977 war er Meisterschüler an der Akademie der Künste bei Werner Klemke, unterbrochen durch einen halbjährigen Reservisteneinsatz bei der Nationen Volksarmee. Seit 1977 entwirft er neben Druckgrafiken und Aquarellen auch Plakate und Postkarten in eigenem Auftrag und arbeitet außerdem seit 1988 als Gastdozent an der Kunsthochschule Berlin. 1990 unterstützte Butzmann die „Aktion 18. März“<sup>3</sup> und das Projekt für eine Friedensallee am Tiergarten. 1991 erhielt er den Käthe-Kollwitz-Preis der Akademie der Künste in Berlin, 1999 die Ferdinand-von-Quast-Medaille des Berliner Landesdenkmalamtes. Butzmann gilt als kritischer Interpret der Berliner Stadtlandschaft und Initiator von Aktionen zur Förderung von Umweltbewusstsein und zur „grünere“ Stadtgestaltung (Cieslarczyk 2017; Diederich & Grübling 1986: 103; Galerie Sophien-Edition Berlin-Mitte 1996: 59; Schmidt 1996: 2; Barth et al. 1995: 116).

### **3.1 Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden Künstler – ein Vergleich**

#### *Klaus Staeck*

Der politisch interessierte Klaus Staeck erkannte frühzeitig die aussichtslose Lage für Freidenker in der DDR, was, nicht zuletzt durch seine Umsiedlung in die BRD, eine schwache heimatliche Bindung bei ihm zur Folge hatte. Dennoch besucht(e) er regelmäßig seine Heimatstadt Bitterfeld und unterstützte und stärkte dort die ökologischen, sozialen und demokratischen Denkstrukturen (Blume 1996: 11).

---

<sup>2</sup> Die Aspirantur bezeichnet einen besonderen Ausbildungsgang zur Erlangung eines wissenschaftlichen Grades in der DDR.

<sup>3</sup> In Erinnerung an die Märzrevolution von 1848 sollte durch die „Aktion 18. März“ der 18. März als Nationalfeiertag in beiden deutschen Staaten etabliert werden (Hamann 2010: 40–59).

Wie bereits die Menge an verfügbaren Informationen zu Staeck und seinen Arbeiten zeigt, ist er ein Künstler, der deutlich im Rampenlicht steht und das auch möchte. Er ist als Redner, Anwalt und Künstler einem großen Publikum bekannt und hat sich als eigenständiger Verleger früh unabhängig von Zensur gemacht. Durch die Zusammenarbeit mit Gerhard Steidl wurde Staeck eine eigenständige Ausführung aller Arbeitsschritte für seine Kunst ermöglicht. Diese technische Unabhängigkeit war die Voraussetzung für die erfolgreiche politisch-künstlerische Arbeit. Schon in den 1968ern ortete er aktuelle Geschehen und deren Probleme und brachte sie in seinen Werken auf den Punkt (Pütz 2001: 33; Schweinebraden 2001: 20; Staeck 1988: 12 f.). Staecks spezielle Bildsprache, die Farbigkeit und Druckqualität westlicher Werbeplakate, das Provozieren durch aufrüttelnde Motive und Ironie packt den Betrachter am schlechten Gewissen. Staeck hat Mut zu Reformen. Er rechnet stets mit dem schnellen Vergessen des Betrachters und ist darum immer um Aktualität bemüht (Blume 1996: 12 f.; Schweinebraden 2001: 10 f.). Als politischer Künstler hat Staeck durch seine Arbeiten über die Jahre sehr viel Antipathie gegen sich verursacht und damit zwangsläufig auch eine große Öffentlichkeit erreicht. Staeck kämpft gegen Ignoranz, falsches Verhalten, Wegschauen und Unverständnis. Er braucht die Demokratie für sein Werk, fordert ständig mehr von ihr, äußert sich, wenn er sie in Gefahr sieht. Den Konservativen (CDU/CSU) war er seit jeher ein Dorn im Auge. Nicht zuletzt zertrännte sie ihn immer wieder vor Gericht, verloren die Prozesse gegen ihn und bescherten ihm dadurch unabsichtlich Ruhm und Bekanntheit (Blume 1996 11 f.; Schweinebraden 2001: 9). Durch die satirische Darstellung wird die Neugierde im Betrachter geweckt. Als besonders erfolgreich haben sich fiktive Amtsbezeichnungen, Wappen und Siegel gezeigt (Staeck 1988: 12 f.). Staeck sieht eine Bevölkerung mit wenigen Meinungsmonopolen. Er möchte vernachlässigte und ungehörte Meinungen zu Wort kommen lassen (Staeck 1988: 20). Seine Arbeiten dienen immer der Aufklärung. Er will Denkanstöße geben, die Kritikfähigkeit und den Blick hinter die Dinge schärfen, mit dem Betrachter nach Lösungen suchen. Staeck ist Übersetzer des komplizierten Sachverhalts und verbildlicht ihn möglichst einfach und verständlich (Staeck 1988: 16 ff.). „Es ist nicht die Form des erhobenen Zeigefingers, sondern immer die des >>Fingers in der Wunde<< [...], der uns vermittelt – weniger was wir zu tun, sondern mehr –, was wir zu lassen haben“ (Schweinebraden 2001: 15).

Pütz (2001: 31 f.) beschreibt Staecks Arbeits- und Wirkungsweise treffend wie folgt: „Ohne viel Worte beeindruckt er durch Gegenphrasen, hält Sprücheklopfen wie Politikern, Managern, Funktionären und Industriebossen den Spiegel vor, offenbart kurz und bündig deren Scheuklappenbewusstsein. Er schaut dabei dem Volk trefflich aufs Maul und erreicht so das Wichtigste, was man in unserer reizüberfluteten Zeit erringen kann: Nachdenklichkeit“.

Staecks Umweltplakate sind als Nebenprodukt des ständigen „politischen Fronteinsatzes“ zu verstehen. Die Plakate befassen sich mit weltweitem sowie persönlichem Fehlverhalten in Bezug auf Umwelt und Natur. Er verarbeitet neueste Erkenntnisse – erklärt sie einfach, verständlich und künstlerisch. Mit ökologischen Themen beschäftigte Staeck sich bereits sehr früh, sodass heute zum Themenkreis des Natur- und Umweltschutzes bis heute über 50 Plakate entstanden sind. Durch das immer stärker werdende „grüne Bewusstsein“ erlebten Staecks Umweltplakate im Laufe der Zeit zunehmende Resonanz (Staeck 1988: 14 f.; Schweinebraden 2001: 15, 22).

Bis auf ein paar Zeichenkurse neben dem Jurastudium hat Klaus Staeck wie gesagt nie eine künstlerische Ausbildung absolviert. Durch Ausprobieren eignete er sich seine Kunstfertigkeit an. Ab den 1950er Jahren entstanden tachistische<sup>4</sup> Ölbilder, Tusche- und Federzeichnungen sowie die ersten Plakate und Flugblätter. Aufgrund der Vervielfältigungsmöglichkeit und günstigen Materialkosten entstanden ab 1964 Holzschnitte mit einem starken Signalcharakter. Auf der Suche nach geeigneten Ausdrucksmittel um seine politischen Ambitionen auszudrücken, probierte Staeck allerhand Montagetechniken, mischte sie und probierte sich an großen Siebdrucken, mit klarem inhaltlichen Bezug zu aktuellen tagespolitischen Ereignissen. Auf der Suche nach einem günstigen und leicht zu vervielfältigenden Medium entschied Staeck sich 1971 endgültig für das Plakat. Hierdurch wurde es ihm ermöglicht, den eng gefassten Rahmen von Ausstellungen und Galerien durch öffentliche Plakatkunst auf die Straßen auszuweiten (Staeck 1996b 54 f.; Staeck 1988: 57 f.).

### *Manfred Butzmann*

Manfred Butzmann ist weniger in der Öffentlichkeit präsent, sodass Literatur über und Beispiele seine Arbeit deutlich schwerer zu finden sind. Er hat eine deutlich stärkere Bindung an seine Heimat, ist Heimatschützer und Künstler, ist stets mit dem Fahrrad unterwegs. Die enge Bindung an die Heimat und das Interesse an deren Geschichte stehen in Butzmanns Werken im Vordergrund. Für ihn sind große politische Zusammenhänge, im Vergleich zu Staeck, weniger wichtig. Vielmehr beobachtet und verarbeitet er große wie kleine Geschehnisse in seiner direkten Umgebung. In erster Linie ist er Künstler, der unabhängig vom politischen Geschehen Inspirationen für seine Arbeiten in jeglichen Missständen findet. Später entwickelt Butzmann ein politisches Interesse, welches sich dann auch in seinen Arbeiten widerspiegelt (Blume 1996: 11 f.; Staeck 1996a: 43). Butzmanns Arbeiten klagen den Betrachter weniger an, als dass sie ihm die Augen öffnen und dadurch überzeugen wollen. Als Anhänger alter Drucktechnik entstanden viele Offset-Drucke in schwarzweiß und Farbe, die sich, im Gegensatz zu Staecks Plakaten, nicht gegen farbige Werbung durchsetzen mussten (Blume 1996: 13). Butzmann erzählt die Geschichte des sozialistischen Alltags durch seine Fotomontagen (s. Abb. 9) und zeigt anhand von Bildwahrheiten Missstände auf (Blume 1996: 11; Staeck 1996a: 43). Besonders greift Butzmann in seiner Kunst ökologische Probleme auf. Er kämpft gegen die Verdrängung der Natur aus der Stadt und gegen Umweltverschmutzung ebenso wie gegen Gewalt und Diskriminierung. Auf einem seiner Plakate werden verschiedene Fotos mit begrünten Laternenmasten gezeigt (nach einer Pflanzaktion an Laternenpfählen in der Pankower Straße, s. Abb. 10), die Kritik an der Versiegelung durch den Bau von Städten und Dörfern in Westdeutschland aber auch an der sozialistischen Ordnung in der DDR übt.

Butzmanns Kunst ist kleinkalibriger, unauffälliger, die Bildsprache nüchterner als die von Staeck. So gewährleistete er, dass er in DDR weiter arbeiten durfte und Gehör fand.

---

<sup>4</sup> Im Tachismus versucht der Künstler, spontane Empfindungen und das Unbewusste ohne rationale Kontrolle durch Auftrag von Farbflecken auf eine Leinwand darzustellen und die Reize des Materials auszunutzen (Hartsack et al.2004: 88).



Abb. 9: Plakate „Bürger schützt Eure Steige“ (1977) und „zum Beispiel“ (o. J.) von Manfred Butzmann.

Für ihn als Künstler in einer Diktatur, die die vielfältigen Möglichkeiten der Unterdrückung beherrschte, wäre großspurige Kunst, wie die Staecks, undenkbar gewesen. Die kritische Thematisierung brisanter Themen, die Staeck im Westen immer stärkere Geschütze auffahren ließ, konnte in der DDR bereits „Vaterlandsverrat“ bedeuten und war somit für Butzmann gefährlich (Blume 1996: 12 f.).

### 3.2 Abschließender Vergleich

Ein abschließender Vergleich lässt sich sehr gut durch drei Zitate von Autoren über die Künstler herstellen. Blume (1996: 11) beschreibt sie wie folgt: „Was beide, Butzmann und Staeck, eint, über die Grenzen hinweg, ist ein tief verwurzelter Gerechtigkeitsinn, der sie aufstachelt, etwas zu tun gegen soziale Ungerechtigkeit, gegen Umweltzerstörung. Sie sind Moralisten im besten Sinne.“ (Blume 1996: 11).

Staeck „[...] erfüllt die alte Forderung an ein Plakat: großer Inhalt, große Form“ (Dorfstecher 1996: 56), während Butzmann mit Geduld und durch Fakten die Welt durch seine Augen zeigt und an das richtige Verhalten des Betrachters seiner Werke appelliert (Dorfstecher 1996: 56).

„Das sei doch merkwürdig, [...], daß das still der Sache vertrauende, um Zwiesprache und Mitbürgerlichkeit werbende aufklärerische und nach meinem Verständnis idealdemokratische politische Plakat Butzmanns im doktrinären Osten, das oft agitierende,



Abb. 10: Plakate „Kein Platz für Bäume“ (1985) und „Ein Platz für Bäume“ (1978) von Manfred Butzmann.

provozierende, ganz bewußt verletzend und frontbildende, aggressivem Bild- und Wortgebrauch der Produktwerbung vertrauende Staecks im realdemokratischen Verteilungskampf der westdeutschen Gesellschaft entwickelt wurde? Und was wäre daraus zu folgern? Weil man das Maul nicht aufreißen konnte, strahlten die Schöpfungen Anonymus Butzmanns in insistierender Stille? Und weil man das Maul weiter als die anderen aufreißen mußte, damit wenigstens für kurze Zeit die Sicherungen durchbrannten und im Restlicht für Momente wirkliche Gesichter auftauchten, formulierte Marke Staeck in reißender Schärfe? [...]“ (Eisold 1996: 57).

Beide Künstler versuchen, die Menschen aufzuklären, ihnen die Augen zu öffnen und Argumente zu liefern, um diese zum Handeln zu bewegen, statt Katastrophen abzuwarten. Unabhängig voneinander haben sie mit Hilfe von Plakaten und anderer Kunst diese Aufgabe umgesetzt, stets im Bewusstsein dafür eher mit Gegenwind als mit Lob belohnt zu werden. Butzmann und Staeck sind zwei sehr unterschiedliche Charaktere, die auf sehr unterschiedliche Weise dieselben Gründe und Ziele verfolgen, die sie als Künstler verbindet.

#### 4. Zusammenfassung

Die Funktion von Umwelt- und Naturschutzplakaten ist grundsätzlich dieselbe wie bei allen anderen Plakaten: Sie wollen werben, appellieren, aufwecken und beschwören und

erreichen dies, indem sie die Instinkte und Leidenschaften des Betrachters, sein Gewissen und seinem Humor ansprechen und dadurch Einflussnahme auf die Gesellschaft und Einzelpersonen erzielen. Das Alleinstellungsmerkmal der Umwelt- und Naturschutzplakate liegt in der Behandlung des vielumfassenden Themenkomplexes „Umwelt und Natur“. Sie existieren im Vergleich zu anderen Plakattypen erst relativ kurz, nämlich seit Beginn der Industrialisierung in Europa im 19. Jhd. Nicht zuletzt durch die starke Umweltbewegung in beiden deutschen Staaten in den 1960 und 70er Jahren initiiert, haben sie in Deutschland immer mehr an Bedeutung gewonnen.

Während die Bevölkerung in der DDR vorsichtig agieren und mit Repressionen durch den Staat rechnen musste, war für die Menschen in der BRD eine freie Meinungsäußerung deutlich einfacher zu bewerkstelligen. Diese Umstände konnten am Beispiel der Künstler Klaus Staeck (BRD) und Manfred Butzmann (DDR) nachvollzogen werden. Obwohl beide sehr ähnliche Ziele mit ihren Arbeiten verfolgten, nämlich die Öffentlichkeit aufzuklären und diese zum eigenständigen Handeln zu motivieren, waren ihre Arbeitstechniken und Stilmittel sehr unterschiedlich. Während Staeck schrille, farbige und vor allem auffällig provokative Plakate schuf, bestanden Butzmanns Arbeiten vornehmlich aus nüchternen und bescheidenen schwarz-weiß Fotos. Diese Unterschiede gehen natürlich auf die beiden verschiedenen Charaktere zurück, aber auch auf die (umwelt-)politische Situation in den unterschiedlichen Staatssystemen der BRD und DDR, in denen Staeck und Butzmann lebten und arbeiteten.

Seit dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung zu einem deutschen Staat hat sich die umweltpolitische Situation weiterentwickelt und das Plakat behält als Mittel zur Meinungsäußerung und Aufklärung weiterhin seine wichtige Stellung. Das „grüne Bewusstsein“ der Öffentlichkeit wird heute schlussendlich durch bspw. in Mode gekommene ökologische Lebensweisen, dem sich ausbreitenden Veganismus, dem stärker werdenden Interesse der Menschen für ihre Umwelt sowie einer Zunahme an „grünen“ Studiengängen immer bedeutender und auch politisch einflussreicher. Durch Plakate werden Naturschutzprojekte beworben und Mitglieder für Verbände und Vereine geworben, zu Reduktion von Emissionen aufgerufen, über den Verlust der Biodiversität und das Artensterben informiert, für ein nachhaltigeren Lebensstil und gegen die Agrarindustrie demonstriert und viele Dinge mehr. Vermutlich wird die Bedeutung des Plakats als Informationsvermittler weiterhin beträchtlich sein, wenn sie auch durch neue technische Medien wie das Internet, Smartphone oder Tablet weniger im Vordergrund stehen wird.

## **Danksagung**

Für die Genehmigung des Abdrucks ihrer Plakate bedanke ich mich ganz herzlich bei Herrn Klaus Staeck und Herrn Manfred Butzmann.

## Quellen

- Barth, B.-R.; Links, C.; Müller-Engbers, H. & Wiegohls, J. 1995: Wer war Wer in der DDR?: ein biographisches Handbuch. Frankfurt am Main.
- Behrens, H. & Hoffmann, J. 2007: Umweltplakate in der DDR. In: Behrens, H. & Hoffmann, J. (Hg.): Umweltschutz in der DDR, 3. München: 353–366.
- Behrens, H.; Benkert, U. & Hoffmann, J. et al. 1993: Wurzeln der Umweltbewegung. Marburg.
- Beleites, M. 2007: Die unabhängige Umweltbewegung in der DDR. In: Behrens, H. & Hoffmann, J. (Hg.): Umweltschutz in der DDR, 3. München: 179–224.
- Blume, E. 1996: Sand im Getriebe Ost – Sand im Getriebe West. In: Galerie Sophien-Edition Berlin-Mitte (Hg.): Parallel 11–13.
- Böhringer, J.; Bühler, P. & Schlaich, P. 2007: Präsentieren in Schule und Beruf. Berlin.
- Diederich, R. & Grübling, R. 1986: „Wir haben die Erde nur geborgt“. Weinheim, Basel.
- Dorfstecher, I.-M. 1996: Parallelen treffen sich im Unendlichen. In: Galerie Sophien-Edition Berlin-Mitte (Hg.): Parallel. 56.
- Eisold, N. 1996: Osttrotz und Westfrust...? In: Galerie Sophien-Edition Berlin-Mitte (Hg.): Parallel. 57.
- Galerie Sophien-Edition Berlin-Mitte 1996: Parallel. Berlin.
- Hamann, C. 2010: Trotz alledem – die Aktion 18. März In: Hamann, C. & Schröder, V. (Hg.): Demokratische Tradition und revolutionärer Geist - Erinnern an 1848 in Berlin. Freiburg: 40–59.
- Hartsack, S.; Pfeifer, F.; Poessnecker, U.; Wirth, C. & Wirth, H. 2004: Abi Kunst. Pocket Teacher Abi. Berlin.
- Hübner, R. 1993: Umwelt-Plakate und Plakataktionen aus pädagogischer Sicht. In: Müller, H.-N. (Hg.): Umwelt-Plakate in der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit, Bd. 7. Luzern: 11–31.
- Hübner, R. & Müller, H.-N. 1993: Resonanz der Luzerner Umwelt-Plakate in Medien und Öffentlichkeit. In: Müller, H.-N. (Hg.): Umwelt-Plakate in der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit, Bd. 7. Luzern: 127–144.
- Jänicke, M. 06.05.2008: Staatliche Umweltpolitik am Beispiel Deutschlands. Online unter: <http://www.bpb.de/izpb/9015/staatliche-umweltpolitik-am-beispiel-deutschlands>. (20.2.2017).
- Jänicke, M. 30.02.2009: Geschichte der deutschen Umweltpolitik. Online unter: <http://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/dossier-umwelt/61136/geschichte?p=all>. (20.2.2017).
- Martens, B. 30.03.2010: Landwirtschaft in Ostdeutschland: der späte Erfolg der DDR. Online unter: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47157/landwirtschaft>. (20.2.2017).
- Malycha, A. 31.10.2011: Auf dem Weg in den Zusammenbruch (1982 bis 1990). Online unter: <http://www.bpb.de/izpb/48560/auf-dem-weg-in-den-zusammenbruch-1982-bis-1990?p=all>. (20.2.2017).
- Müller, H.-N. 1993: Die Luzerner Umweltplakate 1987-1992 in ihrem umwelt-politischen Umfeld. In: Müller, H.-N. (Hg.): Umwelt-Plakate in der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit, Bd. 7. Luzern: 33–61.
- Pötter, B. 24.09.2013: Vom Waldsterben zur Energiewende. Online unter: <http://www.bpb.de/izpb/169500/vom-waldsterben-zur-energiewende>. (26.2.2017).
- Pütz, J. 2001: Zukunft und Umwelt: Umwelt auf dem Prüfstand. Niedenstein: 30–36.
- Rogivue, P. 1993: Das Plakat: Informationsvermittler, Unterhalter und Provokateur. In: Müller, H.-N. (Hg.): Umwelt-Plakate in der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit, Bd. 7. Luzern: 63–65.
- Schmidt, D. 1996: Zwei Partisanen der Aufklärung. In: Galerie Sophien-Edition Berlin-Mitte (Hg.): Parallel. 2–8.
- Schweinebraden, J. 2001: Umwelt auf dem Prüfstand: Umwelt auf dem Prüfstand. Niedenstein: 5–27.
- Staeck, K. 1996a: Der Ruhestörer. In: Galerie Sophien-Edition Berlin-Mitte (Hg.): Parallel 42–43.

Staeck, K. 1996b: Klaus Staeck: Die frühen Arbeiten und die Objekte. In: Galerie Sophien-Edition Berlin-Mitte (Hg.): Parallel. 54–55.

Staeck, K. 1984: Staecks Umwelt. Göttingen.

Staeck, K. 1988: Plakate. Göttingen.

Staeck, K. 2017: Biografie Klaus Staeck. Online unter: <http://www.klaus-staeck.de/biografie/index.html>. (16.2.2017).

### **Bildquellen**

Butzmann, M.: Ein Platz für Bäume, 1978. Online unter: [http://manfred-butzmann.gesucht-im-netz.de/butzmann.php?name\\_akt=plakate\\_04&tabelle=butzmann\\_plakate&rubrik=bild](http://manfred-butzmann.gesucht-im-netz.de/butzmann.php?name_akt=plakate_04&tabelle=butzmann_plakate&rubrik=bild) (17.7.2017).

Butzmann, M.: Kein Platz für Bäume, 1985. Online unter: [http://manfred-butzmann.gesucht-im-netz.de/butzmann.php?name\\_akt=plakate\\_05&tabelle=butzmann\\_plakate&rubrik=bild](http://manfred-butzmann.gesucht-im-netz.de/butzmann.php?name_akt=plakate_05&tabelle=butzmann_plakate&rubrik=bild) (17.7.2017).

Butzmann, M.: zum Beispiel, o. J. Online unter: [http://manfred-butzmann.gesucht-im-netz.de/butzmann.php?name\\_akt=plakate\\_34&tabelle=butzmann\\_plakate&rubrik=bild](http://manfred-butzmann.gesucht-im-netz.de/butzmann.php?name_akt=plakate_34&tabelle=butzmann_plakate&rubrik=bild) (17.7.2017).

Butzmann, M.: Bürger, schützt Eure Steige, 1977. Online unter [http://manfred-butzmann.gesucht-im-netz.de/butzmann.php?name\\_akt=plakate\\_01&tabelle=butzmann\\_plakate&rubrik=bild](http://manfred-butzmann.gesucht-im-netz.de/butzmann.php?name_akt=plakate_01&tabelle=butzmann_plakate&rubrik=bild) (20.7.2017).

Die Grünen, o. A., o. T., 1979. Online unter: [https://gruene-bochum.de/userspace/NW/kv\\_bochum/Dokumente/Gruene\\_Themen/Geschichte/70er/europa\\_1979.jpg](https://gruene-bochum.de/userspace/NW/kv_bochum/Dokumente/Gruene_Themen/Geschichte/70er/europa_1979.jpg) (17.7.2017)

Staeck, K.: Die Reichen, 1972. Online unter: <http://www.edition-staeck.de/pl007-pl-die-reichen.html> (18.7.2017).

Staeck, K.: Gemeinsam sind wir stark, 1972. Online unter: <http://www.edition-staeck.de/pl121-pl-gemeinsam-sind-wir-stark.html> (18.7.2017).

Staeck, K.: Saurer Regen, 1972. Online unter: <http://www.edition-staeck.de/pl154-pl-saurer-regen.html> 83 (18.7.2017).

Staeck, K.: Und macht euch die Erde untertan, 1972. Online unter: <http://www.edition-staeck.de/pl207-pl-und-machteuch-die-erde-untertan.html> 72 (18.7.2017).

Staeck, K.: Waldschädling, 1972. Online unter: <http://www.edition-staeck.de/pl167-pl-waldschaedling.html> 84 (18.7.2017).

Staeck, K.: Weltregierung, 1980. Online unter: <http://www.edition-staeck.de/pl126-pl-weltregierung.html> (18.7.2017).

Staeck, K.: Mietsache, 1993. Online unter: <https://www.zwickau.de/de/aktuelles/pressemitteilungen/2012/05/147.php> (18.7.2017).

Plakatsammlung StUG [Studienarchiv Umweltgeschichte des IUGR e.V.]: So nicht! Benutzt Müll-abladeplätze (1964), Plakat P019. Online unter: <http://www.iugr.hs-nb.de/fileadmin/IUGR/Archiv/IUGR/xml/inhalt/dao/P011.jpg> (18.7.2017).

Plakatsammlung StUG [Studienarchiv Umweltgeschichte des IUGR e.V.]: So nicht! Haltet das Wasser rein (1965), Plakat P019. Online unter: <http://www.iugr.hs-nb.de/fileadmin/IUGR/Archiv/IUGR/xml/inhalt/dao/P019.jpg> (18.7.2017).

Plakatsammlung StUG [Studienarchiv Umweltgeschichte des IUGR e.V.]: Landeskultur, Umweltschutz, Naturschutz Bezirk Neubrandenburg, Kulturbund der DDR (1981), Plakat P053. Online unter: <http://www.iugr.hs-nb.de/fileadmin/IUGR/Archiv/IUGR/xml/inhalt/dao/P053.jpg> (18.7.2017).

Plakatsammlung StUG [Studienarchiv Umweltgeschichte des IUGR e.V.]: Schützt die Frühlingsblüher (1981), Plakat P059. Online unter: <http://www.iugr.hs-nb.de/fileadmin/IUGR/Archiv/IUGR/xml/inhalt/dao/P059.jpg> (18.7.2017).

# Die Geschichte des Naturschutzes in der Lieberoser Heide

Sophie Büchner

## Einleitung

Die Lieberoser Heide, gelegen zwischen Schlaubetal und Spreewald, stellt einen einzigartigen Naturraum dar, der sowohl eiszeitlich als auch durch die Nutzung der Landschaft geprägt ist. Trotz der erheblichen Flächengröße von 25.500 ha ist der ehemalige Truppenübungsplatz Lieberose recht unzerschnitten, lediglich die Bundesstraße 168 durchschneidet die Landschaft von Nord nach Süd zwischen Lieberose und Peitz. Eine weitere Straße, die B 320, trennt die Reicherskreuzer Heide vom restlichen Teil der Lieberoser Heide ab. Die naturschutzfachliche Besonderheit der Lieberoser Heide stellen die unterschiedlichen und doch nah beieinander liegenden Biotope, welche als Naturschutzgebiete (NSG) teilweise mit Totalreservat, FFH-Gebiete und Special Protected Areas (SPA) ausgewiesen sind, und die darin vorkommenden seltenen Tier- und Pflanzenarten, wie Wolf (*Canis lupus*) und Wiedehopf (*Upupa epops*) dar. Die geplante „Internationale Naturausstellung (I.N.A.) Lieberoser Heide“ stellt diesen einzigartigen Naturraum in den Fokus, doch war der Naturschutz in der Vergangenheit in dieser Region schon von Bedeutung?

Die Akteure des Naturschutzes in der Lieberoser Heide sowie die wichtigsten Ereignisse aus Sicht des Naturschutzes sollen in dieser Arbeit aufgezeigt werden.

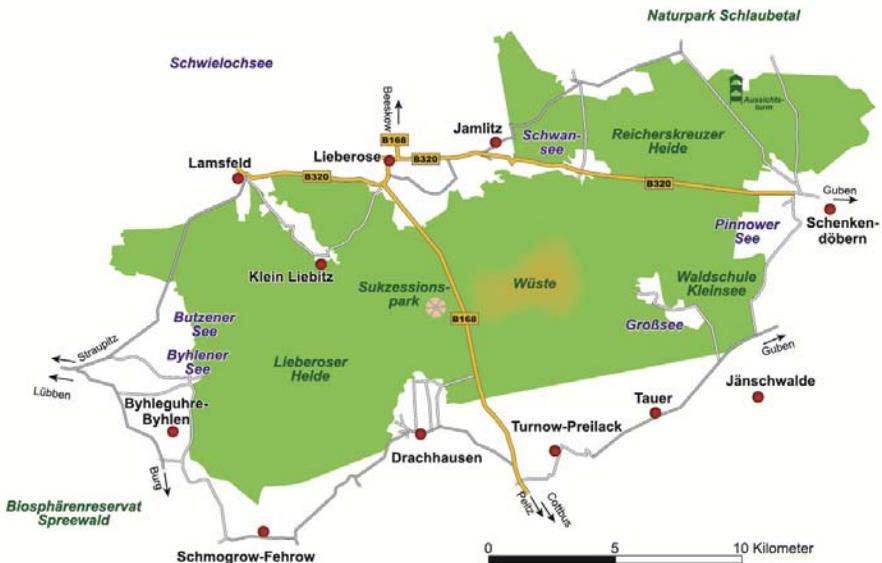


Abb. 1: Übersichtskarte Lieberoser Heide.

## Anfänge des Naturschutzes

Der erste Hinweis auf einen Akteur des Naturschutzes in der Lieberoser Heide lässt sich in der Lieberoser Schulchronik finden. Dort heißt es im Eintrag vom 6. Juni 1944: „Vogelschutzbund feiert die Verdienste des einstigen Lieberoser Lehrers und Botanikers Anton Busch († 1895)“ (Klaue 2002: 37). Doch nicht nur einheimischen Botanikern schien die Lieberoser Heide bereits Anfang des 19. Jahrhunderts bekannt zu sein. So untersuchte der Berliner Botaniker Oskar Eberhard Ulbrich vom Botanischen Verein Berlin Brandenburg 1904 das letzte Vorkommen der Strauchbirke (*Betula humilis*) auf der Fläche zwischen den Dörfern Blasdorf und Jamlitz. Seine Untersuchungsergebnisse veröffentlichte er in „Flora von Frankfurt Oder und Umgebung“, doch führte dies, trotz des Hinweises auf die ausdrückliche Gefährdung dieser Art, nicht zu Schutzbemühungen vor Ort (Spitz 2016, mdl.), sodass die Strauchbirke auch von diesem Standort verschwand und heute in Brandenburg als ausgestorben gilt (Jäger 2011: 490).



Abb. 2: Albrecht -Friedrich Graf von der Schulenburg.

Die erste Naturschutzbemühung in Form einer Schutzgebietsausweisung wird in „Der Deutsche Forstwirt“, Ausgabe Nr.65/66 vom 19. August 1938, erwähnt. Darin beschreibt die damalige Schulenburgische Forstverwaltung einen Forstort mit dem Namen „Sibirienkiefernwald“ im Revier Hollbrunn. Dieser hatte eine Größe von ca. 250 ha mit einer Jagenbreite von 1,5, was in etwa 1200 m entspricht. Von dieser großen Fläche waren jedoch nur 4 ha „als Naturschutzgebiet von Bewirtschaftung und sonstigen Veränderungen ausgenommen“, wie es in der Schutzverordnung des Regierungspräsidenten zu Frankfurt/Oder heißt. Weiterhin ist in § 2 Absatz 1 dem üblichen Wortlaut hinzugefügt: „...und bildet eine Naturwaldzelle“. So ist dieses Schutzgebiet auch als „preußische Naturwaldzelle“ bekannt. Die Kennzeichnung des Naturschutzgebietes erfolgte durch Steine, welche die Aufschrift „Schutzfläche des Reichsforstamtes“ trugen und somit die Naturwaldzelle innerhalb des „Sibirienkiefernwaldes“ begrenzten. Dieser heute noch als „Klein Sibirien“ ausgewiesene Forstort in der Abt. 56 befindet sich in der jetzigen, durch intensive militärische Nutzung geprägten „Wüste“ des ehemaligen Truppenübungsplatzes (TÜP) Lieberose (Wöhl 2016, schriftl.).

Weitere Bemühungen zum Wohle der Natur, wenn auch aus wirtschaftlichem Interesse entstanden, erfolgten durch Albrecht-Friedrich Graf von der Schulenburg, den letzten Standesherrn auf Schloss Lieberose. Dieser hatte von 1908 bis 1916 an der Forstakademie Eberswalde studiert und 1930 das Familiengut Lieberose übernommen (Milnik, 2006: 332 f.).

In der 1939 von Schulenburg veröffentlichten Dokumentation über die Forstarbeit in Lieberose beschrieb dieser die Entstehung der Heide durch die Zwangsverwaltung des Waldgutes von 1825 bis 1847: „Für die Zwangsverwaltung, die sich natürlich nicht mehr

um die forstlichen Belange und die Nachhaltigkeit der Wirtschaft in den umfangreichen Wäldern kümmerte, war allein maßgebend, wie beim geringsten Aufwand der größtmögliche geldliche Nutzen herausgezogen werden konnte. So wurden damals, weil die Wolle hohe Preise brachte, die Schafherden soweit als irgend zugänglich vermehrt. Von fünf großen Schafherden in den Forstrevieren weiß man noch heute. Außerdem wurde in möglichst umfangreichem Maße noch Waldweide für Rindvieh und Schafe fremder Besitzer aus der Umgegend verpachtet.

So durchzogen jahraus jahrein große Schafherden und anderes Weidevieh die Waldungen und lichteten oder zerstörten die natürliche Verjüngung der Bestände. Aber nicht das allein wirkte schädigend, auch der Tritt der Schafherden – der ja bekanntlich eine vorzügliche Wegebefestigung ergibt – zerstörte aufs nachhaltigste die Waldbodengare. Immer ausgedehntere Heideflächen entstanden, einzeln oder gruppenweise mit sperrig gewachsenen und durch Verbiss verkrüppelten, für jede Nutzholzerzeugung verdorbenen Bäumen bestockt. Die an sich schon leichten Sandböden wurden, wo sie die geschlossene Bestockung verloren hatten, durch den jahrzehntelangen ungehemmten Einfluss von Sonne und Niederschlägen ausgelaugt und ausgewaschen“ (Schulenburg 1939: 4).

Wie aus diesem Zitat ersichtlich, war für Schulenburg die Nachhaltigkeit der Forstwirtschaft wichtig. So bemängelt er auch die Beseitigung von Weichholzarten aus den Kiefernforsten im 19. Jh., was aus seiner Sicht zur Versauerung der Waldböden führte, da die Laubblätter für die Humusbildung fehlten (Schulenburg 1939: 10). Da für Schulenburg die sogenannten „Weich- und Unhölzer“ als „bodenpflegende Laubhölzer“ angesehen werden, deren vorrangige Aufgabe die Verbesserung des Humus ist, wurden diese in seinem Forst nicht entnommen, sondern gepflegt und mitunter sogar absichtlich angepflanzt (Schulenburg 1939: 14).

Bei der Prävention vor Schädlingen setzte Schulenburg auch auf ökologische Methoden. So schreibt er: „Aber auch den Straucharten, die gar kein nutzbares Holz zu liefern pflegen, wird hier und da ein Plätzchen gegönnt, damit sie durch Bieten von Nistgelegenheiten und Winterfutter in Gestalt ihrer Früchte unserer Singvogelwelt die erforderlichen Lebensbedingungen wiedergeben, die in der reinen Kiefernforst gewöhnlich verloren gegangen sind. Gewiss können die Singvögel erst einmal entstandene größere Raupenfraße nicht mehr meistern, sie sind aber bestimmt unsere wichtigsten Bundesgenossen beim Vorbeugen gegen die erste Entstehung solcher Schäden.“ (Schulenburg 1939: 15). Damit betreibt Schulenburg in seinem Forst Naturschutz, wenn auch aus wirtschaftlichem Interesse heraus.

Aus Schulenburgs Aufzeichnungen ist ebenfalls eine wichtige Erkenntnis für den Moorschutz zu entnehmen. So schreibt er, dass die sowohl im Osten als auch im Westen seines Waldes vorkommenden Läufe, welche mit Eriophorum- oder Sphagnumtorf sowie Sauergräsern bewachsen sind, periodische Grundwasserschwankungen aufweisen. Schulenburg entnimmt aus alten Forstakten, dass mehrere Versuche unternommen wurden, die trocken gefallen Moore für Aufforstungen oder die Grünlandwirtschaft zu nutzen. Dies wurde jedoch unabhängig von der Witterung durch plötzliches Steigen des Grundwassers verhindert, sodass „das blanke Wasser die ganzen Kulturarbeiten wieder zugrunde richtete und die Waldarbeiter im Kahn auf den Entenjagden trieben, wo sie

noch zwei bis drei Jahre vorher trockenen Fußes mit der Sense das Riedgras geschnitten hatten“ (Schulenburg 1939: 7).

Wenn auch für Schulenburg die wirtschaftliche Rettung des Familiengutes Lieberose und die nachhaltige Forstwirtschaft im Vordergrund standen, so hat er trotzdem zur Verbesserung der Lebensbedingungen für Tiere und Pflanzen in der Lieberoser Heide beigetragen. Zudem bietet seine Veröffentlichung wichtige Informationen zur Entstehung des heute vorhandenen Naturraums und zu den natürlich vorkommenden Grundwasserschwankungen in der Lieberoser Heide.

### **Naturschutz während der militärischen Nutzung von 1943 bis 1990**

Anfang Mai des Jahres 1942 brach nahe der Siedlung Burghof im westlichen Teil der Lieberoser Heide ein Feuer aus, welches sich zu einem Gipfelbrand entwickelte und rasch in östlicher Richtung ausbreitete. Erst westlich der Ortschaft Schönhöhe kam der Großbrand zum Stillstand. Obwohl es einige Geschichten über die Ursache des Brandes gibt, ist diese bis heute nicht ermittelt. Diese Fläche wird auch nach ihrer späteren militärischen Nutzung bei vielen Einwohnern der Stadt Lieberose als „Brand“ bekannt sein.

Der Graf von der Schulenburg wie auch der Staatsforst hatten durch den Großbrand viele Hektar an Forst verloren und wollten diese umgehend aufforsten, jedoch gab es während des 2. Weltkriegs nicht genügend Arbeiter in der Region, sodass eine Aufforstung der Brandfläche nicht bewältigt werden konnte (Weigelt 2016, mdl.).

Im Jahr 1943 war die Waffen-SS auf der Suche nach geeigneten Flächen für den geplanten Großtruppenübungsplatz „Kurmark“, dabei war diese zunächst an den Forstflächen des Grafen von der Schulenburg interessiert, vermutlich um den Kampf in den osteuropäischen Wäldern zu üben (Weigelt 2016, mdl.).

Bei der Errichtung des Truppenübungsplatzes ab Dezember 1943, welche durch holländische Zwangsarbeiter erfolgte, die gleichzeitig am Bau des KZ-Nebenlagers Lieberose arbeiteten, bildete die Brandfläche jedoch schließlich den Kernteil.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges übernahm die Rote Armee ab 1945 den TÜP, nutzte diesen jedoch erst ab 1948 intensiv für den Übungsbetrieb.

Am 1. November 1961 wird ein Forstwirtschaftsbetrieb der Nationalen Volksarmee (NVA) in Lieberose gegründet, welcher nach kurzer Zeit in den „Militärforstwirtschaftsbetrieb Lieberose“ umbenannt wird. Der TÜP Lieberose wird so der einzige sowjetische TÜP in der DDR, auf dem ein deutscher Militärforstwirtschaftsbetrieb die Liegenchaftsverwaltung übernimmt. Die Flächen des TÜP Lieberose waren so dem Ministerium für Nationale Verteidigung in Strausberg unterstellt und als Sperrgebiet ausgewiesen (Wöhl 2016, schriftl.). Eine der Hauptaufgaben des Militärforstwirtschaftsbetriebes war die Bekämpfung der ständigen und im Sommer bis zu 30 Mal am Tag auftretenden Waldbrände. Um diese effektiv zu bekämpfen, standen vier Feuerwachtürme zur Waldbrandüberwachung und Löschtechnik in Form von zwei Tanklöschfahrzeugen, zwei Traktoren mit Anhängfässern und Löschkanonen, mindestens drei Waldbrandtraktoren mit Pflug sowie eine sowjetische Planierraupe zur Verfügung (Wöhl 2016, schriftl.).

Maßnahmen des Natur- und Artenschutzes oder auch naturschutzfachliche Erfassungen waren auf dem TUP Lieberose nicht erwünscht. Die großflächige Schaffung und Erhaltung der Heide- und Offenlandflächen wurde jedoch durch den Übungsbetrieb selbst indirekt durchgeführt. So führten die ständig auftretenden Brände zu einer Verjüngung der Besenheide (*Calluna vulgaris*) und beugten einer Sukzession der Heideflächen vor, die zum Beispiel für die Heidelerche (*Lullula arborea*) ein wichtiger Lebensraum sind. Die Fläche östlich der B 168 wurde besonders durch die Befahrung mit Panzern genutzt und der, ohnehin an dieser Stelle sandige (Schumacher 2016, schriftl.), Boden dabei so stark erodiert, dass eine große Sandfläche entstand. Die durch die Winderosion auf der Offenfläche entstandenen Wanderdünen versperrten wiederholt die Straße zwischen Lieberose und Peitz und sind selbst heute noch aktiv (Weigelt 2016, mdl.). Diese unter dem Begriff „Wüste“ bekannte Fläche bot zudem auch einen geeigneten Lebensraum für Arten des Offenlandes, wie den Brachpieper (*Anthus campestris*) und den Dünen-Sandlaufkäfer (*Cicindela hybrida*) (Beutler 2000: 70).

Die erste Schutzanordnung in der Lieberoser Heide nach Ende des 2. Weltkrieges erfolgte am 30. März 1961. Das Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft als Zentrale Naturschutzverwaltung der DDR wies das NSG „Tauersche Eichen“ mit einer Flächengröße von 23,68 ha aus. Schutzzweck war, den „Bestand der naturnahen Waldvegetation Niederlausitzer Pleistozänhöhen des Kiefern-Traubeneichenwaldes (zu) erhalten“ (Bauer 1972: 167).

Obwohl die Grenzen des Sperrgebietes von der sowjetischen Armee mitunter streng bewacht wurden, schaffte es ein engagierter Botaniker vermutlich im Zeitraum zwischen 1970 bis 1980, auf den Truppenübungsplatz zu gelangen und dort in einem der großen Moore eine Schlauchpflanze der Art *Sarracenia purpurea* auszusetzen. Die allochtone



Abb. 3: Luftbild der „Wüste“ (1992).

und ursprünglich aus Amerika stammende Art entwickelte sich durch die regelmäßige Pflege des unbekanntes Pflanzenliebhabers, in Form von Beseitigung des Kiefern- aufwuchses am Standort der Pflanze, innerhalb des Moores gut, sodass sie bis heute dort zu finden ist (Schumacher 2016, schriftl.).

Eine in Lieberose aktive Sparte der Imker setzte sich vor allem für die Bäume in Lieberose ein. So wurde ein am 19. Februar 1973 durchgeführter Kronenschnitt an 30 Linden bemängelt und auf den Verlust von Ästhetik, Lärmschutz und Schattenwurf hingewiesen. Im Jahr 1974 fand, unter Leitung von Bienenobmann Eduard Pfeffer und eines Polit-Offiziers der sowjetischen



Abb. 4: *Sarracenia purpurea* in einem Moor in der Lieberoser Heide (2016).

Streitkräfte, eine gemeinsame Pflanzaktion der Arbeitsgemeinschaft „Junge Imker“ und sowjetischen Soldaten im Schlosspark Lieberose statt.

Da nur einige der gepflanzten Bäume anwuchsen, wurde am 27. März 1977 nochmals eine Nachpflanzung von 100 Linden durchgeführt.

Die AG „Junge Imker“, deren Leiter Eduard Pfeffer war, informierte auf der Schulmesse 1974 die Lieberoser über den indirekten Nutzen der Honigbiene, welcher für sie in der Bestäubung der „insektenblütigen Kulturen“ und der Erhaltung von verschiedenen Vogelarten und Wildpflanzen lag. Eduard Pfeffer, der auch Ortsnaturschutzbeauftragter war, setzte sich immer wieder für den Erhalt der Bäume in Lieberose ein und scheute dabei auch nicht die mit der Stadt oder dem Landrat auftretenden Konflikte, um sich über ungerechtfertigte Baumfällungen zu beschweren (Pfeffer 1975–1993).

Unter der Leitung des Lehrers Herrn Brunn gab es außerdem in der Lieberoser Schule eine „AG Naturschutz“, die ebenfalls verschiedene Aktionen durchführte (Weigelt 2016, mdl.).

Anfang der 1980er Jahre hatte die sowjetische Armee Pläne zur Erweiterung des TÜP Lieberose um ein Drittel der bisherigen Größe bei der Regierung der DDR eingereicht. Diese wurden jedoch nicht bewilligt, da durch den Verlust der Waldfläche an den TÜP Lieberose ein Anstieg des Grundwasserspiegels und damit das Volllaufen der Tagebaue nordöstlich von Cottbus, befürchtet wurde.

Zu den negativen Auswirkungen auf die Umwelt während der Nutzung des TÜP Lieberose zählten die Müllverklappungen, bei denen unter anderem Munitionsreste in den Mooren und Seen der Lieberoser Heide beseitigt wurden. Eine weitere Umweltbelastung stellten die ebenfalls durchgeführten Müllverbrennungen dar, welche vor allem im südli-



Abb. 5: Einweisung der Pflanzler durch Polit-Offizier und AG-Leiter am 27. März 1977.

chen Teil der Lieberoser Heide durchgeführt wurden. Hierüber beschwerte sich der Bürgermeister von Drachhausen, da der durch die Verbrennungen entstandene übelriechende und vermutlich giftige Qualm durch das Dorf zog (Weigelt 2016, mdl.). Doch die Soldaten sollen neben der bereits erwähnten indirekten Pflege der Heide- und Offenflächen einen weiteren positiven Effekt auf die Biodiversität der Lieberoser Heide gehabt haben. So soll es des Öfteren vorgekommen sein, dass die Soldaten bei ihren Außeneinsätzen Reh- und Rotwild zum Verzehr bejagt haben und dadurch die Schalenwild- und damit auch Verbissdichte zu dieser Zeit geringer war, wodurch sich die Vegetation ungestörter entwickeln konnte (Spitz 2016, mdl.).

Waren botanische und zoologische Erfassungen auf dem Gebiet des TÜP zu dieser Zeit eine Seltenheit, so konnten diese zumindest in den bereits als Naturschutzgebiet ausgewiesenen „Tauerschen Eichen“ durchgeführt werden. Michael Weidlich, von 1988 bis 1990 Kreisnaturschutzbeauftragter im Kreis Eisenhüttenstadt-Stadt (Behrens 2010: 880), führte so vom 30. Juli 1988 bis zum 31. März 1994 Erfassungen der Macrolepidopterenfauna auf dem Gebiet der „Tauerschen Eichen“ durch. Somit wurden Arten der Roten Liste Brandenburg wie der Moosbeerenbläuling (*Vacciniina optilete*) und die Grauschwarze Heideeule (*Lycophotia molothina*) nachgewiesen, um hier einige wenige zu nennen (Beutler, Privatarshiv).

Ehrenamtliche Naturschutzarbeit außerhalb des Sperrgebietes erfolgte insbesondere durch den Lieberoser Uwe Hölzer (1940–1993). Dieser war in der Lieberoser Heide vor allem für seine ornithologischen und botanischen Erfassungen bekannt.



Abb. 6: Leiter der AG „Junge Imker“ und sowjetische Soldaten beim Pflanzen der Linden.

So beschreibt er bereits 1965 in „Der Falke“ detailreich seine Beobachtung der Zwergschwäne bei Lieberose im April 1961 (Hölzer 1965: 175). Im Jahre 1989 veröffentlicht er eine Aufarbeitung eines Teiles seiner in den fünfziger bis siebziger Jahren durchgeführten ornithologischen Beobachtungen. Darunter sind auch Beobachtungen heute sehr seltener Vögel in der Lieberoser Heide zu finden.

So beschreibt Hölzer ab 1957 häufige Beobachtungen der Blauracke (*Coracias garrulus* L.) im Gebiet um Lieberose als Brutvogel in Alleen und Feldgehölzen, aber auch die letzte Beobachtung einer Blauracke am 30.5.1975. Über das Rebhuhn (*Perdix perdix* L.) schreibt Uwe Hölzer: „Noch Anfang der sechziger Jahre waren Flüge zu 15 bis 20 Rebhühnern nicht selten, vor allem im Gebiet zwischen Lieberose und Damme, auch bei Münchhofe und in der Liegaue sowie bei Goschen und Doberburg“ (Hölzer 1989: 78). Diese Aufzeichnungen sind nicht nur ein Indiz für den Wandel der Kulturlandschaft hin zu einer Agrarlandschaft, sondern können auch wichtiges Ausgangsmaterial für heutige Bestandsanalysen der beobachteten Arten sein. Einen Hinweis darauf, dass Uwe Hölzer seine ornithologischen Beobachtungen auch auf dem TÜP Lieberose durchführte, geben seine Aufzeichnungen vom 26. Juli 1975 an dem er zwei junge Kraniche (*Grus grus* L.) sowie im selben Jahr ein Paar Schwarzstörche (*Ciconia nigra* L.) am sich im Sperrgebiet befindlichen Großen Luch beobachtete (Hölzer 1989: 77, 79). Doch auch aus botanischer Sicht war Uwe Hölzer sehr aktiv. So wirkte er an der Erarbeitung des Verbreitungsatlas der Farn- und Blütenpflanzen Ostdeutschlands mit, in dem er auch als Mitarbeiter sehr großer Gebiete genannt ist (Benkert, Fukarek & Korsch 1996: 17).

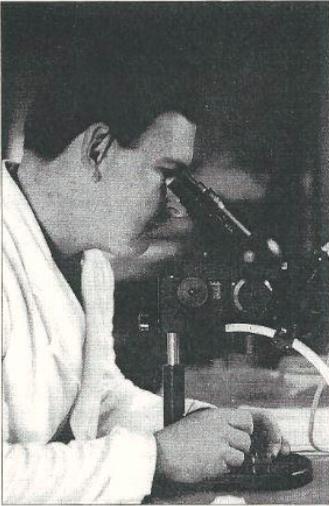


Abb. 7: Uwe Hölzer.

Zudem war er für detailgetreue Tier- und Pflanzenmalereien bekannt sowie gemeinsam mit seinem langjährigen Freund Werner Herrmann als Naturschutzhelfer im Kreis Beeskow tätig (Spitz 2002: 133).

### **Umfangreiche Untersuchungen ab 1990**

Während nach dem Ende der DDR die sowjetische Armee allmählich ihren Abzug vom Truppenübungsplatz Lieberose plante, wurden erste Untersuchungen des Gebietes in Begleitung des Militärforstbetriebes zugelassen. So ist Horst Beutler, damals Kreisnaturschutzbeauftragter im Kreis Beeskow und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Biologischen Museum Beeskow, nach eigenen Angaben bereits Ende der 1980er Jahre das erste Mal mit seinen Kollegen im Rahmen von Forschungsaufgaben des Biologischen Museums Beeskow in den Mooren bei Lieberose unterwegs gewesen (Beutler 2016, mdl.). Ende März

1990 wurde Horst Beutler vom damaligen Leiter des Militärforstwirtschaftbetriebes Lieberose um Hilfe bei der durch die Militärverwaltung und Forstdienststellen durchzuführenden Berichterstattung zur Naturausstattung und zum Naturschutzwert des TÜP Lieberose gebeten (Beutler 2000: 13). Daraufhin begannen Horst Beutler und seine ebenfalls im Naturschutz tätige Frau Doris eine Bestandsaufnahme der Moore der Lieberoser Heide. Vom 1. Mai bis zum 4. Juni 1990 untersuchten sie das „Trockene Luch“ mit dem Ergebnis, dass dieses „Lebensstätte zahlreicher vom Aussterben bedrohter und bestandsgefährdeter Arten (ist und damit ein) hochgradig wertvolles und schutzwürdiges Moor!“ und forderten eine Unterschutzstellung als Naturschutzgebiet (Beutler, Privatarchiv).

Am 24. September 1990 erfolgte die Festlegung und einstweilige Sicherung des 4.100 ha großen NSG „Lieberoser Heide“ im damaligen Kreis Lübben durch Verfügung Nr. 20/90 des Regierungsbevollmächtigten von Cottbus. Gleichzeitig wurde eine Rechtsverordnung durch die Landesregierung Brandenburg mit einer Erweiterung der Fläche auf mindestens 5.200 ha unter dem Namen „Lieberoser Endmoräne“ angestrebt (Beutler & Beutler 1992: 15 f.). Ebenso erfolgte im Zeitraum von 1990 bis 1991 die einstweilige Sicherung des NSG „Reicherskreuzer Heidegebiet und Schwansee“ durch die damaligen Landkreise Guben, Eisenhüttenstadt und Beeskow (Beutler & Beutler 1992: 15). Währenddessen führten Horst und Doris Beutler ihre Bestandsaufnahmen auf dem TÜP Lieberose weiter und untersuchten vom 25. Mai 1990 bis 17. Juli 1992 das an der Schießbahn gelegene „Birkenluch“. Die sich daraus ergebenden Maßnahmenvorschläge waren die Unterschutzstellung des „hochgradig schützenswerten Sandsee(s)“ als Totalreservat innerhalb eines NSG sowie das oberflächliche Beräumen der Altmunition im Uferbereich und die Unterlassung einer Aufforstung der Umgebung. Eine weitere vorgeschlagene Maßnahme war die Beseitigung des Birkenaufwuchses am Westufer und Westhang des Birkenluches, welche bereits im Dezember 1992 durch das Bundesforstamt Liebero-



Abb. 8: „Trockenes Luch“ (1990).

se unter Leitung von Herrn Jürgen Hädrich als Biotopentwicklungsmaßnahme durchgeführt wurde (Beutler, Privatarchiv).

1991 erhielten Horst und Doris Beutler von der Stiftung Europäisches Naturerbe den Europäischen Naturschutzpreis in der Kategorie Naturschutz für ihr Projekt „Lieberoser Endmoräne“, welches die Konversion vom Truppenübungsplatz zum NSG behandelt (Behrens 2010: 550).

Im November desselben Jahres sicherte der Kreis Beeskow das sich südöstlich von Lieberose befindliche und 200 ha große Gebiet „Meyereisee“ einstweilig als Naturschutzgebiet (Beutler & Beutler 1992: 15).

Durch die endgültige Aufgabe des Schießbetriebes und den beginnenden Abzug der sowjetischen Truppen 1992 konnte die Fachgruppe Ornithologie des Kulturbundes, der heutige NABU-Kreisverband Beeskow, eine erste Exkursion in die Lieberoser Heide unternehmen (Deutschmann 2016, mdl.).

Am 24. März 1992 kam es zu einem Treffen von Horst und Doris Beutler, Leiter und Vertreterin der Naturschutzstation Beeskow und dem Leiter des Bundesforstamts Staakow, Herrn Wonde. Dabei wurde seitens der Naturschutzstation Beeskow die Fällung von teilweise stammhohlen Alteichen (*Quercus petraea*) südöstlich von Staakow im Gebiet der ehemaligen sowjetischen SS 20-Raketenstellung und der damit verbundene Verlust wichtiger Habitats bemängelt. Weiterhin wurde die Pflanzung von allochthonen Roteichen (*Quercus rubra*) als Brandschutzriegel auf dem Panzerschießplatz Leeskow kritisiert und als Fehlinvestition gesehen, da eine Nachnutzung des TÜP durch die Bundeswehr nicht gesichert war (Beutler, Privatarchiv).



Abb. 9: Birkenluch (1990).

Im Mai des gleichen Jahres führte Horst Beutler, zum diesem Zeitpunkt Leiter der Naturschutzstation Beeskow und Referent in der Abteilung Naturschutz des Landesumweltamtes Brandenburg (Behrens 2010: 549), seine Untersuchungen des Birkenluchs und des im Westen des TÜP Lieberose gelegenen Druschesees weiter. Letzteren beschreibt er als „mit seinem Verlandungsmoor hochgradig wertvolle(n) See der Kategorie vom Aussterben bedroht!!!“ und fordert den Ausschluss jeglicher Nutzung sowie die Unterschutzstellung als Totalreservat (Beutler, Privatarhiv).

Im Jahr 1994 zog die Rote Armee vollständig aus der Lieberoser Heide ab, sodass Horst Beutler die Möglichkeit bekam, ein Transekt auf der ehemaligen Schießbahn einzurichten, um die Sukzession der Fläche beobachten zu können.



Abb. 10: Schießbahn TÜP Lieberose (1991/1992).

Der Lieberoser Ornithologe Torsten Spitz, der an der Einrichtung des Transsektes mitwirkte, entdeckte dabei einen geschnürten Trab, welcher der erste Hinweis auf die Anwesenheit eines Wolfes (*Canis lupus*) in der Lieberoser Heide sein könnte (Spitz 2016, mdl.).

Am 27. Dezember 1995 wird der Naturpark Schlaubetal errichtet sowie das 2.840 ha umfassende NSG „Reicherskreuzer Heide und Schwansee“ als dessen Bestandteil festgesetzt. Leiter der Naturwacht und vorerst einziger Mitarbeiter der Naturparkverwaltung zu diesem Zeitpunkt war Mathias Schulze, wie die Märkische Oderzeitung in ihrem Schlaube-Journal berichtete (Beutler, Privataarchiv).

Auch am östlichen Rand der Lieberoser Heide traten Naturschutzbelange wieder in den Vordergrund. Nachdem bereits 1991 durch den Kreistag von Guben die Erweiterung des NSG „Tauersche Eichen“ auf ca. 842 ha sowie die einstweilige Sicherung des ca. 535 ha großen NSG „Pinnower Läuche“ beschlossen wurden, erarbeitete die Naturschutzstation Wirchensee 1994 die Rechtsverordnung und das Kurzgutachten zum NSG „Tauersche Eichen“. Die Trennung der Naturschutzgebiete, die auf der Zugehörigkeit des NSG „Pinnower Läuche“ zum TÜP Lieberose beruhte, wird 1995 aufgehoben und die Verordnung für das NSG „Pinnower Läuche und Tauersche Eichen“ mit ca. 1.600 ha, davon 109 ha Totalreservat, gemäß § 28 BbgNatSchG öffentlich ausgelegt. Die entsprechende rechtskräftige Verordnung erfolgt jedoch erst am 6. Dezember 2002, wobei sich die Flächengröße letztlich nur noch auf 1.533 ha mit einem Anteil von 47 ha Totalreservat beläuft (Beutler, Privataarchiv).

Während im April 1999 das Waldgebiet „Kleinsee“ als Schutzwald ausgewiesen wurde, erschien am 8. Dezember die von Naturschützern lange geforderte Verordnung über das NSG „Lieberoser Endmoräne“ mit insgesamt 6.761 ha Flächengröße, wovon 2.800 ha als Totalreservat ausgewiesen sind. So wurde das ehemalige NSG „Meyereisee“ in das NSG „Lieberoser Endmoräne“ integriert und mit 12,256 ha als Totalreservat ausgewiesen (Wöhl 2016, schriftl.).

### **Nachnutzung der Lieberoser Heide**

Nachdem feststand, dass eine Nachnutzung des TÜP Lieberose durch die Bundeswehr nicht erfolgen würde, waren nicht nur Naturschützer an der einmaligen Landschaft der Lieberoser Heide interessiert. So gab es in den 1990er Jahren verschiedene Planungen und Projekte zur Nachnutzung des ehemaligen TÜP Lieberose. Eines dieser Projekte war die Gründung einer Lebensgemeinschaft in einer der ehemaligen sowjetischen Kasernen,



Abb. 11: Mathias Schulze, Leiter der Naturwacht Schlaubetal in Dienstuniform.

die sich jedoch nur kurze Zeit dort aufhielt und außerdem in unmittelbarer Nähe den Bau eines Niedrigenergiehauses in Form einer Wohnpyramide geplant hatte. Ein weiteres Projekt war die Einrichtung eines Waldforschungszentrums mit Sitz im Schloss Lieberose (Weigelt 2016, mdl.). Die meisten Planungen bezogen sich jedoch auf die durch die militärische Nutzung entstandene „Wüste“ im Herzen der Lieberoser Heide. Auf diese Weise gab es Planungen für ein Düsentriebwerk-Testgelände, ein Gewerbegebiet (ABBO 2003: 108) sowie einen Windpark, die aber nie umgesetzt wurden. Auf den östlich an die „Wüste“ angrenzenden Flächen war ebenfalls ein Windpark geplant, welcher aber aufgrund der Ansiedlung eines Seeadlers (*Haliaeetus albicilla*) im Projektgebiet abgelehnt wurde (Schumacher 2016, schriftl.). Das Leibniz Institut für Zoo- und Wildtierforschung (IZW) Berlin hatte ebenfalls ein Projekt auf dem Gebiet der „Wüste“ sowie der gesamten Schießbahn des ehemaligen TÜP Lieberose geplant, ein Megaherbivoren-Projekt, mit dem ein großflächiges Gehege für Rot- und Rehwild sowie Wisente entstehen sollte. Zweck dieses Projektes sollte, nach verschiedenen Aussagen, entweder die Erprobung großflächiger Offenhaltung durch große Weidetiere (Schumacher 2016, schriftl.) oder die Durchführung wissenschaftlicher Studien zur Empfängnisverhütung bei Schalenwild sein. Diese Planung stieß jedoch bei den örtlichen Naturschützern auf Protest und wurde auch aufgrund zu hoher Kosten nie umgesetzt (Spitz 2016, mdl.). Die einzige bis jetzt umgesetzte Planung aus wirtschaftlichem Interesse ist der Solarpark Lieberose, welcher sich südöstlich der „Wüste“ befindet und mit 200 ha genutzter Fläche sowie mit weiteren 300 ha Ausgleichflächen (Schumacher 2016, schriftl.) eines der größten Solarkraftwerke Europas ist (Richter 2010:138).

Eine Bewirtschaftung der Heideflächen erfolgt in der Reicherskreuzer Heide, welche zum ehemaligen TÜP Lieberose gehört, aber seit 1995 auch zum Naturpark Schlaubetal, durch die Beweidung mit Schafen. Diese Form der Nutzung wird weniger aus wirtschaftlichem Interesse als aus naturschutzfachlicher Sicht zur Erhaltung der Heide als Lebensraum angewandt (Spitz 2016, mdl.).

### **Nationalparkidee**

Als die Akteure vor Ort erfuhren, dass das Unternehmen Rolls Royce Pläne hatte, in der „Wüste“ ein Triebwerkstestgelände zu errichten, wurde ihnen klar, dass sie selbst ein Konzept für die Nachnutzung des ehemaligen TÜP Lieberose entwickeln mussten. Dazu gründeten Wolfgang Renner, damals Referatsleiter im Landesumweltamt Brandenburg und der Journalist Christian Hähnlein eine Arbeitsgruppe, um das Entwicklungspotenzial der Lieberoser Heide auszuloten. Die Arbeitsgruppe kam unter Beratung verschiedener Experten zeitnah zu dem Ergebnis, dass ein Nationalpark ideal für die Regionalentwicklung wäre. Maßgebend für diese Entscheidung war allerdings nicht nur der Naturschutzgedanke, sondern auch die Idee, die touristisch kaum erschlossene Region attraktiver zu gestalten. Dadurch, dass in den angrenzenden Regionen bereits ein Naturpark und ein Biosphärenreservat vorhanden waren, kam für die Lieberoser Heide aus Sicht der Arbeitsgruppe nur ein Nationalpark infrage, um ein Alleinstellungsmerkmal zu gewährleisten.

Um die Nationalparkidee voranzubringen, gründete sich am 18. August 2003 der Förderverein Nationalpark Lieberoser Heide e.V., dessen Vorstandsvorsitzender Christian



Abb. 12: Besucheranlaufpunkt Tribüne (2015).

Hähnlein wurde. Nach der Vereinsgründung bestand die Tätigkeit des Fördervereins vor allem darin, in den Gemeinden der Region die Nationalparkidee vorzustellen und Mitglieder für den Verein zu gewinnen. Diese Idee stieß bei vielen örtlichen Akteuren auf Zuspruch, wurde jedoch wiederum von anderen völlig abgelehnt, sodass sich im selben Jahr die „Interessengemeinschaft Freie Lieberoser Heide e.V.“ gründete, welche offenkundig gegen die Einrichtung eines Nationalparks in der Lieberoser Heide war und so die Nationalparkidee nicht konfliktfrei umgesetzt werden konnte. Die Akteure der Region waren sich jedoch einig, dass die regionale Entwicklung vorangetrieben werden musste und entwickelten das Projekt „Idee Natur“, welches jedoch nie umgesetzt wurde. Um die gemeinsame Entwicklung der Region weiter voranzubringen, gab das Land Brandenburg einen Masterplan für die Region Lieberose in Auftrag. Das Ergebnis dieses Masterplans ist die „Internationale Naturlandschaftsausstellung (I.N.A.) Lieberoser Heide“, welche an anderer Stelle erläutert wird. Der Förderverein Nationalpark Lieberoser Heide e.V. unterstützt seitdem das Konzept der I.N.A. und ist aktuell unter Vorsitz der Moorexpertin Isabell Hiekel in der Öffentlichkeit mit einem Internetauftritt sowie in Form von Führungen und der Veranstaltung des „Tag der Lieberoser Heide“ in der Region aktiv (Renner 2017, mdl.).

### **Wildnis auf dem ehemaligen TÜP Lieberose**

Das große naturschutzfachliche Potenzial der Lieberoser Heide wurde auch von der Stiftung Naturlandschaften Brandenburg (NLB) erkannt, die im Jahr 2006 umfangreiche



Abb. 13: Auf dem Wildnispfad (2015).

Flächen des ehemaligen TÜP Lieberose erwarb. Diese am 16. Mai 2000 durch das Land Brandenburg, die Zoologische Gesellschaft Frankfurt, den Naturschutzbund Deutschland, WWF Deutschland und den Landschaftsförderverein Nuthe-Nieplitz-Niederung sowie eine Privatperson gegründete Stiftung verfolgt das Konzept, ehemalige Truppenübungsplätze zu erwerben und die Entwicklung von Wildnis auf diesen zu sichern (Schumacher 2010: 85). So konnten durch die Stiftung NLB als Flächeneigentümerin Vorhaben wie der bereits erwähnte Windpark in der „Wüste“ sowie weitere der Wildnisentwicklung nicht zuträgliche Projekte verhindert werden (Schumacher 2016, schriftl.). Mit 3.150 ha ist die Stiftung Naturlandschaften Brandenburg der größte private Flächeneigentümer auf dem ehemaligen TÜP Lieberose und seit der Eröffnung der Außenstelle Lieberose im Jahr 2007 auch vor Ort aktiv. Dabei steht nicht nur die Betreuung der Flächen im Vordergrund. Auch das Naturerlebnis und die „Wildnisbildung“ für Menschen aus der Region wie auch Touristen sind ein wichtiger Teil der Stiftungsarbeit in Lieberose. So gibt die Außenstelle Lieberose seit 2009 in Zusammenarbeit mit Naturschutzakteuren aus der Region jährlich ein Veranstaltungsprogramm heraus. Dieses bietet mit Vorträgen, Exkursionen und Wanderungen die Möglichkeit, den Naturraum, die Artenvielfalt, aber auch die Geschichte der Lieberoser Heide kennen zu lernen. Zudem wurden durch die Stiftung NLB auch ein Wildnispfad am Westrand der Lieberoser Heide sowie ein Besucheranlaufpunkt am ehemaligen Generalshügel in unmittelbarer Nähe zur B 168 angelegt (Schumacher 2010: 86).



Abb. 14: Fotofallenaufnahme eines jungen Wolfes in der Lieberoser Heide (2015).

Durch die Stiftung NLB wurden auch konkrete Naturschutzmaßnahmen wie die Entfernung von Müll- und Munitionsverklappungen aus Mooren durchgeführt sowie Moorrenaturierungsmaßnahmen umgesetzt. Weiterhin wird auf den Stiftungsflächen in Kooperation mit dem Landesamt für Umwelt (LfU) Brandenburg und in Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Naturschützern die Erfassung von Tierarten wie dem Wolf (*Canis lupus*) und von verschiedenen Vogelarten wie dem Ziegenmelker (*Caprimulgus europaeus*), durchgeführt. Dies sind jedoch nur einige der von der Stiftung Naturlandschaften Brandenburg ausgeführten Naturschutzmaßnahmen und –arbeiten.

Da sich die Anliegen der Stiftung NLB nicht einzig auf den Naturschutz, sondern auch auf die „Regionalentwicklung durch naturverträglichen und nachhaltigen Tourismus“ beziehen, unterstützt diese nicht nur die Nationalparkidee, sondern auch das Großprojekt I.N.A. (Schumacher 2010: 88).

### **Großprojekt Internationale Naturschau**

Nachdem die Einrichtung eines Nationalparks auf Widerstand gestoßen war, beauftragte das Land Brandenburg 2009 die Erarbeitung eines Masterplanes für die Region Lieberose, um unter Beteiligung aller örtlichen Akteure eine gemeinsame Entwicklung der Region voranzubringen. Das Ergebnis ist die Internationale Naturschau (I.N.A.) Lieberoser Heide, die ähnlich einer Bundesgartenschau (BUGA) oder Internationalen Bauausstellung (IBA) nationale wie internationale Beachtung finden und gemeinsam mit den angrenzenden Regionen Spreewald, Schwielochsee und Schlaubetal einen Anziehungspunkt

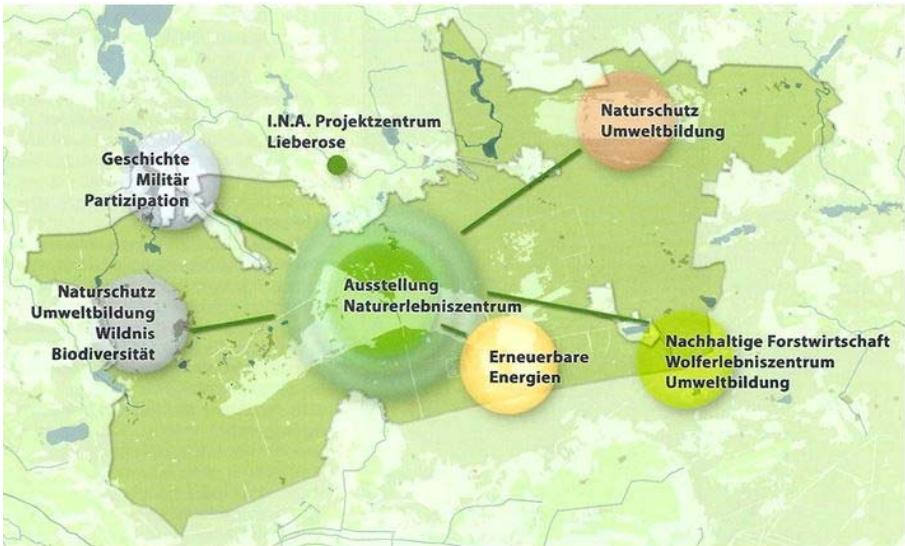


Abb. 15: Themenbereiche der I.N.A. Lieberoser Heide.

punkt für nachhaltigen Tourismus darstellen soll (Schumacher 2010: 88). Das Thema der I.N.A. sollen jedoch der jeweilige Naturraum sowie dessen nachhaltige Nutzung durch den Menschen sein. Im Besonderen wird dabei auf die Themen biologische Vielfalt, Wildnis, nachhaltige Landnutzung, Umweltbildung und Naturtourismus eingegangen (Kommunale Arbeitsgemeinschaft I.N.A. Lieberoser Heide 2015: 1). Die genaue Projektbeschreibung soll an dieser Stelle nicht erfolgen. Sie kann in der Informationsbrochure „Internationale Naturschutzausstellung – I.N.A. Lieberoser Heide – Transformation einer Landschaft“ nachgelesen werden.

## Fazit

Der Naturschutz war in der Lieberoser Heide schon lange von Bedeutung. Entsprechende Bemühungen konnten zumindest bis ins 19. Jh. hinein nachgewiesen werden.

Auch sind es überwiegend Menschen aus der Region, die sich für den Naturschutz in der Lieberoser Heide einsetzen und einsetzen. Die unterschiedlichen Herangehensweisen reichen dabei vom stillen, aber engagierten Naturbeobachter Uwe Hölzer, durch dessen Veröffentlichungen heute noch der Landschaftswandel und Bestandsentwicklungen in der Region um Lieberose nachvollzogen werden können, bis zum hartnäckigen Ortsnaturschutzbeauftragten Eduard Pfeffer, der keinen Konflikt scheute, um sich für jeden Baum in Lieberose einzusetzen. Im vorliegenden Beitrag wurden nur einige wenige Akteure des Naturschutzes erwähnt. In der Lieberoser Heide sind heute, neben der Stiftung NLB, vor allem zahlreiche ehrenamtliche Naturschützer aktiv, die ein Monitoring des 25.500 ha großen ehemaligen TÜPs Lieberose gewährleisten.

Ein großes Interesse für den Naturraum der Lieberoser Heide hat aber auch die nicht im Naturschutz aktive Bevölkerung, wie sich an der zahlreichen Teilnahme dem vom Förderverein Nationalpark Lieberoser Heide e.V., Förderverein Lieberose und der Stiftung Naturlandschaften Brandenburg ausgerichteten „Tag der Lieberoser Heide“ zeigt.

Die konträren Konzepte des pflegenden Naturschutzes, wie er in der Reicherskreuzer Heide ausgeführt wird, und der Wildnisentwicklung, welche auf den Flächen der Stiftung Naturlandschaften Brandenburg stattfindet, führen mitunter zu regen Debatten unter den Naturschützern. Dies sollte jedoch nicht als Konfliktpotenzial, sondern als Zeichen für das aktive Engagement der Naturschützer vor Ort angesehen werden.

Wie es mit dem Naturschutz in der Lieberoser Heide weitergehen wird, hängt auch von der Umsetzung der Internationalen Naturschutzausstellung Lieberoser Heide ab und ob diese dabei die angemessene Balance zwischen Naturschutz und Tourismus finden wird.

Es lässt sich abschließend feststellen, dass Naturschutz in der Lieberoser Heide eine lange Tradition hat, welche mit etwas Zuversicht von kommenden Generationen fortgeführt werden wird.

## Quellen

- ABBO – Arbeitsgemeinschaft Berlin-Brandenburger Ornithologen 2003: Important Bird Areas (IBA) in Brandenburg und Berlin. Rangsdorf.
- Bauer, L. (Hg.) 1972: Handbuch der Naturschutzgebiete der Deutschen Demokratischen Republik-Band 2 Bezirke Potsdam, Berlin-Hauptstadt der DDR, Frankfurt/O. und Cottbus. Leipzig.
- Behrens, H. (Bearb.) 2010: Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte in Berlin und Brandenburg. Lexikon der Naturschutzbeauftragten, hrsg. vom Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. Band 3. Friedland.
- Benkert, D.; Fukarek, F. & Korsch, H. (Hg.) 1996: Verbreitungsatlas der Farn- und Blütenpflanzen Ostdeutschlands. Jena.
- Beutler, H. 2000: Landschaft in neuer Bestimmung – Russische Truppenübungsplätze. Neuenhagen.
- Beutler, H. u. D. 1992: Das Naturschutzgebiet „Lieberoser Heide“ auf dem Truppenübungsplatz Lieberose. Naturschutz und Landschaftspflege in Brandenburg **1** (1): 15–19.
- Hölzer, U. 1965: Zwergschwan-Beobachtungen bei Lieberose. Der Falke **12** (12): 176.
- Hölzer, U. 1989: Ornithologische Notizen aus den Bezirken Frankfurt (Oder) und Cottbus. Beeskower naturwissenschaftliche Abhandlungen **3**: 73–82.
- Jäger, E.-J. (Hg.) 2011: Rothmaler. Exkursionsflora von Deutschland – Gefäßpflanzen: Grundband. Heidelberg.
- Klaue, D. 2002: In der Schulchronik geblättert. In: Stadt und Förderverein Lieberose (Hg.): 700 Jahre Stadt Lieberose, 1302–2002. Eine Reise in die Vergangenheit in Wort und Bild. Müllrose.
- Kommunale Arbeitsgemeinschaft I.N.A. Lieberoser Heide (Hg.) 2015: Internationale Naturschutzausstellung – I.N.A. Lieberoser Heide – Transformation einer Landschaft. Lieberose.
- Milnik, A. (Hg.) 2006: Im Dienst am Wald – Lebenswege und Leistungen brandenburgischer Forstleute. Remagen.
- Pfeffer, E. 1975–1993: Sparte der Imker Lieberose. Chronik der Imker-Sparte Lieberose. Lieberose.

- Richter, T. 2010: Amt Peitz – Heide, Teiche, Kohlegruben. In: Stiftung Naturlandschaften Brandenburg (Hg.): Faszination Lieberoser Heide – Landschaft zwischen Wald, Wasser und Weite. Cottbus: 132–139.
- Schulenburg, A.-F. G. v. d. 1939: Forst Lieberose – Über Vorgeschichte, Niedergang und Aufbauarbeit in einem nordostdeutschen Privatwaldbesitz in einer durch Klima und Boden wenig begünstigten Lage. Lieberose.
- Schumacher, H. 2010: Naturschutz als Chance. In: Stiftung Naturlandschaften Brandenburg (Hg.): Faszination Lieberoser Heide – Landschaft zwischen Wald, Wasser und Weite. Cottbus: 85–89.
- Spitz, T. 2002: Uwe Hölzer – ein Leben mit der Natur. In: Stadt und Förderverein Lieberose (Hg.): 700 Jahre Stadt Lieberose, 1302–2002. Eine Reise in die Vergangenheit in Wort und Bild: 131–134.
- Stadt und Förderverein Lieberose (Hg.); Klaue, D. (Ltg.) 1998/2002: 700 Jahre Stadt Lieberose, 1302–2002. Eine Reise in die Vergangenheit in Wort und Bild. Müllrose.

### Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Übersichtskarte der Lieberoser Heide, Grafik: Sophie Büchner. Quelle: Stiftung Naturlandschaften Brandenburg.
- Abbildung 2: Porträt von Albrecht-Friedrich Graf von der Schulenburg, aus: Milnik, A. 2006: Im Dienst am Wald – Lebenswege und Leistungen brandenburgischer Forstleute. Remagen: 332.
- Abbildung 3: Luftbild der „Wüste“ 1992. Foto: Horst Beutler.
- Abbildung 4: *Sarracenia purpurea* in einem Moor in der Lieberoser Heide, Juni 2016. Foto: Sophie Büchner.
- Abbildung 5: Einweisung der Pflanzler durch Polit-Offizier und AG Leiter am 27. März 1977, Foto aus der Chronik der Imker-Sparte Lieberose. Quelle: Eduard Pfeffer.
- Abbildung 6: AG Leiter, „Junge Imker“ und sowjetische Soldaten beim Pflanzen von Linden. Foto vom 27. März 1977 aus der Chronik der Imker-Sparte Lieberose. Quelle: Eduard Pfeffer.
- Abbildung 7: Uwe Hölzer, Foto aus: Stadt Lieberose (Hg.) 2002: Festschrift zur 700 Jahrfeier der Stadt Lieberose. Lieberose: 131.
- Abbildung 8: Trockenes Luch 1990. Foto: Horst Beutler.
- Abbildung 9: Birkenluch 1990. Foto: Horst Beutler.
- Abbildung 10: Schießbahn des TÜP Lieberose 1991/1992. Foto: Horst Beutler.
- Abbildung 11: Mathias Schulze, Leiter der Naturwacht Schlaubetal. Abbildung aus der Märkischen Oderzeitung (Datum unbestimmt), Privatarchiv von Horst und Doris Beutler.
- Abbildung 12: Besucheranlaufpunkt Tribüne. Foto: Sophie Büchner.
- Abbildung 13: Auf dem Wildnispfad. Foto: Sophie Büchner
- Abbildung 14: Fotofallenaufnahme eines jungen Wolfes in der Lieberoser Heide 2015. Aufnahme des LfU Brandenburg.
- Abbildung 15: Themenbereiche der I.N.A. Lieberoser Heide. Abbildung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft I.N.A. Lieberoser Heide

### Interviewpartner

Für die Arbeit wurde mit folgenden Personen ein persönliches Interview geführt:

**Hagen Deutschmann**, Lieberoser Avifaunist, am 03.11. 2016 in Blasdorf.

**Torsten Spitz**, Lieberoser Ornithologe und Naturwächter im Naturpark Schlaubetal, am 09.12. 2016 in Weichensdorf.

**Dr. Andreas Weigelt**, Lieberoser Historiker, am 30.12. 2016 in Lieberose.

**Wolfgang Renner**, Leiter des Naturparks Schlaubetal am 28.01.2017 in Lieberose.

Ein telefonisches Interview wurde mit **Dr. Horst Beutler**, Pionier des Naturschutzes auf dem ehem. TÜP Lieberose, am 15.12.2016 geführt.

Eine schriftliche Beantwortung der Interviewfragen erfolgte durch:

**Dr. Heiko Schumacher**, ehem. Projektleiter der Außenstelle Lieberose Stiftung Naturlandschaften Brandenburg, am 11.12. 2016.

**Peter Wöhl**, Revierleiter Lieberose, Oberförsterei Lieberose, am 22.12. 2016.

Weiterhin wurde Material aus dem Privatarchiv von **Dr. Horst Beutler** und **Doris Beutler** verwendet, außerdem wurden für die Recherche die Festschrift „700 Jahre Stadt Lieberose, 1302–2002. Eine Reise in die Vergangenheit in Wort und Bild“ sowie verschiedene Schriften und Archivmaterial von **Dr. Andreas Weigelt** zur Verfügung gestellt.

Start | Zeitzeugen | Unterrichtshilfe | Kontakt | Impressum

## Naturschutzgeschichte Ostdeutschlands

in vier Phasen: Phase 1945 bis 1954 Phase 1954 bis 1970 Phase 1970 bis 1982 Phase 1982 bis 1990

### Ostdeutsche Naturschutzgeschichte(n)

Wir laden Sie ein zu einer Reise durch die Geschichte des ostdeutschen Naturschutzes. **Zeitzeugen und Zeitzeuginnen** geben Auskunft darüber, wie sie die Entwicklung des Naturschutzes in der DDR erlebt haben, blicken zurück auf Ereignisse und Entwicklungen, berichten über Erlebnisse und Erfahrungen. Es entsteht ein vielgestaltiges Bild dazu, was Naturschutz in der DDR war, was er leisten konnte und wie er in die Vergangenheit und Zukunft des Naturschutzes einzuordnen ist.

Zur Orientierung finden Sie eine Einteilung **in vier Phasen**, innerhalb derer wichtige Ereignisse und Entwicklungen beschrieben und aus der Sicht von Zeitzeugen und Zeitzeuginnen kommentiert werden. Zeitleisten zur jeweiligen Phase sowie Hinweise zu weiterführender Literatur ermöglichen einen vertieften Einstieg in die Geschichte des ostdeutschen Naturschutzes.



Institut für Umweltgeschichte  
und Regionale Entwicklung e.V.  
an der Hochschule Neubrandenburg



Hochschule Neubrandenburg  
University of Applied Sciences

[www.naturschutzgeschichte-ost.de](http://www.naturschutzgeschichte-ost.de)

# Naturschutz in den 1950er Jahren in der DDR

## Widerspiegelung im Briefwechsel von Prof. Dr. Hans Stubbe und Prof. Dr. Hermann Meusel aus den Jahren 1951 bis 1960

Lutz Reichhoff

### 1. Einführung

Mit Ende des Zweiten Weltkrieges begann sich in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ)/DDR der Naturschutz langsam neu zu formieren (zur strukturellen, rechtlichen und organisatorischen Entwicklung des Naturschutzes vgl. Behrens 1998). Während in den Westzonen Deutschlands Hans Klose aus der Reichsstelle für Naturschutz, nunmehr Zentralstelle für Naturschutz und Landschaftspflege, heraus versuchte, das Netzwerk der Beauftragten, auch in der SBZ, neu zu knüpfen (Frohn 2006, Behrens 2010), unternahm Hans Stubbe bereits im Januar 1948 mit einer „Denkschrift zur Reorganisation des Naturschutzes in der Sowjetischen Besatzungszone“ (vgl. Stubbe 2002, Anlage 1) einen ersten Anlauf, im Osten Deutschlands den Naturschutz wieder aufzubauen.

Die Rechtsgrundlage für den Naturschutz war in dieser Zeit in Deutschland noch das weiterhin gültige Reichsnaturschutzgesetz (RNG) vom 26. Juni 1935. Es wurde zwar als nicht nationalsozialistisch bewertet, dennoch bestanden erhebliche Vorbehalte gegen dieses Gesetz. Der allgemeinen Not der Nachkriegsjahre und den Anstrengungen des Wiederaufbaus geschuldet, wurde das RNG zunächst kaum im Vollzug angewandt (vgl. Behrens 2015). Eine der wenigen Ausnahmen schildert Reichhoff (2015) mit Bezug auf die Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes „Grünflächen Dessau“ vom 20. Juli 1949. Hinzuweisen ist z. B. auch auf die Festsetzung des Naturschutzgebietes „Ostufer der Müritz“ am 9. Dezember 1949 als erhebliche Vergrößerung des seit dem 8. Juli 1931 als Naturschutzgebiet bestehenden Gebietes „Koppelgelände bei Müritzhof“.

Während das RNG in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1976 (Inkrafttreten des Bundesnaturschutzgesetzes am 1. Januar 1977) seine Gültigkeit behielt, löste in der DDR das Gesetz zur Erhaltung und Pflege der heimatlichen Natur (Naturschutzgesetz) vom 4. August 1954 das RNG ab. In die vorbereitende Diskussion dieses Naturschutzgesetzes waren Hans Stubbe und die von ihm als Präsident geführte, am 1. Januar 1951 gegründete, Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (DAL) mit ihrer Sektion Landeskultur und Naturschutz eng einbezogen. Mit Gründung des Instituts für Landesforschung und Naturschutz Halle (ILN) innerhalb der DAL am 1. April 1953 mit seinem ersten Direktor Hermann Meusel erhielt dieses die Aufgabe zur Mitwirkung an der Ausgestaltung des Naturschutzgesetzes.

Die Zuständigkeit für die Organisation der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und Beratung im Naturschutz wies das Naturschutzgesetz der DDR in § 13 der DAL und dem ILN zu. Die wissenschaftliche Beratungstätigkeit des Instituts wurde von Hans Stubbe unterstützt und als wesentliche Aufgabe herausgestellt. Daraus erwuchs dem ILN über die gesamte Zeit seiner Existenz bis zum 31. Dezember 1991 eine grundlegende Aufgabe hinsichtlich der wissenschaftlichen Beratung im Naturschutz (vgl. Reichhoff und Wegener 2016).

## 2. Hans Stubbe und Hermann Meusel

Prof. Dr. Drs. h. c. habil. Hans **Stubbe** (geb. 7. März 1902 in Berlin, gest. 14. Mai 1989 in Zingst/Fischland-Darß) war Agrarwissenschaftler, Genetiker und Züchtungsforscher (Promotion 1929, Habilitation 1940). Er wirkte zwischen 1929 bis 1936 bei Erwin Baur am Institut für Vererbungsforschung in Berlin und am Kaiser-Wilhelm-Institut für Züchtungsforschung in Müncheberg. Nach politischer Maßregelung und Entlassung fand er bis 1943 bei Fritz von Wettstein am Kaiser-Wilhelm-Institut für Biologie in Berlin-Dahlem eine Anstellung. Daran anschließend übernahm er die Leitung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kulturpflanzenforschung in Wien-Tuttenhof. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er 1945 Direktor des Instituts für Kulturpflanzenforschung in Gatersleben, das ab 1948 zur Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin gehörte. Zugleich wurde er 1946 ordentlicher Professor für landwirtschaftliche Genetik und Direktor des Instituts für Genetik der Universität Halle-Wittenberg. Von 1951 bis 1967 war er erster Präsident der DAL in Berlin, die ihn 1968 zum Ehrenpräsidenten ernannte. In der DAL gründete er 1953 das ILN Halle. Neben seiner Forschungsarbeit als Genetiker und Kulturpflanzenzüchter betätigte er sich auf dem Gebiet der Jagdforschung und verband die Jagd eng mit den Fragen des Naturschutzes und allgemein mit den Aspekten des Schutzes der natürlichen Ressourcen. Hans Stubbe war weder Mitglied der NSDAP noch der SED. Er war ein „nicht parteigebundener Gelehrter mit einem weiten kulturellen Horizont, der sich mit unterschiedlichen Regimes zu arrangieren vermag, ohne die eigene Identität aufzugeben; an seinem Beispiel zeigt sich mit besonderer Klarheit, welchen hohen Grad von Autorität und Einfluss ein klug agierender parteiloser Naturwissenschaftler von anerkannter fachlicher Exzellenz in der DDR auch gegenüber führenden Funktionären der Staatspartei erreichen konnte“ (Laitko 2010, vgl. Nowak 2005).

Prof. Dr. habil. Hermann **Meusel** (geb. 2. November 1909 in Coburg, gest. 3. Januar 1997 in Halle/Saale, war Botaniker und Pflanzengeograf (Promotion 1935, Habilitation 1941). Er erhielt während seines Studiums von Helmut Gams in Innsbruck wesentliche Anregungen für seine chorologische und vegetationskundliche Forschung. 1932 folgte er dem Morphologen Wilhelm Troll an die Universität Halle-Wittenberg, was seine Forschungen zu Wuchsformen anregte. Er gründete die „Arbeitsgemeinschaft mit-



Prof. Dr. Hans Stubbe.  
Foto aus: Rutschke 1998: 115.



Prof. Dr. Hermann Meusel.  
Foto aus: Bauer 1997: 3.

teldeutscher Floristen“ und gab ab 1937 Veröffentlichungen von Verbreitungskarten mitteldeutscher Leitpflanzen heraus. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er 1946 Gartendirektor, 1947 ordentlicher Professor und 1952 Ordinarius des neu geschaffenen Instituts für Systematische Botanik und Pflanzengeografie der Universität Halle-Wittenberg. Sein Hauptwerk ist die „Vergleichende Chorologie der zentraleuropäischen Flora“. Hans Stubbe holte ihn 1952 als ordentliches Mitglied und Leiter der Sektion Landeskultur und Naturschutz in die DAL zu Berlin. 1953 übertrug er ihm die Leitung des in der DAL neu ILN Halle, die er neben seiner Tätigkeit an der Universität bis 1963 innehatte. Auf Meusels Anregungen geht vor allem der wissenschaftlich begründete Aufbau des Netzes der Natur- und Landschaftsschutzgebiete der DDR zurück. Hermann Meusel war Mitglied der SA und der NSDAP und wurde nach 1945 Mitglied der SED (Eberle 2002: 428).

### **3. Der Briefwechsel zwischen Hans Stubbe und Hermann Meusel**

Zwischen Hans Stubbe und Hermann Meusel ist ein Briefwechsel zwischen dem 26.11.1951 und dem 5.5.1970 zur Gründung der Sektion Landeskultur und Naturschutz in der DAL im Bestand Nachlass Stubbe, Signatur 1068, in der Berlin-brandenburgischen Akademie der Wissenschaften überliefert. Dieser Schriftwechsel wurde dem Autor durch die Akademie zur Auswertung in Bezug auf die Institutsgeschichte des ILN zur Verfügung gestellt (vgl. Reichhoff und Wegener 2016). In der vorliegenden Veröffentlichung, die freundlicher Weise die Zustimmung von Prof. Dr. habil. Michael Stubbe erfuhr, wurden auch die darüber hinausgehenden Inhalte des Briefwechsels in Bezug auf die Entwicklung des Naturschutzes in der DDR ausgewertet.

Mit seiner früh einsetzenden Initiative zur Reorganisation des Naturschutzes in der DDR, insbesondere auch seit Gründung der DAL und später des ILN, wurden Hans Stubbe, die DAL und das ILN zu wesentlichen, wissenschaftlich-beratenden Akteuren beim Aufbau des Naturschutzes in der DDR. Diese beratende Aufgabe war im Naturschutzgesetz der DDR vom 4. August 1954, § 13 Abs. 2 verankert.

Besondere Relevanz für die Entwicklung des Naturschutzes hat der Schriftwechsel zwischen 1951 und 1960.

### **4. Naturschutzthemen im Briefwechsel zwischen Hans Stubbe und Hermann Meusel**

#### **4.1 Gründung der Sektion Landeskultur und Naturschutz an der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (DAL)**

Im Brief von Hans Stubbe vom 26.11.1951 informiert dieser erstmalig Hermann Meusel über den Vorschlag, ihn in die Sektion zu berufen: *In der letzten Plenarsitzung haben wir über neu zu wählende Mitglieder verhandelt. Dabei wurde auch ihr Name für die Sektion „Naturschutz und Landschaftsgestaltung“ genannt. Ich werde in diesen Tagen den Landwirtschaftsminister um die Bestätigung von Ihnen und einigen anderen Herren bitten, und nehme an, daß Sie ohne weiteres bestätigt werden.*

*Ihre Mitarbeit an der Akademie ist besonders wichtig, weil die Fragen des Naturschutzes und der Landschaftsgestaltung drängen.*

Im Brief vom 10.12.1951 informiert Hans Stubbe, dass die vorgeschlagenen Mitarbeiter der Sektion nunmehr bestätigt wurden und die erste Sektionssitzung am 19.12 stattfinden soll. Weiterhin teilt er mit, dass er den Antrag gestellt hat, Hermann Meusel und einige andere Herren zu ordentlichen Mitgliedern der Akademie zu ernennen. *Die Sitzung am 19. wird wahrscheinlich noch von Herrn Petersen geleitet, der Ihnen dann hoffentlich sofort die Geschäfte übergeben wird.*

Im Brief vom 15.01.1952 bringt Hans Stubbe die nicht erfüllte Hoffnung zum Ausdruck, *daß der Herr Minister für Land- und Forstwirtschaft Ihre Wahl zum ordentl. Mitglied unserer Akademie bis zum 17.1. bestätigen würde. Es hat jedoch den Eindruck, daß sich diese Bestätigung etwas verzögert, dennoch bitte ich Sie, die Leitung der nächsten Sitzung der Sektion Landeskultur und Naturschutz zu übernehmen, damit keine Stockung eintritt.*

Am 2. Januar 1953 übermittelt Hermann Meusel in einem Brief die Nachricht: *Ich hoffe, daß in unserer Sektion nunmehr die Voraussetzungen gegeben sind [...], auf dem Gebiet der Landeskultur wenigstens Teilaufgaben zufriedenstellend zu lösen.*

## **4.2 Gründung des Instituts für Landschaftsforschung und Naturschutz**

Die Gründungsgeschichte des Instituts für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle geht nach Weinitschke (1980) auf Hermann Meusel zurück, der als Sekretär der 1952 gegründeten Sektion Landeskultur und Naturschutz der DAL an Prof. Hans Stubbe die Anregung zur Gründung herangetragen haben soll.

Aus dem Briefwechsel geht das nicht hervor. Dieser enthält in keinem Satz einen Hinweis auf die Institutsgründung. In einem Schreiben vom 2. Januar 1953 von Hermann Meusel an Hans Stubbe wird nur die DAL erwähnt. *Ich möchte dabei nicht unterlassen Ihnen mitzuteilen, daß mir die Mitarbeit in der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften unter Ihrer zielbewußten Leitung trotz vieler Schwierigkeiten doch recht viel Freude gemacht hat. Ich hoffe, daß in unserer Sektion nunmehr die Voraussetzungen gegeben sind, um die ja auch Ihnen besonders am Herzen liegende Naturschutzarbeit voranzutreiben und auf dem Gebiet der Landeskultur wenigstens Teilaufgaben zufriedenstellend zu lösen.* Ein Schreiben vom 3. Mai 1954 ist dann an Prof. Dr. Meusel, Institut für Landesforschung und Naturschutz, gerichtet.

Aus diesen Zeitdokumenten und anderen Hinweisen schlussfolgert Reichhoff (2016), dass Hans Stubbe die Gründung des Instituts in der DAL mit Standort in Halle (Saale) geplant hatte (gegründet am 1. April 1953) und deshalb Hermann Meusel als Sektionssekretär berufen hat, um die Sektionsleitung und die Institutsleitung in eine Hand zu legen.

## **4.3 Diskussion des Naturschutzgesetzes der DDR**

Hans Stubbe hielt es für eine der wichtigsten damaligen Aufgaben, am Entwurf des Naturschutzgesetzes mitzuwirken. Im Brief vom 26.11.1951 schreibt er: *Vor kurzem*

*schrieb ein Herr K o c h an mich, der mir beiliegende Entwürfe übersandte, die ich Ihnen zur Kenntnis jetzt schon weitergebe. Er gehört offenbar zu der sächsischen Gruppe, die zusammen mit Berlin an der Entwicklung des Naturschutzgesetzes arbeitet. In diese Arbeit müssen Sie sich auf alle Fälle sofort mit der ganzen Sektion Naturschutz einschalten. Ich nehme an, daß Sie Herrn K o c h kennen und werde ihm mitteilen, daß ich seine Unterlagen an Sie weitergereicht habe.*

Auf die Aktivitäten zum Entwurf des Naturschutzgesetzes in Sachsen geht Hans Stubbe erneut in einem Brief vom 10.12.1951 ein: *In Dresden scheint es einige Herren zu geben, die sich um die Neuordnung des Naturschutzes bemühen. Ich übersende Ihnen hiermit [eine] Abschrift der Verordnung, die von diesen Herren entworfen wurde. Die Verquickung mit den Kulturdenkmälern halte ich für völlig fehl am Platze. Beide Dinge müssen scharf voneinander getrennt und in ihren Zuständigkeiten an verschiedenen Stellen untergebracht sein. Es scheint mir nun dringlich erforderlich, dass die Akademie sich schnell einschaltet.*

#### **4.4 Biberschutz**

Das Thema Biberschutz wird von Hans Stubbe in einem Brief vom 28.4.1952 aufgegriffen: *Durch Herrn Oberforstmeister W u t t k y vom Kreisforstamt Zerbst in Roßlau erhalte ich beiliegenden Bericht über die Biberzählung im Januar 1952. Ich halte es für dringend erforderlich, wenn die Sektion 9 unserer Akademie so schnell wie möglich weitere Maßnahmen zum Schutz des Bibers ausarbeiten würde. Es käme dafür in Frage einmal die Zucht und Vermehrung des Bibers in geeigneten großen Gehegen in Zusammenarbeit mit den Zoologischen Gärten, 2.) eine sorgfältige Abgrenzung des erforderlichen Geländes und hierfür besondere Verordnungen zum Schutze des Geländes und der Biberbauten. Das Wildererunwesen müßte scharf bekämpft werden und die Gebiete von forstlicher Seite mit tüchtigen Beamten in genügend großer Zahl besetzt werden. Vielleicht könnte man die Veröffentlichung einer besonderen Biberschutzverordnung erreichen.*

#### **4.5 Landschaftsschutz und Landschaftsgestaltung**

Im Brief vom 28.04.1952 geht Hans Stubbe auch auf Fragen der Landschaftsgestaltung ein: *Sollten Sie wieder einmal nach Heteborn [Nordöstliches Harzvorland] kommen, so wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn Sie sich dort mit Herrn K r a t z e n b e r g in Verbindung setzen könnten, um die dort durchgeführten bzw. geplanten Maßnahmen des Landschaftsschutzes und der Landschaftsgestaltung mit ihm und dem Bürgermeister eingehend evtl. unter Hinzuziehung des zuständigen Fachmannes in Quedlinburg zu besprechen.*

Auf Gehölzpflanzungen im Nördlichen Harzvorland geht Hans Stubbe in einem Brief vom 3. November 1952 ein: *Bei der Anlage der Windschutzstreifen im Raum Gröningen/Kroppenstedt/Heteborn ist auch das Pfaffenhütchen angepflanzt worden. Gelegentlich einer Besprechung des Oberförsters K r a t z e n b e r g mit den örtlichen Vertretern der Landschaftsgestaltung wurde von Herrn K r a t z e n b e r g darauf aufmerksam gemacht, daß der Anbau von Evonymus europaea als dem Hauptzwischenwirt der schwarzen Rüben[-] und Bohnenblattlaus gemäß ergangener Polizeiverordnungen und*

*einem Erlaß des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vom 16. 3. 1939 in den Hauptanbaugebieten des Landes Sachsen-Anhalt und Thüringen untersagt ist. Die mit der Anpflanzung Beauftragten sind der Meinung, sich über die geltend gemachten Bedenken hinwegsetzen zu können und haben für die Herbst- und Frühjahrspflanzung erneut den Anbau des Pfaffenhütchens in den hiesigen Feldfluren vorgesehen.*

*Ich erlaube mir, Ihnen hiervon Mitteilung zu machen mit der Bitte, an die örtlichen Stellen, die sich mit der Anpflanzung von Windschutzstreifen befassen, heranzutreten und sie auf die Gefährdung landwirtschaftlicher Kulturen durch das Anpflanzen von Zwischenwärdern aufmerksam zu machen. Gegebenenfalls wird es erforderlich sein, das Landwirtschaftsministerium der DDR zu bitten, eine vorbereitete Anweisung über das was nicht gepflanzt werden darf, an die Kreise und Gemeinden herauszugeben.*

In einem Brief vom 3. Mai 1954 verweist Hans Stubbe auf städtebauliche Probleme und die Vermüllung der Landschaft: *Ich stelle mit großem Bedauern bei meinen vielen Fahrten durch die DDR fest, daß die meisten Dörfer sich in einem Zustand des erschreckenden Verfalls befinden. Nicht allein, daß niemand mehr dafür sorgt, daß die Fassade eines Hauses ausgebessert und gestrichen wird; was besonders schlimm ist, ist die Behandlung der Müllabfuhr. Wo immer Sie hinschauen sehen Sie, daß jeder sich berechtigt fühlt Müll dort auszuschütten wo es ihm gerade paßt, so daß um jedes Dorf herum mehrere große Müllherde, die völlig ungepflegt sind, bestehen. Ich möchte Sie bitten, zu überlegen, wie man dieses Unwesen steuern kann, mit welchen Mitteln man die Sauberhaltung und Verschönerung unserer Dörfer fördern kann und wie man dafür sorgt, daß in jedem Dorf feste Müllanlagerungsstätten eingerichtet werden, sorgfältig gepflegt und einplaniert werden.*

Ebenfalls im Brief vom 3. Mai 1954 berichtet Hans Stubbe über von ihm initiierte Maßnahmen zur Siedlungsbegrünung: *Ich habe hier in Gatersleben in diesem Jahr mit einer Verschönerung des Ortes durch Baumpflanzungen systematisch beginnen lassen und habe dasselbe auch schon in Zingst begonnen. Es muss aber für die gesamte DDR eingerichtet werden, und ich könnte mir vorstellen, daß man hier sehr eingehend den Kulturbund heranziehen muss, der vielleicht zusammen mit örtlichen Polizeibehörden einen ganz konkreten Auftrag erhält, für die planmäßige Verbesserung des Lebens auf dem Dorfe zu sorgen.*

Am 12.10.1959 richtet Hans Stubbe an Hermann Meusel einen Brief, in dem er seine Besorgnis in Bezug auf den geplanten Bau von Feriendörfern auf dem Darß darlegt: *Mich besuchte während meines Urlaubs in Zingst der Kreissekretär der SED für den Kreis Ribnitz-Damgarten S u c k o w. und erzählte mir, daß man im Verlauf des Siebenjahrplanes beabsichtigt, ganze Urlauberdörfer entlang der Küste anzulegen. Auch in Pramora an der Ostspitze der Halbinsel Darß wäre ein solches Urlauberdorf geplant. Wir stehen also vor einer Ausdehnung der Invasion von Urlaubern an der Ostseeküste, während das ganze Hinterland, wie z.B. die Mecklenburgische Seenplatte, so gut wie leer von Urlaubern bleibt. Wenn wir nicht zusehen wollen, wie unsere gesamte Küste planmäßig zerstört wird, die an der Küste liegenden Schutzgebiete planmäßig verwüstet werden, muß sofort eine Aktion großen Maßstabes eingeleitet werden, um in einer sorgfältigen und detaillierten Landschaftsplanung eine genaue Festlegung der Urlaubs- und Schutzgebiete zu erreichen. Der treibende Faktor in der Urlauberbewegung an die Ost-*

*see ist offenbar der FDGB. Nach meiner Ansicht muß auch die Deutsche Bauakademie in diese Arbeit einbezogen werden, damit das wilde, landschaftsverbrauchende Bauen endlich aufhört und alles mit dem erforderlichen Stil geschieht. Sicherlich können wir das Verlangen der Menschen, ihren Urlaub an der See zu verbringen, nicht hemmen. Was aber erreicht werden muß ist, daß das gesamte Problem mit bester Planung vorbereitet und später in größter Disziplin durchgeführt wird. Heute sind die verlassenen Zeltplätze Trümmerhaufen einer städtischen Bevölkerung, die nichts von Naturverbundenheit weiß und in der sich der ganze Unrat undisziplinierter Massen anhäuft.*

*Ich sehe also eine wirklich große und ernste Aufgabe darin, zusammen mit den höchsten Vertretern des FDGB, den Räten der Bezirke etc., den Parteiorganisationen im Bezirk und Kreis u.s.w. für die gesamte Ostseeküste unseres Staates eine ganz detaillierte Landschafts- und Bebauungsplanung durchzuführen. An ihr müssen alle entscheidenden Instanzen beteiligt sein, und wir müssen so schnell wie möglich alle interessierten Menschen für dieses große Problem gewinnen. Es darf m. E. auch nicht mehr aufgeschoben werden, sondern wir müssen auch hier mit einer großen Denkschrift an die zuständigen Stellen herantreten.*

#### **4.6 Jagd und Naturschutz**

Im Zusammenhang mit der Klärung von Wohnungsproblemen von Herrn Helmut Richter leitet Hans Stubbe in einem Brief vom 3. Mai 1954 Informationen über Probleme zwischen dem Vogelschutz und der Jagd weiter. *Gestern erhielt ich einen Brief von Prof. S t r e s e m a n n, Berlin, dem er ein Schreiben von Herrn Helmut R i c h t e r, Naturkundemuseum Waren/Müritz beifügte. In diesem Schreiben des Herrn R i c h t e r werden einige interessante Beobachtungen über den Besatz des Naturschutzgebietes über seltene Vögel gemacht. [...] Aus den oben stehenden Äußerungen von Herrn R i c h t e r entnehme ich fast, dass er irgendwelche Spannungen mit B a r t e l s hat. Dieser hat mir übrigens geschrieben und mir mitgeteilt, daß er sich mit Herrn D r e c h s l e r sehr gut verstehe und daß er mir nicht vorher von der Bejagung des Gebietes Mitteilung gemacht habe, weil er hoffte, damit allein fertig zu werden. Ein bißchen habe ich das Gefühl, daß Herr B a r t e l s etwas andere Vorstellungen vom Naturschutz hat als wir.*

*Herr R i c h t e r schreibt z.B. in seinem Brief an S t r e s e m a n n, daß die zahlreichen Graugänsegelege nachweisbar größtenteils durch Wildschweine zerstört worden seien. Ich bin überzeugt, daß es so ist, weil Herr B a r t e l s die Ansicht vertritt, daß auch kein Schwein bei ihm geschossen werden dürfe. Wir müssen also diese Dinge noch einmal sorgfältig prüfen und müssen dafür sorgen, daß das Schwarzwild auch in Müritzhof kurz gehalten wird zu Gunsten seltener Vögel.*

Zur Regelung der Jagd in Naturschutzgebieten fordert Hans Stubbe in einem Brief vom 25.9.1954 Angaben ein: *Für den Zentralen Jagdbeirat, in dem ich die Referate „Naturschutz und Jagd“ und „Wildforschung“ verrete, benötige ich jetzt dringend einige Angaben. Da die Naturschutzgebiete planmäßig bejagt werden müssen, um Schalenwild kurz zu halten und die besondere Tier- und Pflanzenwelt zu schützen ist es erforderlich, eine richtige Jagdregelung in den Naturschutzgebieten zu treffen. Ich stelle mir vor, daß für die größeren Naturschutzgebiete ein oder mehrere erfahrene Jagdgebietsbeauftragte ernannt werden, die mit Gewehren versehen sein sollten. Es wird sich dabei meist um*

*ältere und erfahrene Förster handeln müssen. Polizeikollektivjagden sind in den Naturschutzgebieten unter allen Umständen zu vermeiden. Ich wäre Ihnen dankbar wenn mir die Sektion baldmöglichst folgende Angaben machen könnte:*

- 1.) Welche Naturschutzgebiete sind vorhanden und müssen planmäßig bejagt werden?*
- 2.) Welche erfahrenen Jagdgebietsbeauftragten sind in diesen Gebieten vorhanden, mit genauer Angabe von Namen, Wohnort, Alter etc. bzw. welche könnten für diese Gebiete ernannt werden.*

*Ich möchte so schnell wie möglich eine vollständige Liste zu beiden Punkten vorliegen haben, damit ich diese über das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft im Ministerium für Inneres zur Genehmigung einreichen kann.*

In einem Brief vom 8.11.1954 wendet sich Hans Stubbe an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Rostock und verweist einführend auf die geplante Einsetzung von Jagdgebietsverantwortlichen in den Naturschutzgebieten. Dann kommt er auf das heikle Thema der Jagd durch sowjetische Offiziere in Naturschutzgebieten zu sprechen: *Ich erlaube mir, mich heute an Sie in einer besonders ernsten und dringenden Angelegenheit zu wenden. Mir wird berichtet, daß der Jagdbezirk 26 des Kreises Ribnitz-Damgarten, es handelt sich um das Revier Born auf dem Darß, also das Zentrum des Naturschutzgebietes, den sowjetischen Streitkräften als Jagdbezirk zur Verfügung gestellt worden ist. Mir ist diese Entscheidung kaum glaubhaft. Sie kann, wenn sie wirklich zutrifft, wohl nur darauf zurückgeführt werden, daß die Behörden ohne Kenntnis des Naturschutzgebietes Darß diese Entscheidung gefällt haben. Wir haben leider die Erfahrung gemacht, daß eine Reihe von sowjetischen Offizieren und Soldaten andere Auffassungen von der Jagdausübung haben als wir. So sind nachweisbar weibliches Rehwild und Hasen auf dem Darß in der Schonzeit geschossen worden, auch Seeadler und andere geschützte Tiere wurden beschossen [...].*

*Ich erlaube mir daher an Sie als dem Vorsitzenden der Bezirksjagdbehörde die Bitte zu richten, dafür Sorge zu tragen, daß kein Jagdbezirk des Naturschutzgebietes Darß an Angehörige der sowjetischen Streitkräfte vergeben wird. Eine solche Entscheidung muß unter allen Umständen rückgängig gemacht werden. Ich bin überzeugt davon, daß eine solche Entscheidung von den höchsten sowjetischen Dienststellen für richtig befunden wird, da mir bekannt ist, daß in der Sowjetunion die Naturschutzgebiete mit größter Sorgfalt behandelt werden und strenge Strafen gegen jeden Verstoß die Folge sind. Ich erlaube mir Ihnen zu empfehlen, in dieser Angelegenheit Rücksprache mit dem Stellvertreter des Hohen Kommissars für den Bezirk Rostock zu nehmen, um die Angelegenheit baldmöglichst in Ordnung zu bringen. Ich würde es bei dieser Gelegenheit begrüßen wenn auch darauf hingewiesen werden könnte, daß die auf dem Darß lokalisierten Truppen z.B. in Zingst, ebenso wie die Leuchtturm-Besatzung Darßer Ort ein strenges Verbot zur Durchführung der Jagd auf dem Darß erhalten. Wenn wir auf der einen Seite dafür Sorge tragen müssen, daß unsere wertvollen Naturschutzgebiete erhalten bleiben, entwickelt werden und zu Lehr- und Forschungsstätten unseres Volkes werden, über die wir selbst unter allen Umständen verfügen müssen, so ist es auf der anderen Seite selbstverständlich, daß den sowjetischen Streitkräften möglichst in unmittelbarer Nähe ihrer Standorte Jagdbezirke zur Jagdausübung im angemessenen Rahmen zur Verfügung gestellt werden. Es muß aber darauf geachtet werden, daß diese Jagdbezirke nicht Na-*

*turschutzgebiete sind oder Naturschutzgebiete kleineren Umfangs enthalten. Es scheint mir daher erforderlich, daß die den sowjetischen Streitkräften überlassenen Bezirke daraufhin geprüft werden, und ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie sich mit dem Leiter der Zweigstelle Greifswald des Instituts für Landesforschung und Naturschutz, Herrn Prof. Dr. H u r t i g, in Verbindung setzen würden.*

In einem Schreiben vom 9.11.1954 kommentiert Hans Stubbe seinen Brief vom 8.11.1954 an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Rostock gegenüber Hermann Meusel. [...] *beiliegend erlaube ich mir Ihnen [eine] Abschrift eines Briefes, den ich an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Rostock, Herrn W a r n k e, gerichtet habe, zur Kenntnis zu überreichen. Ich bin einfach entsetzt darüber, daß deutsche Behörden das Zentrum des Naturschutzgebietes Darß den sowjetischen Streitkräften als Jagdgebiet überlassen. Von überall höre ich Klagen über die noch nicht erfolgte Regelung in den Naturschutzgebieten. Wir müssen jetzt schnell und konzentriert handeln, damit nicht überall vollendete Tatsachen geschaffen werden.*

#### **4.7 Naturschutzgebiete**

Im Schreiben vom 9.11.1954 an Hermann Meusel bezieht sich Hans Stubbe auf eine Frage zur Ausweisung des Naturschutzgebietes Selketal: *Heute erhalte ich ein Schreiben von Dr. H.G. P e r n u t z der darum bittet, das Selketal zwischen Meisdorf und Mägdesprung zum Naturschutzgebiet erklären zu lassen. Dr. P e r n u t z scheint sich schon mit Ihnen in Verbindung gesetzt zu haben. Auf der mir übergebenen Lister der Naturschutzgebiete ist dieses Gebiet aber noch nicht eingetragen. Es scheint daher früher noch kein Naturschutzgebiet gewesen zu sein. Dr. P e r n u t z schlägt vor, daß ein Herr B a u m a n n für das Jagdwesen in diesem Gebiet eingesetzt werden soll. Es müßte m.E. zweierlei geklärt werden:*

- 1.) *Ist das Gebiet in seiner Gesamtheit als Naturschutzgebiet zu beantragen?*
- 2.) *Wer ist der gegenwärtige Jagdgebietsverantwortliche*

Ebenfalls am 9.11.1954 antwortet Hans Stubbe Herrn Dr. Pernutz: *Soeben erhalte ich Ihren Brief vom 7.11.1954. Es gehört zu dem Tätigkeitsbereich des Instituts für Landesforschung und Naturschutz festzustellen, ob ein Gebiet, daß bisher noch nicht Naturschutzgebiet war, zum Schutzgebiet erklärt werden soll. Ich habe daher soeben an Prof. M e u s e l geschrieben und ihn gebeten, diese Untersuchung sofort durchführen zu lassen. [...] Das Institut für Landesforschung und Naturschutz ist gegenwärtig damit befaßt, alle bisherigen Naturschutzgebiete noch einmal zu überprüfen und zu erwägen, ob dieses oder jenes neu hinzugenommen werden soll, anders dagegen fallen gelassen wird.*

### **5. Zur Lösung der angesprochenen Probleme**

#### **Zu 4.1: Gründung der Sektion Landeskultur und Naturschutz an der DAL**

Die Entwicklung und die Aufbauphase der Sektion Landeskultur und Naturschutz an der DAL dauerte offensichtlich etwa zwei Jahre von 1951 bis Ende 1952. Ab 1953 nahm die Sektion dann unter Leitung Ihres Sekretärs und ordentlichen Mitglieds der DAL Hermann Meusel die geregelte Arbeit auf.

#### **Zu 4.2: Gründung des Instituts für Landschaftsforschung und Naturschutz**

Die Gründung des Instituts erfolgte offensichtlich aus einer Konzeption der DAL heraus, über die kein Schriftwechsel erforderlich war. Ein Gründungsvorschlag durch Hermann Meusel ist in der Entwicklungs- und Aufbauphase der Sektion Landeskultur und Naturschutz an der DAL bis Ende 1952 und die Umsetzung eines solchen Vorschlags bis zur Gründung des Instituts am 1. April 1953 kaum zu bewältigen. Außerdem muss davon ausgegangen werden, dass der Vorschlag einer Institutsgründung eines umfangreichen Antrages mit Begründung bedurft hätte, der vermutlich im ausgewerteten Schriftwechsel dokumentiert wäre.

#### **Zu 4.3: Diskussion des Naturschutzgesetzes der DDR**

Die DAL und das ILN nahmen tatsächlich umfangreich an der Diskussion des Naturschutzgesetzes der DDR teil, worauf Weinitschke (1980) ausdrücklich hinweist.

Auch die Vorbereitung des Landeskulturgesetzes vom 14. Mai 1970, insbesondere seiner 1. DVO – Naturschutzverordnung –, erfolgte in breiter Diskussion unter Einbeziehung des ILN (vgl. Reichhoff 1999). Interessant in diesem Zusammenhang ist es, dass Hans Stubbe bereits am 10.10.1961 anlässlich seines Festvortrages zum 10-jährigen Bestehen der DAL die Forderung nach einem Landeskulturgesetz erhob: „Es wird sicher bald notwendig sein, die gesetzlichen Grundlagen zur Entwicklung und Förderung der Landeskultur zu erweitern durch Schaffung eines Landeskulturgesetzes, in dem auch die Forderungen des Naturschutzes konkret formuliert werden“ (vgl. Stubbe 2002).

Der Entwurf der novellierten 1. DVO Naturschutzverordnung zum Landeskulturgesetz vom 19. Juni 1989, die eine ganze Reihe von Verbesserungen in den rechtlichen Regelungen enthielt, wurde im ILN erarbeitet (Schriftverkehr dazu und der Entwurf sind im Archiv des IUGR e. V. an der Hochschule Neubrandenburg hinterlegt).

#### **Zu 4.4: Biberschutz**

Mit dem Naturschutzgesetz von 1954 wurde der Biber als vom Aussterben bedrohte Art unter Schutz gestellt. Die Anregungen zum Biberschutz von Hans Stubbe wurden umfanglich vom ILN aufgegriffen. So entstand ein ganzes Netz von Natur- und Landschaftsschutzgebieten mit speziellen Aufgabenstellungen zum Schutz des Bibers. Weiterhin wurde eine kontinuierliche Bestandsüberwachung organisiert, am Zoologischen Institut der Universität Halle-Wittenberg durch Rudolf Piechocki die Todesursachenforschung (seit 1957 Sammelzentrale für Totfunde) etabliert, im Zoo Magdeburg erfolgte die Einrichtung eines Zuchtgeheges, und es wurde die erste, leider erfolglose Biberumsiedlung an die Müritz durchgeführt (vgl. Heidecke 2016).

#### **Zu 4.5: Landschaftsschutz und Landschaftsgestaltung**

##### *Flurholzpflanzungen*

Flurholzpflanzungen wurden im Nordharzvorland im Huy-Hakel-Gebiet im Ergebnis der Landschaftsdiagnose, wie sie unter Reinhold Lingner und Frank Erich Carl an der Humboldt-Universität Berlin bearbeitet wurde (vgl. Hiller 2002), umfanglich ausgeführt. Behrens (2002) berichtet darüber, dass praktische Maßnahmen zur Bekämpfung der Winderosion durch Flurholzpflanzungen erfolgten. Auf der Grundlage der Auswertung der forstlichen Standortkartierung wurden außerhalb des Waldes in den 1950er Jahren

hier 18 Millionen Pappeln gepflanzt. Dem sollte die Pflanzung von weiteren 47 Millionen Pappeln folgen.

Im Jahre 1957 wurden an das ILN erste Forschungsaufträge in Bezug auf die Aufforstung von Extremstandorten erteilt. Der sogenannte „Plan der Überleitung“ sollte zur Erarbeitung einer Methodik für die Beurteilung von Ödlandstandorten und ihre Eignung für Naturschutz oder für spezielle Gehölzarten beitragen. Es wurden fachliche Vorarbeiten und Betreuung bei der Anlage von Flurgehölzen in Form von Windschutzpflanzungen, Eingrünungen von Siedlungen und Stallanlagen sowie Ödlandaufforstungen geleistet. Die Arbeiten konzentrierten sich auch auf das Nordharzvorland (vgl. Reichhoff und Wegener 2016).

Die Forschung des ILN in den 1980er Jahren zur Winderosion erstreckte sich zunächst über das Lössgebiet der DDR und wurde auf das gesamte Territorium des Staates ausgedehnt (vgl. Haupt und Hiekel 2016, Haupt 2016).

#### *Pflanzung von Pfaffenhütchen als Zwischenwirt*

Wegener (E-Mail vom 26.09.2016) teilte mit, dass im Forstarchiv des ehemaligen Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebes Wernigerode Belege dafür vorhanden sind, dass unter Leitung von Oberförster Kratzenberg sowohl eine Aktion gegen das Pfaffenhütchen als Überträger der schwarzen Rüben- und Bohnenblattlaus als auch gegen den Weißdorn gelaufen ist. Letzterer galt als Überträger des Feuerbrandes. Die Feuerbrandaktion wiederholte sich noch einmal Mitte der 1980er Jahre.

#### *Vermüllung der Landschaft*

Die Vermüllung der Landschaft war ein allgemeines Problem in der DDR der 1950er bis 1960er Jahre. Diese Problematik wurde erst auf der Grundlage der Dritten Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz – Sauberhaltung der Städte und Gemeinden und Verwertung der Siedlungsabfälle – vom 14. Mai 1970 (GBl. der DDR II Nr. 46 S. 339) hinreichend gelöst.

#### *Dorfgestaltung*

Ortsbegrünungen wurden bereits in den 1950er Jahren begonnen und in den Folgejahrzehnten im Rahmen des Städtebaus oder auf Initiative der Nationalen Front ausgeführt.

Die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in den Dörfern, d. h. ihre städtebauliche Aufwertung, erfolgte seit Ende der 1960er Jahre unter Einbeziehung der Einwohner im Rahmen von Wettbewerben (unentgeltliche Arbeitseinsätze in der Freizeit oder an Wochenenden / Subbotnik) im Rahmen der Initiative „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“ der Nationalen Front. Im Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen wurden die Verantwortlichkeiten und die Organisation der Bürgerinitiativen den örtlichen Stadt- und Gemeindevertretungen gemeinsam mit den Ausschüssen der Nationalen Front übertragen.

#### *Feriendörfer an der Küste*

Die Ausführung der angesprochenen Feriendörfer, insbesondere auf dem Darß, kam in dem zunächst beabsichtigten Umfang nicht zur Ausführung. Nach Informationen von Dr. Lebrecht Jeschke (mdl. Mitt. am 21.09.2016) erhielt 1957 die Zweigstelle Greifswald des ILN in Verantwortung von Dr. Harry Schmidt den Auftrag, die Ausweisung von Groß-

landschaftsschutzgebieten an der Küste fachlich vorzubereiten. Dabei erfolgte eine Zusammenarbeit mit der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung, sodass der Ausbau von Ferieniedlungen geordnet verlief.

Die Planung von Erholungsgebieten wurde auch 1957 als Aufgabe des Instituts für Städtebau der Bauakademie aufgenommen. Diese Arbeiten waren von der Sorge getragen, dass beliebte Erholungsgebiete überlastet und zerstört werden könnten. In die Planungen wurden später auch die Büros für Territorialplanung der Bezirke einbezogen (Greiner 2002).

#### ***Zu 4.6: Jagd und Naturschutz***

Die Bejagung von Schalenwild in den Naturschutzgebieten war in den Behandlungsrichtlinien für die Naturschutzgebiete durchgehend geregelt.

Die Jagd durch sowjetische Offiziere und Soldaten im NSG Darß konnte offensichtlich abgestellt werden, denn es erfolgte nach Aussagen von Dr. Lebrecht Jeschke (mdl. Mitt. am 21.09.2016) im Jahre 1957 dort schon keine Jagd mehr durch sowjetische Militärs.

#### ***Zu 4.7: Naturschutzgebiete***

Das Selketal wurde mit der Verfügung des Bezirkstages Halle vom 09.09.1957 einstweilig gesichert. Die endgültige Ausweisung als Naturschutzgebiet erfolgte mit der Anordnung Nr. 1 über Naturschutzgebiete vom 30.03.1961 (GBl. d. DDR Teil II. – (1961) 27 v. 04.05.1961, S. 166).

Die Ausweisung des Selketals als Naturschutzgebiet erfolgte im Rahmen weiterer Unterschutzstellungen von Gebieten und nachfolgender Anordnungen und Verordnungen zum Aufbau eines systematisch an der Naturausstattung der DDR ausgerichteten Naturschutzsystems (vgl. Bauer 2016).

## **6. Personenverzeichnis**

### **Bartels, Karl**

geb. 29.06.1884 in Teterow, gest. 24.01.1957 in Waren/Müritz, Kreisbeauftragter für Naturschutz in Waren 1936-1957, Leiter des Museums in Waren („von Maltzan'sches Naturhistorisches Museum für Mecklenburg“), Bezirkskonservator für Naturschutz in Ostmecklenburg seit 1946 bis mind. 1950.

### **Baumann, unbekannt**

geb., gest. unbekannt, Jäger Selketal.

### **Drechsler, Paul Helmut**

geb. 18. September 1916 in Colditz/Sachsen, gest. am 4. Februar 1960 in Fort Archambault Tschad, Tierfotograf und Tierfilmer.

### **Koch, Fritz**

H. Stubbe verweist auf einen Herrn Koch aus einer sächsischen Gruppe (Brief vom 26.11.1951), der in einem Entwurf des Naturschutzgesetzes eine Verquickung mit Kulturdenkmälern anstrebte (Brief vom 10.12.1951). Das führte zunächst zu Hugo Koch, geb. 14.08.1883 in Glauchau, gest. 07.09.1964 Wiesbaden, Architekt und Gartendenkmalpfleger (vgl. Koch 1999, Priemer 2014).

H. Behrens verwies aber darauf, das in den Archivbeständen kein Hugo Koch auftritt, sondern nur Fritz Koch (vgl. Behrens 2015: 171–177). Vermutlich liegt hier ein Irrtum bei H. Stubbe vor.

Zu Fritz Koch: geb. 16.12.1880 in Meiningen, gest. 02.11.1968 in Erfurt, Jurist, Regierungsrat, in verschiedenen Positionen der Naturschutzverwaltungen in Thüringen (vgl. Behrens 2015: 612–614).

**Kratzenberg, Hans**

Geb. 06.04.1901, gest. unbekannt, 1945 als Oberförster (wohnhaft in Friedrichsbrunn) wegen Mitgliedschaft in der NSDAP aus dem Forstdienst entlassen, forstliche Tätigkeiten für die Gemeinde Friedrichsbrunn, die Landesforstverwaltung Sachsen-Anhalt, die Landesregierung Sachsen-Anhalt bis 1953, Wiedereinstellung in Forstdienst, zunächst Revierförster in Heteborn (Hakel), dann Oberförster im Hakel, Staatlicher Forstwirtschaftsbetrieb Blankenburg.

**Pernutz, Dr. Hans-Georg**

Referent für Naturschutz bei der Bezirksnaturschutzverwaltung Halle von unbekannt bis 1956.

**Richter, Arno Helmut**

geb. 05.05.1912 in Döhlen, heute Freital/Sachsen, gest. unbekannt, etwa von 1953 bis 1956 Kurator und stellvertretender Leiter des Museums in Waren („von Maltzan`sches Naturhistorisches Museum für Mecklenburg).

**Stresemann, Prof. Dr. Erwin**

geb. am 22. November 1889 in Dresden, gest. am 20. November 1972 in Berlin, Zoologe und Hochschullehrer, Direktor am Zoologischen Museum der Humboldt-Universität Berlin.

## 6 Literatur

- Bauer, L. (2016): Handbuch der Naturschutzgebiete der Deutschen Demokratischen Republik. – In: Reichhoff, L.; Wegener, U.: ILN Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle. Forschungsgeschichte des ersten deutschen Naturschutzinstituts. – Zweite, überarbeitete und erweiterte Auflage. – Steffen Verlag. – Berlin. – S. 67–75.
- Bauer, L. (1997): Prof. Dr. Hermann Meusel zum Gedenken. – Studienarchiv Umweltgeschichte 3: 1–3.
- Behrens, H. (1998): Die ersten Jahre – Naturschutz und Landschaftspflege in der SBZ/DDR von 1945 bis Anfang der 60er Jahre. – In: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. (Hrsg.): Naturschutz in den neuen Bundesländern – ein Rückblick. Halbband I. – Forum Wissenschaft Studie 45. – BdWi-Verlag. – Marburg. – S. 15–86.
- Behrens, H. (2002): Das gesellschaftliche Umfeld der Landschaftsdiagnose und ihre Bedeutung aus der Sicht angrenzender Fachgebiete. – Hiller, O. (Hrsg.): Die Landschaftsdiagnose der DDR. Zeitgeschichte und Wirkung eines Forschungsprojekts aus der Gründungsphase der DDR. – Materialien zur Geschichte der Gartenkunst 6. – Berlin. – S. 51–71.
- Behrens, H. (2010): Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte in Berlin und Brandenburg. [Lexikon der Naturschutzbeauftragten 3]. – Steffen-Verlag. – Friedland. – 905 S., Anhang.
- Behrens, H. (2015): Naturschutzgeschichte Thüringens. [Lexikon der Naturschutzbeauftragten 4]. – Steffen-Verlag. – Berlin. – 743 S., Anhang.

- Böhnert, W. (2016): 5.1.2.11 Erhaltung der Arten- und Formenvielfalt lebender Organismen als Strategie des Naturschutzes (Referierender Bericht). – In: Reichhoff, L.; Wegener, U.: ILN Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle. Forschungsgeschichte des ersten deutschen Naturschutzinstituts. – Zweite, überarbeitete und erweiterte Auflage. – Steffen Verlag. – Berlin. – S. 151–154.
- Eberle, H. (2002): Die Martin-Luther-Universität in der Zeit des Nationalsozialismus 1933-1945. – mdv Mitteldeutscher Verlag. – Halle (Saale). – 539 S.
- Frohn, H.-W. (2006): Von der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen bis zur Bundesanstalt für Naturschutz 1906 bis 2006 – eine Institutionengeschichte. – In: Frohn, H.-W. und Schmoll, F. (Bearb.): Natur und Staat. Staatlicher Naturschutz in Deutschland 1906-2006. – Naturschutz und Biologische Vielfalt. – Bonn Bad Godesberg 35. – S. 85–315.
- Greiner, J. (2002): Planung von Erholungsgebieten im Institut für Städtebau der Bauakademie. – In: Hiller, O. (Hrsg.): Die Landschaftsdiagnose der DDR. Zeitgeschichte und Wirkung eines Forschungsprojekts aus der Gründungsphase der DDR. – Materialien zur Geschichte der Gartenkunst 6. – Berlin. – S. 243–246.
- Grimme, R. (2014): Der sächsische Architekt Dr.-Ing. Hugo Koch. – In: Kalender Sächsische Heimat. – Hrsg. Landesverein Sächsischer Heimatschutz. – Dresden (2. Woche)
- Haupt, R. (2016): Regionale Differenzierung von Schutzmaßnahmen gegen Winderosion in der Agrarlandschaft. – In: Reichhoff, L.; Wegener, U.: ILN Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle. Forschungsgeschichte des ersten deutschen Naturschutzinstituts. – Zweite, überarbeitete und erweiterte Auflage. – Steffen Verlag. – Berlin. – S. 426–441.
- Haupt, R.; Hiekel, W. (2016): Winderosion in der Lössagrarlandschaft und Maßnahmen zu deren Einschränkung. – In: Reichhoff, L.; Wegener, U.: ILN Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle. Forschungsgeschichte des ersten deutschen Naturschutzinstituts. – Zweite, überarbeitete und erweiterte Auflage. – Steffen Verlag. – Berlin. – S. 415–425.
- Heidecke, D. (2016): Erfassung, Schutz und Pflege des Elbebibers. – In: Reichhoff, L.; Wegener, U.: ILN Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle. Forschungsgeschichte des ersten deutschen Naturschutzinstituts. – Zweite, überarbeitete und erweiterte Auflage. – Steffen Verlag. – Berlin. – S. 185–194.
- Hiller, O. (2002): Der Forschungsauftrag Landschaftsdiagnose in Kurzfassung. – In: Hiller, O. (Hrsg.): Die Landschaftsdiagnose der DDR. Zeitgeschichte und Wirkung eines Forschungsprojekts aus der Gründungsphase der DDR. – Materialien zur Geschichte der Gartenkunst 6. – Berlin. – S. 27–50.
- Koch, H. (1999): Sächsische Landeskunst. – Verlag Deutsche Bauzeitung. – Berlin 1910. – Nachdruck hrsg. von Landesverband Sachsen. e. V. Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftskultur mit einem Nachwort von R. Grau. – Sax-Verlag. – Markleeberg. – 456 S.
- Laitko, H. (2010): Hand Stubbe und das politische System der DDR. Ein prominentes, aber nichtspektakuläres Beispiel für das Wechselspiel von Naturwissenschaft und Politik in der DDR der 1950er und 1960er Jahre. – In: Jahn, I.; Wessel, A.: Für eine Philosophie der Biologie (Festschrift zum 75. Geburtstag von Rolf Löther). – Kleine Verlag. – München 2010. – S. 127–169.
- Nowak, E. 2005): Wissenschaftler in turbulenten Zeiten. Erinnerungen an Ornithologen, Naturschützer und andere Naturkundler. – Stock & Stein Verlag. – Schwerin. – 432 S.
- Reichhoff, L. (1999): Politische Grundlagen der Naturschutzgesetzgebung in der DDR. – In: Jahrbuch für Naturschutz und Landschaftspflege.
- Reichhoff, L. (2015): Das Landschaftsschutzgebiet „Grünflächen Dessau“ – eine Schutzverordnung aus der Phase der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland. – In: Studienarchiv Umweltgeschichte. – Neubrandenburg 20. – S. 9–12.
- Reichhoff, L. (2016): Kurze Geschichte der strukturellen Entwicklung des Instituts für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle. – In: Reichhoff, L.; Wegener, U.: ILN Institut für Landschafts-

- forschung und Naturschutz Halle. Forschungsgeschichte des ersten deutschen Naturschutzzinstituts. – Zweite, überarbeitete und erweiterte Auflage. – Steffen Verlag. – Berlin. – S. 28–39.
- Reichhoff, L.; Wegener, U. (2016): ILN Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle. Forschungsgeschichte des ersten deutschen Naturschutzzinstituts. – Zweite, überarbeitete und erweiterte Auflage. – Steffen Verlag. – Berlin. – 649 S.
- Reichhoff, L.; Wegener, U. (2016): Die Forschung des Instituts für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle in den Jahren 1953 bis 1968. – In: Reichhoff, L.; Wegener, U.: ILN Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle. Forschungsgeschichte des ersten deutschen Naturschutzzinstituts. – Zweite, überarbeitete und erweiterte Auflage. – Steffen Verlag. – Berlin. – S. 55–61.
- Rutschke, E. (1998): Ornithologie in der DDR – ein Rückblick. – In: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. (Hrsg.: Naturschutz in den neuen Bundesländern – ein Rückblick. Halbband I. – Forum Wissenschaft Studie 45. – BdWi-Verlag. – Marburg. – S. 109–133.
- Stubbe, M. (2002): Hans Stubbe – im Frieden für Wahrheit und Fortschritt – Engagement für die Bewahrung und Nutzung von Naturressourcen. – In: Beiträge zur Jagd- und Wildforschung. – Halle 27. – S. 79–124.
- Weinitschke, H. (1980): Naturschutz gestern – heute – morgen. – Urania Verlag. – Leipzig; Jena; Berlin. – 104 S.

## Danksagung

Für die Genehmigung der Veröffentlichung von Auszügen aus dem Briefwechsel zwischen Prof. Dr. Drs. h. c. habil. Hans Stubbe und Prof. Dr. habil. Hermann Meusel bedanke ich mich herzlich bei Prof. em. Dr. habil. Michael Stubbe.

Für sachdienliche Informationen wird folgenden Personen herzlich gedankt: Frau Renate Seemann, Waren (Müritz); Herrn Prof. Dr. Hermann Behrens, Neubrandenburg; Herrn Dr. Wolfgang Böhnert, Kurort Hartha; Herrn Dr. Lebrecht Jeschke, Greifswald; Frau Henrike Schwarz, Dresden; Herrn Dr. Uwe Wegener, Halberstadt.



Umwelt hat Geschichte!

## **Zur Geschichte des Zentralen Fachausschusses (ZFA) Ornithologie und Vogelschutz im Kulturbund der DDR – im Spiegel von Beständen im Studienarchiv Umweltgeschichte**

*Hermann Behrens*

Dem *Studienarchiv Umweltgeschichte* im Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. wurden seit seiner Gründung im Jahre 1991 bis heute fast 600 Archivbestände übergeben. Darunter sind zahlreiche, die Unterlagen zur Ornithologie und zum Vogelschutz, insbesondere zur freiwilligen und ehrenamtlichen Tätigkeit auf diesen Gebieten, enthalten. Einer dieser Bestände ist der des Zentralen Fachausschusses Ornithologie und Vogelschutz im Kulturbund der DDR, der unter der Signatur StUG 302 verzeichnet ist.

Der Bestand spiegelt den Werdegang des ZFA Ornithologie und Vogelschutz im Kulturbund und der Bezirksfachausschüsse ab ca. 1960 bis 1990 wider, hauptsächlich in Form von Einladungen, Protokollen und Schriftwechseln. Aus den Unterlagen ergeben sich die Zusammensetzungen dieser Ausschüsse, wenngleich eine chronologische Systematisierung der Personen eine Verknüpfung unterschiedlichster Akten im Studienarchiv Umweltgeschichte und eine „Spiegelung“ mit der Fachliteratur erfordert.

Die Akten enthalten auch Unterlagen, die Auskunft über die Zentrale für die Wasservogelforschung in der DDR, die Interessengemeinschaft Avifaunistik, den Arbeitskreis Weißstorch, die Kommission für Küstenvogelschutz und die Mitgliedschaft des ZFA im Internationalen Rat für Vogelschutz geben.

Es finden sich darüber hinaus zahlreiche Namen von ehrenamtlich, freiwillig, aber auch beruflich in der Ornithologie und dem Vogelschutz Tätigen. Einige Personen, hauptsächlich die Mitglieder des ZFA, werden im Anhang in Kurzbiografien vorgestellt.

Der Bestand gliedert sich in Ausschüsse und Arbeitskreise, Konferenzen, Seminare, Tagungen, Korrespondenz und Varia. Auf der Grundlage dieses Bestandes und unter Zuhilfenahme anderer Quellen wird hier ein knapper Überblick über die Geschichte dieses Zentralen Fachausschusses gegeben und auf ausgewählte weitere ornithologische Bestände im Studienarchiv Umweltgeschichte hingewiesen.

### **Zur Geschichte des ZFA**

Ab 1949 wurde der Kulturbund organisatorisches Dach auch für ehrenamtlich und freiwillig tätige Ornithologen, da die bis Kriegsende bestehenden naturkundlich orientierten Vereine nicht fortexistieren durften und neue bis auf Ausnahmen nicht genehmigt wurden. Mit der „Verordnung zur Überführung von Volkskunstgruppen und volksbildenden Vereinen in die bestehenden demokratischen Massenorganisationen vom 12.1.1949“ endete das Vereinswesen auch juristisch. Um in einer ornithologischen Fachgruppe mitarbeiten zu können, musste man fortan Mitglied des Kulturbundes sein. Nur wenige an Museen oder anderen Einrichtungen beruflich tätige Ornithologen brauchten dies nicht, sie schlossen sich jedoch dennoch mehrheitlich Fachgruppen des Kulturbundes an (Rutschke 1998a: 112).



Abb. 1: Prof. Dr. Hans Schildmacher auf der XIII. Zentralen Tagung des ZFA Ornithologie und Vogelschutz in Karl-Marx-Stadt, 1975. Quelle: StUG 302-6. Aufnahme: R. Stiefel.

Die Kulturbund-Zentrale in Berlin lud im Oktober 1950 zu einer ersten Ornithologentagung nach Leipzig ein, in deren Ergebnis der Zentrale Fachausschuss für Ornithologie und Vogelschutz entstand und in der Folge Bezirksfachausschüsse (ab 1952) und Fachgruppen.

Die Leitung des ZFA bekam Prof. Dr. Hans Schildmacher übertragen und dieser behielt sie dann bis zum 11.12.1972 inne. Schildmacher übernahm zugleich den Wiederaufbau und die Leitung der Vogelwarte Hiddensee, die nun offiziell zur Universität Greifswald gehörte.

Die freiwillige und ehrenamtliche und auch die wissenschaftliche Ornithologie und der Vogelschutz nahmen in der DDR auf der genannten organisatorischen Grundlage in den 1950er Jahren einen Aufschwung. 1959 gab es DDR-weit 180 Fachgruppen mit 3 000 Mitgliedern, 1962 waren es 185 mit 3 510 Mitgliedern und gegen Ende der 1980er Jahre ca. 300 Gruppen mit etwa 5 000 Mitgliedern. „In den Fachgruppen arbeiteten von Beginn an Wissenschaftler und Laien gleichberechtigt zusammen und Ornithologie und Vogelschutz bildeten

eine Einheit. Darin lag der Kern der neuen Organisationsform“ (Rutschke 1998a: 113).

Die feldornithologische Forschung war von Anfang an stark auf die Unterstützung des praktischen Vogelschutzes ausgerichtet. Die Fachgruppen standen dabei in enger Verbindung mit den Vogelschutzwarten Seebach/Thüringen, Neschwitz und Steckby, deren Leiter Dr. Karl Mansfeld, Dr. Gerhard Creutz und Martin Herberg auch für die ornithologische Arbeit in den Bezirken der DDR erhebliche Bedeutung hatten.

Unter dem Dach des ZFA Ornithologie und Vogelschutz wurde am 1. und 2. März 1958 in Meißen ein Arbeitskreis Greifvogelschutz und Falknerei gegründet, weil in der 6. Durchführungsbestimmung zum Jagdgesetz vom 23.12.1957 eine ordnungsgemäße Ausübung der Falknerei nicht gewährleistet war. Vorsitzender des AK war Dr. Hans Schiemenz. 1962 wurde der AK im Zuge der Neuregelung des Jagdwesens wieder aufgelöst, da mit dem Jagdgesetz vom 14.4.1962 die Beizjagd zur Angelegenheit des Jagdwesens erklärt, die Beizjagd selbst geregelt und dem Kulturbund die Verantwortung entzogen wurde. Dr. Schiemenz, damals zugleich Mitglied des ZFA Ornithologie und Vogelschutz, fungierte seit der Auflösung des Arbeitskreises jedoch als Berater der Obersten Jagdbehörde in Fragen der Falknerei und des Greifvogelschutzes.<sup>1</sup>

Der ZFA veranstaltete zunächst jährlich, später in zwei- bis vierjährigen Abständen, zentrale Tagungen der Ornithologen mit jeweils 300 bis 500 Gästen.

Zu einem wichtigen Forum für die ehrenamtlich, freiwillig und beruflich tätigen Ornithologen wurde die Zeitschrift „Der Falke“, die von Kurt Gentz mit Unterstützung von

<sup>1</sup> StUG 302-19, ZFA Ornithologie und Vogelschutz, Akte AK Greifvogelschutz und Falknerei 1960–1962.

Erwin Stresemann gegründet und redigiert wurde. Das erste Heft der Zeitschrift erschien 1954. Sitz der Redaktion war Berlin. Bis 1967 war Kurt Gentz Chefredakteur, ihm folgte bis 1991 Dr. Wilfried Zimdahl. In den ersten sechs Jahren erschien der „Falke“ sechs Mal im Jahr, ab 1961 bis Ende 1962 monatlich, dann wieder alle zwei Monate und ab 1.1.1965 wieder monatlich. Zum Redaktionsbeirat gehörten u. a. Prof. Dr. Dr. Heinrich Dathe, Prof. Dr. Hans Grimm, Prof. Dr. Burkhardt Stephan, Prof. Dr. Erich Rutschke, Siegfried Hamsch, Dr. Siegfried Brehme, Prof. Dr. Hans Schildmacher, Dr. Gerhard Creutz, Dr. Richard Heyder, Prof. Dr. Axel Siefke und Dr. Max Dornbusch (Zimdahl 1998: 439). Der „Falke“ war preiswert und erschien zuletzt (1989/90) in hoher Auflage von 25 000 Exemplaren.



Abb. 2: Dr. Karl Mansfeld.  
Foto aus: Möhring 1975: 291.

Nicht nur im Kulturbund entstand ein zentraler Arbeitskreis für Ornithologie und Vogelschutz. Später, 1969, wurde auch im Staatlichen Komitee für Forstwirtschaft (zugleich Zentrale Naturschutzverwaltung) ein „Arbeitskreis Ornithologie und Vogelschutz“ gegründet, den Erich Rutschke rückblickend als Disziplinierungsinstrument deutete, obwohl in beiden Leitungsgremien überwiegend dieselben Mitglieder saßen.<sup>2</sup> Über diesen Arbeitskreis wurden DDR-Ornithologen, die bis dahin – also noch Jahre nach dem Bau der Mauer in Berlin – Mitglieder in ornithologischen Vereinigungen der Bundesrepublik waren, dazu gezwungen, aus diesen auszutreten. Darüber und über erfolglose, aber auch erfolgreiche Versuche, die Verbindungen dennoch nicht abreißen zu lassen, berichtet Rutschke (1998a: 118–122).

Nicht nur persönliche Verbindungen rissen ab, sondern auch solche zu Einrichtungen wie den Vogelwarten Helgoland und Radolfzell. Bereits 1960 hatte der BFA Ornithologie und Vogelschutz des Bezirks Karl-Marx-Stadt dem ZFA den Vorschlag unterbreitet, die Vogelwarte Hiddensee zur Beringungszentrale in der DDR zu machen und unter deren Dach zentrale Beringertagungen durchzuführen. Der ZFA leistete 1962 Zuarbeiten zur Fortschreibung der Anordnung über das wissenschaftliche Beringungswesen in der DDR (Beringungsanordnung). Eine erste Vogelberingungsanordnung war 1956 ergangen. Im Januar 1964 erhielt die Vogelwarte Hiddensee auf Grund einer staatlichen Anordnung den Status einer nationalen Zentrale für die wissenschaftliche Vogelberingung.<sup>3</sup> Von bisher etwa 400 amtlich zugelassenen, ehrenamtlich tätigen Beringern der Vogelwarten Radolfzell und Helgoland wurden nur 301 von der „Vogelberingungszentrale der DDR – Vogelwarte Hiddensee“ übernommen, die nach anfänglichen Schwierigkeiten mit einem eigenen, faunistisch-ökologische Untersuchungen einschließenden Beringungsprogramm eine auch international anerkannte Arbeit leistete und für die Vogel-

<sup>2</sup> StUG 302-14, ZFA Ornithologie und Vogelschutz, Akte Bezirke.

<sup>3</sup> StUG 302-21, ZFA Ornithologie und Vogelschutz, Akte Ornithologie 1960–1962.

beringer in der DDR zentrale Beringertagungen durchführte. Die I. Tagung fand vom 15. bis 16.11.1969 in Halle statt.<sup>4</sup>

Ab dem 11.12.1972 wurde der Direktor des Berliner Zoos, Prof. Dr. Dr. Heinrich Dathe, Nachfolger von Prof. Schildmacher als Vorsitzender des ZFA Ornithologie und Vogelschutz. Mit Dathes Berufung erlosch der o. g. Arbeitskreis bei der ZNV, dem er bis dahin vorstand. Die mit Dathes Berufung erhoffte größere kulturpolitische Wirksamkeit der Ornithologie und Integration in internationale Gremien blieb allerdings lange aus (Rutschke 1998a: 126).

**Tabelle 14:** Mitglieder im ZFA und in den BFA Ornithologie und Vogelschutz, ca. 1980

ZFA	BFA
Prof. Dr. Dr. Heinrich Dathe (Vors.)/Berlin Prof. Dr. Dr. Grimm (stellv. Vors.)/Berlin Dr. Winfried Zimdahl (stellv. Vors.)/Berlin Dr. Siegfried Brehme/Greifswald Dr. Gerhard Creutz/Neschwitz Dr. Max Dornbusch/Steckby Dr. Gerhard Grün/Seebach Dr. Gerhard Klafs/Neuenkirchen Dr. Heinz Pörner/Kloster/Hiddensee Prof. Dr. Erich Rutschke/Potsdam-Babelsberg Dr. Axel Siefke/Kloster (Hiddensee) Dr. Burkhard Stephan/Berlin Horst Ruthenberg/Neubrandenburg Hubert Weber/Serrahn	Berlin: Dr. Wolfgang Grummt/Berlin Cottbus: Kurt Lehmann/Bergheide Dresden: Dr. Rolf Steffens/Dresden Erfurt: Dr. Gerhard Grün/Seebach Frankfurt/O.: Heinz Wawrzyniak/Eberswalde-Finow Gera: Rolf Günther/Ronneburg Halle: Dr. Klaus Liedel/Halle Karl-Marx-Stadt: Günther Schönfuß/Ellefeld (Vogtland) Leipzig: Klaus Tuchscherer/Leipzig Magdeburg: Dr. Helmut König/Halberstadt Neubrandenburg: Hubert Weber/Serrahn Potsdam: Dr. Heinz Litzbarski/Buckow Rostock: Dr. Gerhard Klafs/Neuenkirchen Schwerin: Dr. Horst Zimmermann/Schwerin Suhl: Klaus Schmidt/Barchfeld
Quelle: Bundesarchiv, DY 26/10440, ZFA Entomologie, Mitgliederlisten ZFA Ornithologie und Vogelschutz.	

### Zentrale für Wasservogelforschung

Wasservogelzählungen waren in Deutschland seit 1948 in wenigen Gebieten auf private Initiative hin durchgeführt worden. Zu den Initiatoren gehörten W. Panzer und H. Requate (Panzer und Requate 1954a: 3-40 und 1954b: 49-52) und in der DDR Wolfgang Maktsch.

Hintergrund für die Zählungen war, dass seit Anfang der 1950er Jahre Zoologen, Naturschützer, Ornithologen und Jäger in Mittel- und Westeuropa Rückgänge bei Gänse- und Entenarten als Folge der Trockenlegung von Feuchtgebieten, Flussbegradigungen, Gewässerverschmutzungen und intensiver Bejagung feststellten.

Teil der Bemühungen des Internationalen Rates für Vogelschutz (International Council for Bird Preservation – ICBP) und des von ihm gegründeten Internationalen Büros für

<sup>4</sup> StUG 302-14, ZFA Ornithologie und Vogelschutz, Akte Bezirke.



Abb. 3: Richard Heyder (links) und Hans Schiemenz (rechts) auf der XIII. Zentralen Tagung des ZFA Ornithologie und Vogelschutz in Karl-Marx-Stadt, 1975. Quelle: StUG 302-6. Aufnahme: R. Stiefel.

Wasservogelforschung (International Waterfowl Research Bureau – IWRB) war der Aufbau eines internationalen Netzes von Wissenschaftlern, die an Wasservogelforschung und Feuchtgebietsschutz interessiert waren, sowie der Aufbau von international koordinierten Bestandserfassungen.

1951 übernahm die Vogelwarte Helgoland als Geschäftsstelle der Deutschen Untersektion für Entenvogelforschung die Koordinierung der Wasservogelzählungen. Ergebnisse der von freiwilligen Naturschutzmitarbeitern durchgeführten Zählungen wurden dorthin gemeldet. Die Zählungen beschränkten sich anfangs auf Entenvögel und Gänse.

1952/53 gab es auf dem Gebiet der DDR bereits 90 Zählstellen, an denen Ornithologen Wasservögel zählten, davon in Sachsen 36 und in Mecklenburg(-Vorpommern) 25. Ziel der Wasservogelzählungen war es, „möglichst in den wichtigsten Rastgewässern zeitlich lückenlos Zählungen durchzuführen, die als repräsentativ angesehen werden können“ (Kalbe & Naacke 2012: 14), wobei die wissenschaftlich fundierte Auswahl solcher Gewässer erst im Laufe der Jahre gelang.

In der DDR gab es zu der Zeit noch keine einheitliche Organisation und Koordinierung der Zählstellen und Auswertung der Wasservogelzählungen. Organisation und Koordinierung sollte eigentlich die bereits 1930 als ornithologisches Forschungsinstitut der Universität Greifswald und 1936 als dritte deutsche Vogelwarte (nach Rossitten und



Abb. 4, von links nach rechts: Dr. Gerhard Creutz, Prof. Dr. Dr. Hans Grimm, Dr. Gerhard Grün am Rednerpult auf der XIII. Zentralen Tagung des ZFA Ornithologie und Vogelschutz in Karl-Marx-Stadt, 1975. Quelle: StUG 302-6. Aufnahme: R. Stiefel.

Radolfzell) gegründete Vogelwarte Hiddensee<sup>5</sup> übernehmen. Bis Anfang der 1960er Jahre, als zwischen der Vogelwarte Hiddensee und dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR eine zentrale Erfassung der Wasservögel in der DDR vereinbart wurde, hat die Vogelwarte aber diese Aufgaben wohl nur in Ansätzen erfüllt (Kalbe & Naacke 2012: 13 und 16), sodass die Ergebnisse der Wasservogelzählungen in der DDR überwiegend der Vogelwarte Helgoland mitgeteilt wurden und ab etwa 1954 nur zum Teil bereits zur Vogelwarte Hiddensee gingen. Erst ab 1964 übernahm die Vogelwarte Hiddensee als einzige rein ornithologisch ausgerichtete Forschungseinrichtung der DDR auch die Rolle der nationalen (DDR-)Beringungszentrale und gab eigene Vogelringe aus. Bis dahin wurden noch die Zählbögen der Vogelwarte Helgoland genutzt.

Nach dem Bau der Mauer wurden auch die Wasservogelzählungen zentral koordiniert. Die Initiative dafür ging von dem damaligen Leiter der Vogelwarte Helgoland, Dr. Friedrich Goethe aus, der in einem Brief Erich Rutschke, den er durch dessen Dissertation zu Schwimmvögeln und Mitgliedschaft in der DO-G kannte, die Frage stellte, ob dieser gewillt sei, die Koordination der Wasservogelzählungen in der DDR zu übernehmen. Rutschke erreichte die Unterstützung der Zentralen Naturschutzverwaltung und des Zentralen Fachausschusses Ornithologie und Vogelschutz im Kulturbund, über den die freiwilligen Naturschutzmitarbeiter gewonnen werden konnten, die zusätzlich zu den bereits seit den 1950er Jahren tätigen Zählern für die Durchführung der Zählungen notwendig waren (Rutschke 1998b: 425). Im Ergebnis entstand am 1.11.1965 die „Zentrale für die Wasservogelforschung der DDR“ (ZfW) (Rutschke 1969: 22), von der mit ehrenamtlich tätigen Mitarbeitern die Aufgaben des „International Wildfowl Research Bu-

<sup>5</sup> Der Ornithologische Verein Stralsund und der Bund für Vogelschutz gründeten bereits 1913 eine gemeinsam getragene sogenannte „Vogelwarte Hiddensee Süd“. – Vgl. zur Vorgeschichte der Gründung der Vogelwarte Hiddensee Behrens, Eichstädt & Klafs 2007: 4–28.

reau“ (IWRB) umgesetzt und seit den 1970er Jahren auch eigene Forschungsprojekte durchgeführt wurden (Rutschke 1998b, Kalbe 1999).

Aufgaben der Zentrale für die Wasservogelforschung waren Untersuchungen

- zum Wasservogelbestand;
- über den Wildgänsebestand und Bestandsveränderungen (Projekt Anser);
- über Maßnahmen zur positiven Bestandsentwicklung einzelner Arten (Projekt Hege);
- über die Feuchtgebiete der DDR (Projekt Ökologie).

Ferner gehörte zu den Aufgaben

- die internationale Kooperation (die „Zentrale“ vertrat die DDR auf dem Gebiet der Wasservogelforschung in den internationalen Gremien und in allen Fragen, die internationale Koordination erforderten);
- die Gutachtertätigkeit und
- die Beringung von Wasservögeln (Rutschke 1971: 5-11).

Seit 1969 erschienen die „Mitteilungen und Berichte“ der Zentrale, in denen vor allem die Ergebnisse der Wasservogelzählungen und Ergebnisse von Forschungsvorhaben publiziert wurden. Sie wurden von Beginn an unentgeltlich an die ehrenamtlichen Helfer verteilt.

Die Organisation und Betreuung der im Winter 1966/67 begonnenen Zählungen sowie die Meldung der Ergebnisse an die Internationale Koordinierungsstelle im „Wildfowl Trust Slimbridge“ in Südwestengland oblag zunächst fast ausschließlich Rutschke, der die Arbeit ehrenamtlich leisten musste, wobei er sich auf die PH Potsdam stützen konnte. Mit Hilfe des damaligen Präsidenten der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (AdL) der DDR, Prof. Dr. Hans Stubbe, erreichte Rutschke die Zuordnung der Planstelle einer hauptamtlichen Sachbearbeiterin, zunächst zur Zoologischen Forschungsstelle der AdL, dann zur Pädagogischen Hochschule Potsdam, bei der die Zentrale angesiedelt wurde.

Beim Staatlichen Komitee für Forstwirtschaft wurde eine „Zentrale Arbeitsgruppe Wasservogel“ (ZAG) gegründet. Mitglieder der ZAG waren Experten und Bezirksbeauftragte sowie Verantwortliche für Wasservogelforschung und Feuchtgebietschutz, die sich zwei Mal im Jahr trafen, um über Methoden und Arbeitsverfahren zu diskutieren.

In den 1970er Jahren erhielt Rutschke für seine Einrichtung eine hauptamtliche Mitarbeiterstelle aus dem Personalkontingent der Pädagogischen Hochschule, die von Dr. Heinz Litzbarski besetzt wurde. Diese Stelle wurde erforderlich, weil sich zeigte, dass eine Zusammenstellung von Bestandserfassungen mit der Frage nach den Ursachen für Bestandsveränderungen und einer besseren Betreuung und Schulung der ehrenamtlich täti-



Abb. 5: Prof. Dr. Erich Rutschke auf der XIII. Zentralen Tagung des ZFA Ornithologie und Vogelschutz in Karl-Marx-Stadt, 1975. Quelle: StUG 302-6. Aufnahme: R. Stiefel.

13. Sep. 1967 K. = Elg./ZK

**ANTWORTKARTE**

Ich nehme an der Beratung/Tagung des/über  
ZFA Ornithologie

am 25. u. 26. 9. 67 in Berlin teil/nicht-teil.

Ich treffe am \_\_\_\_\_ gegen \_\_\_\_\_ Uhr ein und benötige Über-  
nachtung für \_\_\_\_\_ Nächte vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

*Jürgen Stübs*  
Unterschrift

(Bitte in Druckschrift auszufüllen – Nichtzutreffendes bitte streichen)

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Alter: \_\_\_\_\_

Bezirk: \_\_\_\_\_ Kreis: \_\_\_\_\_

Abb.6: Antwortkarte von Jürgen Stübs mit Bestätigung der Teilnahme an der Beratung des ZFA Ornithologie im September 1967 in Berlin. Quelle: StUG 302-22.

gen Wasservogelzähler kombiniert werden musste. Litzbarski war allerdings von der PH Potsdam lediglich „abgestellt“ worden. Er verließ die ZfW 1979, weil er Leiter der Naturschutzstation Buckow wurde. Am 1.9.1979 wurde Dr. Rainer Warthold regulärer wissenschaftlicher Mitarbeiter der ZfW. Ab 1985 kam mit Dr. Johannes Naacke über eine Planstelle des ILN ein weiterer wissenschaftlicher Mitarbeiter hinzu.

Von 1966 bis 1976 erfolgten jährlich sechs Zählungen, jeweils eine in den Monaten Oktober bis März (Rutschke 1981: 13-18). An den Zählungen waren 1970 DDR-weit etwa 600 Ornithologen und Naturschutzhelfer beteiligt. In jedem Bezirk amtierte ein ehrenamtlicher Bezirksbeauftragter für die Wasservogelforschung, der die Koordinierung der Zählungen und die Anleitung der ehrenamtlichen Helfer unterstützte. Diese Bezirksbeauftragten wurden vom Rat des Bezirks in Absprache mit oder auf Vorschlag der „Zentrale“ und in Abstimmung mit dem ZFA Ornithologie und Vogelschutz berufen.

1969 wurde ein langfristig angelegtes Programm zur Erfassung und Beschreibung der Feuchtgebiete der DDR einschließlich von Entwicklungs- und Gestaltungsvorschlägen nach ornithologischen und ökologischen Kriterien begonnen. Im Ergebnis entstand ein Register über ca. 800 Feuchtgebiete, die nach ihrer regionalen, nationalen und internationalen Bedeutung gewichtet wurden und das die Grundlage für den Beitritt der DDR zur „Ramsar-Konvention“ 1978 bildete (Die spannende Geschichte des Beitritts der DDR zu dieser Konvention beschreibt Nowak 2008.). Diese bot den ehrenamtlichen und freiwilligen Naturschützern eine offizielle Handhabe für ihre Bemühungen um den Schutz von Feuchtgebieten, „eine Hilfe bei den Auseinandersetzungen mit Landwirtschaft, Meliorationsbetrieben, Parteiinstanzen und mit Behörden“ (Rutschke 1998b: 431).

Mit Hilfe der Ramsar-Konvention gelang es, für einen Teil der „Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung“ (FIB) hauptamtlich tätige Betreuer einzusetzen, die für den Gebietsschutz verantwortlich waren. Drei der FIB der DDR wurden in der „Wende“ zu Nationalparks, darunter das Untere Odertal in Brandenburg.

1971 begann ein Programm zur Untersuchung verschiedener Probleme der Populationsökologie von Wildgänsen, so ihres Rast- und Zugverhaltens sowie ihres Einflusses auf landwirtschaftliche Kulturen. Dieses Programm wurde von Dr. Heinz Litzbarski (ZfW) geleitet und durch die FG Ornithologie Rathenow maßgeblich unterstützt, etwa durch Mitwirkung an Bau und Einsatz einer Fanganlage zur Markierung von Gänsen.

Im drei- bis vierjährigen Turnus veranstaltete die „Zentrale“ DDR-weite Tagungen, z. T. mit internationaler Beteiligung. 1967 fand die erste in Waren (Müritz) statt, es folgten weitere in Leipzig (1969), Potsdam (1972), Dessau (1976), Schwerin (1979), Dresden (1983) und Pruchten (bei Barth, 1987). In Pruchten fand 1990 auch die Tagung „Baltic Birds VI“ (6th Conference on the Study and Conservation of Migratory Birds of the Baltic Basin) statt, die unter der Leitung Prof. Dr. Rutschkes von der Zentrale für Wasservogelforschung vorbereitet wurde.

Die Arbeitsergebnisse der ZfW und ihrer Helfer flossen in Entscheidungen über die Einrichtung von NSG oder über Schongebiete für Wasservogel nach Jagdrecht ein. Maßgebend für die Einrichtung solcher Schongebiete, in denen die Jagd auf Wasservogel ruhte, war die Direktive Nr. 6 des Staatlichen Komitees für Forstwirtschaft (Mitteilungen und Berichte der ZfW 1969, H. 2).

Im Sommer 1990 wurde in einer Sitzung der ZAG über die Zukunft der Wasservogelforschung in den ostdeutschen Ländern entschieden. Die ehrenamtliche Arbeit wurde unter dem Dach des NABU als „Bundesarbeitsgruppe Wasservogel- und Feuchtgebietsschutz“ fortgesetzt, die „Zentrale“ ging in die „Forschungsstelle für Ökologie der Wasservögel und Feuchtgebiete“ der Universität Potsdam, der Nachfolgeeinrichtung der Pädagogischen Hochschule, über. Die Forschungsstelle konnte 1991 noch die Bände 18 (1986) und 20 (1988) der „Mitteilungen und Berichte“ der ZfW veröffentlichen.

Nach 1991 erschien dann die Zeitschrift „Bucephala“, die unter erheblichem Aufwand kostenlos an die ehrenamtlichen Mitarbeiter abgegeben wurde. Als Herausgeber fungierte die BAG Wasservogel- und Feuchtgebietsschutz des NABU. Alles in allem kam es zu keinem Bruch in der inhaltlichen Arbeit. Die von der Zentrale für Wasservogelforschung der DDR einst begonnenen und betreuten Bestandserfassungen hörten auch nach der „Wende“ und später nach dem Tod Rutschkes nicht auf, was ein Verdienst der ehemaligen Bezirks- und Landeskoordinatoren war.

Am 1.7.2000 gründete sich in Potsdam ein Förderverein „Wasservogelökologie und Feuchtgebietsschutz“, der sich in der Nachfolge der 1966 von Prof. Dr. Rutschke gegründeten Forschungsstelle für Ökologie der Wasservögel und Feuchtgebiete verstand. Sitz des Fördervereins, der im Juni 2001 beim zuständigen Amtsgericht eingetragen wurde, war Buckow, zu Vorsitzenden wurden Dr. Johannes Naacke und Dr. Lothar Kalbe gewählt. Naacke war viele Jahre lang Mitarbeiter von Rutschke und setzte nach dessen Tod 1999 die Arbeit unter schwierigen Bedingungen fort (Kalbe 2001: 187 und 2004: 165-166).

Ziele des Fördervereins waren die Koordination der Wasservogelzählungen, die Erfassung und Bewertung sowie der Schutz von Feuchtgebieten, besonders in den ostdeutschen Bundesländern, aber auch die Durchführung von bundesweiten und internationalen Wasservogelzählungen.

Der Verein löste sich in einer Mitgliederversammlung am 31.8.2007 auf, da die Grundlagen für die Satzungsziele nicht mehr gegeben waren. Zunehmend hatten die zuständigen Verwaltungen in den einzelnen ostdeutschen Bundesländern die Organisation der Zählungen selbst in die Hand genommen. Auch wurde es als nicht sinnvoll erachtet, eine gesonderte ostdeutsche Struktur neben der bundesweiten Wasservogelkoordination beim

Dachverband Deutscher Avifaunisten (DDA) auf Dauer aufrecht zu erhalten (Mädlow 2008).

Nach Auflösung des Vereins wurde die Koordination der Wasservogelzählungen in Brandenburg von der Staatlichen Vogelschutzwarte übernommen.

### **Interessengemeinschaft Avifaunistik (IG Avifaunistik)**

88 Avifaunisten aus den drei brandenburgischen Bezirken gründeten 1963 unter dem Dach des ZFA eine „Interessengemeinschaft Avifaunistik in den brandenburgischen Bezirken und Berlin“. Vorsitzender der IG Avifaunistik wurde Prof. Dr. E. Rutschke. Hauptziel der IG sollte die Schaffung einer Gebiets-Avifauna sein (Rutschke 1983: 21).

Die IG dehnte ihren Tätigkeitsbereich rasch auf andere Bezirke aus. Die folgende Tabelle listet für das Jahr 1966 die Leiter der Arbeitskreise auf, die sich unter dem Dach der IG gebildet hatten.<sup>6</sup>

Die Mitglieder der IG Avifaunistik betreuten als Artbearbeiter bestimmte Vogelarten. Die IG führte regelmäßig Arbeitstagungen für ihre Artbearbeiter und seit 1966 Frühjahrestagungen durch, auf denen die Ergebnisse avifaunistischer Untersuchungen zu Bestand, Verbreitung, Brutbiologie, Siedlungsdichte, Zug oder Rast von Vogelarten und zu ihren Lebensräumen vorgestellt sowie Schutzmaßnahmen diskutiert wurden. Rundbriefe und später die „Mitteilungen“ der IG Avifaunistik dienten als Informationsplattform.

Die Zentrale Kommission Natur und Heimat im Kulturbund führte vom 8. bis 12.4.1969 in Bad Saarow ein Seminar für die Leiter der regionalen Arbeitskreise und Interessengemeinschaften für Avifaunistik durch, in dessen Folge ein „Leitungskollektiv“ für die avifaunistische Arbeit in der DDR im Rahmen des ZFA gebildet wurde. Vorsitzender wurde Dr. B. Stephan (Berlin).

Im Ergebnis der Tagung wurde die Erfassung von Vogelarten durch eine allgemeine Einführung eines Karteikarten-Systems in methodischer Hinsicht vereinheitlicht und es wurden fünf zu behandelnde Aspekte vorgegeben:

1. „Angaben zur Brutbiologie (Neststandort, Gelegegröße, Anzahl der Jungen, Zeitpunkt der Eiablage, Bebrütungsdauer, Nestlingszeit, Anzahl der Bruten);
2. Auftreten, Zug, Rast, Übersommerung und Überwinterung von im Gebiet nicht brütenden Arten;
3. Zugbeobachtungen, Ankunft (Erstbeobachtung, Massenankunft), Spätbeobachtung, Überwinterung im Gebiet brütender Arten;
4. Alle Daten aus der Beringung;
5. Totfunde und Rupfungen von unter 2. genannten Arten sowie Rupfungen von Jungvögeln mit Blutkielen als Brutnachweis“<sup>7</sup>.

Ein herausragendes Arbeitsergebnis der IG war die Erarbeitung und Herausgabe von drei Bänden einer „Avifauna der Deutschen Demokratischen Republik“ unter den Titeln „Die Vogelwelt Mecklenburgs“ (Klafs & Stübs (Hg.) 1977), „Die Vogelwelt Branden-

<sup>6</sup> StUG 302-17, ZFA Ornithologie und Vogelschutz, Akte IG Avifaunistik.

<sup>7</sup> StUG 302-17, ZFA Ornithologie und Vogelschutz, Akte IG Avifaunistik.

burgs“ (Rutschke (Hg.) 1983) und „Die Vogelwelt Thüringens“ (v. Knorre; Grün; Günther & Schmidt (Hg.) 1986). An diesen Bänden arbeiteten etwa 300 Ornithologen unentgeltlich mit.

<b>Leiter der avifaunistischen Arbeitsgemeinschaften 1966</b>	
Mecklenburg	Dipl.-Biol. J. Stübs/Berlin
Brandenburg	Prof. Dr. E. Rutschke/Potsdam
Sachsen-Anhalt	
AK Nordharz-Vorland	K. Handtke, J. Haensel. H. König/Museum Heineanum Halberstadt
AK Mittelbe-Börde	Dr. D. Mißbach/Magdeburg
AK Elb-Havel-Winkel	E. Fricke/Bergzow-Parey
AK Altmark	K. Maaß/Seehausen
AK Mittelbe/Halle	A. Hinsche/Dessau
AK Saale-Elster-Unstrut	K. Liedel/Halle
AK Süßer See	W. Berg/Halle
Sachsen	
Bezirk Dresden	Dr. G. Creutz/Neschwitz
Bez. Leipzig	K. Tuchscherer/Leipzig
Bez. Karl-Marx-Stadt	R. Gränitz/Augustusburg
Thüringen	J. Heyer/Weimar
<b>Leitungsgremium der IG Avifaunistik 1969</b>	
Vorsitzender	Dr. B. Stephan/Berlin (verantwortlich für Avifaunistik im ZFA, im Arbeitskreis für Ornithologie und Vogelschutz beim Staatlichen Komitee für Forstwirtschaft und in der Sektion Spezielle Zoologie der Biologischen Gesellschaft der DDR)
Schriftleiter „Mitteilungen der IG Avifauna DDR“	H. König/Halberstadt
Mecklenburg	Dipl.-Biol. J. Stübs/Berlin
Brandenburg	Prof. Dr. E. Rutschke/Potsdam
Sachsen-Anhalt	
Bezirk Magdeburg	Dr. M. Dornbusch/Steckby
Bezirk Halle	R. Gnielka/Halle
Sachsen	
Bezirk Dresden	H. Hasse/Mücka
Bezirk Karl-Marx-Stadt	D. Saemann/Augustusburg
Bez. Leipzig	K. Größler/Leipzig
Thüringen	J. Heyer/Weimar

Auch in Sachsen wurde ab 1978 an einer Avifauna gearbeitet und versucht, hierfür Artbearbeiter zu finden, was sich als schwierig erwies. Schon 1980 lag ein Vertrag mit dem Gustav-Fischer-Verlag Jena vor, der vorsah, dass die Avifauna 1986 erscheinen sollte.



Abb. 7: Prof. Dr. Axel Siefke (2. v. links) auf der XIII. Zentralen Tagung des ZFA Ornithologie und Vogelschutz in Karl-Marx-Stadt, 1975. Mitte: der Vorsitzende des BFA Ornithologie und Vogelschutz Gera, rechts: Hans-Peter Grätz, KNB Eisenhüttenstadt-Land – wahrscheinlich bei einem Auszeichnungsakt für aktive Beringer-Tätigkeit. Quelle: StUG 302-6. Aufnahme: R. Stiefel.

Dieser Termin konnte aus diversen Gründen nicht gehalten werden. Gleichwohl lief die Arbeit an dem Werk weiter und konnte 1997 zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden, wobei das dann erschienene Werk „Die Vogelwelt Sachsens“ (Steffens, Saemann & Größler (Hg.) 1998) im Wesentlichen den Arbeitsstand von 1989 widerspiegelt und insofern als 4. Band der o.g. Reihe betrachtet werden kann.

Aus der Arbeit der Avifaunisten im Bezirk Leipzig ging unter der Herausgeberschaft von K. Größler und K. Tuchscherer die Reihe „Avifaunistische Mitteilungen aus dem Bezirk Leipzig“ hervor, die ab 1970 unter dem Namen „Actitis“ erschien und nun gemeinsam von den Bezirksfachausschüssen Ornithologie und Vogelschutz der Bezirke Leipzig und Karl-Marx-Stadt herausgegeben wurde. Nach Gründung der „Gesellschaft für Natur und Umwelt“ 1980 trat auch der BFA des Bezirks Dresden in die Herausgeberschaft ein.

### **Kommission für Küstenvogelschutz**

Die sogenannte Kommission für Küstenvogelschutz der DDR wurde 1962 unter dem Vorsitz des Greifswalder Universitäts-Professors Dr. Hans Schildmacher gegründet und später von Prof. Dr. Axel Siefke/Vogelwarte Hiddensee geleitet. Ihr gehörten auch die

Ehrenamtlichen Dr. Sonnfried Streicher, Prof. Dr. Ulrich Brenning, Dr. Hans-Werner Nehls und Hellmuth Dost an.

Die Mitglieder der Kommission arbeiteten im Auftrage des Rates des Bezirkes Rostock. Ihre Verdienste bestanden vor allem darin, dass sie die ehrenamtliche Betreuung der Küstenvogelbrutgebiete organisierten und Berichte über die Entwicklung der Brutvogelbestände in den betreuten Gebieten zusammenstellten (Jeschke & Klafs 2001: 6). Jede Brutsaison wurde für die Betreuung sorgfältig vorbereitet und am Ende ausgewertet. So konnte der Küstenvogelbestand bis zum Anfang der 1990er Jahre in den Schutzgebieten stabil gehalten werden.

### Arbeitskreis Weißstorch

Auf Initiative von Kurt und Erna Kretschmann gründete sich 1978 im Kulturbund des Bezirks Frankfurt (Oder) der Arbeitskreis Weißstorch, der ebenfalls unter dem Dach des ZFA Ornithologie und Vogelschutz arbeitete. Die Gründung war Folge einer „Lehrschau Weißstorch“ im Storchenturm Rathsdorf/Altgau bei Bad Freienwalde und einer damit verknüpften Tagung von 22 Storchspezialisten aus mehreren Bezirken der DDR.

Diese Tagung fand im September 1978 statt. Offiziell wurde der Arbeitskreis, der bald DDR-weit wirkte, Ende März 1979 gegründet.

Im Vorstand arbeiteten in der Anfangszeit u.a. Kurt Kretschmann als Vorsitzender, der Bezirkssekretär des KB Frankfurt (Oder), Klaus Böhmert, Gerd Potzelt, KNB des Kreises Bad Freienwalde, Peter Raschig, KNB des Kreises Jessen, Siegfried Scheithauer und Hans-Joachim Merker aus Bad Freienwalde als Übersetzer bzw. als künstlerischer Mitarbeiter, der Tierfotograf Gerhard Budich aus Ost-Berlin, darüber hinaus Dr. Christoph Kaatz, seit 1988 Vorsitzender des AK Weißstorch, der Zootierpfleger Wolfgang Nicolai



Abb. 8: Flugblatt des AK Weißstorch. Quelle: StUG 027-23.

(Magdeburg), Erwin Hemke, KNB des Kreises Neustrelitz/Meckl. und Dr. Max Dornbusch von der Biologischen Station Steckby mit.

Dr. Kaatz begründete 1979 den Storchenhof Loburg (jetzt Sachsen-Anhalt), der lange Zeit ehrenamtlich betrieben wurde, von 1988 bis 2005 eine staatliche Einrichtung war und seit 1.1.2006 auf vereinsrechtlicher Grundlage weiter geführt wird (vgl. Kaatz & Kaatz 2001, 2008).

Bezirkliche Arbeitsgruppen des AK Weißstorch bildeten sich in den Bezirken Frankfurt (Oder), Ost-Berlin, Potsdam, Cottbus, Neubrandenburg, Schwerin, Rostock, Dresden, Leipzig, Halle und Magdeburg.

Zu den Arbeitsschwerpunkten gehörten der Aufbau eines flächendeckenden Storch-Betreuernetzes (Bezirks-, Kreis- und Horstbetreuer), die Erfassung der Weißstorchbestände, die Herausgabe eines Mitteilungsblattes (von dem bis zum Ende der DDR 88 Nummern erschienen), die Knüpfung internationaler Kontakte, die Unterstützung bestehender Weißstorchzentren (Rühstädt, Linum und Altgaul), praktische Schutzmaßnahmen wie Bau und Anbringen von Nisthilfen und der Erhalt der Nahrungs- und Brutgebiete sowie die Öffentlichkeitsarbeit, unter anderem durch eine Wanderausstellung.

Der Arbeitskreis hatte bald etwa 80 Mitglieder und steigerte diese Zahl bis Ende der 1980er Jahre auf 180 bis 200. Er entwickelte von Bad Freienwalde aus Beziehungen zu Storchenschützern und Storchenschutzeinrichtungen in 14 europäischen Ländern. Als wissenschaftlichen Leiter der Arbeit am Weißstorch bezeichnete Kretschmann Prof. Dr. Schüz aus Ludwigsburg in der Bundesrepublik (Kretschmann 1996: 13).

Der Arbeitskreis gab in der Zeit von Juli 1979 bis Dezember 1990 80 Nummern seines Mitteilungsblattes heraus.

Nach der Wende arbeitete der AK Weißstorch innerhalb des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) in dessen Bundesfachausschuss Ornithologie als Bundesarbeitsgruppe (BAG) Weißstorchschutz weiter.

### **DDR-Sektion des International Council for Bird Preservation (ICBP) im ZFA Ornithologie und Vogelschutz**

Jahrelang forderte der ZFA, dass die DDR Mitglied im International Council for Bird Preservation (ICBP, Internationaler Rat für Vogelschutz) (heute: Birdlife International) werden sollte. Erst 1987 wurde eine DDR-Sektion im ICBP gegründet, deren Leitung Prof. Rutschke übertragen wurde. Im Juni 1988 trat die DDR schließlich dem ICBP offiziell bei und erhielt am 7. Juli 1988 die Bestätigung des ICBP über den einstimmigen Beschluss der Aufnahme der DDR-Sektion als vollwertiges (stimmberechtigtes) Mitglied.

In der DDR-Sektion des ICBP, die Teil des ZFA Ornithologie und Vogelschutz war, waren im August 1988 folgende Personen vertreten:

- Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Dathe als Vorsitzender des ZFA Ornithologie und Vogelschutz,
- Prof. Dr. Erich Rutschke als Leiter der Zentrale für die Wasservogelforschung,

- Dr. Winfried Zimdahl als Chefredakteur des „Falken“ und stellv. Vorsitzender des ZFA,
- Dr. sc. Axel Siefke als Leiter der Vogelwarte Hiddensee,
- Dr. Max Dornbusch als Leiter des Arbeitskreises zum Schutz der vom Aussterben bedrohten Tierarten (AKSAT) am ILN,
- Prof. Dr. Michael Stubbe, Wissenschaftsbereich Zoologie der Sektion Biowissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Leiter der AG Greifvögel und Eulen im ZFA Ornithologie und Vogelschutz,
- Dr. Wolfgang Grummt, stellv. Direktor des Tierparks Berlin, Artbearbeiter verschiedener Vogelarten,
- Oberforstmeister Horst Hörig, Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft als Zentrale Naturschutzverwaltung der DDR,
- Siegfried Hamsch, Sekretariat der DDR-Sektion des ICBP in der Abteilung Natur und Umwelt des Kulturbundes der DDR.<sup>8</sup>



Abb. 9: Klischee für Briefpapier-Signet der DDR-Sektion des ICBP. Quelle: StUG 302-18.

Mit der „Wende“ in der DDR endete die Arbeit der Sektion rasch. Schon für 1989 konnte die Sektion ihren ICBP-Jahresmitgliedsbeitrag von 170 Pfund nur auf dem Wege „immaterieller Leistungen“ begleichen. Der für 1989 geplante Start einer von der Sektion geplanten Reihe „Mitteilungen der DDR-Sektion des Internationalen Rates für Vogelschutz“ kam nicht mehr zustande. Bleibt noch anzumerken, dass eigentlich für den 14. bis 19.10.1991 und dann nach einer Terminverschiebung im Frühjahr 1992 eine Tagung der Europäischen Sektion des ICBP in der DDR geplant war, für die bereits im „Interhotel Potsdam“ die Betten reserviert waren.<sup>9</sup>

Das Ende der DDR war auch das Ende des ZFA Ornithologie und Vogelschutz, der BFA und der übrigen Fachgruppen. Am 10.2.1990 und 24.3.1990 kam der ZFA zusammen, um die Gründung eines eigenständigen Verbandes für Ornithologie und Vogelschutz zu beraten. Die Gründung kam nicht zu Stande. Auf der Sitzung vom 10.2.1990 trat Dathe zurück, Nachfolger wurde – letztlich nur bis April 1990 – Prof. Dr. Wallschläger (Potsdam). Auf der letzten Tagung im April 1990 waren nicht mehr alle Bezirke vertreten, den Fachgruppen und Ornithologen wurde empfohlen, ihren künftigen Weg selbständig zu bestimmen.<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Vgl. StUG 302-18, ZFA Ornithologie und Vogelschutz, Schreiben Bundessekretär der Abteilung Natur und Umwelt im Kulturbund an den Direktor des ICBP, 3.8.1988.

<sup>9</sup> Vgl. StUG 302-18, ZFA Ornithologie und Vogelschutz.

<sup>10</sup> Vgl. StUG 302-24, ZFA Ornithologie und Vogelschutz, Korrespondenz 1973–1990.



Abb. 10, von links nach rechts: Siegfried Hamsch, für den ZFA zuständiger Sektorenleiter im Kulturbund, Dr. Gerhard Klafs (ILN Greifswald und Mitglied ZFA Ornithologie und Vogelschutz), Dr. Manfred Fiedler (Bundessekretär des Kulturbundes), Dr. Axel Siefke (Leiter Vogelwarte Hiddensee), Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Dathe (Direktor Tierpark Berlin, Vorsitzender ZFA Ornithologie und Vogelschutz) auf der XIII. Zentralen Tagung des ZFA Ornithologie und Vogelschutz in Karl-Marx-Stadt, 1975. Quelle: StUG 302-6. Aufnahme: R. Stiefel.

### **Weitere Bestände im Studienarchiv Umweltgeschichte mit Gegenüberlieferungen und Ergänzungen zum ZFA Ornithologie und Vogelschutz (Auswahl)**

Zum ZFA Ornithologie und Vogelschutz finden sich auch in anderen Beständen des Studienarchivs Umweltgeschichte Unterlagen. Dabei handelt es sich zum Teil um Gegenüberlieferungen – entweder um die gleichen Unterlagen als Original, Kopie oder Entwurf, etwa Leitungsprotokolle oder Korrespondenz, die sowohl im Bestand des ZFA als auch in einem anderen Bestand vorhanden sind, oder um Ergänzungen.

#### *Bestand Zentrale Lehrstätte für Naturschutz Müritzhof (StUG 068 –Harry Ehrchen)*

Zu nennen ist etwa der Bestand 068 – Harry Ehrchen. Bei diesem Bestand handelt es sich um die Archivalien der zentralen Lehrstätte für Naturschutz „Müritzhof“. Sie kamen nach 1990, als die Lehrstätte nun nur noch auf Landesebene tätig und nach Malchin umgezogen war und das zurückließ, was sie als nicht mehr notwendig erachtete, in das Eigentum des neuen Hausnutzers Harry Ehrchen. Harry Ehrchen sicherte die Aufbewahrung der Unterlagen und gab sie dann in das Studienarchiv Umweltgeschichte.

Aus der Zeit der Leitungstätigkeit von Wilhelm Linke blieben so auch Unterlagen zum ZFA Ornithologie und Vogelschutz erhalten, da Linke Teilnehmer an etlichen Sitzungen des ZFA war. Sie geben zum Teil interessante Einblicke in den Stand ehrenamtlicher und



Abb. 11: Wilhelm Linke, Leiter der Lehrstätte für Naturschutz Müritzhof, beim Unterrichtsunterricht.  
Quelle: StUG S 04-004.

freiwilliger ornithologischer Arbeit in den 1960er Jahren. Im Protokoll über die Beratung des ZFA mit den Vorsitzenden der Bezirksfachausschüsse am 23. und 24. Januar 1965 findet sich auch ein Sachstandsbericht zum Stand in den drei Nordbezirken in dieser Zeit. Horst Ruthenberg berichtete aus dem Bezirk Neubrandenburg, dass damals im BFA fünf „Bundesfreunde“ arbeiteten und acht Fachgruppen mit etwa 70 Mitgliedern bestanden. Der BFA rührte Wochenendschulungen und Beringerlehrgänge durch. Als hinderlich beschrieb Ruthenberg, „daß die Mitarbeit im Deutschen Kulturbund noch nicht die Anerkennung findet wie in anderen Organisationen. Außerdem läßt die Unterstützung vonseiten der Kreissekretäre des Deutschen Kulturbundes sehr zu wünschen übrig. Allein mit Schriftverkehr kann keine gute Zusammenarbeit gewährleistet werden.“<sup>11</sup> Werner Kaiser berichtete aus dem Bezirk Schwerin, dass der dortige BFA acht Mitglieder umfasste und die Zahl der Fachgruppen im Jahr 1964 auf sechs mit 99 Mitgliedern verdoppelt werden konnte. Und Winfried Zimdahl, der spätere Chefredakteur des „Falken“, beschrieb die Situation im Bezirk Rostock, wo der BFA sieben Mitglieder hatte und sieben Fachgruppen mit 104 Mitgliedern bestanden.

*Bestand Biologische Station Serrahn (Bestand StUG 246 – Hubert Weber)*

Hubert Weber war Begründer und langjähriger Leiter der Biologischen Station Serrahn (Mecklenburg). Diese bearbeitete vorwiegend Fragen der angewandten Ornithologie

<sup>11</sup> StUG 302-23 Band 1, Protokoll über die Beratung des ZFA mit den Vorsitzenden der Bezirksfachausschüsse am 23. und 24. Januar 1965, Seite 7.

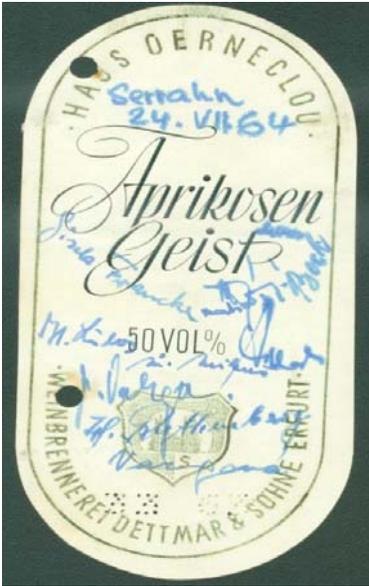


Abb. 12: Hinterlassenschaft eines Lehrgangs in der Biologischen Station Serrahn, 1964. Quelle: StUG 246.

(biologische Schädlingsbekämpfung in der Forstwirtschaft, Schutz der Großvögel, Beringung ausgewählter Vogelarten) und führte darüber hinaus Untersuchungen zu Vorkommen und Brutbiologie heimischer Vogelarten durch. Sie existierte seit 1953 als Zweigstelle der Vogelwachturm Seebach, wurde 1961 offiziell als „Biologische Station“ benannt und 1964 dem ILN unterstellt. Seit den 1960er Jahren wurden unter dem Dach der Biologischen Station auch hydrologische Untersuchungen durchgeführt und Grundsätze zur Pflege naturnaher Waldbiogeozönosen bearbeitet.

Hubert Weber leitete die Station nicht nur fast dreißig Jahre, sondern war ebenso lange auch Bezirksnaturschutzbeauftragter im Bezirk Neubrandenburg.

Serrahn erbrachte auch „sehr eigenwillige“ Forschungsleistungen, etwa zur Haussperlingspopulation in Serrahn, zu einer Fichtenkreuzschnabelinvasion oder zur Verbreitung von Kiebitz und Uferschnepfe.

Der Bestand 246 spiegelt sowohl die Geschichte der Biologischen Station Serrahn in der Ära Hubert Weber als auch die ehrenamtliche Naturschutzarbeit im Bezirk Neubrandenburg zwischen 1953 und 1982 wider: Hubert Weber baute das System der Kreisnaturschutzbeauftragten im Bezirk Neubrandenburg wieder auf und organisierte die ornithologische Arbeit im Kulturbund des Bezirks Neubrandenburg. Er führte in Serrahn Ornithologen aus Mecklenburg-Vorpommern zusammen, initiierte dort gemeinsame Tagungen mit Hamburger und schleswig-holsteinischen Ornithologen (zuletzt 1966) und Aufenthalte von Ornithologen aus dem Ausland, war 1962/1963 Mitbegründer der „Arbeitsgruppe Avifauna Mecklenburgs“ und langjährig Bearbeiter für eine Reihe von Vogelarten.

Bekannt sind auch seine Aktivitäten im Rahmen der „Aktion Baltik“, einer wissenschaftlichen Beringungsaktion von Ostsee-Anliegerstaaten mit dem Ziel, Grundlagen zur Klärung von Umweltbelastungen zu schaffen.

Entsprechend ist der Weber-Archivbestand geordnet worden. Er unterteilt sich in 1. Naturschutz Bezirk Neubrandenburg, 2. Ornithologie, 3. StFB Neustrelitz und 4. Allgemeines. Der Teilbestand Ornithologie ist dabei noch unterteilt in:

- „Allgemeines“ mit Akten zur Korrespondenz Hubert Webers, einer Ornithologenkartei (um 1970), Manuskripte und Belegexemplare der Veröffentlichungen Webers, Akten zum Ornithologischen Rundbrief Mecklenburgs, zur „Serrahn-Broschüre“ 1969 u.a.;
- „Aktion Baltik“ mit Akten zu den Themen Allgemeines, Beringungen und Wiederfunde, Fangmeldungen, Korrespondenz und „Sektion ČSSR“;

- „Beobachtungen“ mit umfangreichen Beobachtungslisten aus dem Zeitraum 1955-1967, ebenso umfangreichen ornithologischen Beobachtungsblättern, Ergebnissen von „Planbeobachtungen“ des Vogelzugs, einer ein Dutzend Akten zählenden „Serrahn-Kartei“ mit Vogelbeobachtungsdaten (1956-1968) sowie den in Serrahn erstellten Beringungslisten der Jahre 1950 (!) bis 1975.
- „Beringung“: Darunter fallen Akten zu Beringungen ausgewählter Vogelarten, Fangdiagramme, Unterlagen über Beringerkurse und Mitarbeiter der Vogelberingung sowie zu Ringrückmeldungen und Verlustprotokollen. Zu diesem Teilbestand gehören ferner Vogelfanggeräte und Vogelringe, die Tätigkeitsnachweise für die Vogelwarte Hiddensee als Beringungsobmann für den Bezirk Neubrandenburg und Wiederfundmeldungen aus den Jahren 1950-1968.

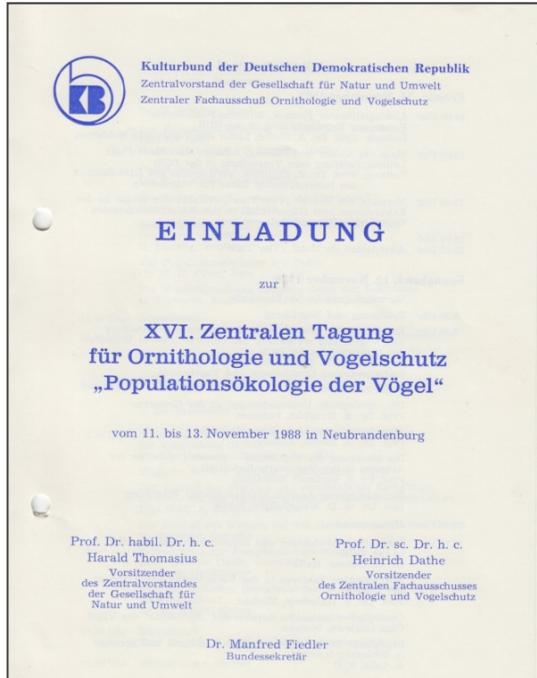


Abb. 13: Einladung zur XVI. und damit letzten zentralen Tagung des ZFA Ornithologie und Vogelschutz in Neubrandenburg, 1988. Quelle: StUG 302-8.

- „Forschung“: Mit Jahresberichten über „Nistkastenbesetzungen“ (1955-1979) und Forschungsberichten zu den Themen Siedlungs- und Brutvogeldichte-Untersuchungen in Buchenwäldern, Sperlingspopulation, Fichtenkreuzschnabelinvasion und Tannenhäherinvasion. Der Teilbestand enthält ferner Unterlagen zur Zusammenarbeit mit der Vogelschutzwarte Seebach.
- „Wissenschaftliche Zusammenarbeit“ mit Akten zu den „Austauschexkursionen“ in die und aus der ČSSR, zu den Arbeitsgemeinschaften „Wasservögel und Limikolen“, „Avifauna Mecklenburgs“, „AKSAT“ und „Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse“ (Urania).

Der Bestand 246 ergänzt durch seine umfangreichen ornithologischen Archivalien, die die genannten Tätigkeitsfelder widerspiegeln, in gewisser Weise den Bestand 302 des ZFA Ornithologie und Vogelschutz, weil sich mit diesen Quellen die ornithologische Arbeit nicht nur im Bezirk Neubrandenburg, sondern teilweise auch darüber hinaus die in Mecklenburg-Vorpommern und auf zentraler Ebene sowie teilweise auf internationaler Ebene von 1980 bis in die erste Hälfte der 1950er Jahre zurückverfolgen lässt.

Eine Notiz am Rande: In dem Bestand StUG 246 – Hubert Weber finden sich zahlreiche Briefe eines Jürgen Dien aus Hamburg, der seit den 1950er Jahren Mitglied der Arbeitsgruppe Vogelzug in der Faunistischen Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck war. Manchmal gibt es Zufälle, denn besagter Jürgen Dien übergab dem Studienarchiv Umweltgeschichte im Jahr 2015 ein Konvolut von Briefwechseln u. a. mit Werner Kaiser und Hubert Weber (StUG 507 – Jürgen Dien), das im Einzelnen noch unerschlossen ist.

Einige Briefwechsel zwischen Hubert Weber und Jürgen Dien finden sich auch in der erhalten gebliebenen Korrespondenz im Bestand StUG 246 der Biologischen Station Serrahn.

### *Bestand Horst Ruthenberg (StUG 336)*

Weitere umfangreiche Bestände zu Ornithologie und Vogelschutz finden sich in den Unterlagen anderer einst langjährig tätiger Kreis- oder Bezirksnaturschutzbeauftragter, beispielsweise im Nachlass von Horst Ruthenberg.

Er unterteilt sich in die folgenden Teilbestände: Bezirksnaturschutzverwaltung, Kulturbund der DDR – Ornithologie, Fördergemeinschaft NSG Nonnenhof, Vereine, Verbände, Veröffentlichungen) und Sammlungen.

Unterlagen zur Ornithologie und zum Vogelschutz finden sich dabei in allen Teilbeständen des Ruthenberg-Nachlasses, im Teilbestand „Bezirksnaturschutzverwaltung“ etwa Akten über Planbeobachtungen des Vogelzugs am Tollensesee, im NSG Nonnenhof und in Serrahn. Höchst interessant sind dort auch die vorhandenen Unterlagen über „Seeadlersterben“ als Folge von Biocideinsätzen und die Akte „Biocide und ihre Auswirkungen“.

Der Teilbestand „Kulturbund der DDR – Ornithologie“ enthält u.a. Akten zur Gründung der Fachgruppe Ornithologie Neubrandenburg, zur Tätigkeit Horst Ruthenbergs als BFA-Vorsitzender und in der Arbeitsgruppe Avifauna und auch eine Akte zum ZFA Ornithologie und Vogelschutz, in der sich u. a. Briefwechsel zwischen Ruthenberg und Prof. Dathe finden.

Das Studienarchiv Umweltgeschichte verwahrt über die genannten Bestände hinaus mindestens 40 weitere mit Archivalien, die Zeugnis ablegen von der ehrenamtlichen und freiwilligen ornithologischen Arbeit auf lokaler oder Kreisebene. Diese Bestände wurden im Laufe der Jahre von ehemaligen Fachgruppenleitern oder Naturschutzbeauftragten übergeben – für die naturschutzgeschichtliche Forschung ein wahrer Schatz.

## **Quellen**

Bundesarchiv, DY 26.

Studienarchiv Umweltgeschichte – StUG 302, Bestand ZFA Ornithologie und Vogelschutz, verschiedene Akteneinheiten, StUG 027, Bestand Kurt Kretschmann, StUG 246, Bestand Hubert Weber, StUG S 04-004, Sammlungen.

Behrens, H.; Eichstädt, W. und Klafs, G.: 2007: Naturschutzbeauftragte in Mecklenburg und (Vor-) Pommern – Freiwillige und ehrenamtliche Naturschutzarbeit über ein Jahrhundert. In: Institut für

- Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. (Hg.), Behrens, H. (Bearb.): Lexikon der Naturschutzbeauftragten. Band 1: Mecklenburg-Vorpommern. Steffen-Verlag Friedland: 1–134.
- Jeschke, L. & Klafs, G. 2001: 50 Jahre ehrenamtliche Naturschutzarbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Vortrag anlässlich des 5. Naturschutztages M-V am 17.3.2001 in Güstrow. Naturschutzarbeit in Mecklenburg-Vorpommern **44**: 1-10.
- Kaatz, C. & Kaatz, M. (Hg.) 2001: 2. Jubiläumsband Weißstorch. 20 Jahre Storchenhof Loburg und 20 Jahre Bundesarbeitsgruppe Weißstorchschutz. Schönebeck.
- Kaatz, C. & Kaatz, M. (Hg.) 2008: 3. Jubiläumsband Weißstorch. 25 Jahre Storchenhof Loburg und 25 Jahre Bundesarbeitsgruppe Weißstorchschutz. Schönebeck.
- Kalbe, L. 1999: Prof. Dr. Erich Rutschke 26.5.1926-12.2.1999. Naturschutz und Landschaftspflege in Brandenburg **8** (2): 77-78.
- Kalbe, L. 2001: Förderverein „Wasserökologie und Feuchtgebietschutz“ gegründet. Naturschutz und Landschaftspflege in Brandenburg **10** (4): 187.
- Kalbe, L. 2004: Dr. rer. nat. Johannes Naacke 65 Jahre. Naturschutz und Landschaftspflege in Brandenburg **13** (4): 165-166.
- Kalbe, L. & Naacke, J. 2012: Alles gezählt? Erfassung und Schutz der Wasservögel in Ostdeutschland. Rangsdorf.
- Klafs, G. & Stübs, J. (Hg.) 1977: Die Vogelwelt Mecklenburgs. Jena.
- Kretschmann, K. 1996: 15 Jahre Arbeitskreis Weißstorch – Ein Rückblick zum Weißstorchschutz im östlichen Deutschland. In: Kaatz, C. & Kaatz, M. (Hg.): Jubiläumsband Weißstorch. 15 Jahre Storchenhof Loburg und 15 Jahre Arbeitskreis Weißstorch. Schönebeck: 11-15.
- Mädlow, W. 2008: Wasservogelzählung – Rundschreiben 2008/2009. ABBO, August 2008.
- Möhring, G. 1975: Dr. Karl Mansfeld zum Gedächtnis. Beitr. Vogelkunde **21** (3/4): 291–293.
- Nowak, E. 2008: Wie aus dem geplanten Leningrad-Übereinkommen die Ramsar-Konvention wurde ... In: Studienarchiv Umweltgeschichte Nr. 13: 3-7.
- Panzer, W. & Requate, H. 1954 a: Die Entenvogel-Zählung in Deutschland 1948 bis April 1953. Biologische Abhandlungen **10**: 3-40.
- Rutschke, E. 1969: Die zentralen Vorhaben auf dem Gebiet der Wasservogelforschung. Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg **5** (1-3): 21-24.
- Rutschke, E. 1971: Zu den Aufgaben der Zentrale für die Wasservogelforschung der DDR. Mitteilungen und Berichte **3** (2/3): 5-11.
- Rutschke, E. 1981: Aus der Arbeit der „Zentrale für die Wasservogelforschung der DDR“. Mitteilungen und Berichte **13** (1): 13-18.
- Rutschke, E. (Hg.) 1983: Die Vogelwelt Brandenburgs. Jena.
- Rutschke, E. 1998 a: Ornithologie in der DDR – ein Rückblick. In: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. (Hg.): Naturschutz in den neuen Bundesländern – ein Rückblick. Marburg: 109-133.
- Rutschke, E. 1998 b: Aufgaben und Arbeitsweise der „Zentrale für Wasservogelforschung der DDR“ an der Pädagogischen Hochschule Potsdam. In: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. (Hg.): Naturschutz in den neuen Bundesländern – ein Rückblick. Marburg: 425-433.
- Steffens, R.; Saemann, D. & Größler, K. (Hg.) 1998: Die Vogelwelt Sachsens. Jena.
- v. Knorre, D.; Grün, G.; Günther, R. & Schmidt, K. (Hg.) 1986: Die Vogelwelt Thüringens. Jena.

**Kurzbiografien ausgewählter Personen, die in dem Beitrag erwähnt werden**

- Creutz**, Gerhard, Dr., geb. 16.3.1911 Copitz, gest. 18.9.1993 Strub bei Berchtesgaden, Volksschule in Copitz, dann Realgymnasium in Pirna. Nach Abschluss der Schule dann bis 1933 Lehrerausbildung am Pädagogischen Institut der TH Dresden. Tätigkeiten als Probe-, Hilfs- und Vertretungslehrer in Pillnitz sowie als Zoologe und Heimatkundler an der dortigen Staatlichen Versuchs- und Forschungsanstalt für Gartenbau. Kriegsdienst. 1946 bis 1952 Lehrer und Schulleiter in Pillnitz. 1954 Promotion an der TH Dresden. Aufbau und von 1953 bis 1971 Leitung der Vogelschutzstation Neschwitz. Mitglied des ZFA Ornithologie und Vogelschutz.
- Dathe**, Heinrich Prof. Dr. Dr. h. c., geb. 7.11.1910 Reichenbach (Vogtl.), gest. 6.1.1991 Berlin, aufgewachsen und Schule in Reichenbach, Abitur 1930. Studium der Zoologie, Botanik, Mineralogie und Geographie an der Universität Leipzig. Bereits 1932 Eintritt in die NSDAP. Ab 1934 Assistent im Leipziger Zoo. 1936 Promotion. Ab 1939 bis 1947 Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft. Nach Rückkehr zunächst Markthelfer und Vogelstimmenimitator beim Rundfunk. Ab 1950 Assistent im Leipziger Zoo, ab August 1954 Mitwirkung beim Aufbau und dann bis 1990 Direktor des Tierparks Berlin. 1957 Ernennung zum Professor. Vorsitzender des ZFA Ornithologie und Vogelschutz.
- Dornbusch**, Max, geb. 1.5.1932, Studium der Forstwissenschaften an der Forstwirtschaftlichen Fakultät Eberswalde der Humboldt-Universität zu Berlin von 1953 bis 1957. Promotion an der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin (DAL) 1969 über Vogelschutzeinfluss auf Forstinsekten, Oberförster im Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb Templin und der Oberförsterei Alt Placht von 1958 bis 1962. Wissenschaftlicher Leiter der Vogelschutzstation Steckby an der Biologischen Zentralanstalt Berlin der DAL von 1962 bis 1969, Leiter der Biologischen Station Steckby am Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle (ILN) von 1970 bis 1990, Leiter der Staatlichen Vogelschutzstation Steckby/Sachsen-Anhalt von 1991 bis 1997. Ruhestand seit 1997. Mitwirkung an internationalen Naturschutzprogrammen und in Arbeitsgruppen des Internationalen Rates für Vogelschutz (ICBP). Seit 1961 freier Mitarbeiter, seit 1965 berufenes Mitglied und von 1976 bis 1991 Leiter des Arbeitskreises zum Schutz vom Aussterben bedrohter Tiere (AKSAT) der DAL und am ILN. Von 1965 bis 1997 aktive Mitwirkung an der Entwicklung der wissenschaftlichen Vogelberingung im Rahmen des wissenschaftlich-technischen Beirates der Vogelwarte Hiddensee.
- Gentz**, Kurt, geb. 20.9.1901 Dresden, gest. 13.7.1980. Volks- u. Oberschule. 1916 bis 1923 Ausbildung zum Schlosser, als solcher anschließend tätig. Von 1924 bis 1928 Studium der Volkswirtschaft an der TH Dresden, Dipl.-Volkswirt. 1928 bis 1933 Redakteur bzw. stellv. Chefred. der *Volkszeitung* (Bremen); anschl. arbeitslos. 1935 bis 1941 Versicherungsvertreter der Hanseatischen Sterbekasse und der Allianz-Versicherung. 1941 bis 1945 Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft. 1945/46 Chefredakteur der SPD-Zeitung *Volksstimme* (Dresden). 1946 bis 1949 Chefredakteur der *Sächsischen Zeitung* (Dresden). Juni 1949 bis 1951 Chefredakteur der *Lausitzer Rundschau* (Cottbus) und 1951 bis 1953 der Zeitschrift *Deutschlands Stimme*. 1951 bis 1954 Fernstudium zum Dipl.-Gesellschaftswissenschaftler. 1953 bis 1961 Leiter der Abteilung Natur- und Heimatfreunde im Bundessekretariat des Kulturbundes KB; 1962 bis 1967 Chefredakteur beim Urania-Verlag, ab 1953 bis 1967 zugleich Chefredakteur der Zeitschrift *Der Falke*.
- Grimm**, Hans, Prof. Dr. Dr., geb. 7.2.1910 Zwickau, gest. 1.4.1995 Berlin. Besuch der Schule in Zwickau bis zur Obersekundarreife, danach Schlosserlehre und von 1927 bis 1929 Ausbildung als Chemotechniker an der Ingenieurschule Zwickau. Ab 1933 Biologiestudium an der Universität Halle und ab 1936 an der Universität Kiel. Ab Sommersemester 1937 zusätzlich Medizinstudium in Kiel, danach in Breslau. 1938 Promotion an der Philosophischen Fakultät der Universität Kiel. 1938 bis 1940 außerplanmäßiger Assistent in Breslau. Ab 1940 Leiter der Forschungsstelle „Schlesier in aller Welt“. Zeitweise Militärdienst. Zwischenzeitlich 1943 medizinische Dissertation. 1944 als Arzt zur Sondergruppe des Oberkommando des Heeres für Seuchenbekämpfung

versetzt. Im Herbst 1945 aus der Internierung in Prag entlassen. Danach Assistenzarzt an der Universitätskinderklinik in Halle, dann bis 1951 Leiter der jugendärztlichen Abteilung am Halenser Gesundheitsamt. Habilitation 1950 für das Fachgebiet „Soziale Medizin“, danach leitender Jugendarzt und Direktor der Abteilung Sozialhygiene am Zentralinstitut für Sozial- und Gewerbehigiene in Berlin, 1951 Ernennung zum Professor mit Lehrauftrag für Anthropologie, 1959 Berufung zum Professor mit Lehrstuhl für Sozialhygiene und Ernennung zum Direktor des anthropologischen Instituts der Humboldt-Universität zu Berlin. Mitgestalter der Sportmedizin in der DDR. Ehrenamtlich engagierter Ornithologe). Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des ZFA Ornithologie und Vogelschutz.

**Grün, Gerhard, Dr.,** geb. 15.6.1938 Berlin. Abitur an der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät in Berlin. 1954 bis 1959 Studium der Biologie an der Universität Greifswald. Ab 1959 wissenschaftlicher Aspirant an der Vogelschutzwärte Seebach/Thüringen. 1964 Promotion an der Universität Greifswald. Anschließend Grundwehrdienst. Ab Frühjahr 1966 wieder an der Vogelschutzwärte Seebach als wissenschaftlicher Assistent, später wissenschaftlicher Mitarbeiter. Ab 1974 bis zum Ausscheiden aus gesundheitlichen Gründen 1984 Leiter der Vogelschutzwärte. Invalidisierung. Mitglied des ZFA Ornithologie und Vogelschutz.

**Hamsch, Siegfried,** geb. 23.4.1934 in Schernewitz, Kreis Guben, gest. 16.8.2016 Berlin. Lehre als Bäcker. Ab 1954 bis 1956 Leiter des Gubener Heimatmuseums. Ab 1956 hauptamtliche Tätigkeit im Kulturbund, zunächst des Kreises Guben. Ab 1971 hauptamtlich beim zentralen Kulturbund in Berlin angestellt, dort Sektorenleiter in der Abteilung Natur und Heimat bzw. ab 1980 Natur und Umwelt. Ab 1992 Ruhestand. Seit Anfang der 1950er Jahre ehrenamtlich im Naturschutz aktiv; besondere Interessen für die Ornithologie und Botanik.

**Herberg, Martin,** geb. 29.11.1883 Gräfenhainichen, gest. 8.4.1966 Zerbst. Ab 1914 Mitglied des Ornithologischen Vereins in Leipzig. Ab 1922 Mitgründer und Mitglied des Vereins Sächsischer Ornithologen. Ab 1932 selbständiger Lebensmittelkaufmann. Ab 1943 vertretungsweise und ab 1947 hauptamtlich Leiter der Vogelschutzwärte Steckby.

**Heyder, Richard, Dr. h. c.,** geb. 17.12.1884 Rochlitz, gest. 19.7.1984 Oederan. 1891 bis 1899 Besuch der Schule in Rochlitz. Anschließend Lehre als Schlosser und Schmied und berufliche Tätigkeiten als Schlosser. Ab 1907 in Markersdorf bei Burgstädt im Chemnitztal, ab 1911 in Oederan. Dort von seinem Schwiegervater Übernahme einer Gemischtwarenhandlung, die er bis 1953 leitete. 1916 und 1917 Kriegsdienst. 1922 Mitgründer des Vereins sächsischer Ornithologen, 1926 bis 1932 erster Vorsitzender, später zweiter Vorsitzender. Vorsitzender des BFA Ornithologie und Vogelschutz des Bezirks Karl-Marx-Stadt von 1952 bis 1958.

**Hörig, Horst,** geb. 14.2.1936, Oberforstmeister, Mitarbeiter der Zentralen Naturschutzverwaltung im Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR.

**Klafs, Gerhard, Dr.,** geb. 15.12.1933 Johannsburg/Ostpreußen (heute: Pisz/Polen), Studium der Geographie und Biologie an der Martin Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) von 1952 bis 1956, Abschluss mit der Befähigung zum höheren Lehramt, bis 1958 Zusatzstudium im Fach Biologie. Mitarbeiter der Fachstelle für Heimatmuseen in Halle. Promotion an der MLU 1960 über ein geomorphologisches Thema der südlichen Altmark. Ab 1960 Tätigkeit am Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz in Halle, seit 1964 an dessen Außenstelle in Greifswald. Von 1970 bis 1990 Außenstellenleiter der Arbeitsgruppe Greifswald, ab 1980 Forschungsgebietsleiter Populationsökologie. Mitarbeiter des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie, Abt. Naturschutz, in Neuenkirchen bei Greifswald von 1991 bis 1995. Ruhestand seit 1995. Unter anderem Mitglied des ZFA Ornithologie und Vogelschutz.

**Kretschmann, Erna,** geb. 12.11.1912 Bollinken bei Stettin (heute: Baldynko, Szczecin/Polen), gest. 6.1.2001 Bad Freienwalde, Kindergärtnerin und Horterzieherin, 1951/52 Kreisnaturschutzbeauftragte Bad Freienwalde. Ab 1952 Bezirksnaturschutzbeauftragte Frankfurt/Oder. Ab 1954/55 Mitaufbau der Lehrstätte Müritzshof, 1960 bis 1964 Bezirkssekretärin der Natur- und

Heimatreunde Frankfurt/Oder. Seit 1960 Mitarbeit am Haus der Naturpflege Bad Freienwalde, 1995 zusammen mit Kurt Kretschmann Europäischer Umweltpreis für langjähriges Naturschutzengagement.

**Kretschmann, Kurt**, geb. 2.3.1914 Berlin, gest. 20.1.2007 Bad Freienwalde. Berufsausbildung als Schneider, 1949–1951 Naturschutzbeauftragter Kreis Oberbarnim, 1951/52 Landesbeauftragter für Naturschutz Brandenburg, 1953/54 Referent für Naturschutz an der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, 1954–1960 Aufbau der Lehrstätte Müritzhof, „Erfinder“ des DDR-Naturschutzsymbols „Naturschutz-Eule“, seit 1960 Haus der Naturpflege Bad Freienwalde und Kreisnaturschutzbeauftragter, 1978–1988 Leiter des Arbeitskreises Weißstorch, seit 1990 Ehrenpräsident des Naturschutzbundes Deutschland, 1995 zusammen mit Erna Kretschmann Europäischer Naturschutzpreis für langjähriges Naturschutzengagement.

**Linke, Wilhelm**, Leiter der zentralen Lehrstätte für Naturschutz Müritzhof von 1960 bis 1975. Vor dieser Tätigkeit drei Jahre als Biologiedozent an der Arbeiter- und Bauern-Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin (HUB), dann sechs Jahre als Oberassistent im Institut für Allgemeine Biologie der HUB und zuletzt ein halbes Jahr als Biologe beim Präsidium der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse (URANIA) tätig.

**Makatsch, Wolfgang, Dr.**, geb. 16.2.1906 Zittau; gest. 23.2.1983 Bautzen. Nach dem Studium in München und Leipzig Lehrer. Mitarbeiter an den Vogelwarten Helgoland und Rossitten (heute: Rybatschi/ Russland). Nach 1933 Mitglied der NSDAP, nach Nowak (2005: 237) aus opportunistischen Erwägungen. Nach 1945 wegen der NSDAP-Mitgliedschaft Entlassung aus dem Schuldienst. Bis 1951 angestellt in der neu gegründeten Vogelschutzwarte Bautzen. Seitdem als Privatwissenschaftler tätig. Ornithologe und Autor zahlreicher Vogelbestimmungsbücher.

**Schiemenz, Hans, Dr.**, geb. 24.2.1920 Dresden, gest. 27.12.1990 Dresden. Studium der Biologie an der Universität Dresden mit Abschluss Diplom 1950. Bereits von 1948 bis 1953 wiss. Assistent am Institut für Biologie der TH Dresden und von 1953 bis 1959 am Zoologischen Museum der Humboldt-Universität Berlin. 1957 Promotion. Von 1959 bis 1985 (Ruhestand) Leiter der Zweigstelle bzw. Arbeitsgruppe Dresden des ILN. 1967 Habilitation an der Martin-Luther-Universität Halle. Von 1959 bis 1976 Leiter des AKSAT, dann ab 1976 Leiter der Fachgruppe Feldherpetologie in der ZAG Terrarienkunde des Kulturbundes, ab 1978 Leitung des in Nachfolge der Fachgruppe neu gegründeten ZFA Feldherpetologie. Leiter des AK Greifvogelschutz und Falknerei des ILN 1957 bis 1962, Mitglied des ZFA Entomologie von 1957 bis 1982.

**Rutschke, Erich, Prof. Dr.**, geb. 26.5.1926 Neu-Golm bei Bad Saarow, gest. 12.2.1999 Potsdam. Kriegsdienst. Ab 1946 Lehrer. Fernstudium Biologie und Chemie in Mühlhausen und Potsdam. Ab 1954 wissenschaftlicher Mitarbeiter und von 1966 bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand 1991 Professor für Tierphysiologie an der PH Potsdam. Ehrenamtliche Tätigkeit als Leiter der Zentralen Forschungsstelle für Wasservogel an der PH Potsdam seit 1969. Mitglied des ZFA Ornithologie und Vogelschutz sowie des Zentralvorstandes in der Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR. Seit 1991 ehrenamtlicher Leiter der Forschungsstelle für Ökologie der Wasservogel und Feuchtgebiete am Institut für Ökologie und Naturschutz der Universität Potsdam, Leiter der Bundesarbeitsgruppe Wasservogel und Feuchtgebiete des Naturschutzbundes Deutschland und Mitglied des wiss. Beirates der Deutschen Ornithologen-Gesellschaft.

**Ruthenberg, Horst**, geb. 9.7.1936 Neubrandenburg, gest. 11.4.2011 Neubrandenburg. Bezirksnaturschutzbeauftragter Bezirk Neubrandenburg 1984–1990, 1954 Elektromonteur; ab 1957 Technische Ämterpflege für Fernmeldeanlagen, 1963–1984 Sekretär bzw. (Ober-)Referent für Naturschutz in der Bezirksnaturschutzverwaltung beim Rat des Bezirks Neubrandenburg; 1964 Forstfacharbeiter; 1966 Ernennung zum Forstmeister, 1969 zum Oberforstmeister; 1980 Forst-Ingenieur; 1984–1990 Leiter Naturschutz im Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb Neustrelitz; 1990 Bereichsleiter Naturschutz im Zentrum für Landschaftspflege und Naturschutz des Bezirks Neubrandenburg; 1991 Angestellter im Bereich Naturschutz beim Landesamt für Umwelt und

Natur, Außenstelle Neubrandenburg; 1991-1992 Angestellter im StAUN Neubrandenburg; 1992–1994 Stammkraft für Landschaftspflege bei der IPSE Neustrelitz GmbH; 1994–1996 arbeitslos; ab 8/1996 Rentner. Mitglied des ZFA Ornithologie und Vogelschutz 1973–1990.

**Siefke**, Axel, Prof. Dr., geb. 5.12.1935. Nach Abschluss der Schulausbildung von 1955 bis 1959 Studium der Biologie an der Universität Greifswald. Berufliche Tätigkeit am Institut für Forstwissenschaften Eberswalde. 1965 Promotion. 1972 bis 1992 Leiter der Vogelwarte Hiddensee. Ab 1992 Mitarbeiter in einem privaten Forschungsinstitut. Mitglied des ZFA Ornithologie und Vogelschutz; Leiter der Kommission Küstenvogelschutz der DDR.

**Stephan**, Burkhard, Prof. Dr., geb. 1932, Sebnitz/Sachsen. Nach Abschluss der Schule kaufmännische Lehre, dann Studium der Biologie. Ab 1959 Mitarbeiter (seit 1968 Kustos) in der Ornithologischen Abteilung des Zoologischen Museums der Humboldt-Universität zu Berlin (heute: Institut für Systematische Zoologie des Museums für Naturkunde). Mitglied des ZFA Ornithologie und Vogelschutz.

**Weber**, Hubert, geb. 30.1.1917 Holba bei Hannsdorf (Hanušovice) in Nordmähren/Österreich-Ungarn (heute: CSR), gest. 20.5.1997 Calbe/Saale. Gymnasium in Tropphau (Opava). Praktische Forstausbildung in den Forsten von Jauernig (Javornik) mit dem Besuch der Forstschule in Eger (Cheb). 1940 Forstkurse in Templin, danach bis 1945 Forstdienst als Hilfsförster bzw. Revierförster im Sudetenland. Nach dem Zweiten Weltkrieg in der Tschechoslowakei. 1946 freiwillige Ausreise nach Bayern, Revierförster in Ammerfeld, 1949 Umsiedlung nach Mecklenburg, ab 1. Juli 1949 Forstdienst im Revier Serrahn als Revierförster. Ab 1953 bis 1982 neben seiner Tätigkeit als Revierförster hauptamtlich Leiter der „Vogelschutzstation Serrahn“ (ab 1961 „Biologische Station“ als Einrichtung des ILN). Naturkunde). Mitglied des ZFA Ornithologie und Vogelschutz.

**Zimdahl**, Winfried, geb. 28.1.1933 Stettin/Pommern (heute Szczecin/Polen), gest. 1.1.1994 Berlin. In Folge des Krieges Übersiedlung nach Pasewalk. Dort 1952 Abitur am Schiller-Gymnasium Abitur. Begründer der „Pasewalker Heimathefte“, Redaktionsmitglied „Neue Mecklenburgische Monatshefte“. 1952 bis 1956 Studium der Germanistik, Vergleichenden Sprachwissenschaft, Alte Philosophie, Biologie an der Universität Greifswald und am Nordischen Institut. 1956 bis 1960 Erster Sekretär des Kulturbundes in Neubrandenburg, Mitbegründung des botanisch-dendrologischen Rundbriefs des Bezirks. Ab 1960 bis 1967 an der Universität Greifswald tätig, dort Promotion zum Dr. phil. (1967). 1962 bis 1967 Vorsitzender des BFA Ornithologie und Vogelschutz Rostock. Ab 1967 Chefredakteur der beiden Zeitschriften „Aquarien/Terrarien“ und „Der Falke“. Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des ZFA für Ornithologie und Vogelschutz.

### **Die biografischen Daten stammen aus folgenden Quellen:**

Anonymus 1960: Leitungswechsel in Müritzhof. Mitteilungen. Hrsg.: Zentrale Naturschutzverwaltung in Zusammenarbeit mit dem ILN und der Zentralen Kommission der Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund, **5** (4/5): 14.

Auster, R. & Behrens, H. (Red.); Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. (Hg.) 1998: Naturschutz in den neuen Bundesländern – ein Rückblick. Forum Wissenschaft Studien **45**. Marburg.

Behrens, H. & Ziese, B. (Mitarb.) 2007: Lexikon der Naturschutzbeauftragten. Band 1: Mecklenburg-Vorpommern. Hg.: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V., Friedland.

Gebhardt, L. 2006: Die Ornithologen Mitteleuropas. Zusammenfassung der Bände 1-4. Freiburg.

Grünzel, H. 2005: Schildmacher, Hans Egon Wilhelm, Prof. Dr. phil.; <http://www.uni-magdeburg.de/mbf/Biografien/1152.htm> (4.8.2017).

- Köppen, U. 2000: Prof. Dr. Axel Siefke 65 Jahre. Naturschutzarbeit in Mecklenburg-Vorpommern **43** (2): 76–77.
- Mey, E. 1999: Dr. Gerhard Grün 60 Jahre alt. Anz. Ver. Thüringer Ornithol. **3**: 264–268.
- Neumann et al. 2010: Lebensbilder sächsischer Ornithologen. Mitt. Verein sächs. Ornithol. **10**, Sonderheft 3. Hohenstein-Ernstthal.
- Nowak, E. 2005: Wissenschaftler in turbulenten Zeiten. Erinnerungen an Ornithologen, Naturschützer und andere Naturkundler. Schwerin.
- Reichhoff, L. & Wegener, U. (Red.); Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. (Hg.) 2016: ILN – Forschungsgeschichte des ersten deutschen Naturschutzzinstituts. Berlin [2. Auflage].
- Zimdahl, A. C. 1994: Dr. Winfried Zimdahl zum Gedenken. BNU-IUGR-Mitteilungen **7**: 18–19.  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich\\_Dathe](https://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_Dathe) (4.8.2017).  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Hans\\_Grimm\\_\(Mediziner\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Grimm_(Mediziner)) (8.8.2017).

### **Ornithologische Zeitschriften, Schriftenreihen und Mitteilungsblätter in der DDR**

- Ornithologische Berichte*: Biologie, Faunistik, Morphologie u. Systematik der Vögel (ab 1948)
- Beiträge zur Vogelkunde* (ab 1949, jährlich ein Band zu sechs Heften)
- Ornithologischer Rundbrief Mecklenburgs*, Hrsg.: Bezirksfachausschuß Ornithologie und Vogelschutz Rostock (ab 1949)
- Der Falke* (ab 1954, Zweimonatsschrift)
- Thüringer ornithologischer Rundbrief* bzw. *Thüringer ornithologische Mitteilungen*, Hrsg.: Kulturbund der DDR, Bezirksfachausschüsse für Ornithologie und Vogelschutz (ab 1955)
- Jahresbericht der Vogelwarte Hiddensee* (ab 1964) Nachfolger: *Berichte aus der Vogelwarte Hiddensee* (ab 1981), Hrsg.: E.-M.-Arndt-Universität Greifswald, Vogelwarte Hiddensee
- Naturkundliche Jahresberichte des Museums Heineanum* (ab 1966). Nachfolger: *Ornithologische Jahresberichte des Museums Heimeanum* (ab 1976).
- actitis* – Avifaunistische Mitteilungen aus den Bezirken Leipzig, Karl-Marx-Stadt und Dresden (ab 1966)
- Berichte zur Avifauna des Bezirkes Gera*, Hrsg.: Kulturbund der DDR, BFA Ornithologie Gera (ab 1972)
- Niederlausitzer ornithologische Mitteilungen* (ab 1988)
- Beiträge zur Avifauna des Bezirkes Suhl*, Informations- und Arbeitsmaterial, Hrsg.: Rat des Bezirkes Suhl, Abt. Forstwirtschaft, Naturschutz, Kulturbund der DDR, BL Suhl, BFA Ornithologie (ab 1971)
- Mitteilungen der AG Avifauna des Bezirkes Erfurt*, Hrsg.: Kulturbund der DDR, BFA Ornithologie und Vogelschutz Erfurt (ab 1971)
- Beobachtungen und Berichte zur Avifauna der Region Neubrandenburg*, Hrsg.: Fachgruppe Ornithologie Neubrandenburg (ab 1981)
- Blätter aus dem Naumann-Museum*, Mitteilungen zur Naumann-Forschung, Ornithologie-Geschichte, Hrsg.: Naumann-Museum Köthen (ab 1980).
- Ornithologische Berichte aus Haldensleben*, Nachfolger Haldensleber Vogelkunde-Informationen, Hrsg.: KB der DDR, Gesellschaft für Natur und Umwelt Haldensleben (ab 1984)
- Acta ornithoecologica* (ab 1985)

## Stand der Arbeiten am Lexikon der Naturschutzbeauftragten, Band 5: Sachsen

Die Arbeit am letzten Band der Reihe „Lexikon der Naturschutzbeauftragten“, der die Naturschutzgeschichte Sachsens und die ehrenamtliche Tätigkeit der Beauftragten behandelt, schreitet langsam voran.

2016 wurde zwei Mal eine Umfrage an etwa 135 Adressen von derzeit und ehemals tätigen Naturschutzbeauftragten oder Angehörigen bereits verstorbener Beauftragter verschickt. Mittlerweile unterstützen 65 der Befragten das Vorhaben (Stand: 15.8.2017).

Im April 2017 wurde das Vorhaben auf einer Beratung der Naturschutzbeauftragten im Direktionsbezirk Dresden vorgestellt.

Darüber hinaus wurden hauptsächlich per E-Mail Kreis- und Ortsarchive sowie Standesämter in Sachsen angeschrieben, die zu zahlreichen früheren Beauftragten Informationen beisteuerten und vereinzelt Kontakte zu Angehörigen bereits verstorbener Beauftragter vermittelten. Ab Herbst 2017 werden die einzelnen Abteilungen des Sächsischen Staatsarchivs und einzelne weitere Archive in Sachsen aufgesucht.

Aus der Literatur und auch aus Internetrecherchen konnten Informationen zu zahlreichen weiteren ehemaligen Beauftragten gewonnen werden, da bereits viele der Beauftragten anlässlich runder Geburtstage oder aber in Nachrufen gewürdigt wurden.

Zwischenstand: Bisher liegen die Biografien zu den Vertrauensleuten des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz (bis 1945) und zu den insgesamt wenigen nach Reichsnaturschutzgesetz von 1935 berufenen Beauftragten sowie zu den ersten Beauftragten nach dem Zweiten Weltkrieg, die in der Zeit zwischen 1945 und der Gebiets- und Verwaltungsreform 1952 amtierten, nahezu vollständig vor.

Etwa die Hälfte der Beauftragten, die zwischen 1952 und 1989/90 tätig waren, können ebenfalls schon mit Kurzbiografien gewürdigt werden, aber: je weiter es in die Gegenwart geht, desto dünner fließen bislang die Informationen. Die wenigsten Kurzbiografien liegen für die aktuell tätigen Kreisnaturschutzbeauftragten vor.



Festschrift der Naturwissenschaftlichen Gesellschaft ISIS zu Meißen, 1895.

## Naturschutzgeschichte als Beitrag zum Projekt: „Die Niederlausitz und die südliche Lubuskie. Eine Kulturland- schaft im Zentrum Europas“ (Teil 2)

Axel Zutz

Im Jahr 2016 erschien bei der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung das Handbuch zur Geschichte der Kulturlandschaft der Niederlausitz und südlichen Lubuskie, herausgegeben von Prof. Dr. habil. Leszek Belzyt vom Historischen Institut der Uniwersytet Zielonogórski, Prof. Dr. phil. habil. Günter Bayerl vom Lehrstuhl für Technikgeschichte der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg und dem Autor.<sup>1</sup>

Für das deutsch-polnische Gemeinschaftsprojekt wurde vom Autor ein Beitrag über die Geschichte des Natur- und Heimatschutzes in der Niederlausitz und der südlichen Lubuskie (Polen nur bis 1945) erarbeitet, dessen **erster Teil** (bis Anfang der 1950er Jahre) bereits ausschnittsweise in *Studienarchiv Umweltgeschichte* **18 (2013)** wiedergegeben worden ist.<sup>2</sup> Der Aufsatz basiert fast ausschließlich auf der Auswertung von veröffentlichten Primär- und Sekundärquellen, die im Studienarchiv Umweltgeschichte des Instituts für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung an der Hochschule Neubrandenburg eingesehen wurden, wofür von den verantwortlichen MitarbeiterInnen große Unterstützung gewährt wurde. Eine wichtige Referenz bildete die 2010 von Hermann Behrens vorgelegte Geschichte des Brandenburgischen Naturschutzes bzw. das Lexikon der Naturschutzbeauftragten in Berlin und Brandenburg.<sup>3</sup>

Der nun hier abgedruckte zweite Teil befasst sich in zwei Abschnitten mit der Zeit der DDR (1.) und den Jahren nach der Wiedervereinigung (2.). Der in der vollständigen Fassung im Handbuch enthaltene Exkurs zum Naturschutz in Polen wird hier ausgespart.

Der Text ist meines Wissens der erste Versuch einer Überblicksdarstellung zum Naturschutz in der Niederlausitz nach 1945. Da es bei solcherart Recherchen kaum möglich ist, ein absolut vollständiges Bild der Geschichte zu zeichnen, zwangsläufig also Lücken bestehen, bitte ich um Nachsicht und bin für Hinweise und Ergänzungen dankbar (Nachrichten bitte an [axel.zutz@65.b.shuttle.de](mailto:axel.zutz@65.b.shuttle.de)).

### 1. Natur- und Heimatschutz in der Niederlausitz während der Zeit der DDR

Infolge der Gebietsreform in der DDR ist 1952 mit dem Land Brandenburg als politische und Verwaltungseinheit auch die Landesstelle für Naturschutz aufgelöst worden. Deren Aufgaben wurden nun auf die neu gebildeten Bezirke Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) übertragen.

---

<sup>1</sup> Das Buch ist inzwischen leider vergriffen.

<sup>2</sup> S. 12–29.

<sup>3</sup> Behrens, Hermann: Lexikon der Naturschutzbeauftragten Bd. 3 Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte in Berlin und Brandenburg. (Hrsg.: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. an der Hochschule Neubrandenburg) – Friedland 2010.

1954 wurde das in zwei Jahren erarbeitete „Gesetz zur Erhaltung und Pflege der heimatlichen Natur“ durch den Kulturbund in die Volkskammer der DDR eingebracht und am 4.8.1954 verabschiedet.<sup>4</sup> Dessen Stoßrichtung war dabei keineswegs unumstritten, es gab darüber unterschiedliche Auffassungen, die sich den Personen des Botanikers Prof. Dr. Hermann Meusel (1909-1997) und des Direktors des Instituts für Garten- und Landeskultur an der Humboldt-Universität, dem Landschaftsgestalter Prof. Georg Bela Pniower (1896-1960), zuordnen lassen. Während Meusel eher einem konservierendem Naturschutzverständnis anhing, vertrat Pniower, nicht zuletzt wegen der politischen Implikationen des Naturschutzes bis 1945, die „fortschrittlichere“ Position einer anzustrebenden Einheit von Naturschutz und Landeskultur.<sup>5</sup> Die Richtung Meusels setzte sich durch, obgleich es wichtige Neuerungen wie die Kategorie des „Landschaftsschutzgebietes“ gab und die Naturschutzbeauftragten weitreichende Kompetenzen zugesprochen bekamen. Von ideologischer Bedeutung war das Ringen um die Definition einer „sozialistischen Heimat DDR“.<sup>6</sup>

Zentrale Institution des DDR-Naturschutzes war das 1953 unter der Leitung Meusels mit anfangs vier Mitarbeitern gegründete und bis 1963 von ihm geführte „Institut für Landesforschung und Naturschutz Halle/Saale der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin“ (ILN). Nachfolger von Meusel war der Geograph Prof. Dr. Ludwig Bauer (geb. 1927). Das ILN hatte die Aufgabe, den Naturschutz der DDR

<sup>4</sup> Zum Folgenden vgl. Hermann Behrens, Naturschutz und Landeskultur in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. Ein historischer Überblick. In: Günter Bayerl/Torsten Meyer (Hg.), Die Veränderung der Kulturlandschaft. Nutzungen – Sichtweisen – Planungen, Münster 2003 (= Cottbuser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt 22), S. 213–271.

<sup>5</sup> Vgl. Hermann Meusel, Landeskultur und Naturschutz als nationale Aufgabe. In: *Natur und Heimat* 2 (1953) H. 11, S. 323–326; Georg Pniower, Naturschutz im Spiegel der Landeskultur. In: *Natur und Heimat* 1 (1952) H. 1, S. 18–22, H. 2, S. 4–8, H. 4, S. 18–22.

<sup>6</sup> Vgl. Nikola Knoth, Die Naturschutzgesetzgebung der DDR von 1954. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* Bd. 2/1991, S. 163–167; dies., 1996; Ludwig Bauer, Naturschutz der 1950er und 1960er Jahre in der ehemaligen DDR. In: *Stiftung Naturschutzgeschichte* (Hg.), *Natur im Sinn: Beiträge zur Geschichte des Naturschutzes*, Essen 2001, S. 47–61; Irene Kazal, „Sozialistische Heimat DDR“. Landschaft, Nation und Klasse in der Heimatdebatte der 50er Jahre. In: Kazal/Voigt/Weil/Zutz, 2006, S. 59–79; Behrens, *Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte* 2010, S. 190–202. Zu dieser Phase und zum Folgenden auch Andreas Dix/Rita Gudermand, *Naturschutz in der DDR: Idealisiert, ideologisiert, instrumentalisiert?* In: Frohn/Schmoll 2006, S. 535–624; Biografische Angaben zu Pniower bei Klaus-Dietrich Gandert, Georg Bela Pniower – Sein Leben und Wirken für die Garten- und Landeskultur. In: *Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V.* (Hg.): *Landschaft und Planung in den neuen Bundesländern – Rückblicke*, Berlin 1999, S. 221–235; Gröning/Wolschke-Bulmahn 1997, S. 291–294; Peter Fibich/Joachim Wolschke-Bulmahn, *Vom Sonnenrund zur Beispiellandschaft. Entwicklungslinien der Landschaftsarchitektur in Deutschland, dargestellt am Werk von Georg Pniower (1896 – 1960)*, Hannover 2004 (= *Beiträge zur räumlichen Entwicklung* 73. Schriftenreihe des Fachbereichs Landschaftsarchitektur und Umweltentwicklung der Universität Hannover, Hg. Institut für Grünplanung und Gartenarchitektur); Helmut Giese/Siegfried Sommer, Prof. Dr. Georg Pniower. *Leben und Werk eines bedeutenden Garten- und Landschaftsarchitekten – eine Dokumentation*, Dresden 2005 (= *Schriftenreihe des Instituts für Landschaftsarchitektur* 3); zu Meusel siehe Andreas Dix, *Eintrag zu Hermann Meusel*. In: Frohn/Schmoll 2006, S. 565.

wissenschaftlich zu begleiten und vor Ort zu unterstützen.<sup>7</sup> Das ILN, das Ende 1989 140 Mitarbeiter hatte, wurde nach der Wiedervereinigung Deutschlands abgewickelt.<sup>8</sup>

Für den Bezirk Cottbus war die ebenfalls 1953 eingerichtete Außenstelle Potsdam des ILN zuständig. Eine der ersten Initiativen war eine schon ab 1951 aufgenommene Anfertigung einer pflanzengeographischen Karte, an deren Erstellung sich neben anderen Ernst Behr (1903-1957), Kreisnaturschutzbeauftragter in Forst von 1929 bis vermutlich 1933 und 1946-1957,<sup>9</sup> und Karl Bialucha (1884-1961), Kreisnaturschutzbeauftragter in Lübben 1947-1959,<sup>10</sup> beteiligten. Die Zusammenstellung der Daten verantwortete Krausch.<sup>11</sup>

Die Potsdamer Zweigstelle des ILN wurde ab 1962 von dem Forstwissenschaftler Dr. Karl-Heinz Großer (1925–2015) geleitet.<sup>12</sup> Großer, der 1986 aus politischen Gründen von der Leitung der ILN-Arbeitsgruppe entbunden wurde, war bis 2000, u.a. für die Einrichtung von Naturschutzgebieten auf ehemaligen GUS-Flächen, gutachterlich aktiv.<sup>13</sup> Eine Außenstelle des ILN, die sich ausschließlich der Rekultivierungsproblematik widmete, befand sich in Finsterwalde, bzw. geleitet von Dr. Konrad Werner ein Ableger davon in Dölzig. Zentrales Thema hier waren der Braunkohletagebau und der Naturschutz in der Bergbaufolgelandschaft.<sup>14</sup>

Das ILN Zweigstelle Potsdam redigierte ab 1965 die Zeitschrift „Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg“ und knüpfte damit an den 1942 zuletzt erschienenen „Märkischen Naturschutz“ an. Diese erschien bis 1991 und wurde von der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR sowie den Räten der Bezirke Potsdam, Frankfurt/

<sup>7</sup> Siehe z.B. die Broschüre „Leitfaden für die Naturschutzarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik“, 1980 anlässlich der Landwirtschaftsausstellung der DDR von einem Autorenkollektiv des ILN Halle herausgegeben.

<sup>8</sup> Vgl. Karl Heinz Großer, Zwanzig Jahre ILN. In: Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg 9 (1973) H. 3, S. 66–69; ders., Aufgaben und Tätigkeit des ILN (1953–1990). In: Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg 26 (1990/1991), S. 112–121; Hugo Weinitschke, 30 Jahre ILN. In: Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg 19 (1983) H. 1, S. 1–2; Markus Rösler/Elisabeth Schwab/Markus Lamprecht (Hg.): Naturschutz in der DDR, Bonn 1990, S. 109 ff.; Lutz Reichhoff/Uwe Wegener, ILN Institut für Landesforschung und Naturschutz Halle. Forschungsgeschichte des ersten deutschen Naturschutzinstituts, Friedland 2011.

<sup>9</sup> Biografische Angaben zu Behr bei Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte, 2010, S. 545 ff.

<sup>10</sup> Biografische Angaben zu Bialucha bei Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte, 2010, S. 553 f.

<sup>11</sup> Vgl. Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte, 2010, S. 203 ff.

<sup>12</sup> Großer war ILN-Mitarbeiter ab 1959. Biografische Angaben zu Großer bei Karl-Heinz Mansik, Dr. Karl Heinz Großer zum 70. Geburtstag. In: Naturschutz und Landschaftspflege in Brandenburg (1995) H. 2, S. 2; Reichhoff/Wegener 2011, S. 442; Siehe auch den selbstverfassten Lebensweg in Behrens/Hoffmann 2013, S. 93–102.

<sup>13</sup> Vgl. den Bestand StUG 023 – Großer, Karl Heinz, hier 023–16, 1. Persönliches, Veröffentlichungen Gutachten, Stellungnahmen.

<sup>14</sup> Vgl. Reichhoff/Wegener 2011, darin insbesondere den Beitrag von Gottfried Schnurrbusch, Forschungskomplex Bergbaufolgelandschaft, S. 357–376.

Oder und Cottbus sowie dem Magistrat von Berlin herausgegeben.<sup>15</sup> Auch in diesem laut Behrens „wichtigsten Kommunikationsmittel zwischen dem freiwilligen, ehrenamtlichen und hauptamtlichen Naturschutz“ erschienen gelegentlich Beiträge zur Niederlausitz, u.a. vom Naturschutzbeauftragten des Bezirkes Cottbus Otto Rindt (1906-1993),<sup>16</sup> der zusammen mit Ingrid Polleschner aus der Bezirksnaturschutzverwaltung Cottbus und seinem Nachfolger, dem Cottbuser Bezirksnaturschutzbeauftragtem von 1982 bis 1990, Dr. Eckhardt Erich Neumann (geb. 1933) auch zum Redaktionsbeirat gehörte.<sup>17</sup>

Der ehrenamtliche Naturschutz wurde in der DDR unter dem Dach des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ organisiert, nachdem sich im Dezember 1950 dessen zentrale Leitung konstituiert hatte. Bis Ende 1951 war der Aufbau der Gliederungen auf Kreis-, Landes- und zentraler Ebene abgeschlossen. Priorität auf unterster Ebene hatte weiterhin die Sicherung der Naturschutzobjekte, wobei die Bearbeitung im ILN erfolgte und die zuständigen Kreisnaturschutzbeauftragten einbezogen wurden.<sup>18</sup> Das Publikationsorgan war die Zeitschrift „Natur und Heimat“, die von 1952 bis 1961 erschien. Der Weiterbildung und Festigung naturschützerischer Positionen diente u.a. die Wahrnehmung von Lehrgangsangeboten der „Zentralen Lehrstätte für Naturschutz Müritzhof“, die ab Dezember 1954 existierte und laut Bauer zu einer national wie international bekannten und geachteten Einrichtung wurde.<sup>19</sup> Die Lehrstätte für Naturschutz Müritzhof wurde von dem Naturschutzehেpaar Erna und Kurt Kretschmann geleitet.<sup>20</sup>

Die Bezirksnaturschutzbeauftragten des Bezirkes Cottbus waren:

- der Studienrat Dr. Fritz Pohl 1954–1956,
- ein Beauftragter namens Urban 1956,
- ein Beauftragter namens Lucas 1956–1958,
- der Referent Eckhardt Müller 1959,
- der Oberforstmeister R. Grabs 1959–1960,

<sup>15</sup> Vgl. Anonym, Zwanzig Jahrgänge „Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg“ Inhaltsverzeichnis der Jahrgänge 1–20 (1965–1984). In: Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg 22 (1986), Beiheft 7, S. 1–4.

<sup>16</sup> Vgl. die Mitteilung in: Märkische Heimat 5 (1961) H. 5, 355. Zu den Naturschutzaktivitäten Rindts vgl. Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte (2010), S. 796–799. Weiterhin die Einträge zu Rindt bei Gröning/Wolschke-Bulmann 1997, 314–415; bei Rüdiger Kirsten, Die sozialistische Entwicklung der Landschaftsarchitektur in der DDR: Ideen, Projekte und Personen; unter besonderer Berücksichtigung des Wirkens von Reinhold Lingner, Dissertation Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar 1989, Anlage 11 und Axel Zutz, Otto Rindt. In: Holger Barth/Thomas Topfstedt (Hg.), Vom Baukünstler zum Komplexprojektanten. Architekten in der DDR. Dokumentation eines IRS-Sammlungsbestandes biografischer Daten, Erkner 2000, S. 186 f.; sowie Förderverein Kulturlandschaft Niederlausitz (Hg.), Otto Rindt, Sechs Jahrzehnte Wirken für die Landschaft, Cottbus 1993.

<sup>17</sup> Vgl. Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte, 2010, S. 240 f.

<sup>18</sup> Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte, 2010, S. 215, 233. Hier auch Angaben zur inhaltlichen und Organisationsstruktur (S. 215 ff.). Zur inhaltlichen Ausrichtung der Arbeit der Natur- und Heimatfreunde in den Anfangsjahren der SBZ/DDR vgl. Kazal 2006.

<sup>19</sup> Vgl. Bauer 2001, S. 53.

<sup>20</sup> Vgl. Kurt Kretschmann, Entstehung der Lehrstätte für Naturschutz „Müritzhof“, Neustrelitz 1995 (= Beiträge zur Geschichte des Naturschutzes in Mecklenburg-Vorpommern 2).

- der Diplomgärtner Otto Rindt 1960–1981,
- der Geologe und Forstwirt Dr. Eckhardt Erich Neumann 1982–1990.<sup>21</sup>

Auf Berlin-Brandenburger Gebiet gab es nach 1945 auf einer Fläche von 5.400 ha 47 Naturschutzgebiete.<sup>22</sup> Ihre wissenschaftliche und kulturelle Bedeutung wurde 1966 bis 1989 in der vom ILN Zweigstelle Potsdam veröffentlichten Reihe „Brandenburgische Naturschutzgebiete“ dokumentiert.<sup>23</sup> Weiterhin spielte die Forstwirtschaft eine große Rolle bei der Festsetzung von Schutzgebieten. Eine Übersicht über die Waldschutzgebiete in Brandenburg legte das ILN Zweigstelle Potsdam 1961 vor. Von 45 Gebieten lagen 20 im Bezirk Cottbus.<sup>24</sup> Der Anteil der aus Naturschutzgründen von der Waldnutzung ausgenommenen Flächen wird von Behrens als gering eingeschätzt, im Bezirk Cottbus waren im Jahr 1973 129,3 ha Wald (= 1,9% der Wald-NSG-Flächen) als Totalreservat aus der forstwirtschaftlichen Nutzung herausgenommen, daneben wurden 1.503,42 ha Wald „gezielt gepflegt“.<sup>25</sup> 1989 lagen im Bezirk Cottbus 64 Naturschutzgebiete mit einer Fläche von 7.473,74 ha (= 0,9 % der Bezirksfläche), in den drei Brandenburger Bezirken lagen insgesamt 167 von 789 Naturschutzgebieten der DDR mit einer Gesamtfläche von 21.211,17 ha.<sup>26</sup>

Für die regionale Naturschutzarbeit wichtige Ereignisse waren die sogenannten „Landschaftstage“, die ab 1966 von den Natur- und Heimatfreunden im Kulturbund der DDR und ab 1980 durch die „Gesellschaft für Natur und Umwelt“ (GNU) in Zusammenarbeit mit den Räten der Bezirke und Kreise unter Beteiligung weiterer staatlicher Stellen organisiert wurden. Ziel war die verbindliche Einbeziehung aller lokalen landschaftsnutzenenden Institutionen von den Verwaltungen über die Betriebe bis zu den politischen, gesellschaftlichen und nicht zuletzt naturwissenschaftlichen Organisationen. Die Landschaftstage wurden als „Organisations- und Demokratieform“ angesehen, die den „ökologisch bedingten Wechselbeziehungen und der Komplexität der umwelt- und erholungspolitischen Erfordernisse im Hinblick auf die jeweilige Landschaft als territoriale Ressource“ entsprach.

<sup>21</sup> Vgl. Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte, 2010, hier S. 913 und folgende, hier auch eine Übersicht der Kreisnaturschutzbeauftragten. Auf die Darstellung der weiteren Besetzung der Kreisstellen wird zugunsten der Vorstellung der Aktiven in den verschiedenen Gruppen verzichtet.

<sup>22</sup> Vgl. Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte, 2010, S. 226 nach Karl Heinz Großer, Schutzgebiete im Wandel der Zeit. – Beispiele aus Brandenburg bis 1990. In: IUGR e.V. (Hg.): Naturschutzgebiete im 21. Jahrhundert, Berlin 2002, S. 91–120.

<sup>23</sup> Mit 63 Einzeleinträgen. Vgl. Großer 1990/91, S. 114.

<sup>24</sup> Siehe die Naturschutzmitteilungen in: Märkische Heimat H. 5, S. 354 f.

<sup>25</sup> Vgl. Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte (2010), S. 231 u.a. nach Angaben von Schauer. Zum Wald im Bezirk Cottbus vgl. Karl Heinz Großer, Fichte und Tanne im Waldbild der Lausitz. In: Müller-Stoll 1955, S. 56–64; ders., Kiefern-Eichen-Birkenwälder und ihre forstlich interessierenden Ersatzgesellschaften im Lausitzer Flachland. In: Mitteilungen der floristisch-soziologischen Arbeitsgemeinschaft 8 (1960), S. 369–371; Jürgen Illig, Reliktwälder in der Niederlausitz. In: Natur und Landschaft im Bezirk Cottbus Bd. 5/1983, S. 36–37; Karl Preussner, Der Wald im Bezirk Cottbus. In: Natur und Landschaft im Bezirk Cottbus Bd. 6/1984, S. 34–40.

<sup>26</sup> Vgl. Rösler/Schwab/Lamprecht 1990, S. 135.

Ausdrückliches Ziel war die Verabschiedung von Empfehlungen und die Bildung von Arbeitsgruppen zur Sicherstellung von deren Umsetzung.<sup>27</sup>

Außer einer bereits im Oktober 1955 abgehaltenen „Lausitztagung“ der Natur- und Heimatfreunde gab es zwischen 1975 und 1988 im Bezirk Cottbus sechs Landschaftstage:

- drei am Senftenberger See bzw. im Kreis Senftenberg am 27.9.1975 in Großkoschen („Senftenberger See“), am 9.5.1984 in Senftenberg und am 20.5.1987 („Die landschaftsverändernden Einwirkungen durch den Braunkohlentagebau im Raum Lauchhammer“),
- zwei am Knappensee bzw. im Kreis Hoyerswerda am 9./10.6.1983 in Lohsa („Knappensee – Silbersee“) und am 21./22.10.1988 („Die Gestaltung der Landschaft nach dem Bergbau im Kreis Hoyerswerda“)<sup>28</sup> sowie
- einen in Guben am 11.10.1986 („Fließtäler als NSG und ökonomisches Nutzungsgebiet“).<sup>29</sup>



Abb. 1: Rekultivierung einer Kiesgrube im Kreis Calau: Schülergruppe des Kreisferienlagers für Naturschutz beim Abflachen von Steilhängen. Foto aus: Butzek 1983.

Die Abhaltung von Landschaftstagen korrespondierte mit der Festlegung von Landschaftsschutzgebieten (LSG), zu denen nach § 2 des Naturschutzgesetzes von 1954 Landschaften oder Landschaftsteile „von besonderer nationaler Bedeutung“ erklärt werden konnten. Die nach Landeskulturgesetz der DDR von 1970 dafür aufzustellenden Landschaftspflegepläne galten „als mittelfristige Konzeptionen für Landschaftsschutzgebiete, die Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Landschaftsstruktur, zur Verhinderung und Beseitigung von Landschaftsschäden und zur Gestaltung von Land-

<sup>27</sup> Vgl. den Abschnitt 3.5. Landschaftstage und Erholungskonferenzen in: Ellenor Oehler (Hg. Akademie der Staats- und Rechtswissenschaften der DDR), Erholungswesen. Leitung, Organisation, Rechtsfragen, Berlin 1989, S. 80–82.

<sup>28</sup> Vgl. Rat des Kreises Hoyerswerda und Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Natur und Umwelt (Hg.), Die Gestaltung der Landschaft nach dem Bergbau im Kreis Hoyerswerda. Landschaftstag 21. und 22.10.1988, Hoyerswerda 1989.

<sup>29</sup> Vgl. Regine Auster (Hg. Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung), Landschaftstage. Kooperatives Planungsverfahren in der Landschaftsentwicklung – Erfahrungen in der DDR, Marburg 1996 (= Umweltgeschichte und Umweltzunft IV), S. 87–90, 118; Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte, 2010, S. 319.

schaften zur Erholung enthalten“.<sup>30</sup>

Die nach dem Naturschutzgesetz von 1954 als LSG schützbaeren Landschaftsbestandteile wurden laut Großer mit Hilfe einer Zahl von Landschaftsarchitekten, darunter Rindt aus Cottbus, festgestellt und ihre Unterschutzstellung bis 1968 abgeschlossen.<sup>31</sup> Für den Bezirk Cottbus wurden die Untersuchungen vom Büro für Territorialplanung im Auftrag der Bezirksnaturschutzverwaltung durchgeführt. Leitgedanke war, die am besten für die Erholungsnutzung geeigneten Gebiete auszuwählen. Da man den weitaus größten Teil des Bezirks als landschaftlich „monoton“ einstufte und nur 20 % der Fläche als „abwechslungsreich“ angesehen wurden, kam den ausgewählten Gebieten eine besondere Stellung hinsichtlich des Gesamttraums zu. Innerhalb des Bezirksterritoriums wurden 15 % der Fläche (1.185 km<sup>2</sup>) unter Landschaftsschutz gestellt, es konnten alle 65 vorgeschlagenen Schutzgebiete gesichert werden.<sup>32</sup>

Das ILN hatte die Aufgabe, die Landschaftspflegepläne zu erarbeiten und diese mit den Kreisnaturschutzbeauftragten und Naturschutzreferenten der Kreise und Bezirke zu diskutieren. Abgestimmt werden mussten sie mit allen Nutzungsträgern der betroffenen Gebiete, was dem komplexen Charakter der DDR-Planwirtschaft entspricht. Im Bezirk Cottbus wurden acht solcher Pläne erarbeitet, fünf für die LSG im Kreis Weißwasser (1982), darunter die beiden Bergbaufolgelandschafts-LSG „Grubenseen der Rückersdorfer Heide“ (3 km<sup>2</sup>) und „Wald- und Restseegebiet um Döbern“ (18 km<sup>2</sup>), eines für das LSG „Wiesen- und Teichlandschaft Kolkwitz-Hähnchen“ (1984), eines für das LSG „Elsterniederung und westliche Oberlausitzer Heide zwischen Senftenberg und Ortrand“ (1987) und für den Oberspreewald (1988). Im April 1979 fand eine Schulung der Naturschutzaktiven im Bezirk Cottbus statt, auf der Großer Richtlinien für die Erarbeitung solcher Pläne vorstellte.<sup>33</sup>

Bis 1989 existierten in der ehemaligen DDR 402 Landschaftsschutzgebiete auf 18 % der Landesfläche.<sup>34</sup> Behrens errechnet eine Gesamtfläche von Landschaftsschutzgebieten in den drei brandenburgischen Bezirken von 374.606 ha gegenüber 972.468 ha im Land Brandenburg im Jahr 2009.<sup>35</sup>

Kennzeichnete den Nachkriegsnaturschutz in der DDR noch eine gewisse Unberechenbarkeit und seine traditionell oppositionelle, kulturkritische Haltung, traten nicht zuletzt durch einen ab Ende der 1950er Jahre einsetzenden Generationswechsel in den 1960er

---

<sup>30</sup> Ebd., S. 70.

<sup>31</sup> Vgl. Großer 1990/91, S. 114.

<sup>32</sup> Vgl. Otto Rindt, Die Landschaftsschutzgebiete des Bezirkes Cottbus. In: Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg 4 (1968) H. 3, S. 72–80. Siehe zum Bezirk Cottbus auch ders., Die neuen Existenzgrundlagen für Flora und Fauna in den Bergbaufolgelandschaften der Niederlausitz. Autorenreferat eines Vortrages zum 4. Symposium über die naturwissenschaftliche Forschung in der Oberlausitz in Görlitz am 20. und 21. November 1971. In: Abhandlungen und Berichte des Naturkundemuseums Görlitz Bd. 47, Nr. 2/1972, S. 29–51.

<sup>33</sup> Vgl. Großer 1990/91, S. 93; Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte, 2010, S. 271.

<sup>34</sup> Vgl. Rösler/Schwab/Lamprecht 1990, S. 144; Auster 1996, S. 72, 75.

<sup>35</sup> Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte, 2010, S. 238, 441.

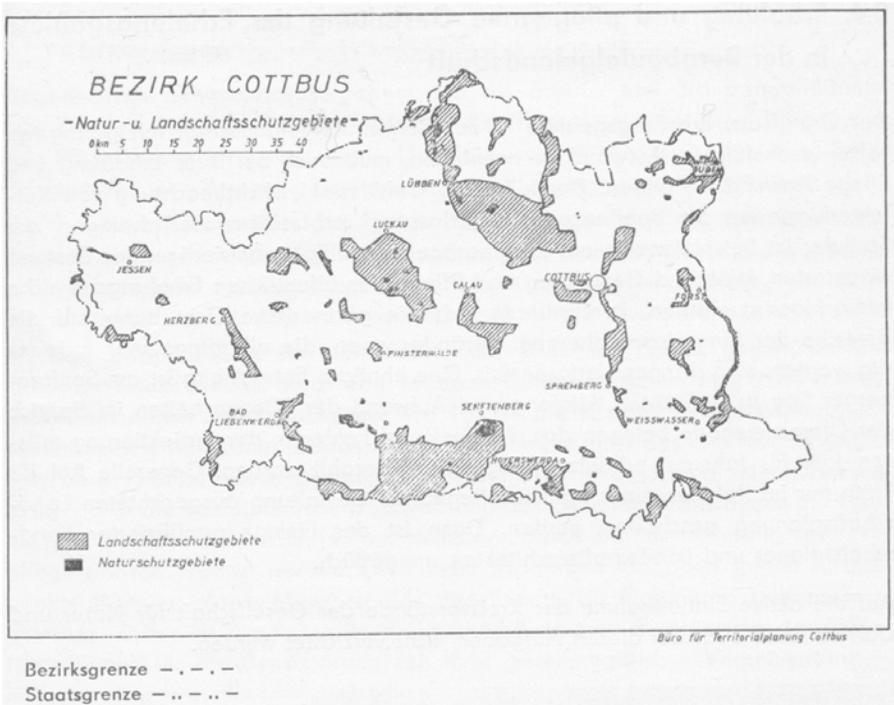


Abb. 2: Karte Bezirk Cottbus, Natur- und Landschaftsschutzgebiete.

Jahren Verstaatlichungs- und Verwissenschaftlichungstendenzen in den Vordergrund. Berufliche wie ehrenamtliche Naturschutzarbeit wurde auf der Basis ihrer sozialistischen Auslegung politisch und gesellschaftlich konsolidiert und setzte sich „gezähmt“ in einem Nischendasein fort.<sup>36</sup> Die Bedeutung der gesellschaftlichen „Nische“ in der DDR korrespondiert auch mit der gesellschaftlichen Bedeutung der Naturschutzorganisation in der ehemaligen Sowjetunion.<sup>37</sup>

Dennoch machte sich Ende der 1960er Jahre auch eine Unzufriedenheit bemerkbar, die auf die fehlende Verankerung des Naturschutzes innerhalb der staatlichen Planung reagierte. Der Kreisnaturschutzbeauftragte im Kreis Luckau von 1966 bis 1968, Dr. Hubert

<sup>36</sup> Vgl. Knoth 1996, S. 462f. Von den „Nischen einer ‘kleinen Heimat’“ schreibt auch Kazal, 2006, S. 73. Einen guten Eindruck vermittelt die von der Zentralen Naturschutzverwaltung 1960 herausgegebene Broschüre „Für unsere sozialistische Heimat!“, die zumindest den Anschein erweckt, als sei ein ehrenamtliches Engagement in Naturschutzbelangen nach der Parole „Plane mit – arbeite mit – regiere mit“ uneingeschränkt möglich und dazu aufruft, sich den bereits 4.000 registrierten Naturschutz Helfern anzuschließen.

<sup>37</sup> Douglas Weiner konstatierte für die dortige Naturschutzarbeit „a little corner of freedom“: Douglas R. Weiner, *A Little Corner of Freedom. Russian Nature Protection from Stalin to Gorbachev*, Berkeley, California 1999.

Illig (geb. 1939), trat zum Ende des Jahres 1968 von seiner Position zurück und forderte einen hauptamtlichen Leiter der Kreisnaturschutzverwaltung einzusetzen. Er begründete diesen Schritt folgendermaßen:

Er „habe den Eindruck gewonnen, dass aktiver Naturschutz im Sinne unseres Gesetzes nicht durch einen Beauftragten und einige Helfer, die im Verlaufe eines Jahres zwei- oder dreimal zusammenkommen, geleistet werden kann. Die Einrichtung der Naturschutzverwaltung als Anhängsel der Abteilung Handel und Versorgung hat sich nicht als günstig erwiesen. [...] Naturschutzarbeit heißt heute mehr als nur Schutz alter Bäume, seltener Tiere und Pflanzen. Das aber haben unsere Institutionen noch nicht begriffen. Mitarbeit bei der Planung von Erholungsgebieten, Landschaftsgestaltung und Landschaftspflege als notwendige Folge der Umwälzung durch den Braunkohleabbau und die Schaffung weiträumiger landwirtschaftlicher Flächen (z.B. durch Meliorationsmaßnahmen) ist heute unsere wichtigste Aufgabe.“<sup>38</sup>

Illigs Worte zeigen deutlich die veränderten Anforderungen an den Naturschutz auf und entsprechen den Bedingungen einer neuen wesentlich komplexeren Naturschutzpolitik.

Ein weiterer Naturschutzbeauftragter, der Ende 1968 sein Ehrenamt aufgab, war der Beauftragte für den Kreis Forst seit 1958, Max Balde (1907-1987).<sup>39</sup> Balde sah für sich nach zahlreichen Konflikten mit Landwirtschafts-, Forstwirtschafts- und Fischereibetrieben keine angemessene und vor allem wirksame Möglichkeit mehr, Naturschutzinteressen durchzusetzen. Es gab aber auch Naturschutzaktive, die vor den politisch engen Verhältnissen kapitulierten: Eine geplante Vegetationskarte des Oberspreewaldes konnte wegen der „Republikflucht“ des Mitarbeiters H. Freitag 1961 nicht erscheinen.<sup>40</sup>

Mit dem „Gesetz über die planmäßige Gestaltung der sozialistischen Landeskultur in der Deutschen demokratischen Republik“ (Landeskulturgesetz) von 1970 legte eine seit 1969 tagende Arbeitsgruppe das Ergebnis der Erneuerung des alten Naturschutzgesetzes vor und fand die seit Beginn der 1960er Jahre stattfindende Diskussion über die spezifisch sozialistische Auslegung des Naturschutzes ihren vorläufigen Abschluss.<sup>41</sup> Das neue Gesetz konnte sich auf den Artikel der 1968 beschlossenen DDR-Verfassung stützen, der besagte: „im Interesse des Wohlergehens der Bürger sorgen Staat und Gesellschaft für den Schutz der Natur“.<sup>42</sup>

Zur Erinnerung: Paragraph 150 der Weimarer Verfassung hatte definiert: „Die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Natur sowie der Landschaft genießen den Schutz

<sup>38</sup> Zitat Illig aus einem Brief an Großer vom 15.10.1988, hier zitiert nach Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte 2010, S. 661. Zu Illigs umfangreichen Engagement und seinen Veröffentlichungen siehe ebd., S. 660–664.

<sup>39</sup> Biografische Angaben zu Balde bei Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte, 2010, S. 338–347, 363, 542 ff.

<sup>40</sup> Heinz-Dieter Krausch, Wolfgang R. Müller-Stoll und die Niederlausitz. In: Natur und Landschaft in der Niederlausitz Bd. 16/1995, S. 79–81, hier S. 81.

<sup>41</sup> Vgl. Rösler/Schwab/Lamprecht 1990, S. 77 ff.; Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte, 2010, S. 246.

<sup>42</sup> Zitiert nach Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte, 2010, S. 247.

und die Pflege des Staates.“<sup>43</sup>

Mit dem Begriff des „Wohlergehens“ wurde Naturschutz für den Menschen nun deutlicher als zuvor als eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge definiert, was nicht im Widerspruch zu den diktatorischen Verhältnissen der SED-Herrschaft stehen muss. Behrens sieht in dem Gesetz die bereits 1954 von Pniower und anderen eingeforderte Loslösung des Naturschutzes aus seiner „konservierend-rückwärtsgewandten“ Perspektive und die Formulierung einer politischen Antwort auf die „Segnungen“ der Zweiten Industriellen Revolution, wobei er einräumt, dass sie weitgehend uneingelöst blieb. Er charakterisiert Ausarbeitung und Verabschiedung des Landeskulturgesetzes als Auslöser eines großen Optimismus und einer Aufbruchstimmung innerhalb des DDR-Naturschutzes, da der Naturschutz mit diesem Gesetz den gleichen Rang wie andere Nutzungsformen erhalten habe.<sup>44</sup> Im Nachhinein schätzen selbst an der Ausarbeitung des Gesetzes Beteiligte ein, dass die DDR sich die Umsetzung ihres Landeskulturgesetzes ökonomisch nicht leisten konnte.<sup>45</sup> Behrens berichtet von „großen Schwierigkeiten“ des Naturschutzes im Bezirk Cottbus, auf die sogenannte „Komplexmelioration“ Einfluss zu nehmen und dass der Naturschutz in den Braunkohletagebauebenen „mehr oder weniger auf verlorenem Posten“ stand.<sup>46</sup>

1974 wurde eine Analyse der in den brandenburgischen Bezirken bestehenden Naturschutzgebiete abgeschlossen. Der Befund für den Bezirk Cottbus weist von 41 analysierten Naturschutzgebieten 25 als „in Ordnung“, 13 als „gering geschädigt“ und drei als „geschädigt“ aus.<sup>47</sup> Das Handbuch der Naturschutzgebiete der Deutschen Demokratischen Republik der Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus von 1982 nennt 55 Naturschutzgebiete im Bezirk Cottbus.<sup>48</sup>

Für die Gewinnung gesellschaftlicher Akzeptanz waren die Bildungsaktivitäten des Naturschutzes traditionell ein wichtiges Arbeitsfeld. Eine DDR-typische Einrichtung waren die sogenannten „Landeskulturellen Kabinette“, eine Art ehrenamtlich betriebener naturkundlicher Schauraum, der zugleich der Planung und Sichtbarmachung naturschützerischer Aktivitäten dienen sollte.<sup>49</sup> Weiterhin gab es 19 Naturlehrpfade.<sup>50</sup>

---

<sup>43</sup> Vgl. Frohn, *Naturschutz macht Staat*, 2006, S. 123 ff.

<sup>44</sup> Behrens, *Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte*, 2010, S. 247 f.

<sup>45</sup> Vgl. Bauer 2001, S. 60.

<sup>46</sup> Behrens, *Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte*, 2010, S. 258, 264.

<sup>47</sup> Vgl. Behrens, *Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte*, 2010, S. 268.

<sup>48</sup> Vgl. Wolfgang Fischer/Karl Heinz Großer/Karl-Heinz Mansik/Uwe Wegener, *Die Naturschutzgebiete der Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus sowie der Hauptstadt der DDR, Berlin. Handbuch der Naturschutzgebiete der Deutschen Demokratischen Republik Bd. 2*, Leipzig, Jena, Berlin 1972 (3. Auflage 1982). Erste Ausgabe 1959, dann in weiteren Auflagen immer wieder erweitert und aktualisiert.

<sup>49</sup> Im Bezirk Cottbus existierten drei solcher Einrichtungen. Siehe dazu Otto Rindt/Wolf Dieter Heym, *Die Aufgaben der landeskulturellen Kabinette und ihrer Spezifik gegenüber naturkundlichen Regionalmuseen*. In: *Natur und Landschaft im Bezirk Cottbus Bd. 4/1982*, S. 77–79.

<sup>50</sup> Vgl. Behrens, *Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte*, 2010, S. 317.

## Praktische Naturschutzarbeit

In den 1950er Jahren ergaben sich bereits die ersten Konflikte mit dem Bergbau, dem Wasserbau und dem Meliorationswesen. So wurde 1956 in der Märkischen Heimat gegen die Entwässerung des am Rande der Niederlausitz im Kreis Fürstenberg/Oder gelegenen Schlaubetals protestiert.<sup>51</sup>

Ein wichtiges Thema wurde von Gerhard Zach (1910-1993), Kreisnaturschutzbeauftragter in Guben von 1952 bis 1980, angesprochen: Die unkontrollierte Ausbreitung von Hütten an den Seeufern, die am Beispiel des Göhlensees mit inzwischen 60 Anglerhütten beschrieben wird.<sup>52</sup> Als hier offensichtlich bereits in den 1920er Jahren erreichte Schutzgebote zur Freihaltung der Seeufer durch selbstermächtigtes Handeln aufgehoben werden, verlangte der altgediente Naturschützer ein tatkräftiges Einhaltgebiets.<sup>53</sup>

Im Oktober 1956 wurde im Bericht von der Naturschutztagung im Bezirk Cottbus betont, dass bei „dem schnellen Wachstum der Industrie in unserem Bezirk und der Ausdehnung des Bergbaus auf immer neue große Flächen“ als wichtigste Themen „die Fragen der Wiederurbarmachung der Kippen, der Reinigung und Beseitigung der Abwässer, der Trinkwasserversorgung, der Erhaltung von Grünflächen als Erholungsgebiete und des Spreewaldes als Landschaftsschutzgebiet“ anstehen und „durch Zusammenarbeit aller Dienststellen unter Einschluss der Naturschutzbehörde [nicht der ehrenamtlichen Naturschützer] gelöst werden können.“ Gleichzeitig wurden als „Sorgen“ der Naturfreunde benannt:

- „1. die Zusammenarbeit mit den staatlichen Dienststellen,
2. die Werbung für die Ziele des Naturschutzes bei Behörden, Lehrerschaft und Bevölkerung,
3. Die richtige Anwendung der Naturschutzgesetze und ihre Bekanntmachung in weitesten Kreisen.“<sup>54</sup>

Aus diesen Aussagen spricht die Verunsicherung innerhalb der nach wie vor schwierigen Situation des Naturschutzes angesichts einer ähnlich wie ein halbes Jahrhundert zuvor prosperierenden, jedoch nun schwerpunktmäßig gelenkten, Wirtschaftsentwicklung im

<sup>51</sup> Vgl. Fritz Kracheel, Gegen die Entwässerung des Schlaubetals. In: Märkische Heimat 1 (1956) H. 6, S. 52.

<sup>52</sup> Vgl. Gerhard, Zach, Die Verschandelung unserer Seeufer. In: Märkische Heimat 2 (1957) H. 2, S. 151 f.

<sup>53</sup> Der „Kampf gegen die Uferbebauung im Bezirk Cottbus“ wurde auch in einer Notiz der Märkischen Heimat mit einem vorläufigen Verbot des Rates des Bezirkes für alle Bauten in Ufernähe aufgenommen. Dies ist möglicher Weise der Arbeitsaufnahme des Landschaftsarchitekten Otto Rindt im Büro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung zuzuschreiben (Vgl. den Hinweis in Märkische Heimat 3 (1959) H. 3, S. 201). Vergleichbares passierte auch am Knappensee. Biografische Angaben zu Zach bei Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte (2010), S. 900 f.

<sup>54</sup> Vgl. Elze, Naturschutztagung des Bezirkes Cottbus am 27. und 28. Oktober 1956. In: Märkische Heimat 1 (1956) H. 6, S. 60f.

Kohle- und Energiebezirk Cottbus.<sup>55</sup>

Auch der Referent für Landschaftsgestaltung und Naturschutz im Rat des Bezirks Cottbus, Abteilung Kommunale Planung, Heinz Petzold sah 1958 die Bedingungen für eine erfolgreiche Wiederurbarmachungsplanung nicht nur rosig, obwohl er stets bemüht war, die offizielle Losung der Einheit von Wirtschaftswachstum und Ressourcenschutz zu betonen: Zwar seien die Voraussetzung für die Harmonisierung von Braunkohleindustrie und Landeskultur in der perspektivischen Gebietsplanung gegeben; er wies jedoch darauf hin, dass die erforderliche Abstimmung noch nicht erreicht sei, dass „wir aber auf diesem Wege zur Lösung des Problems ein gutes Stück vorangekommen sind“, und betonte die Notwendigkeit, dass die Natur- und Heimatfreunde ihre Anstrengungen gegenüber den Braunkohlewerken verstärken und vor allem die Kumpel für sich gewinnen müssten.<sup>56</sup> Die Naturschützer warnte Petzold vor „dogmatischen Vorbehalten“ und „Übertreibungen“: „Der Naturschutz muß schädliche Einwirkungen auf die Landschaft zu verhindern wissen, indem er ökonomisch vertretbare Maßnahmen vorschlägt. Nur so dient der Naturfreund dem fortschrittlichen Naturschutzgedanken, der nicht nur konservierende Aufgaben zu erfüllen hat, sondern vor allem in der intensiv genutzten Kulturlandschaft das menschliche Erholungs- und Schönheitsbedürfnis berücksichtigen soll.“ Die Naturschutzarbeit in der Lausitz wende sich immer mehr „von der romantischen Naturschwärmerei zum praktischen und sinnvollen Naturschutz hin.“<sup>57</sup>

Das Spannungsverhältnis zwischen Braunkohleindustrie und Landeskultur blieb bis zum Ende der DDR und darüber hinaus bestehen.<sup>58</sup> Neben der Totalzerstörung wirkten sich Grundwasserabsenkung, Luftbelastung, Gewässerverschmutzung, Urbanisierung und Verkehrszunahme nachteilig auf Natur und Landschaft aus.<sup>59</sup> Großer benennt 1982 und 1985 die geplante Zerstörung von 12 Naturschutzgebieten (1.044 ha), 14 bzw. 17 Landschaftsschutzgebieten und 17 Parkanlagen (129 ha) im Bezirk Cottbus. Ferner waren 16

<sup>55</sup> Zur Bedeutung des Bezirks als Energielieferant für die DDR vgl. Edith Lotzmann/Hans Viehrig, Die Entwicklung des Bezirkes Cottbus zum Kohle- und Energiebezirk der DDR. In: Conrad Scherf/Hans Viehrig, Berlin und Brandenburg. Gotha 1995, S. 239–243.

<sup>56</sup> Heinz Petzold, Landeskulturelle Probleme bei der Entwicklung der Brennstoffindustrie in der Lausitz. In: Märkische Heimat, Heimatkundliche Zeitschrift der Bezirke Cottbus, Frankfurt, Potsdam. Hg. vom Rat des Bezirkes Potsdam und der Bezirkskommission Potsdam der Natur- und Heimatfreunde im Deutschen Kulturbund 3 (1959) H. 2, S. 85–93, hier S. 87 ff.

<sup>57</sup> Heinz Petzold, Industrie und Naturschutz in der Lausitz. In: Natur und Heimat 7 (1958) H. 5, S. 144–148, hier S. 146 f. Petzold verweist auf 400 aktive Naturfreunde im Bezirk Cottbus (ders. 1959, S. 86).

<sup>58</sup> Vgl. Herman Wittig, Aufgaben der Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR unter den Bedingungen erhöhter Leistungsanforderungen an die Kohle- und Energiewirtschaft im Bezirk Cottbus. Sonderheft Natur und Landschaft im Bezirk Cottbus 1982; D. Wiedemann/E. Brier, Naturschutz und Bergbaufolgelandschaft im Bezirk Cottbus. In: Natur und Landschaft im Bezirk Cottbus Bd. 5/1983, 27–35.

<sup>59</sup> Vgl. Karl Heinz Großer, Die Auswirkungen des Braunkohlenbergbaus auf die Naturschutzobjekte im Bezirk Cottbus. In: Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg 21 (1985) H. 3, S. 65–73.

Naturschutzgebiete und 32 Parkanlagen vorübergehend durch Grundwasserabsenkungen bedroht.<sup>60</sup>

In mehreren Artikeln der 1960er bis 1980er Jahre wurde das Thema auch von Rindt als verantwortlichem Landschaftsplaner im „Büro für Territorialplanung des Bezirks Cottbus“ und Naturschutzbeauftragtem für den Bezirk Cottbus aufgegriffen. Die Bezirksnaturschutzbeauftragten wurden vom ILN vorgeschlagen und von den Vorsitzenden der Räte der Bezirke bestellt. Sie hatten die „Aufgabe, den Naturschutz zu fördern, für den Gedanken des Naturschutzes aufklärend, werbend und beratend zu wirken und dafür zu sorgen, daß die Naturschutzanordnungen befolgt werden.“<sup>61</sup>

H. J. Hermann beschrieb ihre Aufgabe und insbesondere ihre Einbindung in den Staatsapparat folgendermaßen: „Der Bezirksnaturschutzbeauftragte ist ein ehrenamtlicher Mitarbeiter des Staatsapparates und hat eine beratende Funktion zur Bezirksnaturschutzverwaltung. Er kontrolliert die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiete der Landschaftspflege und des Naturschutzes, leitet die Kreisnaturschutzbeauftragten an und arbeitet eng mit den staatlichen Institutionen und gesellschaftlichen Organisationen sowie mit der Presse zusammen.“<sup>62</sup>

Regelmäßig rief Rindt sowohl die bergbaulichen als auch die direkt politisch verantwortlichen Stellen zu größerem Engagement für die Planung der Folgelandschaften bereits während des Abbauprozesses auf. Er wandte sich aber auch an die Naturschutzinteressierten, denn in ihnen sah er – ganz in der Tradition des Natur- und Heimatschutzes – eine gesellschaftspolitisch relevante Kraft, um Veränderungen der Rekultivierungsplanung zu erreichen: „Den Vertretern des Naturschutzes fällt in diesem großen Umwandlungsprozeß der Landschaft um Cottbus die Aufgabe zu, den Wert des Bestehenbleibenden rechtzeitig und richtig zu erkennen, zu beurteilen und für seinen Schutz Sorge zu tragen. Dabei muß das Ziel verfolgt werden, daß es nirgendwo großflächig zu einer dauernden Verödung der Landschaft kommt. Außerdem muß der Naturschutz im großen technischen Prozeß des Kohleabbaus seine Rolle als Mittler biologischen Wissens und biologischer Bestrebungen für die Umformung bzw. Neubildung der Braunkohlentagebaulandschaft rechtzeitig erkennen, um den Menschen von Cottbus und Umgebung jederzeit einen befriedigenden Zustand der Heimatlandschaft zu garantieren. Das ist durchaus möglich, wenn Abbauprozeß ordnungsgemäß verläuft, d. h., wenn die Rekultivierungsmaßnahmen dem Abbau direkt folgen [...]. Dazu muß der Naturschutz schon heute seine Reihen stärken. Und muß vor allem die Jugend gewinnen, um deren Zukunft

<sup>60</sup> Ebd., S. 65; Wittig 1982, S. 17. Wittig nennt als NSG, denen bis zum Jahr 2000 die Devastierung bevorsteht: Wanninchen (Kreis Luckau), Dubringer Moor (Kreis Hoyerswerda), Eichberg (Kreis Weißwasser), Herrmannsdorf (Kreis Weißwasser) (1982, S. 40).

<sup>61</sup> Vgl. § 12 des Naturschutzgesetzes der DDR vom 4.8.1954 (GBL. S. 695) Satz 1 und 2 zitiert nach Bauer/Weinitschke 1967, S. 250.

<sup>62</sup> Vgl. die Mitteilung zur Einsetzung in: *Märkische Heimat* 5 (1961) H. 5, S. 355. Vgl. H. J. Hermann, *Die Aufgaben des modernen Naturschutzes und dessen Organisation*. Eisenach o.J. [1965], hier S. 5. Siehe dazu auch: Peter Hentschel/Lutz Reichhoff/Bernd Reuter (Redaktion, Hg. Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR/Landwirtschaftsausstellung der DDR), *Leitfaden für die Naturschutzarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik, Markleeberg 1980*, hier 26 ff.

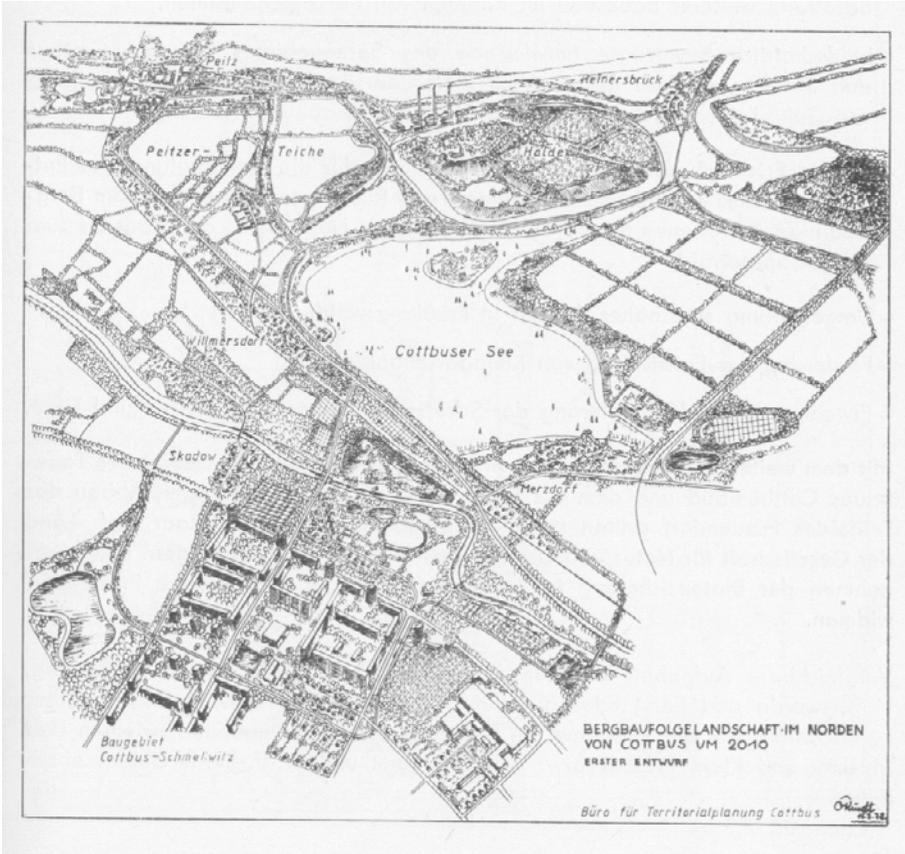


Abb. 3: „Bergbaufolgelandschaft im Norden von Cottbus um 2010. Erster Entwurf“ (Otto Rindt, 1978).

es hier letztlich geht. Ein solcher Weg zur Schaffung einer neuen Heimatlandschaft entspricht in jeder Hinsicht den Gesetzen der sozialistischen Entwicklung, die ja die Bodenschätze zur Nutzung ihrer Menschen gewinnt, ohne dabei die Landschaft und den Menschen auszubeuten.“

Das Zitat stammt aus Rindts erstem öffentlichen Aufsatz als Bezirksnaturschutzbeauftragter, erschienen 1962 in dem von seinem Landschaftsarchitekten-Kollegen Helmut Rippl (geb. 1925) zusammengestellten Heft „Cottbus, seine Umgebung, heute und morgen“, und wurde gefolgt von weiteren Beiträgen, wie 1965 im Heft „Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg“. <sup>63</sup> Neben seiner beruflichen Tätigkeit war Rindt als ehrenamtli-

<sup>63</sup> Vgl. Otto Rindt, Die Entwicklung der Landschaft um Cottbus während des Kohleabbaus und danach. In: Rat der Stadt, Stadt und Kreisleitung des Deutschen Kulturbundes (Hg.), Redaktionelle Bearbeitung Helmut Rippl, Cottbus, seine Umgebung, heute und morgen, Cottbus [1962],

cher Bezirksnaturschutzbeauftragter und Mitglied der „Zentralen Fachgruppe Naturschutz des Bezirkes Cottbus“ an der Festlegung von Landschaftsschutzgebieten und Naturschutzgebieten unter „Berücksichtigung“ der bergbaulichen Entwicklung beteiligt. Seit dem Gründungsjahr der „Gesellschaft für Natur und Umwelt“ 1980 war Rindt Mitglied in deren Cottbusser Bezirksvorstand.<sup>64</sup> Durch seine Mitarbeit im „Zentralen Fachausschuss Landschaftsplanung und Landeskultur“ des „Bundes Deutscher Architekten“ (BDA) zwischen 1960 und 1970 hatte Rindt Anteil an der 1970 erfolgten Verabschiedung des Landeskulturgesetzes der DDR. Er hatte vermutlich auch Einfluss auf die Formulierung des Bergbaugesetzes.<sup>65</sup>

Nikola Knoth schätzt ein, dass Rindt durch seine Positionen und Handeln „die wohl glücklichste Synthese“ zwischen beruflichem und ehrenamtlichem Naturschutz gelungen sei.<sup>66</sup> Die Doppelfunktion als verantwortlicher Territorialplaner und Bezirksnaturschutzbeauftragter brachte Rindt mit großer Wahrscheinlichkeit mehr als einmal in Konflikte. So bemühte er sich u.a. den Verlust der Teichlandschaft bei Lakoma mit einer ansprechend gestalteten Bergbaufolgelandschaft auszugleichen.<sup>67</sup>

Der Naturschutz in den Braunkohlefördergebieten musste sich in der Regel darauf beschränken, bedrohte wertvolle Naturschutzelemente zu dokumentieren bzw., wenn dies überhaupt möglich war, zu „verlagern“. Wenn durch den Bergbau auch zahlreiche geschützte Gebiete verloren gingen – Großer: „Die Devastation ist der radikalste Eingriff in das natürlich und kulturhistorisch entstandene Landschaftsgefüge“ – ist es doch an vielen Stellen innerhalb der Bergbaufolgelandschaft auf faszinierende Art und Weise gelungen, die Neubesiedlung der vom Bergbau hinterlassenen Flächen in Form von gezielter „Biotopegestaltung“ zu beeinflussen und zu beschleunigen.<sup>68</sup>

---

S.28–33; Otto Rindt, Die Umwandlung der Landschaft durch Braunkohlebergbau und Industrie und die Aufgaben des Naturschutzes im Bezirk Cottbus. In: Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg 1 (1965) H. 3, S. 16–23.

<sup>64</sup> Entspr. der Auflistung „Gesellschaftliche Tätigkeiten“ vom 30.12.61, einem handschriftlichen Lebenslauf Otto Rindts vom 2.12.84 (im Nachlass) und der biografischen Aufstellung bei Kirsten, 1989, Anlage 11. Behrens gibt eine Beauftragung bis 1981 an (Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte (2010), S. 796–799).

<sup>65</sup> Entspr. der Auflistung „Gesellschaftliche Tätigkeiten“ vom 30.12.61 im Nachlass Rindt.

<sup>66</sup> Vgl. Knoth, Blüml pflücken (1996), S. 444.

<sup>67</sup> Vgl. den Plan „Bergbaufolgelandschaft im Norden von Cottbus um 2010, Perspektive Cottbusser See und Umgebung“ („faltblatt zum beitrage 'von der zukunft träumen' von otto rindt“). / O. Rindt. – 1.3.1978 im Nachlass Rindt. Die LAUBAG hat auf diese Vorarbeiten in ihren Prospekten hingewiesen. Siehe Anmerkung 270.

<sup>68</sup> Vgl. Karl Heinz Großer, Die Auswirkungen des Braunkohlenbergbaus auf die Naturschutzobjekte im Bezirk Cottbus. In: Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg 21 (1985) H. 3, S. 65–73; ders., Wandlung und Neugestaltung der Biotop- und Artenvielfalt im Cottbus- Senftenberger Braunkohlenrevier. O.J. [1987] im: StUG 023–36 – Großer, Karl Heinz, 2. ILN, Arbeitsgruppe Potsdam Vortrag zum Kolloquium „Naturschutz in der Bergbaufolgelandschaft“ am 15.10.1986 in Groß-Koschen; Erwin Brier, Probleme der Landeskultur und des Naturschutzes in den bergbaulich genutzten Territorien. In: Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg 17 (1981) H. 2, S. 33–38.

Ein Naturschutzgebiet besonderer Art ist die 899 ha große Insel im Ende 1967 gefluteten Senftenberger See, die im März 1981 unter Schutz gestellt wurde.<sup>69</sup> Ihr Relief ist, bedingt durch die Abraumschüttungen des Tagebaues, sehr vielgestaltig und entwickelt sich weiterhin durch Erosionen, sodass sich zahlreiche kleinteilige Buchten und unterschiedlich exponierte Uferzonen mit einem reichen Tier- und Pflanzenleben herausgebildet haben. Das Betreten der Insel ist wegen der Rutschungsgefährdungen verboten. Besondere Verdienste um die Erforschung der natürlichen Potentiale der Tagebaugewässer hat sich der Biologe Werner Pietsch erworben, der sich mit großem Engagement der Herausforderung stellte, die neuen „Experimentierfelder der Landschaftsgestaltung“ zu erschließen.<sup>70</sup>

### Die verschiedenen Gruppen der in der Niederlausitz aktiven Naturschützer

Der „Floristische Arbeitskreis der Niederlausitz“ wurde am 30. Oktober 1962 auf Initiative von Siegfried Hamsch (1934–2016) aus Guben gegründet.<sup>71</sup> Die Herausgabe der „Niederlausitzer Floristischen Mitteilungen“ erfolgte von 1965 (Heft 1) bis 1989 (Heft 13), die Redaktion lag in den Händen von Hamsch (Leitungsmitglied) und Gunther Klemm aus Spremberg. Zudem erfolgte die Zusammenstellung mehrerer Rundbriefe pro Jahr. Der Arbeitskreis organisierte jährlich zwei bis drei Exkursionen und eine Arbeitstagung. Bis 1984 wurden 130 Vorträge gehalten und 70 Exkursionen durchgeführt, bis 1990 fanden 27 Tagungen statt.<sup>72</sup> 26 Mitarbeiter,

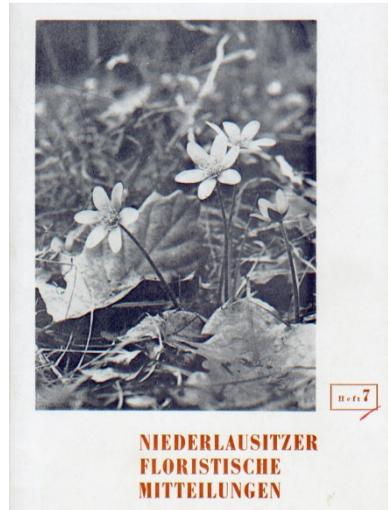


Abb. 4: Titel der Niederlausitzer Floristischen Mitteilungen Bd. 7/1974.

<sup>69</sup> Vgl. Wolfgang Fischer/Karl Heinz Großer/Karl-Heinz Mansik/Uwe Wegener, Die Naturschutzgebiete der Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus sowie der Hauptstadt der DDR, Berlin. Handbuch der Naturschutzgebiete der Deutschen Demokratischen Republik Bd. 2. Leipzig, Jena, Berlin 1972 (3. Auflage 1982), S. 263–267.

<sup>70</sup> Vgl. Werner Pietsch, Vegetationsentwicklung und Gewässergenese in den Tagebaueen des Lausitzer Braunkohlen-Reviers. In: Archiv für Naturschutz und Landschaftsforschung 13 (1973) S. 187–217; ders., Klassifizierung und Nutzungsmöglichkeiten der Tagebaugewässer des Lausitzer Braunkohlen-Reviers. In: Archiv für Naturschutz und Landschaftsforschung 19 (1979) S. 187–215.

<sup>71</sup> Vgl. Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte, 2010, 305; StUG 438–2 – Wischkony, Hubertus, Archivalien H. Wischkony 1966–1978; StUG 092–1 – Hamsch, Siegfried, Tätigkeitsberichte. Zu Hamsch siehe auch den selbstverfassten Lebensweg in Behrens/Hoffmann 2013, S. 103–116.

<sup>72</sup> Vgl. Siegfried Hamsch, Bericht über die Tätigkeit des FAKNL. In: Niederlausitzer Floristische Mitteilungen Bd. 11/1985, S. 61; Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte, 2010, S. 305.

Laienforscher wie spezialisierte Fachwissenschaftler, meldeten bereits auf den Gründungsauftrag hin ihr Interesse an, Ende 1964 waren es bereits 64 Mitarbeiter.<sup>73</sup> Die erste Tagung fand im Oktober 1963 statt, am 23. Oktober 1966 erfolgte auf der IV. Arbeitstagung eine Aufteilung in fünf Arbeitsgruppen: Allgemeine Floristik und Pflanzenkartierung, Kippenvegetation, Mykologie, Orchideen, Ethnobotanik.

Exkursionen führten auch in das „sozialistische Ausland“. Bis 1974 reiste der AK drei Mal in die ČSSR und zwei Mal in die VR Rumänien. Am 28. August 1977 führte eine Exkursion in die VR Polen, wo Mitarbeiter der Woiewodschaft Zielona Góra den teilnehmenden Mitgliedern des Floristischen Arbeitskreises Moorgebiete im Westteil ihres Bezirkes zeigten. Die Absicht, die „östlich der Neiße an unser Arbeitsgebiet angrenzenden Landschaften“ zu besuchen, kündigte Pietsch anlässlich der Erleichterung des Reiseverkehrs bereits in seinem Festvortrag zum 10. Jahrestag des AK an.<sup>74</sup> Außerdem wurden Kontakte mit botanischen Instituten des Auslandes durch den Austausch von Publikationen gepflegt. Das in Polen als Reaktion auf die revolutionären Unruhen im Dezember 1981 verhängte Kriegsrecht beendete bzw. erschwerte diese Kontakte dann wieder erheblich. Das galt auch für den Kontakt nach West-Berlin bzw. in die Bundesrepublik Deutschland: Anfang der 1980er Jahre wurde Prof. Herbert Sukopp (geb. 1930) von der Technischen Universität Berlin (Mitbegründer der „Roten Listen“) nach Krakau eingeladen, wo er für seine langjährige Kooperation mit polnischen Botanikern geehrt werden sollte; leider wurde ihm das Einreisevisum verweigert. Erst mehrere Jahre später konnte er zum Ehrenmitglied der Polnischen Botanischen Gesellschaft gewählt werden.<sup>75</sup>

Unter der Leitung Otto Rindts tagte die „Arbeitsgruppe Kippenvegetation und Dendrologie“ des „Floristischen Arbeitskreises“ zum ersten Mal am 19. März 1966: Diese formulierte als Ziele die Wiedernutzbarmachung und Schaffung neuer Erholungsflächen, wofür die Zusammenarbeit von Kippenfachleuten, Floristen, Wasserwirtschaftlern und Bodenkundlern erfolgen müsse.

Drei Leitungsmitglieder des Arbeitskreises, Hamsch, Helmut Jentsch und Klemm, engagierten sich in der 1978 gebildeten „Arbeitsgruppe Artenschutz“ bei der Abteilung Forstwirtschaft des Rates des Kreises: Sie bilanzieren, dass sich die Wirkungsweise und Einflussnahme des Naturschutzes erhöht habe und sich eine enge Zusammenarbeit mit der Naturschutzdienststelle des Kreises entwickelt habe.

Zu den weiteren Arbeitskreisen und Kulturbund-Gruppen gehörten allein in Guben die Fachgruppe Ornithologie und Vogelschutz Guben,<sup>76</sup> die „Arbeitsgemeinschaft Junge Naturforscher“ Guben,<sup>77</sup> die Fachgruppe Dendrologie und Gartenarchitektur Guben

<sup>73</sup> Vgl. Siegfried Hamsch, Bericht über die Tätigkeit des FAKNL. In: Niederlausitzer Floristische Mitteilungen Bd. 1/1965, S. 60.

<sup>74</sup> Vgl. Werner Pietsch, Zehn Jahre floristischer Arbeitskreis der Niederlausitz. In: Niederlausitzer Floristische Mitteilungen Bd. 7/1974, S. 2–10, S. 4, 7 und Niederlausitzer Floristische Mitteilungen H. 9 1980, S. 46.

<sup>75</sup> Vgl. Nowak 2006, S. 4.

<sup>76</sup> Vgl. den Bestand StUG 081–6, Archivalien R. Schmidt.

<sup>77</sup> StUG 133–1 – Teske, Archivalien W. Teske.

(diese spätestens ab 1986).<sup>78</sup>

In Cottbus existierten innerhalb des Kulturbundes der DDR ab 1978 die von Dr. Werner Jorga geleitete Bundesarbeitsgemeinschaft Artenschutz Cottbus,<sup>79</sup> die Bundesarbeitsgemeinschaft Ichthyofaunistik Cottbus (spätestens ab 1982)<sup>80</sup> sowie der Bezirksfachausschuss Ornithologie und Vogelschutz Cottbus<sup>81</sup> und der Bezirksfachausschuss Geologie/Mineralogie Cottbus.<sup>82</sup>

Der „Biologische Arbeitskreis im Deutschen Kulturbund“ wurde am 9.12.1966 in Luckau u.a. von Illig begründet zur „biologischen Erforschung der naturnahen Lebensräume“. Ein Generationswechsel – mehrere der in den 1880er Jahren geborenen Heimatforscher der ersten Stunden wie Alwin Arndt (1878-1959),<sup>83</sup> Maxilian Schmattorsch (1883-1960), Bialucha und Walter Klix (1889-1965) verstarben Anfang der 1960er Jahre – sowie der „wenig wirkungsvolle Arbeitsstil im Naturschutz“ waren dafür ausschlaggebend, dass „junge, arbeitswillige Leute“ dem Drängen des Zoologen Gerhard Herzog folgten und sich zu einem neuen Anlauf zusammenfanden. Ab 1979 trug der etwa 50 Mitglieder zählende Arbeitskreis den Namen „Alwin Arndt“. Das Heft „Biologische Studien im Kreis Luckau“ erschien ab 1972.<sup>84</sup> Im Heimatkalender Luckau 1980/81 wurde von Helmut Donath (geb. 1952), dem späteren Kreisnaturschutzbeauftragten in Luckau (1988-1991), eine Liste der gefährdeten Tierarten der Niederlausitz veröffentlicht. Als Gründe für deren Verschwinden führte der Autor die Zerstörung von Lebensräumen durch die Auswirkungen der Melioration, den Einsatz von Bioziden, Gewässerverschmutzung und Regulation an.<sup>85</sup> Peter Schonert stellte im Heimatkalender 1974/75 fest:

<sup>78</sup> StUG 133–9 – Teske, Wolfgang, Archivalien W. Teske.

<sup>79</sup> Vgl. Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte (2010), S. 287 sowie den Bestand StUG 133–15 – Teske, Wolfgang, Archivalien W. Teske.

<sup>80</sup> StUG 133–11, 12, 13 und 14 – Teske, Wolfgang, Archivalien W. Teske.

<sup>81</sup> Vgl. Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte (2010), 295; StUG 302-14 – ZFA Ornithologie und Vogelschutz (Hamsch, S.; Stephan, B.) 2. Arbeitskreise, Ausschüsse.

<sup>82</sup> StUG 136–9 – Wappler, Gert, Kulturbund der DDR.

<sup>83</sup> Biografische Angaben zu Arndt bei Hubert Illig, Kurzbiografie – Alwin Arndt In: Biologische Studien Luckau 1978, H. 7, S. 10-11; ders., Alwin Arndt zum 100. Geburtstag. In: Natur und Landschaft im Bezirk Cottbus Bd. 2/1979, S. 84-85; Heinz-Dieter Krausch, Alwin Arndt – als Heimatforscher. In: Biologische Studien Luckau Bd.7/1978, S. 3-9; ders., Verzeichnis der Schriften von Alwin Arndt. In: Natur und Landschaft im Bezirk Cottbus Bd. 2/1979, S. 85–96.

<sup>84</sup> Vgl. Hubert Illig, Zehn Jahre Biologischer Arbeitskreis Luckau. In: Kreismuseum Luckau in Verbindung mit dem Kulturbund der DDR, Kreisleitung Luckau und der Abteilung Kultur beim Rat des Kreises Luckau (Hg.): Luckauer Heimatkalender VIII/IX (1976/1977), S. 66-68; Hubert Illig/Helmut Donath/R. Donat, Biologischer Arbeitskreis „Alwin Arndt“ Luckau – 30 Jahre naturkundliche Heimatforschung und Naturschutzarbeit in der Niederlausitz. In: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. (Hg.), Naturschutz in den neuen Bundesländern. Ein Rückblick. – Marburg 1998, S. 281–289; Helmut Donath, 20 Jahre Biologischer Arbeitskreis „Alwin Arndt“ in Luckau. In: Rat des Kreises Luckau, Abteilung Kultur, und Kreismuseum Luckau (Hg.): Luckauer Heimatkalender XVIII. 1986, S. 50–53; ders., Ein Leben (2005).

<sup>85</sup> Vgl. Helmut Donath, Gefährdete Tierarten in der nordwestlichen Niederlausitz. In: Rat des Kreises Luckau, Abteilung Kultur und Kreismuseum Luckau (Hg.): Luckauer Heimatkalender XII/XIII. 1980/1981, S. 87-90. Zu Donaths Engagement und Publikationen vgl. Behrens, Natur-

„Unsere Arbeit erhält von der SED-Kreisleitung wie vom Rat des Kreises volle Unterstützung.“<sup>86</sup>

Laut Behrens erreichte der Arbeitskreis 1981 die Einrichtung einer Planstelle für das Naturschutzgebiet Unterspreewald und die Einrichtung eines Naturschutzbeirates für den Bezirk Cottbus. Weiterhin konnte die Einstellung von zwei Landeskulturbearbeitern bei den landwirtschaftlichen Einrichtungen des Kreises durchgesetzt werden.<sup>87</sup>

Der „Avifaunistische Arbeitskreis der Niederlausitz“ existierte ab 1965. 1988 wurde als Ergebnis der „Kartierung der Brutvögel in der DDR 1978-1982“ das Heft 1 der „Niederlausitzer Ornithologischen Mitteilungen“ herausgegeben, und 1990 das Heft 2. Die Redaktion lag in den Händen von Dietrich Ruhle, Forst.

Es kam gelegentlich auch in den 1970er und 1980er Jahren noch zu Neugründungen innerhalb des Kulturbundes der DDR: So existierte eine „Fachgruppe Natur und Heimat Lauchhammer“ spätestens ab 1980.<sup>88</sup>

Am 28. März 1980 erfolgte die Gründung der Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) innerhalb des Kulturbundes der DDR.<sup>89</sup> Michael Beleites bezeichnet sie in der Realität als „kaum mehr als ein neuer Dachverband“.<sup>90</sup> Die Berufung des Bezirksvorstandes Cottbus wurde am 10. Dezember 1980 vollzogen, Wolf Dieter Heym, Rindt und Neumann nahmen als Mitglieder des Floristischen Arbeitskreises im Arbeitsausschuss des Bezirksvorstandes teil. Hamsch, Illig, Jentsch, Pietsch wurden Mitglieder des Bezirksvorstandes. Mitte der 1980er Jahre hatte die GNU DDR-weit 60.000 Mitglieder und zählte zu den größten Freiwilligenorganisationen der DDR.

Im letzten Jahrzehnt der DDR bildeten sich in vielen Städten unabhängige Umweltgruppen, die zum großen Teil unter dem Dach der evangelischen Kirche agierten.<sup>91</sup> Im Januar

schutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte, 2010, S. 578–583. Das Problem der Melioration im Kreis Cottbus-Land beschreibt in offizieller Diktion: Brigitte Schneider, Melioration im Kreis Cottbus und die sich daraus ergebenden Aufgaben für den Naturschutz (Vortrag anlässlich der Jahreshauptversammlung der Naturschutzhelfer des Kreises Cottbus-Land am 25.11.1983 in Cottbus). In: *Natur und Landschaft im Bezirk Cottbus* Bd. 7/1985, 57–63.

<sup>86</sup> Vgl. Peter Schonert, *Naturschutz im Kreis Luckau*. In: *Luckauer Heimatkalender 1974/1975*, S. 83–84, hier S. 84.

<sup>87</sup> Behrens, *Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte*, 2010, S. 315 f.

<sup>88</sup> StUG 043-5 – Blaschke, Werner, *Archivalien*.

<sup>89</sup> Vgl. Hermann Behrens/Ulrike Benkert/Jürgen Hopfmann/Uwe Maechler, *Wurzeln der Umweltbewegung. Die „Gesellschaft für Natur und Umwelt“ (GNU) im Kulturbund der DDR*. Marburg 1993 (= *Forum Wissenschaft Studien 18*).

<sup>90</sup> Michael Beleites, *Die unabhängige Umweltbewegung in der DDR*. In: IUGR (Hg., Bearbeiter Hermann Behrens/Jens Hoffmann): *Umweltschutz in der DDR, Beruflicher, ehrenamtlicher und freiwilliger Umweltschutz* (Bd. 3), München 2007, S. 179–224, hier S. 186.

<sup>91</sup> Siehe u.a. Uwe Bastian, *Greenpeace in der DDR. Erfahrungsberichte, Interviews und Dokumente*. Berlin 1996, insbesondere Bastians Beitrag: *Zur Genesis ostdeutscher Umweltbewegung unter den Bedingungen eines totalitären Herrschaftssystems*, S. 58–94; Beleites 2007, S.179–224. In dem noch vor der Wiedervereinigung von einem Studienprojekt der West-Berliner Technischen Universität erarbeiteten Buch „*Naturschutz in der DDR*“ wird für 1988 die Zahl von 150 Gruppen genannt (Rösler/Schwab/Lamprecht 1990, S. 227).

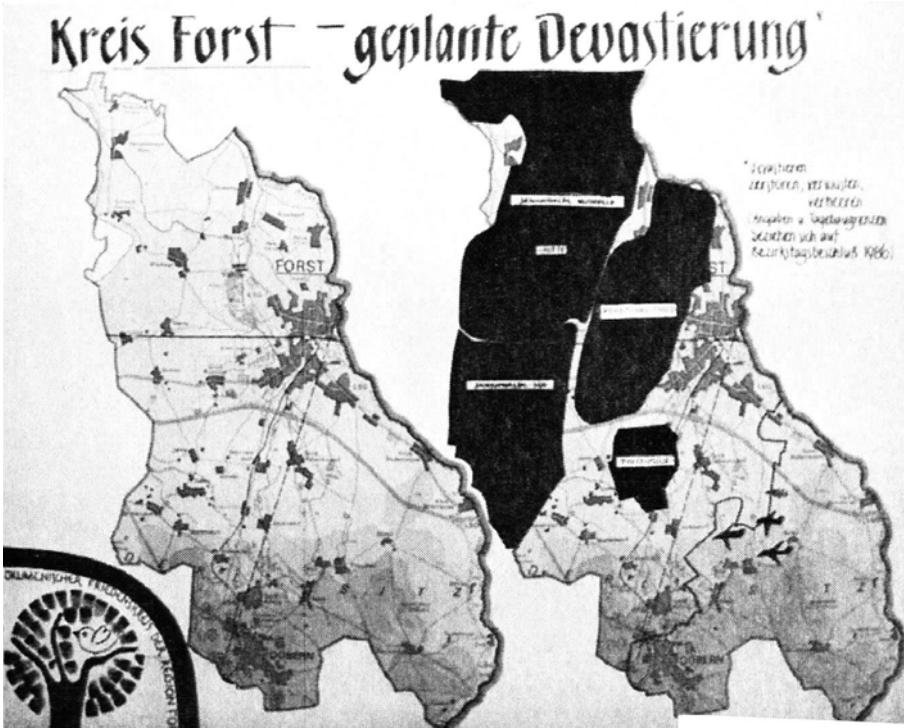


Abb. 5: 1988 selbstgefertigte Ausstellungstafel des ÖFK über den geplanten Braunkohlenaufschluss in der Region Forst/Lausitz in Ergänzung der „Kohlenausstellung“ des Mulknitzer Pfarrers Jörg Radecke .

1986 erfolgte von Friedens- und Umweltaktivisten, die sich seit Anfang der 1980er Jahre zu weltpolitischen, menschenrechtlichen und ökologischen Fragen engagierten, die Gründung des unabhängigen „Ökumenischen Friedenskreises der Region Forst“ (ÖFK).<sup>92</sup> Von ihnen wurde zwischen Januar 1988 und März 1990 das unabhängige Informationsblatt „Aufbruch“ herausgegeben, dessen Ausgabe vom Mai 1988 dem Schwerpunktthema „Umwelt“ gewidmet war.<sup>93</sup> Zentrales Thema des Arbeitskreises war „die Problematisierung des Braunkohlenabbaus“ und seiner Auswirkungen, eine von drei Aktionsgruppen widmete sich der Natur- und Umwelterhaltung.<sup>94</sup> Zu den Aktiven des Arbeitskreises gehörte auch der Revierförster und Kreisnaturschutzbeauftragte Norbert Elsner (geb. 1951). Er wurde als erster Kreisnaturschutzbeauftragter in Forst (1979 bis

<sup>92</sup> Vgl. Maria Nooke, Für Umweltverantwortung und Demokratisierung. Die Forster Oppositionsgruppe in der Auseinandersetzung mit Staat und Kirche, Berlin 2008.

<sup>93</sup> Es erschienen insgesamt 12 Ausgaben in einer Auflage von anfangs 60 bis 120, später 400 Exemplaren (Nooke 2008, S. 181).

<sup>94</sup> Ebd., S. 101, 168, 219. Die Leitung der Aktionsgruppe oblag dem Chemieingenieur bei der staatlichen Gewässeraufsicht Frank Sensel.

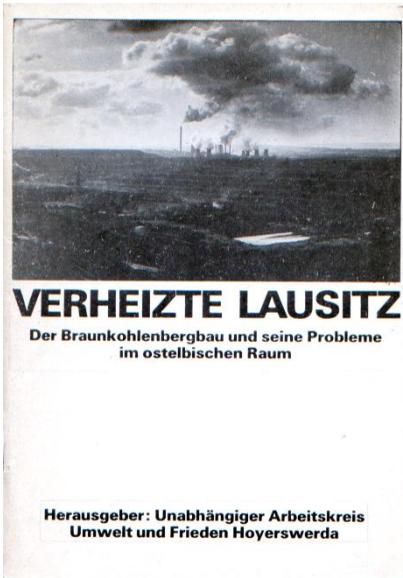


Abb. 6: Titel „Verheizte Lausitz“ (Arbeitskreis Umwelt und Frieden Hoyerswerda 1990).

1991) wie viele andere als staatsfeindlicher Naturschutz-Aktivist eingestuft und als „Teil einer zielgerichteten politisch-operativen Durchdringung der ‚GNU‘“ von der Stasi beobachtet.<sup>95</sup>

Ein praktisches Beispiel der Arbeit des ÖFK ist der Kampf um das Euloer Bruch bei Forst.<sup>96</sup> Hierbei handelt es sich um einen weise in eine Teichlandschaft umgewandelten fichtenreichen Erlenbruchwald von 83,22 ha, der 1961 zum NSG erklärt wurde.<sup>97</sup> Eine Besonderheit ist das nördlichste Vorkommen von *Picea abies*, der Gewöhnlichen Fichte.<sup>98</sup> Das NSG sollte der 2009 bis 2030 geplanten Abbaggerung des sogenannten Forster Hauptfeldes weichen.<sup>99</sup> Der ÖFK ist für die Pflege des Bruchs, das bereits bei Wanderungen der Friedensdekaden 1987 und 1988 aufgesucht worden war, im November 1988 mit Ausholungsaktionen selbst aktiv geworden und hat sich mit einem Antrag an die Synode der Landeskirche Brandenburg für die Erhaltung des Bruchs eingesetzt.<sup>100</sup> Die Pläne zur

Abaggerung des Hauptfeldes wurden im Herbst 1990 verworfen.<sup>101</sup>

Eine weitere von Staat und Partei unabhängige Gruppe war der ebenfalls 1986 gegründete „Arbeitskreis Umwelt und Frieden Hoyerswerda“. Von seinen Mitstreitern wurde das Informationsblatt „Grubenkante“ herausgegeben. Eine Ausgabe aus dem Jahr 1989 widmete sich der drohenden Zerstörung des 104,7 ha großen 1972 festgesetzten NSGs

<sup>95</sup> Vgl. den Bestand StUG 309–1 bis 17 – Elsner, Norbert; darunter die Stasi-Akte Norbert Elsner (StUG 309-14); Weiterhin Behrens, Hermann, Aus der Arbeit der Naturschutzbeauftragten im Altkreis Forst/Lausitz 1945 bis 1990. In: Studienarchiv Umweltgeschichte Bd.13/2008, S. 14–42; siehe auch die Ausführungen in: Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte, 2010, S. 348–351, biografische Angaben zu Elsner S. 584 f.

<sup>96</sup> Vgl. Heinz-Dieter Krausch, Das Naturschutzgebiet Euloer Bruch bei Forst. In: Märkische Heimat 3 (1959) H. 1, S. 58–60; Norbert Elsner/Frank Sensel, Die Gefährdung des NSG Euloer Bruch. In: Kirchliches Forschungsheim Wittenberg (Hg.): Grünheft – 22 Beiträge zur ökologischen Situation – aus kirchlichen Umweltgruppen der DDR, Wittenberg 1990, S. 30–33.

<sup>97</sup> Der Einsatz für die Festsetzung des seit 1937 eingetragenen Naturdenkmals begann jedoch schon unmittelbar nach Kriegsende durch den Naturschutzbeauftragten von Forst, Ernst Behr (vgl. Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte, 2010, S. 334 ff.).

<sup>98</sup> Krausch 1959; Fischer/Großer/Mansik/Wegener 1982, S. 237–239.

<sup>99</sup> Vgl. Nooke 2008, S. 89.

<sup>100</sup> Ebd., S. 172.

<sup>101</sup> Ebd., S. 90.

Dubringer Moor, das 1981 eine Festlegung als Bergbauschutzgebiet erfuhr.<sup>102</sup> Dabei verwiesen die Autoren auf die historische Gefährdung dieses größten Moorkomplexes der Oberlausitz seit den 1930er Jahren, das nun als eines von 12 NSG abgebaggert werden sollte. 1987 formulierte der Arbeitskreis deswegen eine Eingabe, die vom Direktor des Büros für Territorialplanung Cottbus, Gunter Clemens, beantwortet wurde. 1989 startete der Arbeitskreis eine Unterschriftensammlung gegen die Abbaggerung.<sup>103</sup> Die Tagebaupläne wurden verändert und das Moor existiert bis heute. Die 1990 vom Arbeitskreis herausgegebene Broschüre „Verheizte Lausitz. Der Braunkohlenbergbau und seine Probleme im ostelbischen Raum“ dokumentiert die zum Stand des Zusammenbruchs der DDR stattgefundenen und geplante Landschaftsinanspruchnahme in der Region.

Naturschutz spielte nicht nur in den naturwissenschaftlichen Vereinigungen eine Rolle, sondern wurde in den 1980er Jahren zu einem gesamtgesellschaftlichen Thema: So nutzte der sorbisch-stämmige Autor Jurij Koch (geb. 1936) eine Vorstandssitzung des Schriftstellerverbandes der DDR zum Thema „Literatur und Heimat“ dazu, über die Folgen der „technischen Zivilisation“ zu klagen. Er fragte „nach dem Verhältnis von materiellem Gewinn und geistig-moralischem Verlust“. Wie schon anderswo zeige sich nun in der DDR, dass materieller Wohlstand zu „ethischer Armut“ führen könne. Die Schönheit seiner Lausitzer Heimat sei dahin, zerstört durch Braunkohletagebau, Waldsterben und Wasserverschmutzung. Um kurzfristiger materieller Vorteile willen habe der Doktor Faustus, so Kochs Vergleich mit der alten Legende, dem Teufel seine Seele verschrieben. Es müsse gelingen, „die Seele der Landschaft zu retten“. Koch: „Sonst sind wir selbst nicht mehr zu retten.“<sup>104</sup>

### Weitere Veröffentlichungen des Naturschutzes

Aus der DDR-Zeit fallen insbesondere die zahlreichen sorgfältig ausgearbeiteten wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen zum Naturschutz auf. Ein als Informations- und Arbeitsgrundlage gedachtes Heft über Landschaft und Boden, Tier- und Pflanzenwelt sowie den Naturschutz im Bezirk Cottbus erschien bereits 1954.<sup>105</sup> Kurt Kretschmann lobte die vom ILN Zweigstelle Potsdam, herausgegeben

<sup>102</sup>Fischer/Großer/Mansik/Wegener 1982, S. 256–260.

<sup>103</sup>Grubenkante. Das Dubringer Moor, im Jahre 2020 Tagebau? Informationsblatt des Arbeitskreises Umwelt und Frieden Hoyerswerda. Zur innerkirchlichen Information. 1989 LJP/1011/7/89/1000.

<sup>104</sup>Zitiert nach Peter Wensierski, Wir haben Angst um unsere Kinder (SPIEGEL-Report über die Umweltverschmutzung in der DDR Teil III). In: Spiegel Nr. 30 1985, S. 60–68, hier S. 68. Der West-Berliner Politologe und Journalist Peter Wensierski hatte für seine Dissertation über „Ökologieprobleme und Kritik an der Industriegesellschaft in der DDR heute“ fünf Jahre lang Informationen gesammelt, die teilweise in einem dreiteiligem Report über Umweltverschmutzung in der DDR veröffentlicht wurden. Siehe auch: Peter Wensierski, Von oben nach unten wächst gar nichts. Umweltzerstörung und Protest in der DDR, Frankfurt/Main 1986.

<sup>105</sup>Heinz-Dieter Krausch, Natur und Naturschutz im Bezirk Cottbus (1954). Gleicher Art Hefte entstanden für die Bezirke Potsdam (1956) und Frankfurt/Oder (1961).

Publikationen als überaus wichtiges Beispiel für den Rest der DDR.<sup>106</sup> Je nach Personalstärke und Kontinuität der Naturschutzgruppen konnten auch regelmäßige Reihen begründet werden: In Guben erschien ab 1956 ein 12seitiges Heft „Aus der Natur und Heimat der Umgebung von Guben“.<sup>107</sup>

Oftmals wurden Beiträge zum Natur- und Heimatschutz in den Heimatkalendern der Kreise veröffentlicht. Dass dies sehr unterschiedlich gehandhabt wurde, ist einem Beitrag von Krausch als Mitherausgeber der Märkischen Heimat zu entnehmen, der in der Tradition der Naturschutzberichterstattung z.B. in den Heften „Naturdenkmalpflege und Naturschutz in Berlin und Brandenburg“ die Heimatkalender des Jahres 1956 und folgender auf ihre Beiträge zum Naturschutz untersucht hat. Während die Kalender von Cottbus und Lübben gar keine diesbezüglichen Beiträge aufwiesen, wurden der Forster und der Gubener Kalender, in dem es einen Übersichtsbeitrag zum Kreisnaturschutz des Naturschutzbeauftragten Gerhard Zach gab, gelobt. Krausch forderte deswegen, dass „Beiträge über die Heimatnatur und den heimischen Naturschutz noch viel stärker berücksichtigt werden müssen.“<sup>108</sup>

Die zentrale Naturschutz-Publikation auf Bezirksebene war „Natur und Landschaft im Bezirk Cottbus“. Das Heft 1 erschien 1978 unter der Redaktion von Hamsch und Heym in Herausgeberschaft des Bezirksmuseums Cottbus und der Bezirksleitung des Kulturbundes der DDR, Bezirkskommission Natur und Heimat, und wurde redaktionell unterstützt vom Floristischen Arbeitskreis der Niederlausitz, um „weitere Aktivitäten bei der Erforschung und Gestaltung unserer sozialistischen Heimat auszulösen und zu fördern“.<sup>109</sup>

Der Rat des Bezirkes Cottbus, Abteilung Forstwirtschaft, Bezirksarbeitsgruppe „Arten-schutz“ veröffentlichte 1979 auch erstmals eine „Liste der gefährdeten Pflanzen- und Tierarten im Bezirk Cottbus“.<sup>110</sup>

Eine „Liste der erloschenen und gefährdeten Farn- und Blütenpflanzen der Niederlausitz“ veröffentlichte der Floristische Arbeitskreis 1980 als Ergebnis seiner Kartierungen in seinen Mitteilungen.<sup>111</sup> Dieser Studie voraus ging 1973 die „Liste der in der DDR

<sup>106</sup>Vgl. Kurt Kretschmann, Bücher- und Zeitschriftenschau. In: Märkische Heimat 2 (1957) H. 2, S. 163 f.

<sup>107</sup>Vgl. den Hinweis in: Märkische Heimat 1 (1956) H. 2, S. 63.

<sup>108</sup>Vgl. Dieter Krausch, Natur und Naturschutz in den Heimatkalendern des Bezirkes Cottbus für 1956. In: Märkische Heimat 1 (1956) H. 3, S. 61 f., Die Krausch'sche Kalenderschau wird in den folgenden Jahrgängen fortgesetzt: Siehe z.B. Heinz-Dieter Krausch, Die Brandenburgischen Heimatkalender des Jahres 1961 b) Naturwissenschaftliche Beiträge. In: Märkische Heimat 5 (1961) H. 3, S. 215 f.

<sup>109</sup>So Manfred Lang, Mitglied des Rates für Kultur beim Rat des Bezirkes Cottbus in der Einleitung von Heft 1.

<sup>110</sup>Werner Jorga/Siegfried Hamsch/Dietrich Ruhle/Ingrid Polleschner (Hg. Rat des Bezirkes Cottbus, Abteilung Forstwirtschaft, Bezirksarbeitsgruppe Artenschutz), Liste der gefährdeten Pflanzen- und Tierarten im Bezirk Cottbus, Cottbus 1979.

<sup>111</sup>Siegfried Hamsch/Hubert Illig/Jürgen Illig/Helmut Jentsch/Heinz-Dieter Krausch, Liste der erloschenen und gefährdeten Farn- und Blütenpflanzen der Niederlausitz. In: Niederlausitzer Floristische Mitteilungen Bd. 9/1980, S. 2–32.

erloschenen und gefährdeten Farn- und Blütenpflanzen“ und 1978 die „Liste der in den brandenburgischen Bezirken erloschenen und gefährdeten Moose, Farn- und Blütenpflanzen“. <sup>112</sup> 1988 erfolgte erneut eine Darstellung der gefährdeten Pflanzengesellschaften auf dem Territorium der DDR, deren Redaktion bei Hamsch lag und an der u.a. Krausch und Pietsch mitgewirkt haben. <sup>113</sup>

Ab 1982 trat der Bezirksvorstand der Gesellschaft für Natur und Umwelt an Stelle der Natur- und Heimatfreunde in die Herausgeberschaft der Cottbuser Hefte ein. Bis 1990 erschienen 12 Ausgaben.

Als eines der letzten Hefte (Sonderheft) von „Natur und Landschaft im Bezirk Cottbus“ erschien 1989: „Gefährdete Pflanzengesellschaften der Niederlausitz“ als Ergebnis der Floristentagung von 1986 (H. 12/1987), an dem Großer, Illig, Jentsch, Klemm, Krausch und Pietsch mitgewirkt haben. <sup>114</sup>

Gleichfalls gab die Bezirksnatschutzbehörde Cottbus, Bezirksarbeitsgruppe „Artenschutz“ unter der Leitung von Werner Jorga die überarbeitete Rote Liste der gefährdeten Pflanzen- und Tierarten im Bezirk Cottbus (Stand 1989) heraus. <sup>115</sup> Die Bezirksliste erschien demnach 10 Jahre nach der brandenburgischen Regionalliste, die wiederum die dritte der DDR war. <sup>116</sup>

Ab 1991 wurde die Bezirks-Reihe im Namen des im Oktober 1990 gegründeten Naturwissenschaftlichen Vereins der Niederlausitz e.V. von Sigrid Robel und Rolf Striegler unter dem Titel „Natur und Landschaft in der Niederlausitz“ fortgesetzt. <sup>117</sup>

Eine weitere für die Lausitz wichtige Publikation erschien in Görlitz. Die Reihe „Abhandlungen und Berichte des Naturkundemuseums – Forschungsstelle – Görlitz“ (gegründet 1811) erschien seit 1827 als „Abhandlungen der Naturforschenden Gesellschaft zu Görlitz“ und ab 1954 (Bd. 34) als „Abhandlungen und Berichte des Naturkundemuse-

<sup>112</sup>Vgl. Kulturbund der DDR, Zentraler Fachausschuß Botanik: Liste der in der DDR erloschenen und gefährdeten Farn- und Blütenpflanzen (Stand 14.1.1973); Dieter Benkert, Liste der in den brandenburgischen Bezirken erloschenen und gefährdeten Moose, Farn- und Blütenpflanzen (Stand vom Mai 1978). In: Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg 14 (1978) H. 2/3, S. 33–55.

<sup>113</sup>Hans Dieter Knapp/Leberecht Jeschke/Michael Succow (Hg. Kulturbund der Deutschen Demokratischen Republik, Zentralvorstand der Gesellschaft für Natur und Umwelt, Zentraler Fachausschuß Botanik), Gefährdete Pflanzengesellschaften auf dem Territorium der DDR, Cottbus 1988.

<sup>114</sup>Vgl. Hubert Illig, Einleitung zum Sonderheft „Gefährdete Pflanzengesellschaften der Niederlausitz“. In: Natur und Landschaft im Bezirk Cottbus 1989, S. 3–9.

<sup>115</sup>Manfred Lehmann/Ingrid Polleschner/Siegfried Hamsch (Redaktion Hg. Bezirksnatschutzbehörde Cottbus, Bezirksarbeitsgruppe „Artenschutz“ unter der Leitung von Werner Jorga), Rote Liste der gefährdeten Pflanzen- und Tierarten im Bezirk Cottbus (Stand 1989), Cottbus 1989.

<sup>116</sup>Vgl. Wolfgang Benak, Das Grünschutzsystem von Cottbus. Ein Beispiel sozialistischer Landschaftsgestaltung. In: Natur und Heimat 10 (1961) H. 11, S. 543–554 (dritte Regionalliste der DDR).

<sup>117</sup>Heft 27 erschien 2008.

ums – Forschungsstelle – Görlitz“.<sup>118</sup> Kurz bevor im November 1989 in Berlin die Mauer zum Einsturz gebracht wurde, fand das 9. Symposium über die naturwissenschaftliche Forschung in der Oberlausitz am 4. und 5. November 1989 statt. Die Ergebnisse erschienen unter dem Titel „Die Vielfalt der Natur in der Lausitz – ihre Erhaltung und bergbauliche Inanspruchnahme“.<sup>119</sup> Dieses Heft unterstreicht erneut den hohen Grad der wissenschaftlichen Erfassung und Erforschung der natürlichen Gegebenheiten auf dem Gebiet der DDR.

Angesichts der extrem eingeschränkten bis verweigerten Rechte auf Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit sowie der fehlenden Rechtsstaatlichkeit musste der DDR-Naturschutz sich mit dem zufrieden geben, was innerhalb des fest umrissenen politischen Rahmens an Arbeits- und Aushandlungsspielräumen möglich und durchsetzbar war. Wie einengend dieser Rahmen war, belegen die spärlichen Spielräume der unabhängigen Initiativen in der Umbruchzeit 1988/89. Dennoch bestechen gerade angesichts der reglementierenden Rahmenbedingungen die Breite des Engagements, Zielstrebigkeit, Ausdauer und Mut der Beteiligten, das Ausmaß des Erreichten und die Tiefe der wissenschaftlichen Durchdringung.<sup>120</sup> Der Niederlausitzer Naturschutz verfügte dabei über ein außerordentlich hoch gebildetes und gut vernetztes Personal.

## 2. Naturschutz in der Niederlausitz nach der Wiedervereinigung Deutschlands

Die Wiedervereinigung brachte auch für den Naturschutz Abwicklungen und Abbrüche, aber auch Aufbrüche und den Aufbau neuer Strukturen, woran vielfach die vormalig Aktiven beteiligt waren.<sup>121</sup>

So arbeitete z.B. der Biologische Arbeitskreis zunächst unter dem Dach des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) und seit 1994 als gemeinnütziger Verein weiter.<sup>122</sup> 1997 wurde der Vorsitzende und Mitbegründer des Arbeitskreises Donath Leiter des „Naturparks Niederlausitzer Landrücken“.<sup>123</sup> In Cottbus gründeten Kulturbundmitglieder

<sup>118</sup>Vgl. Inhalt der Abhandlungen und Berichte des Naturkundemuseums – Forschungsstelle – Görlitz, Band 1 bis 50 (1827–1976). In: Abhandlungen und Berichte des Naturkundemuseums – Forschungsstelle – Görlitz Bd. 50 (1976) Nr. 15.

<sup>119</sup>Vgl. Abhandlungen und Berichte des Naturkundemuseums – Forschungsstelle – Görlitz Bd. 64 (1990) Nr. 1, 1–117.

<sup>120</sup>Zur Bedeutung des Ehrenamts vgl. Uwe Wegener, Ohne sie hätte sich nichts bewegt – zur Arbeit der ehrenamtlichen Naturschutzhelfer und -helferinnen. In: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. 1998, S. 89–108.

<sup>121</sup>Vgl. z.B. Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Spree-Neiße, 20 Jahre Naturschutzarbeit in der Region des Landkreises Spree-Neiße. Beiträge zu Organisationsformen und Instrumenten, ausgewählten Aktivitäten und Ergebnissen der Naturschutzarbeit von 1980–2000. o.O. o.J. mit Beiträgen von Dieter Müller, Detlef Schöley und Norbert Elsner sowie einer Übersicht über die Naturschutztagungen des Kreises Cottbus-Land in der Zeit von 1980 bis 1999.

<sup>122</sup>Zur Gründung des NABU vgl. Hans Sciborski/Bärbel Goedicke (Redaktion, Hg. NABU, Landesverband Brandenburg e.V.), Der Naturschutzbund (NABU) in Brandenburg. Ausgewählte Beiträge und Dokumente zum Gründungsjahr 1990, Potsdam 1985.

<sup>123</sup>Vgl. Donath/Illig/König/Sauer 2001 sowie Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte, 2010, S. 316.

den „Förderverein Kulturlandschaft Niederlausitz“, der sich bis heute in landschaftsgestalterischen und naturschutzbezogenen Fragen sowie für die Aufarbeitung der Geschichte des Bergbaus engagiert.

Die DDR brachte in die deutsche Wiedervereinigung als sogenanntes „Tafelsilber“ einen wichtigen ökologischen wie kulturellen Wert ein: So wurde auch der Spreewald als überregional bedeutendes Erholungsgebiet und Biosphärenreservat von 375 km<sup>2</sup> in das Nationalparkprogramm der DDR aufgenommen, das im Januar/Februar 1990 von der DDR-Übergangsregierung für 12 % der Landesfläche ausgearbeitet und beschlossen worden ist. Anschließend wurde er als Großschutzgebiet des Landes Brandenburg festgesetzt.<sup>124</sup>

Das Land Brandenburg verabschiedete 1992 das „Brandenburgische Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege“ (Brandenburgisches Naturschutzgesetz). Während dadurch rechtliche Möglichkeiten wie die Verbandsklage auf Brandenburger Territorium wirksam wurden, wurden demokratische Mitentscheidungsmöglichkeiten, wie die Beibehaltung der Naturschutzbeauftragten nicht genutzt. Die Kreise können allerdings weiterhin Naturschutzbeiräte als Fachgremien einrichten.<sup>125</sup>

Der Niederlausitzer Naturschutz wurde seit der Wiedervereinigung vor allem durch Fragen des Braunkohletagebaus bestimmt. Zum einen galt es, die Rekultivierungsanstrengungen der neuen/alten Bergbauinstitutionen und Landesverantwortlichen zu unterstützen und fachlich zu begleiten, zum anderen, der Ausweitung oder Neuerschließung von Tagebauen kritisch zu begegnen. Von Michael Renger, Berlin, wurde für den unabhängigen „Arbeitskreis Umwelt und Frieden Hoyerswerda“ eine Liste der „Geplante[n] Vernichtung von Naturschutzgebieten und Landschaftsschutzgebieten“ erarbeitet, die den DDR-Planungsstand vom März 1990 dokumentiert.<sup>126</sup>

Oft sind es die alten Naturschutzaktiven, die sich vor dem Hintergrund der neuen Möglichkeiten weiter für ihre Ziele einsetzen. So erarbeiteten H. Donath und R. Donat programmatische Naturschutzhinweise für den „Landesfachausschuss Bergbaufolgelandschaft im Naturschutzbund Deutschland (NABU) Landesverband Brandenburg e.V.“ und die Lausitzer Bergbauverwaltungsgesellschaft mbH (LAUBAG).<sup>127</sup> Das Engagement der LAUBAG ist vielfältig dokumentiert und öffentlichkeitswirksam aufbereitet.<sup>128</sup> Die Sanierung wird, soweit sie den „Alt-Bergbau“ aus DDR-Zeiten betrifft, heute allein von der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbauverwaltungsgesellschaft (LMBV) wahrge-

<sup>124</sup>Vgl. Ministerium für Umwelt Naturschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg: Biosphärenreservat Spreewald. Großschutzgebiet des Landes Brandenburg (Reihe Kulturlandschaften), Potsdam 1993.

<sup>125</sup>Vgl. Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte, 2010, S. 436 ff.

<sup>126</sup>In: Arbeitskreis Umwelt und Frieden Hoyerswerda 1990, S. 73–75.

<sup>127</sup>Landesfachausschuss Bergbaufolgelandschaft im Naturschutzbund Deutschland (NABU) Landesverband Brandenburg e.V. (Redaktion Helmut Donath/R. Donat)/Lausitzer Bergbauverwaltungsgesellschaft mbH (Hg.): Naturschutz in der Bergbaufolgelandschaft Südbrandenburgs. Brieske, Potsdam o.J.; Lausitzer Bergbauverwaltungsgesellschaft mbH (Hg., Redaktion Donath, Helmut & Donat, R.) o.J.

<sup>128</sup>Vgl. u.a. Reinhard Möckel, Rekultivierung von Kippen des Braunkohlenbergbaus aus Naturschutzsicht. In: Natur und Landschaft in der Niederlausitz Bd. 15/1994, S. 38–50.

nommen. Hinzu kommen Wissenschaftler oder die in verschiedenen Organisationen und Verbänden organisierten Naturschutzaktiven, die den Prozess der Rekultivierung mit großem Interesse begleiten.<sup>129</sup>

Wie schon in den Anfangsjahren des Naturschutzes kaufen Stiftungen, wie der Naturschutzbund Deutschland, auch Flächen, wie z.B. die 2.000 ha große Tagebaurestfläche „Naturparadies Grünhaus“ südlich von Finsterwalde, damit sich dort nach ihren Vorstellungen eine „vom Menschen unbeeinflusste“ wildnishaftige Natur entwickeln kann.

Ein Beispiel für die engagierte und zielstrebige Schaffung ökologisch wertvoller und touristisch attraktiver Gebiete ist der „Naturpark Niederlausitzer Landrücken“.<sup>130</sup> Ein im Oktober 1991 auf Initiative von Donath, Illig, Claus König und Jürgen Sauer gegründeter Verein mit dieser Idee konnte schon bald auf 140 Mitglieder zählen, darunter 20 Gemeinden. In einer anfangs 21 km<sup>2</sup> großen „infolge der DDR-Agrarpolitik relativ strukturarmen Landschaft“ sollten ein Fließ wieder hergestellt, Kleingewässer saniert und ein Netz von Hecken, Baumreihen und Solitärgehölzen angelegt werden, wofür unter anderem auch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Anspruch genommen worden sind. Sechs Jahre später konnte im Oktober 1997 der Naturpark gegründet werden, der heute 580 km<sup>2</sup> umfasst und in dem die drei ehemaligen Großtagebaue Schlabendorf-Nord, Seese-West und Schlabendorf-Süd liegen. Ca. ein Drittel der Flächen werden im Sinne des Naturschutzes saniert. Ein zweites Entwicklungsgebiet innerhalb der Niederlausitz ist der „Naturpark Niederlausitzer Heidelandschaft“ (490 km<sup>2</sup>), in dem auf 54 % der Gesamtfläche elf Natur- und sechs Landschaftsschutzgebiete liegen. Auch hier kümmert sich ein Förderverein um die Gestaltung und Entwicklung.<sup>131</sup>

Ein weiteres Beispiel zeigt die politische Zäsuren überdauernde Langfristigkeit von Konflikten um schützenswerte Gebiete und deren schwierige politische Klärung: So lieferten sich Anwohner, Naturschützer und politisch engagierte Umweltaktivisten von 1984 bis 2007 eine der intensivsten und härtesten Auseinandersetzungen mit den Trägern der Braunkohleförderung vom VEB über die LAUBAG bis zu Vattenfall um die Erweiterung des Tagebaus Cottbus-Nord, der die Abaggerung des Dorfes Lakoma und der angrenzenden Teichlandschaft bedeutete.<sup>132</sup>

Die 1968 als LSG festgesetzten Peitzer Teiche gelten als ein international bedeutsames Feuchtgebiet. Neben den Fischteichen in Milic (Polen), bei Trebon in Böhmen (Tschechien) und Lewitz (Deutschland) bilden sie eines der größten zusammenhängenden

<sup>129</sup>Vgl. beispielsweise den Beitrag von Wolfgang Ewert, Naturschutz in der Bergbaufolgelandschaft. In: Naturmagazin Berlin – Brandenburg – Mecklenburg-Vorpommern 8 (2004) H. 4, S. 4–9; Helmut Jentsch, Zur Wiederbesiedlung ehemaliger Tagebauflächen im Süden der Niederlausitz. In: Natur und Landschaft in der Niederlausitz 2008 H. 27, S. 3–15.

<sup>130</sup>Vgl. hierzu und zum Folgenden Donath/Illig/König/Sauer 2001.

<sup>131</sup>Vgl. die Broschüren des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg (unterschiedliche Auflagen 1999 bis heute).

<sup>132</sup>Verfügbar unter <http://www.lacoma.de/lacoma/index.htm>, <http://www.robinwood.de/german/energie/braunkohle/Chronologie%20des%20Kampfes%20um%20Lacoma.pdf>, <http://www.robinwood.de/german/energie/braunkohle/Chronologie%20des%20Kampfes%20um%20Lacoma.pdf> (abgerufen am 25.8.2013).

Teichgebiete in Mitteleuropa.<sup>133</sup> Anfang der 1980er Jahre wurden die Vogelbestände von einer Peitzer Gruppe der GNU erfasst. Unabhängig voneinander lehnten sowohl die Dorfbewohner von Lakoma als auch Cottbuser und Peitzer Naturschützer die Erweiterung des Tagebaus ab. Es gab allerdings einen organisierten Protest der Dorfbewohner nur in Form von Eingaben und der geschlossenen Weigerung des Verkaufs ihrer Grundstücke und Häuser.<sup>134</sup> Konnten die Anwohner 1986 – gemessen an den Bedingungen politischen Protestes in der DDR – hinsichtlich ihrer als erstes Dorf der DDR geschlossenen vollzogenen Umsiedlung noch einen wichtigen Erfolg gegen den Druck von Behörden und Staatsicherheit verbuchen, fällt die Gesamtbilanz der Auseinandersetzung 25 Jahre nach der Wiedervereinigung zu Ungunsten der Lakomaer Teiche als Teil des Peitzer Landschaftsschutzgebietes aus: Bereits 1986 bis 1992 wurde der 500 Jahre alte von Mönchen angelegte Hammergraben in einem Teilabschnitt neu angelegt und 1992 geflutet. Dorf und Teiche sind jedoch inzwischen abgetragen, als naturschutzrechtlich festgelegte Ausgleichsmaßnahme wurde der Spreelauf nördlich von Cottbus auf 11 Kilometern renaturiert. Bis 2015 soll der Tagebau Cottbus-Nord in der geplanten Form ausgekohlt und der Cottbuser See bis 2018 geflutet sein.<sup>135</sup>

## Quellen Abbildungen

Abb. 1: Rekultivierung einer Kiesgrube im Kreis Calau: Schülergruppe des Kreisferienlagers für Naturschutz beim Abflachen von Steilhängen. Foto St. Butzek (In: Steffen Butzeck, Zur Anlage einer Schutzfläche für gefährdete Amphibienpopulationen im Kreis Calau. In: Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg 19 (1983) H. 2, S. 51–55, Abb. 3).

Abb. 2: Karte Bezirk Cottbus, Natur- und Landschaftsschutzgebiete (aus: Wittig 1982, S. 41).

Abb. 3: „Bergbaufolgelandschaft im Norden von Cottbus um 2010. Erster Entwurf“, Otto Rindt, Büro für Territorialplanung des Bezirks Cottbus 16.3.78 (In: Wittig 1982, S. 37).

Abb. 4: Titel der Niederlausitzer Floristischen Mitteilungen Bd. 7/1974, Foto Siegfried Hamsch (Leberblümchen *Hepatica nobilis* im Randsaum am Eßberg, Kreis Guben).

Abb. 5: 1988 selbstgefertigte Ausstellungstafel des ÖFK über den geplanten Braunkohlenaufschluss in der Region Forst/Lausitz in Ergänzung der „Kohlenausstellung“ des Mulknitzer Pfarrers Jörg Radecke (aus: Nooke 2008, S. 453)

Abb. 6: Titel „Verheizte Lausitz“ (Arbeitskreis Umwelt und Frieden Hoyerswerda 1990).

<sup>133</sup>Vgl. Hans-Peter Krüger, Das Teichgebiet von Peitz – 25 Jahre Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung (1979 – 2004). In: Natur und Landschaft in der Niederlausitz Bd. 25/2005, S. 121–136.

<sup>134</sup>Vgl. Benjamin Noelting, Strategien und Handlungsspielräume lokaler Umweltgruppen in Brandenburg und Ostberlin von 1980 bis 2000 (Dissertation Freie Universität Berlin), Frankfurt/Main 2002, hier S. 165–172.

<sup>135</sup>Vgl. die Broschüren der LAUBAG, Vorgängerin von Vattenfall, „Landschaft nach dem Bergbau, Teilverlegung Hammergraben“ und „Landschaft nach dem Bergbau, Der Cottbuser See“, mit denen ab Beginn der 1990er Jahre unter Berufung auf die ab 1979 von Landschaftsarchitekt Otto Rindt u.a. im Büro für Territorialplanung erarbeitete Konzeption der Bergbaufolgelandschaft gewonnen wurde.

## Nachtrag zum Lexikon der Naturschutzbeauftragten. Band 3: Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte in Berlin und Brandenburg

Im 3. Band der Reihe Lexikon der Naturschutzbeauftragten, der die Beauftragten in Berlin und Brandenburg würdigte, wurde *Wolfgang Teske*, dem Studienarchiv Umweltgeschichte langjährig verbunden, nicht berücksichtigt, da mir dessen Wirken als Kreisnaturschutzbeauftragter erst nachträglich bekannt wurde. Da nicht davon auszugehen ist, dass dieser Band in absehbarer Zeit wieder aufgelegt wird, folgt seine Kurzbiografie an dieser Stelle.

*Hermann Behrens.*

### Teske, Wolfgang

Geb. 18.6.1934 Berlin. KNB Kreis Fürstenberg 1952 bis 1953.

**Ausbildung/Beruf:** Aufgewachsen in Berlin. In Berlin-Weißensee Besuch der Volksschule und Mittelschule (Realschulabschluss). Nach Abschluss der Schule für einige Wochen forstpraktische Tätigkeit in der Oberförsterei Sachsenhausen. Vom 1.1.1952 bis 31.12.1952 Lehre als Forstfacharbeiter in Müllrose. Ab 1953 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Lehr- und Versuchsrevier für vorratspflegliche Waldwirtschaft Sauen, das von 1949 bis 1963 der Abteilung Waldbau (Tharandt) der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften unterstellt war. Während dieser Zeit absolvierte W. Teske ein Fernstudium an der Forstfachschole Tharandt und Schwarzburg (Thüringen) mit Abschluss als Forstingenieur. Ab 8.2.1962 bis 30.11.1964 war er dann Forstangestellter im StFB Frankfurt (Oder) in Müllrose, Abteilung Waldbau und Aufbauleiter der dortigen Forstbaumschule. Danach in Guben Betreiber des Heimattiergartens und Inhaber der Gaststätte „Quellhütte“ bis 1991. 1992 Vorruhestand. Ab 1994 Rentner.



Wolfgang Teske, Anfang der 1950er Jahre. Foto: privat.

**Naturschutzarbeit:** Bereits während seiner Lehre Mitgründung einer AG Naturschutz mit 10 Mitgliedern, die insbesondere praktischen Vogelschutz betrieben. Während seiner KNB-Tätigkeit Antrag beim Rat des Bezirkes auf Unterschutzstellung des Schlaubetals als NSG. Nach seiner KNB-Tätigkeit viele Jahre Naturschutzhelfer. Besondere Bemühungen um den Uferschutz und illegale Bauvorhaben. In den 1950er und 1960er Jahren Mitwirkung an Wasservogelzählungen. Leitung einer AG Junge Naturforscher 1981–1982. 1986–1988 Mitwirkung an dem Fließgewässeruntersuchungsprogramm und an der DDR-weiten Kartierung der Fische und Rundmäuler, beides unter Verantwortung des ILN. Bis heute Artenschutzbemühungen für Biber und Otter in der Gubener Umgebung.

**Auszeichnungen/Mitgliedschaften:** Ehrennadel des Kulturbundes in Gold (1987). Ehrennadel des Rates des Bezirkes (1987) und Ehrennadel des Rates des Kreises (1984) für besondere Leistungen im Naturschutz in Bronze. Vorsitzender des Kulturbundes und der NDPD in Müllrose. Zeitweise Stadtverordneter. Mitglied der Agrarwiss. Ges. der DDR. Mitglied des Parkaktivs Cottbus und des Vorstands der Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) Cottbus, Vors. der Fachgruppe Dendrologie und Gartenarchitektur in der GNU Guben (vorher der AG Landschaftspflege und Naturschutz

im DKB Guben). Mitglied der Bezirksarbeitsgruppe (BAG) Artenschutz im Bezirk Cottbus, darin zuständig für die Fische und Rundmäuler. Vors. der BAG und Mitglied des Zentralen Arbeitskreises (ZAK) Ichthyofaunistik. 1991). Mitgründer und in den ersten Jahren Präsident der Gesellschaft für Naturschutz und Landschaftsforschung Guben (2007 aufgelöst). Ab 31.1.1995 Vertreter der Naturschutzverbände im Fischereibeirat des Landkreises Spree-Neiße. Mitglied der Dt. Dendrolog. Ges. und des NABU. Vertreter des NABU im „Gewässerforum Süd“.

### **Veröffentlichungen**

Viele kleine Beiträge, u. a. im Gubener Heimatkalender und im Heimatlexikon für Guben und Umgebung. Zahlreiche Mitteilungen und Leserbriefe zu Naturschutzfragen in der örtlichen Presse.

### **Quellen**

Wolfgang Teske, Briefe vom 5.9.2010 und 14.8.2017 sowie StUG 133 – Archivbestand Wolfgang Teske.



## **Eine Facette ehrenamtlicher Arbeit !**

Etwa 600 Adressen werden in jedem Jahr mit dem Jahresheft des IUGR e.V. „versorgt“. Die dafür nötige Arbeit: Adressen aktualisieren, Etiketten ausdrucken, Umschläge besorgen, Heft eintüten, Etiketten aufkleben, Briefe verschließen... will auch getan sein – eine Sache für Mitglieder des Vereins. Dafür herzlichen Dank an dieser Stelle!



## **Aus der Stiftung Naturschutzgeschichte**

*Hans-Werner Frohn*

Im Herbst 2016 startete die Stiftung Naturschutzgeschichte ein neues großes Forschungsprojekt, das sich mit dem Verhältnis des Naturschutzes zu sozial benachteiligten Menschen in der Gesellschaft auseinandersetzt. Im November 2016 fand die zweite Tagung in der Reihe „Bonner Gespräche zur Zukunft des Naturschutzes – Geschichte hat (auch) Vergangenheit“ unter dem Titel „Naturschutz – natürlich interkulturell“ statt. Das Archiv der Stiftung konnte 2016 etliche Neuzugänge verzeichnen. Schließlich erschienen zwei größere Publikationen.

### **Perspektivwechsel: Die Bedeutung der biologischen Vielfalt für urbane Unterschichtenmilieus und deren Lebensqualität – historische Analyse, Zustandsbeschreibung und Empfehlungen für zukünftige naturschutzpolitische Ansätze**

Ziel des zum 1. Juli 2016 durch das Bundesamt für Naturschutz bewilligten Projektes ist es, von Angehörigen der sozial-ökonomisch benachteiligten Milieus qualitative Daten darüber zu ermitteln, welche Naturerfahrungen und welches Naturerleben bei den Milieuangehörigen angetroffen werden können und wo bei diesen in ihrem urbanen Umfeld, aber auch darüber hinaus Bedürfnisse nach Naturerfahrung und -erleben vorliegen. Der Ausgangspunkt der Überlegungen war, dass es in der Gründungszeit des Naturschutzes und vor allem auch in der Weimarer Republik durchaus Ansätze zu einem sozialpolitisch ausgerichteten Naturschutz gab, dieser sich aber nicht durchsetzen konnte. So soll eine bis in die Jetztzeit reichende Analyse historischer sozialpolitischer Aktivitäten des Naturschutzes dabei den Blick für die Analyse und Interpretation der ermittelten Daten schärfen. Im Rahmen des Projekts wird ein Design für weitere zukünftige Untersuchungen entwickelt.

Aus den gewonnenen Erkenntnissen sollen potenzielle Andockpunkte für die zukünftige Arbeit des amtlichen wie auch des ehrenamtlichen Naturschutzes mit Menschen aus sozial-ökonomisch benachteiligten Milieus aufgezeigt werden. Daraus sollen wiederum Empfehlungen für künftige partizipative Maßnahmen des haupt- und ehrenamtlichen Naturschutzes abgeleitet werden.

Der Startschuss zum Projekt fiel am 1. September 2016 mit der Einstellung eines interdisziplinären Mitarbeiterteams. Als wissenschaftlicher Berater konnte mit Prof. Dr. Heinz Bude einer der renommiertesten Soziologen der Bundesrepublik verpflichtet werden.

### **„Naturschutz – natürlich interkulturell?!“**

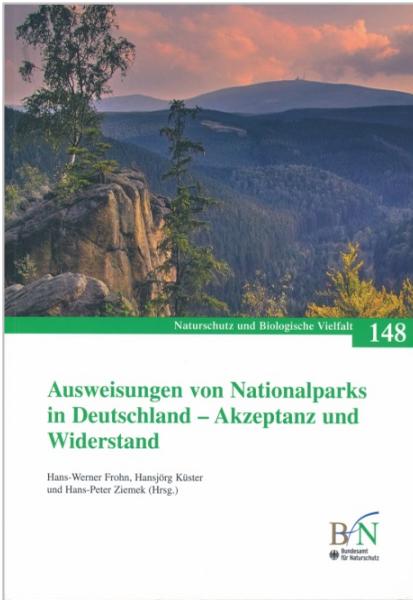
Die Migrationsbewegungen der letzten Jahrzehnte stellen auch den Naturschutz vor Herausforderungen. Die von der Stiftung Naturschutzgeschichte und dem Bundesamt für Naturschutz ausgerichtete zweite Veranstaltung im Rahmen der Dialogreihe „Bonner Gespräche zur Zukunft des Naturschutzes – Zukunft hat (auch) Vergangenheit“ widmete

sich am 24./25. November 2016 Fragen der Verknüpfung von Migration, Interkulturalität und Naturschutz. An der Tagung nahmen über 100 Personen teil.

Menschen mit Migrationshintergrund und interkulturelle Aspekte nahm der deutsche Naturschutz erst spät in den Fokus. Dies hat sich in den letzten Jahren allerdings geändert. Dr. Kilian Delbrück (BMUB) verwies zu Beginn der Veranstaltung auf die 2007 verabschiedete Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt, die u. a. darauf setze, über einen Dialog mit anderen Akteuren und Politikfeldern Brücken zu bauen und Netzwerke entstehen zu lassen. Thomas Graner (BfN) verwies darauf, dass im aktiven Naturschutz Menschen mit Migrationshintergrund – verglichen mit ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung – unterdurchschnittlich vertreten sind. Er plädierte für eine verstärkte interkulturelle Öffnung und einen partnerschaftlichen Austausch mit den auf Migration bezogenen Selbstvertretungsorganisationen. Im Vordergrund stehe für das BfN in diesem Zusammenhang nicht die Gewinnung von Menschen für den Naturschutz, sondern das Schaffen von Zugängen, die Ermöglichung von Teilhabe und die Förderung der Integration.

Der Migrationsforscher Prof. Dr. Jochen Oltmer (Universität Osnabrück) widerlegte die Auffassung, dass der Umfang der Migrationsbewegungen in den vergangenen Jahren weltweit vor dem Hintergrund der Globalisierung deutlich angestiegen sei. Integration sei weder für die Zuwanderer noch für die Mehrheitsbevölkerung *ein* Globalereignis der Anpassung an *eine* Gesellschaft gewesen. Sie bedeute vielmehr das langwährende, durch Kooperation und Konflikt geprägte Aushandeln von Chancen der ökonomischen, politischen, religiösen oder rechtlichen Teilhabe. Der Biodiversitäts-Forscher Prof. Dr. Wilhelm Barthlott (Universität Bonn) fokussierte auf die Bedeutung der Religionen. Allein fünf Milliarden Menschen orientierten sich an der Bibel bzw. dem Koran. Eine besondere Gemeinsamkeit stelle hier die Geschichte von Noah (Bibel) oder Nuh (Koran) dar, die zur Bewahrung der Schöpfung und damit auch der biologischen Vielfalt aufrufe. Hier böten sich mögliche Allianzen an.

Vertreterinnen und Vertreter aus dem Sport, der interreligiösen Arbeit und aus einer kommunalen Integrationsstelle boten während einer Podiumsdiskussion einen Außenblick auf den Naturschutz, den sie u. a. auch als wenig einladend, ja belehrend wahrnehmen. Die Präsidentin des BfN, Prof. Dr. Beate Jessel, sah in der Diversität, die der Naturschutz in sich selbst berge, eine Chance. Naturschutz solle generell und speziell im Kontext des Interkulturellen noch stärker als bisher bei den Bedürfnissen der Menschen ansetzen. Vertreterinnen und Vertreter des ehrenamtlichen Naturschutzes stellten heraus, dass sie schon jetzt mit ihren Aufgaben überlastet seien und es ihnen schon aus zeitlichen Gründen schwer falle, zusätzliche interkulturelle Angebote zu entwickeln. So richtig diese Einschätzung ist, so wurde doch auch gerade in solchen Angeboten eine Chance gesehen. Denn wenn Naturschutz nicht mehr nur als eine Bewegung erlebt werde, die immer nur etwas verhindern wolle, sondern die Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen suche und Angebote mache, die Freude durch Teilhabe an der Natur für die unterschiedlichsten Gruppierungen böten, dann werde sich damit sicherlich auch eine allgemeine Steigerung der Akzeptanz für die Anliegen des Naturschutzes im Allgemeinen ergeben.



Der Psychologe und Migrationsforscher Dr. Mark Terkessides warf die Frage auf, ob Naturschutz nicht wie viele andere gesellschaftliche Gruppen bezüglich der Interkultur von einer falschen Problemdefinition ausgehe. Man unterbreite Angebote, die dann „die Anderen“ aber nicht wahrnähmen. Diese Offerten müssten aber auf die Vielheit der Gesellschaft ausgerichtet werden, was einen grundlegenden Perspektivwechsel erfordere. In vom Bildungsbürgertum dominierten Gruppierungen konstatierte er einen „Gleichheitsliberalismus“, d. h. man erkläre sich für alles offen, nur „die Anderen“ kämen nicht. Um aus dieser Sackgasse herauszukommen, müssten Organisationen „Vielheitspläne“ aufstellen, denn in der faktischen deutschen Einwanderungsgesellschaft müsse sich jede Organisation fragen, ob sie „fit sei für die Vielheit der Gesellschaft“. Dies gelte auch für Naturschutzeinrichtungen. Er erweiterte

zudem den Begriff der Barrierefreiheit. Es gelte, nicht nur physische, sondern auch strukturelle Hürden zu überwinden. Über eine aufgabenorientierte Öffnung müssten sich Institutionen und Verbände der Vielheit der Gesellschaft öffnen.

Etlliche vorgestellte Projekte zur interkulturellen Arbeit im Naturschutz, aber auch aus dem Bereich Flüchtlingshilfe zeigten eindringlich, dass in Deutschland auf dem Feld Naturschutz – Interkulturalität – Interreligiosität durch niedrigschwellige Angebote schon Erstaunliches geleistet wird. An der Tagung am 22./23. November 2016 nahmen über 100 Personen teil.

## Zwei neue Publikationen

Nahezu zeitgleich erschienen im Herbst zwei neue Bücher.

### *Ausweisungen von Nationalparks in Deutschland – Akzeptanz und Widerstand*

Der Band bildete den Endpunkt des Projektes zur Steigerung der Akzeptanz von Nationalparks, das anlässlich der 25. Wiederkehr der Verabschiedung des Nationalparkprogramms der DDR eingerichtet worden war. Der Sammelband (*Abb. 1*) enthält eine historische Einordnung und Würdigung des Nationalparkprogramms der DDR, er bettet die Nationalparkausweisungen in Deutschland in den internationalen Kontext ein und analysiert die Ausweisungen der Nationalparks im niedersächsischen und schleswig-holsteinischen Wattenmeer, im niedersächsischen Teil des Harzes, in der Eifel sowie den gescheiterten Versuch im Siebengebirge. Anders als bisher angenommen, können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projektes nachweisen, dass die mehrmals empirisch beschriebenen so genannten Akzeptanzkrater im unmittelbaren Umfeld der Na-

tionalparks nicht erst nach deren Ausweisung sondern bereits im Ausweisungsprozess entstehen. Sie legen deshalb auch Empfehlungen vor, wie in Zukunft die Akzeptanz der Nationalparks schon im Ausweisungsprozess gesteigert werden könnte.

### *Jenseits der scheinbaren Gewissheiten*

2016 feierten Thomas Neiss, 1996 maßgeblicher Gründer der Stiftung Naturschutzgeschichte und langjähriger ehrenamtlicher Geschäftsführer, seinen 70. Geburtstag, und Dr. Hans-Joachim Dietz, langjähriger Vorsitzender des Fördervereins der Stiftung, seinen 75. Geburtstag. Aus diesem Anlass erschien ihnen zu Ehren eine Festschrift mit dem Titel „Jenseits der scheinbaren Gewissheiten“ (Abb 2). Ein Festhalten an – vermeintlichen – Gewissheiten mag zwar in der Politik, in der Zivilgesellschaft und nicht zuletzt auch in der Wissenschaft eine Orientierung und Positionierung erleichtern – zumal in einer immer unüberschaubarer werdenden Zeit. Letztlich erweist sich dies jedoch als hinderlich, wenn man zu neuen Erkenntnissen und Einsichten kommen will. Die Beiträge dieses Bandes zeichnen sich alle dadurch aus, dass sie einen Blick hinter die scheinbaren Gewissheiten werfen. Die Autoren befassen sich auf einer breiten Quellenbasis u. a. mit den Rechtstraditionen des Jagdwesens, der Entstehungsgeschichte der „Grünen Charta von der Mainau“ und der nordrhein-westfälischen Naturschutzpolitik, aber auch mit der Landschaftsmalerei, dem ersten großen Heimat- und Naturschutzkonflikt am Rhein bei Laufenburg und dem Greening der Europäischen Union.

### **Zugänge zum Archiv**

Das Archiv erhielt in den zurückliegenden Monaten einige bedeutende Neuzugänge: Das ehemalige Mitglied des Kuratoriums der Stiftung, Prof. Dr. Wolfgang Gerß, übergab dem Archiv einen umfangreichen Vorlass. Die mehr als 40 Aktenordner dokumentieren seine jahrzehntelange ehrenamtliche Tätigkeit für den Naturschutz. Prof. Gerß fungierte von 1988 bis 2011 als Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender des NABU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, er war von 1986 bis 2007 Vorsitzender des Beirats bei der Obersten Landschaftsbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen und engagierte sich zudem in lokalen Beiräten und Vereinen. Prof. Gerß überließ uns nicht allein die von ihm bestens vorgeordneten Akten, vielmehr verfasste er etliche begleitende Exkurse zu seinen Unterlagen, die die Nachvollziehbarkeit und Einordnung enorm erleichtern werden.

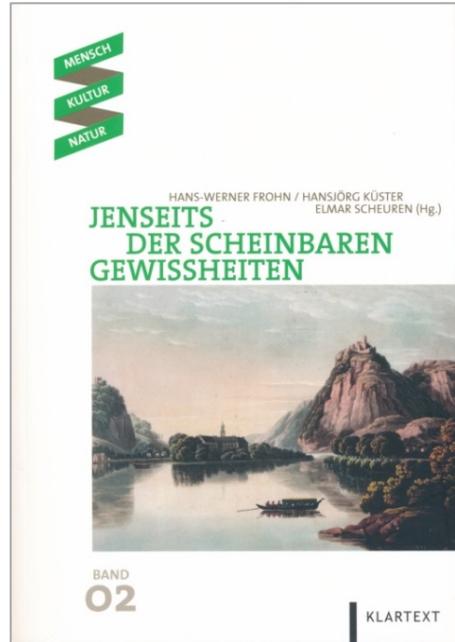




Abb. 3: Die neue Kompaktusanlage im Archiv der Stiftung Naturgeschichte.

Prof. Dr. Werner Konold, Professor für Landespflege an der Universität Freiburg und amtierender Sprecher des Deutschen Rates für Landespflege, überließ dem Archiv zahlreiche Unterlagen, Karten und Pläne, die seine wissenschaftliche Beschäftigung mit landespflegerischen Projekten und Forschungsvorhaben in der Kulturlandschaft widerspiegeln.

Der Deutsche Naturschutzring und die Bundesgeschäftsstelle des NABU erweiterten ihre Deposita um jeweils mehr als zehn Meter.

Die bestehende Kompaktusanlage hatte damit ihre Kapazitätsgrenze von 820 laufenden Metern erreicht. Dank einer Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen konnte eine zweite Lageranlage angeschafft werden, in die zukünftig noch weitere 430 laufende Meter Archivgut eingelagert werden können (Abb. 3).



Umwelt hat Geschichte!

## Das 10. Wissenschaftliche Seminar des Arbeitskreises Wasserwirtschaft des IUGR e.V.

*Peter Lösel*

Das 10. Seminar führte der Arbeitskreis Wasserwirtschaft vom 24. bis 26. April 2017 in der Heimvolkshochschule am Seddiner See zum Thema „**Wasserwirtschaft und Geologie im Spannungsfeld des Klimawandels**“ durch.

Die Klimaveränderungen haben auch für das Wasserdargebot in Deutschland erhebliche Gefahren im Gefolge. Das Wasserdargebot zu sichern ist eine entscheidende Voraussetzung für die Wasserversorgung und die Abwasserbehandlung. Deshalb gilt es, den Treibhauseffekt zu beherrschen, um Veränderungen des Niederschlages, dem Auftreten von örtlichen Orkanereignissen und weiteren Wetterextremen wirkungsvoll zu begegnen.

Im Rahmen des Seminars wurden 5 Vorträge und eine Tagesexkursion zum Schiffshebewerk Niederfinow durchgeführt.

- Herr Dr. Norbert Meinert aus Nordhausen sprach über die Wege der Hydrogeologie im Osten Deutschlands. Dabei gab er sehr interessante Ausführungen über die Zeit bis 1990, aber auch über die Zeit in der privatisierten Wirtschaft bis 2017.
- In einem zweiten Vortrag von Herrn Dr. Meinert wurde der Klimawandel aus der Sicht eines Geologen behandelt.
- Herr Dr. Hans-Jürgen Kamps, Vorsitzender der UWG Berlin e.V., gab einen Überblick über die Zeitzugearbeit des Umwelt- und Wirtschaftsgeologie-Seniorenclubs.



Altes und neues Schiffshebewerk Niederfinow vom Unterwasser aus aufgenommen.  
Aufnahme: Peter Lösel, 25.4.2017.

- Der zweite Tag führte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Leitung von Dipl.-Ing. Lothar Tölle zum Schiffshebewerk Niederfinow. Dort erhielt die Exkursionsgruppe einen sehr guten Einblick über die Notwendigkeit des Ausbaues der Wasserstraßen bis hin zum Bau des alten Schiffshebewerkes, welches 1934 in Betrieb genommen wurde. Das neue Schiffshebewerk – in anderer Bauweise und mit erheblich größerer Leistung – wird 2018 in Betrieb genommen.
- Am dritten Tag sprach Herr Prof. Dr.-Ing. habil Stefan Kaden über Wassermanagement in Zeiten des Klimawandels und stellte Ergebnisse aus dem BMBF-Forschungsprogramm KLIMZUG vor. Er stellte das Forschungsprogramm KLIMZUG vor, ging auf ausgewählte Wasserprojekte im Forschungsprogramm ein, stellte Klima- und Wasserhaushaltsprojektionen vor und berichtete über regionales Wassermanagement – Lausitzer Braunkohlerevier –, das Wassermanagement in kleinen Einzugsgebieten – Fredersdorfer Mühlenfließ –, sowie von Seen und Standgewässern im Klimawandel am Beispiel der quantitativen Entwicklung von Flachseen in Brandenburg.

Im Schlusswort ging Seminarleiter Peter Lösel auf das hohe fachliche Niveau des 10. Seminars ein und würdigte 10 Jahre erfolgreiche Arbeit des Arbeitskreises und 10 Jahre erfolgreich durchgeführte wissenschaftliche Seminare.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 10. Wissenschaftlichen Seminar des Arbeitskreises Wasserwirtschaft des IUGR e.V. – Aufnahme: Werner Nedon.

## 21. Jahrestreffen 2016 von Mitarbeitern der Wasserwirtschaft der DDR im Hohen Fläming

*Rolf Moll*

Traditionell trafen sich auch 2016 ehemalige Mitarbeiter der Wasserwirtschaft der DDR und ihre Partnerinnen. Das Treffen fand vom 16.09. bis 18.09.2016 wieder in der Heimvolkshochschule in Seddin/Brandenburg statt.

Bei der Programmgestaltung hatte diesmal Dr. Peter Lösel in Zusammenarbeit mit der Leitung der Heimvolkshochschule vor allem kulturhistorische und landschaftlich reizvolle Sehenswürdigkeiten im Hohen Fläming ausgewählt. Heute ist der Hohe Fläming Synonym für einen der bedeutendsten Naturparke Brandenburgs und eine Region für alle, die Stille in reizvoller Natur suchen.

Exkursionen führten zum Baumkronenpfad auf dem Gelände der Beelitzer Heilstätten, zur Burg Eisenhardt in Bad Belzig, zum Schloss Wiesenburg, zur Burg Rabenstein und zu den Dörfern Klein Glien, Hagelberg, Schmerwitz, Werbig, Verloren Wasser, Egerlinde, Dahlen, Grabo, Görzke und Neuerhütten im Hohen Fläming.

Während des Treffens berieten Mitglieder des Arbeitskreises Wasserwirtschaft beim IUGR e.V. über die nächsten Schritte bei der Buchbearbeitung „Wasserbewirtschaftung in der DDR“ und über die Fortführung der Berichte der Jahrestreffen und deren Drucklegung. Auch im Jahr 2017 soll wieder ein Jahrestreffen stattfinden.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 21. Jahrestreffen von Mitarbeitern der Wasserwirtschaft der DDR. Foto: privat.

## Zugänge in das Studienarchiv Umweltgeschichte

*Jens Hoffmann*

### Archivbericht (Stand 31. August 2017)

Seit Erscheinen des letzten Heftes haben erneut zahlreiche Zugänge von Archiv- und Bibliotheksgut zum Wachsen der Sammlung des IUGR e.V. beigetragen. Insgesamt 45 Personen und Institutionen haben Materialien an das IUGR e.V. gesandt. Der Kreis der Personen und Institutionen, deren Materialien im Studienarchiv vereint sind, ist seit dessen Bestehen auf die stattliche Zahl von 574 angewachsen. Ausdrücklich gedankt sei an dieser Stelle auch allen Einrichtungen, Organisationen und Personen, die unser Studienarchiv auf dem Wege des Schriftentauschs mit den neuesten Ausgaben der jeweiligen Zeitschriften und Schriftenreihen versorgen.

**Förderverein AGWA e.V. , Erfurt:** Volkskundliche Beratungs- und Dokumentationsstelle für Thüringen im Museum für Thüringer Volkskunde Erfurt: Von Nixen, Fischern und großen Fluten – Wasser-Sagen aus Thüringen (2015).

**Prof. Dr. Ludwig Bauer, Halle:** Mrass: Die Organisation des staatlichen Naturschutzes und der Landschaftspflege im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Deutschland seit 1935 ... (1970), Langer: Die ökologische Gliederung der Landschaft und ihre Bedeutung für die Fragestellung der Landschaftspflege (1970), Amt für Wasserwirtschaft der DDR: Der Betrieb und die Instandhaltung von Pegelstationen an Oberflächengewässern (1965), Mitteilungen des Instituts für Wasserwirtschaft Berlin, Preuß. Geol. Landesanstalt: Erläuterungen zur Geologischen Karte von Preußen (1929), Schwantes: Aus Deutschlands Urgeschichte (1961), Naturschutzliteratur aus der ČSSR

**Prof. Dr. Hermann Behrens, Peckatel:** Chrisler: Fascinated – Ein Amerikaner entdeckt die neuen Bundesländer (1998), fast komplette Jahrgänge der „Mitteilungen des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz e.V.“ aus den Jahren 2009 bis 2014, ca. 25 Bücher zur allgemeinen Naturschutzgeschichte und zur Naturschutzgeschichte Thüringens.

**Familie Birkenkampff-Naumann, Neubrandenburg:** umfangreiche Literatur zu Ökologie- und Naturschutzthemen, u.a.: Wünsche: Die Pflanzen Sachsens (1919), Wundsch: Fischereikunde (1953), Schennikow: Pflanzenökologie (1953), Schreiter: Moose und Flechten des Waldes (1955), Schlüter: Mikroskopie für Lehrer und Naturfreunde (1955), Baer: Biologische Versuche im Unterricht (1960), Lundegardh: Pflanzenphysiologie (1960), Petersen: Das kleine Gräserbuch (1961), Lerch: Pflanzenökologie (1965), Schubert: Pflanzengeographie (1966), Bauch: Die einheimischen Süßwasserfische (1970), Geiler: Ökologie der Land- und Süßwassertiere (1971), Hoffmann: Photosynthese (1975), Heynert: Zwischen Ostsee und Erzgebirge (1981), Campbell: Mikrobielle Ökologie (1981), tliche Ausgaben der Neuen Brehm-Bücherei und Bestimmungsbücher – vor allem zu Flechten, Moosen

**Heinz Böllmann, Neubrandenburg:** zahlreiche Land-, Wander- und Stadtkarten

**Dr. Stefan Brehme, Berlin:** Isenmann, Hering, Brehme et al.: Oiseaux de Libye. Birds of Libya (2016)

**Helga Deglmann, Berlin:** Kalender „Wunder der Natur“

**Jürgen Dien, Hamburg:** Literatur aus der Bibliothek von Dr. Heinrich Hoerschelmann: etliche komplette Jahrgänge der Zeitschriften Journal für Ornithologie, Die Vogelwarte, Journal of Ornithology, 7 Bände Vögel der Sowjetunion

**Dr. Berthold Fege, Berlin:** Unterlagen aus den Restbeständen des 1992 mit der Schließung der Hochschule für Ökonomie abgewickelten Instituts für Raumordnung und Umweltökonomie

**Frank-Frieder Gabriel, Boltenhagen:** ca. 1 laufender Meter Archivalien zur eigenen Naturschutzarbeit sowie zur Arbeit von Maximilian Fiedler

Literatur zum Natur- und Umweltthemen, u.a.: Günther: Botanik (1903), Kraepelin: Die Beziehungen der Tiere zueinander und zur Pflanzenwelt (1905), Schmeil: Lehrbuch der Botanik (1908), Maeterlinck: Das Leben der Bienen (1911), Graebner: Taschenbuch zum Pflanzenbestimmen (1918), Schmeill, Franke: Naturgeschichte und Naturlehre (1925), Zander: Handwörterbuch der Pflanzennamen und ihre Erklärungen (1932), Saftenberg: Botanisches Wörterbuch (1948), Bertalanffy: Vom Molekül zur Organismenwelt (1950), Mevius: Miehes Taschenbuch der Botanik, Teil 1 und 2 (1950), Schneider: Die Evolutionstheorie. Das Grundproblem der modernen Biologie (1950), Creutz: Taschenbuch der heimischen Raub- und Rabenvögel (1954), Dahnke: das große Moor bei Darze (1955), Dahnke: Geologie des Kreises Lübz (1956), Schack: Bodenaltertümer und Bodendenkmalpflege im Kreis Ludwigslust (1956), Schiemenz: Greifvogelkunde für Jäger und Falkner (1958), Mantel: Wald und Forst (1961), Müntz: Stoffwechsel der Pflanzen (1966), Renner: Leitfaden für das Zoologische Praktikum (1967), Harms, Lieber: Zoobiologie für Mediziner und Landwirte (1970), Kluge, Menzel: Mikrobiologie (1984), Sattler, Ziemann: Die Chemie des Wassers (1987), Sick: Agrargeographie (1997)

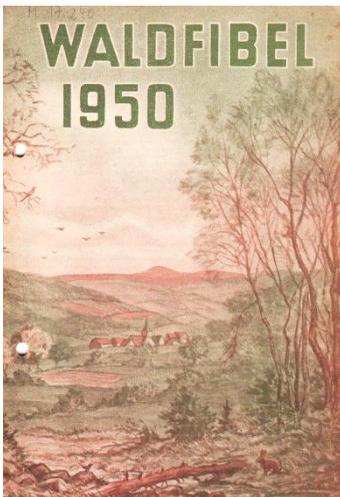
**Helmut Gelbrich, Berlin:** Literatur zu Garten- und Landschaftsarchitektur, u.a.: Lambert, Stahl: Die Gartenarchitektur (1910), Schiller: Schöne und nützliche Gärten (1942), Valentien: Der Friedhof (1953), Illner, Gandert: Windschutzhecken (1956), Carl: Kleinarchitekturen in der deutschen Gartenkunst (1956), Lein: Bäume und Sträucher im Wörlitzer Park (1957), Eisel: Nadelgehölze (1960), Lein: Führer durch den Landschaftspark



DGFZ-Schriftenreihe  
Sonderheft II

Tierzucht in der DDR und  
in den neuen Bundesländern





Wörlitz (1964), Kammer der Technik: Ingenieurbiologische Bauweisen und Landeskultur (1970), zahlreiche Führer durch Parkanlagen

**Prof. Dr. Mathias Grünwald, Neubrandenburg:** zahlreiche Diaserien des Auswertungs- und Informationsdienstes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten e.V.

**Prof. Dr. Wolfgang Haber, München:** Aus der Arbeit der Natur- und Heimatfreunde (Doppelheft 6/7.1960), DAL-Sitzungsberichte VI (1957) 3 Aufgaben und Forderungen der Landeskultur und VII (1958) 4 Beiträge zu Fragen des Naturschutzes; Vortragsmanuskript K. H. Großer: Zur funktionsgerechten Einordnung und Gestaltung landschaftlicher Strukturelemente ... (ca. 1980)

**Dr. Jutta Harre, Leipzig:** Dias von Pflanzen, Pilzen und Tieren, die ihr Vater, Prof. Dr. Hanns Kreisel, im Laufe seines Lebens gemacht hat, sowie Literatur

**Marika Hauptmann, Neubrandenburg:** 3 Ordner mit Unterlagen zu Nachwende-Entwicklungen in und um Groß Nemerow

**Dr. Werner Hilbig, Petershausen:** Literatur zum Naturschutz, u.a.: Bogen: Naturschutz in der Provinz Sachsen (1939), Reuter: Landschaftsschutzgebiete des Bezirkes Halle (1986), Schönbrodt, Ebel: Geschützt Natur im Saalkreis (1986), DVL: Ackerwildkräuter schützen und fördern (2010), Meyer et al.: Ackerwildkrautschutz (2013)

**Dr. Jens Hoffmann, Puchow:** Czok: Die Stadt (1969), Mitteldeutscher Kulturrat: Zwischen Rostock und Saarbrücken. Städtebau und Raumordnung in beiden deutschen Staaten (1973), Badstübner:

Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik (1981), Rodriguez-Lores, Fehl: Die Kleinwohnungsfrage (1988), Hüning, Kadler, Krüger: Mecklenburg-Vorpommern: Wege aus der Krise (1992), Helwig: Rückblicke auf die DDR (1995), Blien: Die Entwicklung der ostdeutschen Regionen (2003)

**Melwin Hoffmann:** Korrespondenz von Theodor Schütze

**Kurt Hofmann, Neubrandenburg:** Literatur, u.a.: Fünfstück; Taschenatlas der Gebirgs- und Alpenpflanzen (1896), Hartz: Unsere Laubbäume und Sträucher im Sommer (1953), Schretzenmayr: Taschenbuch der heimischen Bäume und Sträucher (1954), Weymar: Buch der Farne (1955), Fitschen: Gehölzflora (1955), Carl: Kleinarchitekturen in der deutschen Gartenkunst (1956), Militzer: Geschützte heimische Pflanzen (1957),

Heft 1 bis 6 der Reihe „Unser Bezirk Neubrandenburg – einst und jetzt“, Grunert: Kletterpflanzen (1966), Schubert: Praxis der Süßwasserbiologie (1972), Grunert: Balkonblumen (1977), Brehme: Ratschläge für den Kakteenfreund (1987)

zahlreiche Hefte der Reihe Natur und Naturschutz in Mecklenburg sowie Einzelhefte weiterer Zeitschriften und Schriftenreihen, Unterlagen zu Bodenkunde, Melioration und Naturschutz

**Walter Kintzel, Parchim:** Digitalisierte Filme und Interviews zu Spezialistenlagern „Junge Naturschutzhelfer“

**Dr. H.-U. Kison, Quedlinburg:** Guenther: Die Sprache der Natur (1930), Schwenkel: Taschenbuch des Naturschutzes (1941), Schoenichen: Die in Deutschland geschützten Pflanzen (1936), Klose-Vollbach: Die Naturschutzverordnung vom 18. März 1936 mit Vogelberingungsverordnung usw., Kommentar (1936), Bogen: Naturschutz in der Provinz Sachsen (1939), Schoenichen: Urwaldwildnis in deutschen Landen (1934), Behm, Böttcher: Deutsche Naturschutzgebiete (1936)

**Dr. Haubold Krisch, Pothagen:** eine Kiste mit Unterlagen zu seiner langjährigen Arbeit als Naturschutzbeauftragter (Landkreis Greifswald, 1971–1990)

**Alex Krugenberg, Neubrandenburg:** Unterlagen zum Naturpark Märkische Schweiz

**Dr. Günther Krumbiegel, Halle/Saale:** Literatur, u.a.: Braß: Ernst Haeckel als Biologe und die Wahrheit (1906), Mitschurin: Gedanken und Erkenntnisse (1943), Loewel: Die Obstbaumspritzung (1945), Ministerium für Land- und Forstwirtschaft Sachsen: Anleitung zum Anbau von Gemüsesamen (1947), Lyssenko: Der Stand der Biologie (1948), Lyssenko: Die Situation in der biologischen Wissenschaft (1949), Kleine Enzyklopädie Land, Forst, Garten (1963), Einzelhefte der Reihen Obstbau-Rundbrief, Der Bauernfreund, Faltblätter

**Georg Kubsch, Berlin:** Bericht vom 20. Feldberger Sommerworkshop für Umweltanalytik und Umweltchemie am Krüselinsee (zus. m. Bonito)

**Dr. Ulrich Lange, Halle/Saale:** 6 Magnetbänder mit Aufnahmen u.a. zur Veranstaltung 20 Jahre ILN

**Dr. Peter Lösel, Berlin:** Literatur u.a.: Wenzel: Was war die DDR wert? (2006), Döring: EKO Stahl für die DDR – Stahl für die Welt (2015), Blessing: Wer verkaufte die DDR? (2016), Ohlig: 150 Jahre Elbstromverbauung (2016)

Unterlagen zu Aktivitäten des AK Wasserwirtschaft des IUGR e.V.

**Angela Martin & Joachim Loose, Güstrow:** Loose, Martin: Aus der 50-jährigen Geschichte der Fachgruppe Ornithologie und Naturschutz Güstrow (2016)

**Karl-Heinz Mayer, Bad Gottleuba:** Literatur, u.a.: Klausnitzer et al.: Wasserinsekten (1978), DWBO: Regelordnung Felsklettern (1981), Agrarwissenschaftliche Gesellschaft: Flurgehölze und Schutzpflanzungen (1981), Agrarwissenschaftliche Gesellschaft: Landschaftspflegepläne und Forsteinrichtung (1984), Einzelhefte der Schriftenreihe der GNU





Aus der 50-jährigen Geschichte  
der Fachgruppe Ornithologie  
und Naturschutz Güstrow

Joachim Loose und Angela Martin



im Bezirk Dresden, Beschlüsse des Rates des Bezirkes Dresden, Landschaftspflegeplan für das LSG Osterzgebirge, Abschlussbericht F+E-Vorhaben Naturschutz-Waldprojekt Osterzgebirge, Entwurf Behandlungsrichtlinie NSG Großer Winterberg und Zschand

**Ulrich Meßner, Speck:** Archivalien zum Arbeitskreis Ichthyofaunistik (1986-1989), zum Arbeitskreis Wissenschaftsethik im Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg (1984-1989), zum Kulturbund (1985-1989)

**Naturschutzinstitut Region Leipzig e.V., Leipzig:** Röser: Saum- und Kleinbiotop (1995), Landratsamt Döbeln: Besonders geschützte Biotop im Landkreis Döbeln (o.J.), Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landesentwicklung: Chancen für Morgen. Fünf Jahre Staatliche Umweltfachämter in Sachsen (1996), NABU Sachsen: Leben für die Natur. Versuch einer Bilanz (2000), Staatliches Umweltfachamt Radebeul: Baum-Naturdenkmale in der Region Oberes Elbtal/Osterzgebirge (2004), Mitteilungen des AK heimische Orchideen (Heft 1-2, 4), Ordner „Baumkataster Döbeln“

**Florian Nessler, Neubrandenburg:** Westermeier: Leitfaden für das Preußische Jäger- und Förster-Examen (1888), Hoyer: Vögel in Norddeutschland (2012), Succow, Jeschke, Knapp: Naturschutz in Deutschland (2012), Siefke: Anblicke und Ausblicke. Nicht alltägliche Fotos aus Rügens Natur (2015)

**Tobias Niessner, Neubrandenburg:** komplette gebundene Jahrgänge der Zeitschrift Aquarien und Terrarien aus den Jahren 1970 bis 1987

**Karl-Friedrich Ortmann, Rostock:** Literatur, vor allem zu den Themen Landwirtschaft, Melioration

und Landwirtschaftsbau, u.a.: Schmidt: Rohdes Schweinezucht (1906), Illustriertes Landwirtschafts-Lexikon (1910), Priß: Tierkunde für landwirtschaftliche Schulen (1919), von der Goltz: Landwirtschaftliche Buchführung (1920), Disselhorst: Die Anatomie und Physiologie der großen Haussäugetiere (1923), Holdefleiß: F. Knauers Rübenbau (1923), Wölfer: Grundzüge und Ziele neuzeitlicher Landwirtschaft (1925), Endres: Der Gutshof von 1925 (1925), Wölfer: Botanik (1925), Kronacher: Züchtungslehre (1929), Tiemann: Wegweiser und Ratgeber für Bauernsiedler (1932), Nehring: Lehrbuch der Tierernährung und Futtermittelkunde (1949), Otto: Die Grundschule des Imkers (1953), Schmidt et al.: Züchtung, Ernährung und Haltung der landwirtschaftlichen Hau-

stiere (1956), Simon: Luzerne, Klee und Klee gras (1956), Sennewald: Landwirtschaftliche Betriebslehre (1958), Rosenkranz: Handbuch des Genossenschaftsbauern (1959), Thamm: Haustiere – gesund erhalte (1959), Linemann: Landwirtschaftlicher Wegebau (1959), Lehrbuch der Landtechnik (1960), Dubschlaff: Standortgemäße Gestaltung der Fruchtfolgen (1960), Wallmen: Futterplanung im sozialistischen Landwirtschaftsbetrieb (1960), Hilpmann et al.: Die staatliche Leitung der vollgenossenschaftlichen Landwirtschaft (1960), Klocke: Köhlerei im Harz (1964), Groschoff et al.: Die Landwirtschaft der DDR (1980), Dörter: Landwirtschaftliche Meliorationen (1986), Weide, Paca, Knorre: Biotechnologie (1987), DGFZ: Tierzucht in der DDR und den neuen Bundesländern, Heft 1 und 2 (2007)

Zeitschrift Melioration und Landwirtschaftsbau (aus den Jahren 1973 bis 1987), Einzelhefte der Reihen Kooperation, Meliorationsinformationen, Wissenschaft und Fortschritt

Archivalien zur Melioration im Bezirk Rostock und im Kreis Ribnitz-Damgarten

**Dr. Lutz Reichhoff, Dessau-Roßlau:** Unterlagen zur Arbeit des Parkarchivs Halle im Kulturbund und zur Arbeit des ILN, 1 Ordner mit Unterlagen zur Erarbeitung des ILN-Buches, Festschrift aus Anlass des 75. Geburtstages von Frau Dr. Gerda Bräuer (Veröff. LPR Reichhoff 8/2106)

**Arnold Ritter, Oertzenhof:** 1 laufender Meter Archivalien zur Naturschutzarbeit im Kreis Strassburg, insbesondere auch zur Tätigkeit als Kreisnaturschutzbeauftragter, Naturschutzliteratur sowie Hefte der Reihen: Naturschutzreport, Mitteilungen der Deutschen Dendrologischen Gesellschaft, Journal für Ornithologie

**Karl-Heinz Rutsch, Ebersbach:** Staatliches Umweltfachamt Radebeul: Flächenhafte Naturdenkmale im Landkreis Riesa-Großenhain (1995), Klöditz, Maschke, Rutsch: Kalkreuth und die Wettiner (1989); Autorenkollektiv: Kalkreuth 1284-1984 (1984)

**Karl-Ernst Sauerland, Rostock:** Sauerland: Ist Pflanzenschutz immer nur Pflanzenschutz? (1966, Kopie)

**Ernst Schmidt, Wendorf:** ca. 1 laufender Meter Archivalien zur Arbeit in der OAMV und zur Naturschutzarbeit im Kreis Parchim, Naturschutzplakate



Literatur zu Naturschutzthemen, zahlreiche Faltblätter, Mitteilungen der Naturforschenden Gesellschaft (2002 bis 2016), Labus. Naturschutz im Kreis Neustrelitz (komplette Reihe), Jahresbeobachtungsberichte aus der Uecker-Randow-Region, Jahresberichte der Fachgruppe Ornithologie Greifswald, Rundschreiben der Kreisfachgruppe Ornithologie und Vogelschutz Parchim, Einzelhefte weiterer Zeitschriften und Schriftenreihen

**Erwin Schmidt, Rastenberg:** Journal of Ornithology 2016/17

**Dr. Peter A. Schmidt, Coswig-Sörnwitz:** Archivalien von Robert Petermann zu Landeskultur und Naturschutz in Anklam, Münster: Naturschutzgebiet Rotstein (1973), Landschaftspflegeplan für das Landschaftsschutzgebiet Sächsische Schweiz (1978), Graf: Aus der Naturschutzarbeit im Kreis Sebnitz (1986)

**Sebastian Schopplich, Gera:** Einzelhefte von Zeitschriften und Schriftenreihen: Mitteilungen für sächsische Ornithologen, Mitteilungen des Vereins sächsischer Ornithologen, Thüringer ornithologische Mitteilungen, Abhandlungen und Berichte aus dem Museum Heineanum, Zeitgeschichte regional, Pommern, Thüringer Museumshefte, Dialog. Mitarbeiterzeitschrift der Wismut GmbH, Altenburger Geschichts- und Hauskalender, Lorenz, Unger: Die Geschichte der Bauern in Thüringen (2008), Deye, Rittig: Zeit – Eine Wiege der deutschen Ornithologie (2009)

**Matthias Schrack, Radeburg:** 20 Jahre ornithologische und Naturschutzarbeit in Großdittmannsdorf, NABU-Programmhefte 2015 und 2016

**Udo Schwarz, Merseburg:** ca. 200 Plakate zu Natur- und Umweltschutzthemen aus der Sowjetunion, aus Polen und der ČSSR

**Reinhard Simon, Neustrelitz:** 1 laufender Meter Archivalien zum Naturschutz im Kreis Neustrelitz (Akten, Tagebücher, Zählkarten, Dias), zahlreiche Hefte der Reihe Nyctalus

**Wolfgang Teske, Guben:** Gubener Heimatkalender 2016 und 2017, Natur und Landschaft Heft 31

**Helga Thomaschke, Ottendorf-Okrilla:** Fotos nebst Erläuterungen zum Wirken von Dr. Adolf Teuscher (KNB Dresden-Land)

**Wilhelm Thürnagel, Ostseebad Wustrow:** Fotos zur 28. RGW-Tagung der Wasserwirtschaftler 1981 in Rostock, Kähler: Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung im Bezirk Potsdam (4 Bände)

**Dr. Uwe Wegener, Halberstadt:** 3 Ordner mit Archivalien (Eutrosym 1976, Nationalparkzentrum Harz), Komitee für Touristik und Wandern: Bezirkswanderkatalog Magdeburg (1962), StFB Wernigerode: Exkursionsführer 1973

## **Autorinnen und Autoren**

*Helen Andrews*

Hochschule Neubrandenburg, Studiengang Naturschutz und Landnutzungsplanung,  
PF 110121, 17041 Neubrandenburg

*Prof. Dr. Hermann Behrens*

IUGR e. V. an der Hochschule Neubrandenburg, PF 110121, 17041 Neubrandenburg

*Sophie Büchner*

Hochschule Neubrandenburg, Studiengang Naturschutz und Landnutzungsplanung,  
PF 110121, 17041 Neubrandenburg

*Dr. Hans-Werner Frohn*

Stiftung Naturschutzgeschichte, Drachenfelsstr. 118, 53639 Königswinter

*Dr. Jens Hoffmann*

IUGR e. V. an der Hochschule Neubrandenburg, PF 110121, 17041 Neubrandenburg

*Dr. Peter Lösel*

Kienbergstraße 62, 12685 Berlin

*Rolf Moll*

Falkenhagenerstr. 51 a, 14612 Falkensee

*Dr. Lutz Reichhoff*

LPR Landschaftsplanung Dr. Reichhoff GmbH, Zur Großen Halle 15, 06844 Dessau-Roßlau,  
info@lpr-landschaftsplanung.com

*Dr. Olaf Strauß*

Hochschule Neubrandenburg, PF 110121, 17041 Neubrandenburg

*Axel Zutz*

Gryphiusstr. 1, 10245 Berlin

## **Impressum:**

### **Studienarchiv Umweltgeschichte ● ISSN 0949-7366 ● Nr. 22 (2017)**

Herausgeber: IUGR e. V. ● Redaktionsanschrift: IUGR e. V. an der Hochschule Neubrandenburg, Brodaer Str. 2, 17033 Neubrandenburg, Tel.: 0395 5693-8201 oder -4500 ● Redaktion: Hermann Behrens & Jens Hoffmann ● V.i.S.d.P.: Hermann Behrens, Peckatel 38, 17237 Klein Vielen ● Druck: Steffen-Media, Friedland ● Auflage: 600 ● Erscheinungsweise: Einmal im Jahr ● Nachdruck: Kleinere Auszüge mit Quellenangabe, größere Auszüge nach Rücksprache mit der Redaktion oder dem/der jeweiligen Autor/in ● Die Redaktion lädt zur Mitarbeit ein. ● Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

**Titelbild:** Schaufensterkasten der ehemaligen Umweltbibliothek in Greifswald. Darunter das Grafitti „Da wo Lebensräume wachsen, ist meistens auch der Ort, wo Lebensträume platzen“.  
Foto: Hermann Behrens, 2017.

**Inhalt**

Danksagung/Editorial	2
<b>Olaf Strauß</b> Atomkraftwerk Neubrandenburg. Hintergründe einer Standortentscheidung	3
<b>Helen Andrews</b> Zur Geschichte der Natur- und Umweltschutzplakate	19
<b>Sophie Büchner</b> Die Geschichte des Naturschutzes in der Lieberoser Heide	39
<b>Lutz Reichhoff</b> Naturschutz in den 1950er Jahren in der DDR – Widerspiegelung im Briefwechsel von Prof. Dr. Hans Stubbe und Prof.Dr. Hermann Meusel aus den Jahren 1951 bis 1960	59
<b>Hermann Behrens</b> Zur Geschichte des Zentralen Fachausschusses (ZFA) Ornithologie und Vogelschutz im Kulturbund der DDR – im Spiegel von Beständen im Studienarchiv Umweltgeschichte	74
Stand der Arbeit am Lexikon der Naturschutzbeauftragten, Band 5: Sachsen	100
<b>Axel Zutz</b> Naturschutzgeschichte als Beitrag zum Projekt: „Die Niederlausitz und die südliche Lubuskie. Eine Kulturlandschaft im Zentrum Europas“ (Teil 2)	101
<b>Hermann Behrens</b> Nachtrag zum Lexikon der Naturschutzbeauftragten. Band 3: Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte in Berlin und Brandenburg	129
<b>Hans-Werner Frohn</b> Aus der Stiftung Naturschutzgeschichte	131

**Aus dem IUGR e. V.**

<b>Peter Lösel</b> Das 10. Wissenschaftliche Seminar des Arbeitskreises Wasserwirtschaft des IUGR e. V.	136
<b>Rolf Moll</b> 21. Jahrestreffen 2016 von Mitarbeitern der Wasserwirtschaft der DDR im Hohen Fläming	138
<b>Jens Hoffmann</b> Zugänge in das Studienarchiv Umweltgeschichte	139
<b>Autorinnen und Autoren/Impressum</b>	146

# Studienarchiv Umweltgeschichte

## – Archiv und Bibliothek –

### Wir sammeln

Archivalien und Bibliotheksgut zur Umweltgeschichte der DDR und der ostdeutschen Bundesländer, speziell zur Geschichte des Natur- und Umweltschutzes und der Landnutzung

### Wenn Sie ...

... über Quellen und Dokumente zum Thema verfügen und sie nicht mehr benötigen oder die Zeugnisse Ihrer wissenschaftlichen, beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit auf den genannten Gebieten am richtigen Ort wissen wollen ...

### Werfen Sie nichts weg, sondern ...

... regeln Sie, wo die Zeugnisse über Ihre Tätigkeit bleiben sollen.

### Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns:

#### **Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. an der Hochschule Neubrandenburg**

Brodaer Str. 2, 17033 Neubrandenburg

**Internet:** [www.iugr.net](http://www.iugr.net)

**Email:** [info@iugr.net](mailto:info@iugr.net)

**Telefon:** 0395/5693-4500 oder -8201/-8202



Umwelt hat Geschichte!